JAHRBUCH

Deutschland Digital 2020

E-Government und Modernisierung in Bund, Ländern und Kommunen

Impulse zur Digitalen Agenda aus den Kongressen in Berlin, Düsseldorf/Neuss, Mainz, München und Stuttgart

In Zusammenarbeit mit W. Kruse und Prof. Dr. F. Hogrebe IVM²

Behörden Spiegel

krz

Kommunales Rechenzentrum
Minden-Ravensberg/Lippe

DIGITALISIERUNGS-STRATEGIE 2025

DER WEG IN DIE KOMMUNE 4.0

Gemeinsame Strategie im krz-Verband

→ Untersuchung Digitalisierungsgrad in der Innen- und Außensicht
→ Erarbeitung von Handlungsempfehlungen

Beratung zur Digitalisierung

Umfassende Services zur Umsetzung

→ E-Government-Gesetz NRW
→ Onlinezugangsgesetz (Servicekonto.NRW, Portalverbund.NRW, OnlineServices)
→ Umfassende Geschäftsprozesse – Digital von A bis Z

« Digitale Zukunft »
sicher _ gemeinsam _ gestalten

www.krz.de

Inhalt

1. „e-nrw“ 8
Digitalisierungsoffensive 4.0 für NRW
Land, Kommunen, Regionen, IT-Dienstleister – kooperative Modellakteure und innovative Treiber

2. „Zukunftskongress Bayern“ 26
Staat und Kommunen als digitale Heimat für Bürger und Wirtschaft

3. „Digitaler Staat“ 38
Digitale Staatskunst – Digitale Wirtschaft – Digitale Daseinvorsorge

4. „Baden-Württemberg 4.0“ 63
Das Rennen ist eröffnet
Mit OZG, KI und VUCA auf dem Weg zu einer modernen Verwaltung 4.0

5. „Digitale Verwaltung RLP“ 75
Innovativ, leistungsfähig und nutzerorientiert für Bürger und Wirtschaft

6. „PITS“ 87
Die agile hybride Bedrohungslage, Herausforderung – Entwicklung – Austausch – Lösungen“

Schlaglichter für die Digitale Agenda im neuen Jahrzehnt 105

Unternehmensindex 110

AUTORENTEAM

Wilfried Kruse
Beigeordneter der Landeshauptstadt Düsseldorf a. D., Geschäftsführender Gesellschafter IVM²

Prof. Dr. Frank Hogrebe
Wissenschaftlicher Direktor IVM²

Titelfoto: © everythingpossible, Fotolia.com

Impressum

Herausgeberin: Dr. Eva-Charlotte Proll
Autoren: Wilfried Kruse, Prof. Dr. Frank Hogrebe

Verlag: ProPress Verlagsgesellschaft mbH (Behörden Spiegel-Gruppe),
Büro Bonn:
Friedrich-Ebert-Allee 57, 53113 Bonn
Telefon: +49-228-97097-0, Telefax: +49-228-97097-75
Büro Berlin:
Kaskelstraße 41, 10317 Berlin
Telefon: +49-30-557412-0, Telefax: +49-30-557412-57
E-Mail: redaktion@behoerdenspiegel.de, Internet: www.behoerdenspiegel.de
Geschäftsführerin: Helga Woll

Layout: Marvin Hoffmann, SpreeService- und Beratungsgesellschaft mbH
Druck: Druckerei WIRmachenDRUCK GmbH
Erfüllungsort und Gerichtsstand: Bonn

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Alle Rechte vorbehalten. Das Buch und alle in ihm enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages nicht statthaft und wird urheberrechtlich verfolgt.

978-3-934401-51-8

© 2019 ProPress Verlagsgesellschaft mbH (Behörden Spiegel-Gruppe)

Vorwort

Dorothee Bär, Staatsministerin für Digitalisierung, Bundeskanzleramt.

Digitalisierung findet statt, das zeigt „Deutschland Digital 2020" auf beeindruckende Weise. Tatsächlich bewegt sich viel: In der Industrie, in der Verwaltung, in der Bildung und natürlich auch bei jedem einzelnen Menschen.
84 Prozent der Menschen in Deutschland sind mittlerweile online (Digitalindex 2018/2019), Tendenz steigend. Immerhin 44 Prozent der Befragten, so eine Studie von Price Waterhouse Coopers, befürworten den Einzug der Digitalisierung in alle Lebensbereiche.
Der Staat geht bei der Digitalisierung nicht nur mit, sondern vor allem mit gutem Beispiel voran. Mich persönlich treibt an, dass wir Weltmarktführer einer digitalen Bundesrepublik werden, dass wir den Sprung von einer erfolgreichen Industrienation in eine erfolgreiche Digitalnation schaffen. Konkret haben wir zum Beispiel am 15. November 2018 die Umsetzungsstrategie Digitalisierung auf den Weg gebracht. Sie dient als klares politisches Leitbild zur Gestaltung des digitalen Wandels. Das gilt für die Wirtschaft genauso wie für die Bürgerinnen und Bürger. Ziel der Umsetzungsstrategie ist es, die Lebensqualität für alle Menschen in Deutschland weiter zu steigern. Zu den über 100 Projekten der verschiedenen Ministerien gehören zum Beispiel der Digitalpakt Schule, mit dem die Bundesregierung in fünf Jahren fünf Milliarden Euro für die Verbesserung der IT-Infrastruktur an Schulen zur Verfügung stellt. Oder das Onlinezugangsgesetz, das vorsieht, dass bis Ende 2022 alle 575 digitalisierbaren Behördenleistungen online verfügbar sein müssen. Und nicht zuletzt die KI-Strategie, mit der wir dafür sorgen wollen, das KI made in Germany zur Weltspitze gehört. Dafür richten wir mindestens hundert neue KI-Professuren ein. Wir haben uns

Foto: Bundesregierung, JescoDenzel

ambitionierte Ziele gesetzt und möchten jede und jeden auf diesem Weg mitnehmen. Wir möchten eine Digitalisierung schaffen, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt und nicht nur wirtschaftliche, sondern genauso ethische Aspekte berücksichtigt. Vor diesem Hintergrund danke ich dem Behörden Spiegel herzlich. Er trägt durch die Vielzahl seiner bundesweiten, aber auch regionalen Digitalisierungsveranstaltungen maßgeblich zur Diskussion bei. Die breite Themenauswahl ermöglicht auch den Diskurs kritischer Themen. Wir sind gespannt auf die Ergebnisse!"

Dorothee Bär
Staatsministerin für Digitalisierung, Bundeskanzleramt

Vorwort

Henning Lühr, Finanzstaatsrat der Freien Hansestadt Bremen und Vorsitzender des IT-Planungsrats

In Zeiten des Wandels fällt staatlichen Institutionen meist eine besonders wichtige Rolle zu. Die Behörden in unserem demokratischen und föderalen Staat haben sich in vielen Jahrzehnten stets als Garanten für Stabilität und Verlässlichkeit erwiesen. Sie haben sich als tragende Säule bewährt in den schweren Zeiten des Wiederaufbaus nach dem 2. Weltkrieg, sie haben geholfen ein starkes Europa zu formen und nach dem Mauerfall auch das Zusammenwachsen beider Teile unserer wiedervereinigten Bundesrepublik ermöglicht. Und das in dem steten Bemühen, ihre Dienstleistungen bürgerfreundlich, zeitgemäß und gleichermaßen bedarfsgerecht für Unternehmen und Institutionen zu gestalten.

Diese Tugenden sind im Digitalen Wandel mehr denn je gefordert. Die Herausforderungen einer an Komplexität und Unberechenbarkeit zunehmenden Welt setzen einmal mehr Mut, Pioniergeist und die Bereitschaft zu Reformen und umfassenden Veränderungsprozessen voraus. Das jedoch in immer schnelleren Innovationszyklen, vor dem Hintergrund grundlegend veränderter gesellschaftlicher Erwartungen und Wertvorstellungen – und mit einer von den Auswirkungen des demografischen Wandels geprägten Personalstruktur.

Wie kann da eine Mammutaufgabe wie die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) gelingen? Die im Digitalisierungsprogramm des IT-Planungsrats beschriebenen Ziele und Handlungsgrundsätze weisen den Weg und geben den Behörden in Bund, Ländern und Kommunen wertvolle Orientierungshilfen.

„Users First" lautet dort das oberste Prinzip, mit dem die Erwartungen und die Akzeptanz der Nutzer konsequent in den Mittelpunkt aller Lösungsvorhaben gestellt werden. Als weiterer Erfolgsgarant sollen sich die Leitlinien für eine kooperative Zusammenarbeit der Behörden aller Ebenen erweisen. Sie beschreiben intelligente Konzepte, die verhindern, dass das „Rad immer wieder neu erfunden werden muss". Durch die Verknüpfung von Neuem mit Bestehendem und durch einen gemeinsamen Handlungsrahmen, der ein arbeitsteiliges Vorgehen aller Akteure ermöglicht.

All das wird möglich durch die gemeinsame Arbeit an Standards und interoperablen Schnittstellen, an Nachnutzungskonzepten und plattformbasierten Basisfunktionen wie Servicekonten, Bezahlfunktionen und elektronische Postfächer sowie Lösungen die von Wenigen für Viele entwickelt wurden. So entstehen – scheinbar nebenbei – neue Netzwerke und Zusammenarbeitsstrukturen, die den Weg bereiten zu einer völlig neuen Qualität des staatlichen Handelns.

Foto: Der Senator für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen

Ein solcher kooperativer Föderalismus führt den öffentlichen Sektor in einen Kulturwandel, der auch ein Nachdenken über attraktive Arbeitsbedingungen und neue zeitgemäße Qualifizierungskonzepte mit sich bringt. Ich freue mich, dass der IT-Planungsrat dies in seiner Junisitzung auf meinen Vorschlag hin mit einem richtungsweisenden Forschungs-, Entwicklungs- und Umsetzungsprojekt zur Qualifizierung des digitalisierten öffentlichen Sektors unter Federführung der Freien Hansestadt Bremen zu einem seiner zentralen Ziel- und Arbeitsfelder gemacht hat.

Damit ist der Boden bereitet, die Zukunftsfähigkeit der öffentlichen Dienste zu bewahren und diesen Prozess mit gut ausgebildetem Personal und jungen motivierten Nachwuchskräften auch aktiv mitzugestalten. Denn gerade in einer weitgehend digitalisierten Verwaltungswelt wird der Erhalt von kommunikativen Kompetenzen und digitalen Qualifikationen angesichts von Blockchain, KI und Chatbots zu einem wesentlichen Schlüssel für den Erfolg staatlichen Handelns.

Dem Behörden Spiegel sei an dieser Stelle herzlichen Dank gesagt. Er nimmt in dem Netzwerk der innovativen Kräfte in Deutschland als Impulsgeber, kritischer Begleiter und Kommunikator eine besondere Stellung ein.

Henning Lühr
Finanzstaatsrat der Freien Hansestadt Bremen und
Vorsitzender des IT-Planungsrat

Editorial

Zu „e-nrw“ 2018 erschien am 08.11.2018 der erste Almanach „Deutschland Digital 2019“, in dem die Themen rund um die Digitale und Mentale Transformation, deren zwangsläufige Veränderungen unserer Lebensverhältnisse, mit besonderem Blick auf die öffentlichen Verwaltungen thematisiert wurden:

Als Impulse und Ergebnisse aus den zurückliegenden vier Behörden Spiegel Kongressen in Düsseldorf / Neuss „e-nrw 2017“, in München „Zukunftskongress Bayern2018 “, in Berlin „Digitaler Staat 2018“ und Stuttgart „Baden-Württemberg 4.0“ wurde der Almanach als Teilnehmergabe in Kooperation mit engagierten Partner Teilnehmern/innen der vorbenannten Kongresse in gedruckter Form zur Verfügung gestellt; als PDF ist er auch auf der Homepage des Behörden Spiegel abrufbar. Die zahlreichen positiven Reaktionen darauf sind ein besonderer Grund, diese neue Jahrespublikation in erweitertem Umfang fortzusetzen:

Neu einbezogen in den Almanach „Deutschland Digital 2020“ ist aktuell der neue Digitalkongress für Rheinland-Pfalz, erstmalig in Mainz sowie der Kongress „Public-IT-Security“, „PITS“, in Berlin, weil ohne wirksame und im föderalen Staat neu zu gewinnende Zusammenarbeit in der IT Sicherheit digitaler Fortschritt nicht sicher erreichbar ist, die zahlreicher werdenden Cyberangriffe belegen das.

Mit dieser Publikation legt der Behörden Spiegel – wiederum in bewährter Kooperation mit IVM², Institut für Verwaltungsmanagement, Mittelstandsforschung und Zukunftsplanung – den zweiten Band des Almanach vor; auch er wird nach Erscheinen auf „e-nrw 2019“ dort und auf den folgenden Kongressen des Jahres 2020 verfügbar gemacht; erreicht werden damit annähernd 5000 Teilnehmer/innen!

Der Jahresbericht 2020 blickt Inhaltlich auf den Vorjahreskongress „e-nrw 2018“ und auf die Behörden Spiegel Kongresse des Jahres 2019 in München, Berlin, Stuttgart und Mainz zurück.

Er soll darüber hinaus – wie schon der erste Almanach – zukunftsorientierte Kongressthemen und -schwerpunkte für das Jahr 2020 und das beginnende neue Jahrzehnt aufzeigen; mit seiner aus 2019 transportierten Basis für die Teilnehmer/innen und Partner soll er in den Kongressen des Jahres 2020 ein kompaktes Begleitmedium und Fundgrube zu den aktuellen digitalen Themen sein. Die Dokumentation soll auch ein wertschöpfendes Zeichen für die Kraft des Föderalismus im Digitalen Zeitalter sein!

Dr. Eva-Charlotte Proll
Mitglied der Geschäftsleitung, Behörden Spiegel-Gruppe

Wilfried Kruse
Beigeordneter der Landeshauptstadt Düsseldorf a. D., Geschäftsführender Gesellschafter IVM²

Prof. Dr. Frank Hogrebe
Wissenschaftlicher Direktor IVM²

Besuchen Sie unsere Top-Events 2020

mit Fokus auf Digitalisierung und E-Government

2020 führt der Behörden Spiegel wieder eine Reihe von Tagungen und Kongressen zu den Themen Digitalisierung und E-Government durch, die in Deutschland zu den führenden Leitveranstaltungen gehören. Diese Veranstaltungen halten Sie nicht nur auf dem Laufenden, sondern sie bieten Ihnen auch gleichzeitig die Chance, in einen Dialog mit einem breiten Netzwerk mit den Themen befasster Behörden und Organisationen aus Bund, Ländern und Kommunen zu treten. Die Veranstaltungen bringen regelmäßig Führungs- und Fachkräfte, Praktikerinnen und Praktiker aus Verwaltung und Politik, Wissenschaft und Forschung sowie Privatwirtschaft und Beratung zusammen. Das bietet Ihnen die einmalige Gelegenheit, Ihr Wissen und Ihre Erfahrungen zu teilen, anderen mitzugeben und gleichzeitig von deren Ideen zu profitieren.

Zukunftskongress Bayern
13. Februar 2020, München

13. Februar 2020, München
6. Zukunftskongress Bayern
Staat und Kommunen als Digitale Heimat für Bürger und Wirtschaft

www.zukunftskongress.bayern

Digitaler Staat
3.-4. März 2020, Berlin

3.-4. März 2020, Berlin
DIGITALER STAAT

www.digitaler-staat.org

Baden-Württemberg 4.0
2. Juli 2020, Stuttgart

Baden-Württemberg 4.0
2. Juli 2020, Stuttgart
digitalakademie@bw

www.bw-4-0.de

Rheinland-Pfalz 4.0
27. August 2020, Mainz

Digitale Verwaltung RLP

www.dv-rlp.de

---

e-nrw: Zukünftige IT-Strategien in NRW
5. November 2020, Düsseldorf/Neuss

e-nrw.

www.e-nrw.info

Ansprechpartner
Informationen zu Beteiligungsmöglichkeiten erteilt:
Benjamin Bauer
Mitglied der Geschäftsleitung
Tel.: 0228/970 97 – 0
E-Mail: benjamin.bauer@behoerdenspiegel.de

Behörden Spiegel

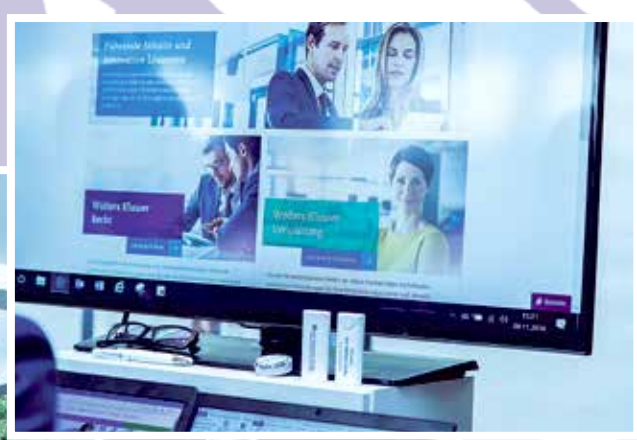
Zum 17. Mal - bislang in Düsseldorf, zum 2. Mal in der Stadthalle Neuss / Dorint Hotel am 08.11.2018

Zukünftige IT-Strategien
in Nordrhein-Westfalen

8. November 2018
Düsseldorf / Neuss

2018:
Digitalisierungsoffensive 4.0 für NRW

Land, Kommunen, Regionen, IT-Dienstleister – kooperative Modellakteure und innovative Treiber



„e-nrw“ 2018

Digitalisierungsoffensive 4.0 für NRW: Land, Kommunen, Regionen, IT-Dienstleister - kooperative Modellakteure und innovative Treiber!

Zum zweiten Mal fand „e-nrw“ auf der linken Rheinseite, in der Stadt und im Rhein-Kreis Neuss statt; auch in diesem (siebten) Jahr wieder unter der fachlichen Leitung, inhaltlichen Vorbereitung, Planung sowie der Ansprache und Gewinnung hochrangiger Referenten/innen durch IVM², ***Wilfried Kruse*** und ***Prof. Dr. Frank Hogrebe.***

Die positive Stimmung zu einem wiederum attraktiven Kongressprogramm im Hauptteil sowie mit ca. 40 Vorträgen in 12 Fachforen in der Neusser Stadthalle, erfreute nicht nur die Kongress- und Programmverantwortlichen sondern auch ca. 600 Teilnehmer/innen, ein deutliches Plus gegenüber dem Vorjahr (ca. 530 Teilnehmer/innen).

Benjamin Bauer für den Behörden Spiegel als Verantwortlicher und organisatorischer Leiter der Veranstaltung sowie ***Wilfried Kruse,*** IVM², konnten als besondere Gäste u.a. nicht nur zahlreiche Bürgermeister aus den NRW Modellkommunen begrüßen sondern u.a. auch Landrat ***Hans-Jürgen Petrauschke,*** Rhein-Kreis Neuss, Regierungspräsident ***Hans-Jürgen Vogel,*** Bezirksregierung Arnsberg, Staatssekretär a. D. ***Dr. Rainer Holtschneider,*** Nationaler Normenkontrollrat, Berlin, ***Prof. Dr. Peter Parycek,*** Leiter ÖFIT, Berlin, sowie ***Anja Weber,*** Vorsitzende DGB NRW sowie weitere hochrangige Referenten/innen.

Als besonderen Gast konnten Veranstalter und Fachliche Leitung den Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen, ***Prof. Dr. Andreas Pinkwart*** begrüßen, der mit seiner vielbeachteten Keynote den Kongress inhaltlich eröffnete.

Voller Saal beim Digitalisierungskongress e-nrw 2018 in Neuss.

Foto: Giessen

In den Tagungsunterlagen fanden die 600 Teilnehmer/innen auch die Erstausgabe dieses Almanachs der nun als Band 2 erscheint. Unter dem Vorjahrestitel:

www.e-nrw.info

„Deutschland Digital 2019 – E-Governement und Modernisierung in Bund, Ländern und Kommunen“.

waren interessante Impulse und Ideen aus den zurückliegenden drei Kongressen des Behörden Spiegel aus 2018 sowie aus „e-nrw“ 2017 nachzuvollziehen; sie waren erstmals über die Grenzen der jeweiligen Kongresse und Bundesländer in einer Gesamtschau mit ihren wichtigen Essentials zusammengestellt.

Mit der Rückschau verbunden war auch der Ausblick auf das Jahr 2019, u.a. in Form eines „Themenglossars“. Der Almanach 2019 bot mehr als 20 Kongress- und Publikationspartnern die Möglichkeit zur Mitwirkung und Darstellung eigener Digitaler Kompetenzen und Erfahrungen. Das Jahrbuch 2019 wurde nach Erscheinen auf „e-nrw 2018“ als Teilnehmergabe ebenfalls auf den folgenden Kongressen in München, Berlin, Stuttgart und Mainz in gedruckter Broschüren Form zur Verfügung gestellt; seit „e-nrw 2018“ ist es auch als PDF auf den Seiten des Behörden Spiegel für interessierte Leser/innen verfügbar:

https://www.behoerden-spiegel.de/2018/11/12/jahrbuch-deutschland-digital-2019-erschienen/

In seinem für den ersten Almanach verfassten Grußwort führt ***Minister Prof. Dr. Pinkwart*** u.a. aus:

„„Deutschland Digital 2019" – das ist nicht als eine Erfolgsmeldung zu verstehen, denn wir sind noch längst nicht am Ziel. Die vorliegende Dokumentation will auch nicht diesen Eindruck vermitteln. Wir wissen vielmehr alle, dass noch viel Arbeit vor uns liegt. Mich stimmt allerdings sehr zuversichtlich, dass Digitalisierung im Jahr 2018 ein Top-Thema in allen Führungsetagen und auf allen politischen Ebenen ist. Jetzt kommt es darauf an, diese Einsicht in praktisches und spürbares Handeln zu transportieren. Denn Digitalisierung bietet riesige Chancen, die wir nutzen müssen...

...Die Publikation beweist: Deutschland bewegt sich. Wir müssen aber an Tempo zulegen, die Zusammenarbeit forcieren und dabei den konkreten Nutzen im Auge behalten. E-Government ist die Antwort auf sich verändernde Ansprüche der Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen an die öffentliche Verwaltung als modernen und leistungsfähigen Dienstleister. Digitale Verwaltung im Interesse und zum Wohle unserer „Kunden" – das muss Anspruch und Leitlinie für uns sein.

Den Herausgebern des Almanachs 2019 gilt mein persönlicher Dank und das nicht nur für die Publikation, die eine wahre Fundgrube für alle ist, denen Digitalisierung am Herzen liegt. Dank gebührt ihnen darüber hinaus für ihr langjähriges und herausragendes Engagement in Sachen E-Government und Modernisierung in Bund, Ländern und Kommunen. Diese Unterstützung werden wir auch in Zukunft brauchen!"

Im Gespräch am Stand des Rhein-Kreises Neuss (v.l.n.r.): IT-Dezernent Harald Vieten, NRW-Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Landrat Hans-Jürgen Petrauschke und Tagungsleiter Wilfried Kruse. Foto: Giessen

Wilfried Kruse + Benjamin Bauer zur egrüßen die Teilnehmer Foto: Giessen

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke Foto: Giessen

Benjamin Bauer, Behörden Spiegel, und ***Wilfried Kruse,*** IVM², zeigten sich beeindruckt von der auch in 2018 gewachsenen Teilnehmerzahl. Für den Kongress und alle Beteiligten und Partner sei es eine besondere Freude, den „NRW Digitalminister", ***Prof. Dr. Andreas Pinkwart*** persönlich begrüßen zu können; für den traditionsreichen Kongress „e-nrw" sei dies eine große Ehre und besondere Anerkennung!

In seinem anschließenden Grußwort betonte Landrat ***Hans-Jürgen Petrauschke,*** Rhein-Kreis Neuss, dass die öffentliche Verwaltung mehr denn je bereit ist – auch wenn ihr dies aus der Historie bedingt bisweilen schwerfalle – sich mit neuen Herausforderungen konstruktiv zu beschäftigen. Die Verantwortlichen in Bund, Ländern und Kommunen hätten durchgängig erkannt, dass es keine Alternative dazu gäbe, sich offensiv und mutig an der Digitalisierung zu beteiligen und sie entscheidend nach vorne zu bringen. Der Rhein-Kreis Neuss beispielsweise habe jüngst beschlossen, mit seinen acht kreisangehörigen Städten eine gemeinsame Digitalstrategie auf den Weg zu bringen.

Zum Teil eigenentwickelte Apps seiner Kreisverwaltung erleichtern Bürgern/innen und Unternehmen bereits digitale Kommunikation, so z.B. im Straßenverkehrsamt, im Rettungsdienst, im Gesundheits- und Sozialamt; am Stand

des Rhein-Kreises im Foyer der Stadthalle konnten sich die Teilnehmer/innen davon eigenständig weiter informieren und überzeugen.

Sein Appell ging im Weiteren an die noch ausbaufähige kommunale Kooperation, in dem er ausdrücklich anbot, die vom Rhein-Kreis entwickelten digitalen Angebote kostenlos anderen Kommunen zur Verfügung zu stellen. Gemeinsam lernen und bewältigen könne und müsse man auch die Fragen, die sich für Alle in den Verwaltungen unter der Überschrift „Arbeit 4.0" stellen.

Mit „selbstironischem Unterton" erklärte er, dass selbst die „Zunft" der Juristen als „Legastheniker der Fortschritts" eigene Beiträge dazu erbringen müsse, anstelle einer zu großen Rolle als Bewahrende aus der analogen Zeit. Signifikant in dieser Beziehung sei der neue Personalausweis (nPA) der ihm wie der „Porsche in der Garage" vorkomme, aber keine eigentlich möglichen Kilometer mit entsprechendem Tempo mache.

Die neue Landesregierung,– insbesondere ***Minister Prof. Dr. Pinkwart*** – so der Landrat habe verstanden, dass man die Kommunen als Partner in der Digitalstrategie des Landes noch mehr als bisher beteiligen und einbeziehen müsse. Aktuell verspüre er, dass – auch durch persönlichen Einsatz des Ministers – wieder Leadership zu verspüren und „wesentlich mehr Dampf im Kessel" sei. Das mache Mut und Zuversicht für die kommenden Jahre für NRW und aus seiner Sicht auch für den Standort Rhein-Kreis Neuss, den es gemeinsam im Digitalen Zeitalter weiter auszubauen und zu stärken gelte.

In seiner Eröffnungsansprache zum Kongress ging NRW ***Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart*** auf die Digitalisierungsstrategie NRW, die er mit seinem Haus federführend verantwortet, im Einzelnen ein.

In der Erkenntnis, dass die derzeitige Globalisierung, die aktuellen Megatrends im Digitalen Zeitalter bereits jetzt und erst recht in der Zukunft alles infrage stellen, strebe die Landesregierung die Digitalisierungsstrategie für NRW an; sie solle in einem Dialogverfahren und in einem offenen gesellschaftlichen Diskurs in 2019 beschlossen werden (was im April 2019 auch erfolgt ist).

Dabei müsse sich die Gesellschaft und ihre treibenden Kräfte mit Blick auf die ethisch-rechtliche Dimension der Digitalisierung die Fragen stellen: "Wie wollen wir zukünftig leben? Wie können wir die Digitalisierung im Sinne unserer Demokratie und weiterer gesellschaftlicher Errungenschaften organisieren?

Angesichts der vielfältigen Herausforderungen der Digitalisierung, dem damit verbundenen umfassenden Kulturwandel, brauche das Land im Rahmen einer solchen Strategie auch eine öffentliche Verwaltung, die bei diesem tiefgreifenden Wandel technologisch und mit Ihren führenden Köpfen sowie den Mitarbeitern/innen mithalte, um den Standort NRW auch in der digitalisierten Welt in Deutschland und Europa weiter erfolgreich zu positionieren und international an die Spitze zu führen. Auch dafür trage die NRW Verwaltung entscheidende Mitverantwortung.

Die Verwaltung in digitaler Gestaltungsverantwortung

Dabei gelte es, in allen Bereichen von Gesellschaft, Wirtschaft, Staat, Kommunen, Verwaltung im Weiteren die bisherigen Verhaltensmuster zu überdenken, erklärte der Minister im Hinblick auf die soziokulturelle Dimension. Beispielhaft betreffe dies auch bestehende Arbeitszeitregelungen bzw. das Angebot von Homeoffice, was in der öffentlichen Verwaltung – zumindest im Bereich der Landesverwaltung – bislang eher restriktiv gehandhabt werde. Zu beachten sei auch, dass durch die Nutzung der technologischen Möglichkeiten nicht das Verhältnis von Arbeit und Freizeit aus den Fugen gerate bzw. diese miteinander gänzlich verschmelzen. Auch die Personalräte in den öffentlichen Verwaltungen seien aufgefordert, sich im Rahmen ihrer Aufgabenstellungen aktiv und gestaltend in die neue Digitale Arbeitswelt mit ihren neuen Herausforderungen aber auch Chancen einzubringen.

NRW-Digitalisierungsminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart *Foto: Giessen*

Aktive Mitwirkung der Personalräte wichtig

Die wirtschaftlich-technische Dimension der Digitalisierung machte der Minister in seiner vielbeachteten Eröffnungsansprache im Weiteren deutlich: Hier trat er entschieden der vielfach kolportieren Auffassung entgegen, dass Deutschland bei der Digitalisierung in Forschung und Entwicklung im globalen Wettbewerb abgehängt sei: "Wir sollten nicht nur Nabelschau mit Skeptizismus halten, sondern unsere vorhandenen Stärken nutzen", appellierte er. Ein Beispiel hierfür seien die hervorragenden Forschungszentren für Künstliche Intelligenz (KI) in NRW, die die Landesregierung durch zusätzliche Mittel weiter stärken werde. Auch gehe es im weltweiten Wettbewerb mit China und anderen darum, die eigene Rolle neu zu finden, etwa indem man sich stärker auf die wissensbasierte KI fokussiere.

Wissensbasierte KI als NRW Zukunftsschwerpunkt!

Grundvoraussetzung aller notwendigen Aktivitäten sei eine leistungsfähige digitale Infrastruktur mit entsprechenden Netzen für Breitband und Mobilfunk, was die Landesregierung in den nächsten Jahren massiv vorantreiben werde. Dies könne der Staat jedoch nicht alleine leisten, sondern sei dort, wo es gehe, auf eigenwirtschaftliches Engagement angewiesen. Das Land werde aber auch dort, etwa durch Vereinfachung der rechtlichen Rahmenbedingungen, z.B. bei der Genehmigung von Mobilfunkmasten, nach Kräften helfen und unterstützen.

Der Minister unterstützte in seiner Rede ausdrücklich die Zielsetzungen des Onlinezugangsgesetzes (OZG) und des Portalverbunds. "Die Bürger erwarten zu Recht, dass sie auf ihre Services von überall in Deutschland und zu jeder Zeit zugreifen können". Man brauche in der öffentlichen Verwaltung in NRW einerseits Dezentralität, um die Nähe zum Bürger zu erhalten; andererseits müsse es bei den Services ein gewisses Maß an Zentralität und Standardisierung geben. Zudem seien Kooperationen und der neue Mut dazu zwingend notwendig. Die Landesregierung fördere derzeit fünf Modellkommunen bzw. Regionen, die innovative und übertragbare Digitalisierungsprojekte mit neuen Ideen und kooperativen Ansätzen beispielhaft entwickeln und realisieren sollen. Dazu habe das Land ein Fördervolumen von über 90 Mio. Euro bereitgestellt, verbunden mit der Anregung und Auflage, das erlangte Wissen und die erreichten Lösungen schnellstmöglich auch den anderen Kommunen des Landes zur Verfügung zu stellen.

> **„Ich will in Zukunft hier kein Papier mehr sehen!"**
>
> Prof. Dr. Andreas Pinkwart

Zusätzliche Impulse für die öffentliche Verwaltung verspreche sich die Landesregierung auch von den Start-Ups im Lande. Dazu rief er besonders die aus der Verwaltung kommenden Teilnehmer/innen mit neuer Bereitschaft und neuem, agile Selbstverständnis auf: "Gehen Sie auf die Start-Ups zu!" Vielleicht helfen Sie der Verwaltung beim neuen „Querdenken" und bei der Fragestellung: „Geht das nicht auch einfacher?"

MWIDE-Referatsleiterin Dr. Helma Hagen. *Foto: Giessen*

Eigener digitaler Verbund in Europa!

Die Chancen, die die Digitalisierung letztlich biete, hätten – allen Unkenrufen zum Trotz und im Gesamtergebnis – nicht zu Arbeitsplatzverlusten, sondern dazu geführt, dass in Deutschland und auch in NRW die Beschäftigungsquote so hoch wie noch nie in der jüngeren Vergangenheit ist. Europa müsse so das Resümee von ***Minister Prof. Dr. Pinkwart*** mit Blick auf China und die Globalisierung einen „eigenen Digitalen Verbund" schaffen, einen eigenen Weg erfolgreicher und sicherer Digitalisierung finden und konsequent gehen; NRW wolle dazu seinen Beitrag leisten.

Dass der NRW Digitalminister und sein Ministerium nicht nur „Digitaler Botschafter und Diskutant" sein wollen, stellten anschließend Frau ***Dr. Helma Hagen,*** Referatsleiterin MWIDE und ***Theodoros Moutsoukapas,*** Cassini, als begleitendes Be-

Theodoros Moutsoukapas, Cassini *Foto: Giessen*

ratungsunternehmen vor. Das Ministerium sei der Pilot, wenn es darum gehe, wie die Ministerialinstanz in der Digitalen Zukunft aufgestellt und in ihren Abläufen mitarbeitergerecht und – motivierend reformiert werden müsse.

Sie berichteten nach dem ersten Jahr eigener Erfahrung dazu von den bereits durchgeführten Workshops an denen von den ca. 450 Mitarbeitern/innen des MWIDE bereits 80 Kollegen/innen teilgenommen und aktiv mitgearbeitete hätten. Der Minister habe mit seiner zentralen Botschaft „Ich will in Zukunft hier kein Papier mehr sehen" die Zielrichtung klar vorgegeben; daran arbeite jetzt das ganze Haus im Wissen um seine Vorbildfunktion aktiv mit.

Klar sei mittlerweile geworden, dass Digitalisierung auf „dem normalen Dienstweg" im Hause nicht funktioniere sondern völlig neue Strukturen und die Bereitschaft Aller zu einer neuen Art der Zusammenarbeit verlange. Das sei, so ***Frau Dr. Hagen*** „ein verwegenes Projekt für die Linie". Ein einheitlicher Aktenplan, agile und schnelle Kommunikation und Arbeit seien als erste Schritte erkannt, der Personalrat des Ministeriums sei ausdrücklich und mit positivem Effekt eingebunden.

Medienbruchfreie Basiskomponenten und Fachverfahren werden eingeführt. Deren reibungsloses Ineinandergreifen erfordere auch eine Modernisierung der IT- und Netz-Infrastruktur. Vorbildhaftes Digitalisieren – so der Anspruch des Digitalministeriums – umfasse auch, die Chancen für ein modernes Arbeiten wahrzunehmen. So sei das Haus inzwischen vollständig mit WLAN erschlossen. Die Ausstattung aller Mitarbeiter/innen mit Mobilgeräten stehe als nächstes an um mehr Flexibilität in der Arbeit und der notwendigen internen Kommunikation zu ermöglichen. In Zukunft rechne man mit einer stärker projektbezogenen Arbeitsweise, so ***Theodoros Moutsokapas*** weiter. Es werde daher auch architektonische Änderungen geben, um zum Beispiel Räumlichkeiten für kurzfristig gebildete interdisziplinäre Teams zur Verfügung stellen zu können.

Landrat Thomas Gemke, Märkischer Kreis und Stv. Verbandsvorsteher des Dachverbandes der Kommunalen IT-Dienstleister in NRW – KDN, – konnte anhand konkreter und „überbürokratischer" Verfahren deutlich machen, warum und wie Digitalisierung die Mitarbeiter/innen – auch mit Blick auf die Demografie und deren kommenden Personalverluste konsequent entlasten muss.

Er forderte, dass nicht nur der im OZG vorgeschriebene gemeinsame Portalverbund schnellsten realisiert werde, sondern dass Gesetze durchgehend digitalisierungs- und

„Google neu erfinden"

Landrat Thomas Gemke zum Portalverbund

onlinefähig werden müssten. Am Beispiel des begleitenden Fahrens mit 17 Jahren und „unsinnigem" Verfahren und Datenaustausch mit dem Kraftfahrtbundesamt sowie anhand der Rheinschiffahrtspolizeiverordnung, die zwar 325 Seiten umfasse, aber die Beteiligten nicht einmal in der Lage seien, mit Digitalem Sprechfunk miteinander zu kommunizieren, konnte er die Notwendigkeit digitaler Entwicklungen im öffentlichen Sektor anschaulich darstellen:

Allein beim begleitenden Fahren seien landesweit fast eine halbe Million Anträge pro Jahr von den Mitarbeitern/innen vollständig mit viel zu großem Aufwand zu bearbeiten, weil die Daten nicht digital und automatisch mit dem Kraftfahrtbundesamt abgleichbar seien.

Landrat Thomas Gemke, Märkischer Kreis *Foto: Giessen*

Marco Hauprich, Deutsche Post *Foto: Giessen*

Thomas Telgheider, Oracle *Foto: Giessen*

Dr. Rainer Holtschneider, NKR, Berlin *Foto: Giessen*

Das im August 2018 freigeschaltete Servicekonto NRW könne im Übrigen ein wichtiges Werkzeug für eine vereinfachte Kommunikation mit den Bürgern sein. "Um alle Möglichkeiten auszuschöpfen, muss das Servicekonto aber auch mit Anwendungen wie ELSTER gekoppelt werden – das wäre ein Meilenstein in der Digitalisierung dieses Landes", erklärte der Landrat.

Er appellierte an die Verantwortlichen in Land und Kommunen nicht wieder Doppellösungen zu entwickeln, insbesondere im Rahmen des Portalverbundes nicht „ein komplett neues Google" zu erfinden und die zukünftigen Nutzer nicht mit umständlichen Prozeduren von den neuen digitalen Möglichkeiten „abzuschrecken".Absolut essenziell für alle digitalen Anwendungen und Portale sowie auch für die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes sei dabei jederzeit eine ausgereifte Sicherheit der IT, so Landrat ***Gemke.*** Derzeit werde ein spezielles Computer Emergency Response Team (CERT) für den kommunalen Bereich aufgebaut; es soll mit dem CERT NRW im zentralen Lagezentrum im KDN zusammenarbeiten und IT-Sicherheitsteams vor Ort entsenden, wenn es zu Problemen in kommunalen Systemen kommt. Zudem soll den Kommunen Beratung zu den Themen Sicherheitsmanagement und Sicherheitsinfrastruktur angeboten sowie eine bessere, schnellere Reaktion auf IT-Sicherheitsvorfälle gewährleistet werden: "Am Ende sind wir zusammen immer erfolgreicher als allein. Wir alle wollen die Digitalisierung erfolgreich schaffen und dabei helfen uns vor allem mehr Austausch, mehr Analyse und mehr gegenseitige Zusammenarbeit", resümierte Landrat ***Gemke***.

KDN und CERT: Gemeinsame Sicherheitsarchitektur für Land und Kommunen

Marco Hauprich, Senior Vice President Digital Labs, Deutsche Post, berichtete anschließend über ein Pilotprojekt bei der Stadt Siegburg und die Notwendigkeit, dass die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung immer auch mit der sicheren und breitbandigen digitalen Kommunikation, ihren Plattformen und technischen Komponenten beginne – dazu sei die Deutsche Post mit ihren besonders gesicherten, auch mobilen Angeboten und Messenger Diensten bislang bereits gut vertreten, ein weiterer Ausbau sei kontinuierlich zu erwarten.

Thomas Telgheider, Director Sales Consulting, Oracle Public Sector, stimmte die Teilnehmer/innen auf Fragen des Fundaments von Innovation und Fortschritt mit Anlehnung an den altgriechischen Philosophen Aristoteles ein: „Wer hohe Türme bauen will, muss lange beim Fundament verweilen"!

Aber anschließend müssen man die großen Chancen der Künstlichen Intelligenz konsequent und mutig nutzen; er berichtete dazu aus mustergültigen Projekten z.B. aus Goslar wo mittels KI jetzt verlässliche Hochwasserprognosen zum Schutz von Bürgern/Innen und Geschäften in der Innenstadt möglich seien. In Kaiserslautern seien z.B. zur Stadtentwicklung pp. mittels KI neue Analysequalitäten in Echtzeit möglich.

> **„One rule in, one rule out"**
> Staatsekretär a.D. Dr. Rainer Holtschneider

Cybersicherheit: Kästchendenken überwinden

Zum Thema Cybersicherheit forderte er die öffentliche Verwaltung auf das „Kästchendenken" zu überwinden und für die künftige Datensicherheit sich um die besten Köpfe als Mitarbeiter/innen zu bemühen.

Zu den aktuellen und zentralen Themen „Bürokratieabbau, Digitalisierung und bessere Rechtsetzung" – auch mit dem Blick auf den Standort Deutschland – referierte Staatssekretär a.D. ***Dr. Rainer Holtschneider*** als Mitglied des Nationalen Normenkontrollrates im Bundeskanzleramt, NKR, Berlin. Dabei konnte er auf den aktuellen Jahresbericht des NKR zurückgreifen, der wesentliche Defizite der Digitalisierung in Deutschland wiederum anprangert:

Digitalisierung und Entbürokratisierung am Standort Deutschland stehe nach wie vor zu seiner Idee einer Registerbereinigung im Sinne des Prinzips „Once only": Bürger/innen und Unternehmen geben nur einmal ihre Daten für die unterschiedlichen Verwaltungsverfahren im föderalen Staat ein und die jeweils zuständigen Verwaltungen können/sollen diese Daten für ihre Services benutzen und zugrunde legen.

„Deutschland: weniger Bürokratie, mehr Digitalisierung, bessere Gesetze Einfach machen".

Eindringlich wies er darauf hin, dass angesichts der durchschnittlichen jährlichen Menge von ca. 400 neuen Gesetzen das seit Jahren vom NKR geforderte Postulat „one rule in, one rule out" endlich für alle Ressorts der Bundesregierung verpflichtend sein müsse.

Zu begrüßen sei, dass Bund und Länder sich nun nach langem Verfahren darauf geeinigt hätten, dass die Föderale IT-Kooperation – FITKO – am Standort Frankfurt am Main nun endlich in 2020 mit einem Personalkörper von 40 Mitarbeitern/innen und einem Fördervolumen von 180 Mio. Euro wirklich ihre Arbeit aufnehmen könne/solle. Der NKR als ständiger Mahner auf dem Weg der

Die Regelungen des neuen EU-Datenschutzgrundverordnungen belasten nach seiner Einschätzung allerdings die Diskussion und Lösungsmöglichkeiten einer solchen nutzerorientierten Service- und Dienstleistungskultur der öffentlichen Verwaltung neu.

Seine Kritik an der Vielzahl der „Digitalen Stakeholder" im föderalen Staatsaufbau und deren kaum überschaubare Anzahl, Arbeitsweise und Verflechtungen war deutlich:

Mit einem Übersichtschart aus seiner Präsentation war/ist das an Deutlichkeit kaum zu überbieten:

Deutlich wird damit eines der Kernprobleme im Föderalen Staat, in dem eindeutig zu viele Instanzen vertikal und horizontal an der Digitalisierung arbeiten, ohne eine koordinierende und Standard- und Verbindlichkeiten setzende

Instanz gemeinsam nachhaltig zu schaffen bzw. zu akzeptieren – die z.B. solch dringend notwendigen Basiskomponenten im Geflecht der Interessen und Geschäftsmodelle auch tatsächlich durchsetzen könnte.

Positiv war seine Erwartung für die kommenden Jahre auf der Basis des aktuellen Koalitionsvertrages der Bundesregierung, in dem die Digitalisierung einschließlich des Breitbandnetzausbaus pp. deutlich höhere Priorität besitzt als in bisherigen politischen Ankündigungen. Seine begleitende Forderung dazu bezog auf die nach Einschätzung des NKR zentrale Conditio, bereits die Gesetzgebungsverfahren „digitaltauglich" zu machen und sich dabei am Beispiel der EU-Rechtssetzungsverfahren zu orientieren, in denen zunächst (nur) Eckpunkte der vorgesehenen Regelung erarbeitet werden und erst nach intensivem Diskurs die konkreten Gesetzesformulierungen erfolgen. Dies ermögliche, auch die aktuellen digitalen Potenziale und Vollzugsmechanismen frühzeitig und systematisch zu berücksichtigen.

Gesetzgebung anders und digital denken: Erst der Inhalt, dann der Paragraph!

Die Thematik um den NKR Anspruch „Once only" wurde im Fachforum „Konsolidierung und Zusammenführung von Verwaltungsregistern – Once only: Schimäre im Föderalen Staat oder reelle Chance?" weiter getragen. An die Vorträge von ***Hannes Kühn,*** Stv. Leiter, Sekretariat, NKR und ***Dr. Ralf Resch,*** Geschäftsführer der Vereinigung der Kommunalen IT-Dienstleister auf Bundesebene, Vitako, schloss sich eine weitergehende Diskussion zu den Chancen und Hemmnissen an.

Mit dem Vortrag „Digitale Transformation des Staates auf Basis von Technologie und Kulturwandel" setzte ***Prof. Dr. Peter Parycek,*** Leiter des Kompetenzzentrums Öffentliche IT (ÖFIT) am Fraunhofer Institut FOKUS und Mitglied des Digitalrates der Bundesregierung einen ebenso vielbeachteten wie nachdenklich machenden Schlusspunkt des Kongresses:

Über seine Forderung nach Verständlichkeit von Formularen, nach nutzerorientiertem Prozessdesign zeigte er insbesondere anhand aktueller Untersuchungen auf, wie dramatisch das Vertrauensdefizit von Bürgern/innen in die öffentliche Verwaltung beim Umgang mit personenbezogenen Daten ist.

Prof. Peter Parycek, Leiter ÖFIT, Berlin *Foto: Giessen*

„Hohes Vertrauensdefizit in öffentliche Verwaltung"

Prof. Dr. Peter Parycek

Am Beispiel des antragslosen Kindergeldes in Österreich zeigte er auf, wie im Digitalen Zeitalter Bürgerfreundliche Services aufgebaut werden und ablaufen können. ***Prof. Parycek*** dazu: "Die Menschen wollen Prozesse online und mobil jederzeit und überall abwickeln können. Dafür müssen wir unsere Systeme so aufstellen, dass sie das auch können." Diese Ausrichtung müsse nach dem Prinzip "Digital by Design" bereits direkt vom Beginn der Entwicklung von Prozessen mit einbezogen werden. Es brauche vernetzte Register und Fachanwendungen sowie Schnittstellen, um die Daten und Prozesse behördenübergreifend nutzen zu können.

Zudem forderte er auch eine Neuausrichtung der Arbeitswelt als solche. So brauche es ein neues „Mindset" von oben, das die Mitarbeiter/innen proaktiv auf die neuen Aufgaben vorbereite; eine entscheidende Zukunftsaufgabe von politischer und administrativer Führung und Führungsebenen im föderalen Staat.

Digitale Logik und Kultur in Organisation und Arbeitsmethoden

Entscheidend werde es für die weitere Digitalisierung im Sinne der richtigen Strategie und der operativen Handlungsfelder in Deutschland sein, ob es gelinge, konsequent notwendige digitale Architekturen zu kreieren, die zu besserer Gesetzgebung, zu digitalisierungsfähigen Regierungs- und Gesetzessbeschlüssen führe und die im weiteren Daten für menschliche und künstliche Intelligenz zusammenführe.

Zwölf Fachforen mit dichtem Programm!

Die zwölf Fachforen und ihre Schwerpunkte waren Gegenstand intensiver Diskussion unter den Teilnehmern/innen in der Neusser Stadthalle, die wiederum mit einem sehr guten Service überzeugte.

Thematisch im Vordergrund standen als besondere Schwerpunkte im Jahr 2018 u.a.

- die Berichte aus den vom Land geförderten Modellkommunen,
- die umfassenden Ansprüche der Prozessmodernisierung,
- die Umsetzung des OZG und des E-Government Gesetzes NRW,
- die Modernisierung der Verwaltungsregister, der Stand zum „Servicekonto NRW",
- agiles Government in den IT-Rechenzentren,
- der aktuelle Umsetzungsstand der E-Rechnung,

- die Sicherheitsfragen in der Verwaltung 4.0, sowie
- notwendige Kooperationsfragen und Strukturen der Landes- und Kommunal-IT

im besonderen Fokus.

In einem Fachforum standen E-Services, E-Prozesse und E-Akte auf der Tagesordnung – neu befördert auch durch das OZG mit seinen bundesweiten Verpflichtungen und Vorgaben in Landesverwaltungen und Kommunen:

Lars Hoppmann, Geschäftsführer im Kommunalen Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe (krz)

Foto: Giessen

Die Einführung der E-Akte für eine ganze Landesverwaltung in NRW ist ein IT-Großprojekt, das gute Planung und Steuerung erfordere, berichtete ***Dr. Markus Brakmann,*** Referatsleiter IT-Strategie und IT-Architektur im Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie. In Nordrhein-Westfalen müssen über 60.000 Arbeitsplätze versorgt werden. Der landeseigene IT-Dienstleister IT.NRW wird die Lösung unter dem Schutzbedarf "hoch" zentral betreiben, auf Basis eines eigenen Landesstandards. Die Pilotierung solle im Januar 2019 beginnen und ein Jahr laufen. Sein Ministerium sei dafür Kandidat Nr. 1, schließlich wolle es als digitale Modellbehörde mit gutem Beispiel vorangehen

Der Charme der E-Aktenführung, wie sie jetzt in Nordrhein-Westfalen ausgerollt wird, ist ihre Einfachheit. Für den Mitarbeiter sieht der Zugang zum System nicht anders aus, als das übliche Filesystem samt Drag-&-Drop-Bedienung. "Die E-Akte ist bei uns nichts als ein Ordnerbuchstabe im Windows Explorer", erklärte ***Brakmann.*** Dass hinter dem Ganzen technisch mehr stecken könnte, merke der Benutzer erst in dem Moment, wenn er eine elektronische Akte abspeichert.

Während die E-Akte und viele damit eng verbundene E-Services bereits auf allen Ebenen auf dem Weg sind, bleibt bei vielen anderen Verwaltungsvorgängen vorerst alles beim Alten. "Man fragt sich schon, warum so manche papierlastigen und aufwendigen Prozesse nicht längst angegangen wurden", so die Kritik von ***Lars Hoppmann***, stellvertretender Geschäftsführer im Kommunalen Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe (krz). Eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung dort habe ergeben, dass eine digitale Abbildung der Verfahren zur Amtshilfe zu Ersparnissen von 60 Prozent oder einem höheren fünfstelligen Betrag führen könnten. "So ein Produkt lebt natürlich von einem größtmöglichen Teilnehmerkreis", erklärte er, "daher schlagen wir einen landesweiten Dienst vor, von dem alle Vollstreckungsämter und weitere Stellen wie die öffentlich-rechtlichen Sender profitieren könnten."

Amtshilfe.net – eine charmante Lösung aus Lemgo!

Die Verteilung könne über den Dachverband der Kommunalen IT-Dienstleister KDN erfolgen, so die Idee. Die Basis, so Hoppmann weiter, könne das vom krz bereits genutzte Projekt Amtshilfe.net sein, das der Zweckverband Kommunale Datenverarbeitung Oldenburg (KDO) gemeinsam mit der DATA-team GmbH entwickelt hat. Dabei handelt es sich um eine Plattform, über die Amtshilfeersuchen gestellt werden können. Bisher sei der Prozess sehr aufwändig: "Sie müssen die Anfrage ausdrucken, kuvertieren, die Adresse heraussuchen, den Brief abschicken, auf Antwort warten und immer wieder selbstständig nachhaken." Amtshilfe.net soll all das leichter machen. Ein Behördenverzeichnis vereinfache die Adresssuche, die Ersuchen sollen papierlos und in Sekundenschnelle übermittelt werden. "Es erfolgt außerdem eine Protokollierung als Absicherung für beide Seiten. Der Status und die einzelnen Bearbeitungsschritte lassen sich jederzeit nachvollziehen", fasste ***Hoppmann*** den Bericht zu einem innovativen Projekt zusammen.

Erstmals – und mit besonderem Interesse der Besucher/innen - standen darüber hinaus die Themen rund um die Künstliche Intelligenz (KI) und die kommenden Arbeitswelten 4.0 im Brennpunkt.

Welches Potenzial bietet KI als digitaler Helfer im Tagesbetrieb der öffentlichen Verwaltung? Dieser Frage ging das von ***Wolfgang Scherer*** moderierte Fachforum insbesondere vor dem Hintergrund des demografischen "Ausblutens" der Verwaltungen nach. Wirtschaft, lokale Unternehmen und Bürgerschaft erwarten eine 24/7-Unterstützung. "Wenn Bund, Länder und Kommunen das nicht hinbekommen – transparent, unkommerziell und demokratisch kontrolliert – machen es die Alibabas, Facebooks und Googles" provozierte er eingangs.

Dr. Michael Neubauer, Geschäftsführer der neu entstandenen Südwestfalen-IT, gab zunächst einen gewohnt pointierten Werkstattbericht "KI, GovBots, Maschinelles Lernen: Potenziale und Grenzen eines Hype-Themas?" und warnte dabei eindringlich vor übertriebenen Erwartungen.

„Das digitale Mantra lautet Mensch, Mensch, Mensch“

Iris Haarland

Mit Spannung erwartet wurde der Beitrag von ***Anja Weber,*** Vorsitzende des DGB in NRW. Für viele Besucher war es beeindruckend, wie intensiv sich die Gewerkschaften bereits mit der Digitalisierung, und der Arbeitswelt 4.0 beschäftigt haben. Das von ihr vorgestellte empirische Material lieferte dazu eine ausgezeichnete und fundierte Diskussionsgrundlage.

Hoher Digitalisierungsdruck auf die Verwaltung 4.0

Insbesondere der im Vergleich zur Privatwirtschaft deutlich höhere Digitalisierungsdruck im Öffentlichen Dienst ließ die Vorsitzende von rund 1,5 Mio. Gewerkschaftsmitgliedern im Land drei konkrete Forderungen formulieren: “Erstens: Beschäftigte, ihre Belange und Interessen stehen im und gehören ins Zentrum der Digitalisierung“. “Zweitens: Ob der Einsatz neuer Technik wie KI im Rahmen staatlicher Leistungen und staatlichen Handelns zulässig und zweckmäßig ist, bedarf sorgfältiger Kontrolle” und “Drittens: Nur dann bleibt uns ein leistungsfähiger Staat erhalten!”. Mit einem Sieben-Punkte-Plan mache der DGB exakte Vorschläge, wie “gute Digitalisierung im Öffentlichen Dienst” aussehen müsse.

Die Einführung der E-Akte in der Landesregierung und die Umsetzung des E-Government-Gesetzes wurden von NRW CIO ***Hartmut Beuß*** und seinem Team beschrieben, auch vor dem Hintergrund, dass die Landesregierung großen Wert darauf legt, die notwendigen Digitalisierungsschritte und Prozesse schneller zu unternehmen als dies bei Erlass des E-Government Gesetzes im Jahr 2016 noch der Fall und in Aussicht genommen war.

Aus einem konkreten vom MWIDE geförderten Projekt “Online- und Offline-Dorfplatz der Gemeinde Kranenburg als Pilotprojekt und Blaupause neuer kommunaler Interaktion” gab Projektleiterin ***Iris Haarland***, einen spannenden und die Teilnehmer/innen mit praktischen Übungen einbeziehenden Einblick. Ihr “digitales Mantra” lautete “Mensch, Mensch, Mensch!”

Dass Digitalisierung Werte braucht, wenn denn Führende und Mitarbeiter/innen für die damit verbundenen Herausforderungen und Veränderungen begeistert werden sollen / müssen, auch am ganz konkreten und eigenen Arbeitsplatz und im Gefüge der eigenen Verwaltung, dafür warb ***Dr. Felix Kratz***, Geschäftsführer, Baumgartner & Co. Business Consultants.

Die Modellkommunen und die innovativen Projekte aus den Regionen beeindruckten die Besucher und werden für weiteren Stoff und Anregungen in den nächsten Jahren sorgen – auch als Folgethemen für „e-nrw“, ggf. auch als Anstöße für vergleichbare Aktivitäten in anderen Bundesländern.

Die Bürgermeister ***Michael Dreier***, Paderborn, ***Dr. Marc Schrameyer,*** Ibbenbüren, sowie ***Kerstin Pliquett,*** Geschäftsführung SIT, Hemer, **Jörg Radandt,** Stadt Soest und **Holger Stingl,** KDZ Recklinghausen berichteten in der von Stadtdirektor a.D. **Guido Kahlen,** Köln, moderierten (2) Foren über die Starts und den geplanten Fortgang der Arbeiten in den Modellstädten, auch in Zusammenarbeit mit ihren IT-Dienstleistern; insgesamt spannende Themen, die in den kommenden Jahren weiterhin auf der digitalen Kongressagenda von „e-nrw“ bleiben werden / sollen.

So berichtete der Paderborner Bürgermeister ***Michael Dreier*** beispielsweise von den Bemühungen, seine Stadt auf „digitale Beine“ zu stellen. Zwei Grundpfeiler dieser digitalen Neuausrichtung seien dabei ein ausgereiftes Serviceportal mit Sprachassistent, Chatboot und Terminals in den Bürgerbüros als Grundlage sowie zusätzlich das Prinzip Once Only: “Wir brauchen eine bessere Vernetzung als Behörden untereinander und gleichzeitig ein mit dem Bürger abgestimmtes und freigegebenes System, damit wir für alle Seiten effizienter arbeiten können.” Dabei sei zum einen natürlich der Datenschutz essenziell, aber vor allem auch der Schutz der Arbeitsplätze der Mitarbeiter/innen: “Hier haben wir allerdings relativ wenige Probleme. Die größere Herausforderung liegt eher darin, neue Leute zu finden”, so der Bürgermeister.

Der Ibbenbürener Bürgermeister Dr. Marc Schrameyer war mit seiner Stadt bereits von 2014 bis 2016 vom BMI als Modellkommune gefördert worden. In der Folge wurde die Kooperation mit dem BMI weitergeführt und dabei auch andere Kommunen aus der Region mit einbezogen.

Foto: Giessen

Quelle: Präsentation von Regierungspräsident Hans-Jürgen Vogel auf e-nrw 2018, Forum X

Paderborn will nicht nur ein funktionstüchtiges E-Government realisieren, sondern auch weitere digitale Projekte anstoßen. So gibt es ein Projekt "Lernstatt Paderborn" zur Förderung digitaler Bildung sowie ein weiteres Projekt unter dem Titel "Local Open Data". Dabei sollen in einem sogenannten "Local Open Data Space" Angebote und Lösungen gebündelt werden. Unter anderem geht es dabei um "Urban Decision Making" im Bereich Verkehr, "Public City Services" im Bereich ÖPNV und digitale Fahrkarten sowie einen "Local Data Marketplace"; weitere Projekte gelten u. a. der Sicherheit. So arbeitet man unter dem Titel INSPIRE als integrierte Sicherheits-Pilot-Region an digitalen Projekten wie der virtuellen Vorausberechnung von Menschenströmen auf Volksfesten. Dabei werde viel mit neuen Technologien, aber auch mit Hardwarelösungen, wie z.B. auch Drohnen gearbeitet.

Digitale Projekte in Paderborn: Mehr als E-Government

Der Paderborner Bürgermeister sieht – sicherlich stellvertretend für viele seiner Kollegen im Land – in der Digitalisierung eine Vielzahl von Chancen für die Kommunen, denen aber Herausforderungen wie ein häufig unklarer Rechtsrahmen und komplexe Themenstrukturen sowie die Personalproblematik in Zeiten des Fachkräftemangels entgegenstehen.

Neue Arbeitsformen auf dem Weg zur digitalen Organisation im Sinne neuer Arbeits- und Steuerungsformen nahm ***Lorenz Löffler***, Prognos AG in den Focus: Er erläuterte, dass hybride Organisationsformen zunehmen werden, dass projektorientiertes Arbeiten, Matrixorganisationen und Experimentierräume selbstverständliche Elemente in der öffentlichen Verwaltung der Zukunft sein werden.

Mit steigender Unsicherheit und Volatilität gewinnen Führung und neue Führungskultur an Bedeutung, Teams und Mitarbeiter/innen erhalten größeren Entscheidungsspielraum und verlangen dafür auch proaktiv eine neue Art der Führung: Orientierung, Motivation und Inspiration, Coaching, Moderation und Personalentwicklung. Aktive Persönlichkeits-, Beziehungs- und Digitalintelligenz auf Basis

Der Stand von GiroSolution in der begleitenden Ausstellung *Foto: Giessen*

kooperativer und wertschätzender, zwischenmenschlichen Aktion machen den attraktiven öffentlichen Arbeitgeber der Zukunft aus!

Den Einstieg in die Diskussion unter Leitung von ***Prof. Dr. Frank Hogrebe,*** Wissenschaftlicher Direktor, IVM², zur E-Rechnungsthematik machte ***Martina Knebel,*** Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitales und Energie (MWIDE) des Landes Nordrhein-Westfalen, indem sie einen Überblick über den Rechtsrahmen und die aktuellen Aktivitäten zur E-Rechnung auf Bund-Länder-Ebene gab. Technisch vorgesehen ist für NRW die Erweiterung des Vergabeportals NRW um ein spezielles E-Rechnungs-Modul, das auch von der kommunalen Ebene technisch mitgenutzt werden kann. Zur Kostenfrage dieser Mitnutzung sei noch keine Entscheidung getroffen.

Dr. Bodo Karnbach, Vorsitzender der Geschäftsführung, ITK Rheinland, nahm die Ausgangslage zur Digitalisierung in Deutschland als Einstiegspunkt und leitete über diesen Einstieg die Relevanz der E-Rechnung her. Eine unter den Teilnehmern durchgeführte Befragung zeigte, dass sich bislang nur wenige zum Thema E-Rechnung bereits auf den Weg gemacht haben bzw. die organisatorischen und technischen Voraussetzungen geschaffen haben. Die Experten empfahlen, sich der Thematik anzunehmen, denn bereits heute zeigt sich ein Ressourcenengpass bei den E-Rechnungs-Dienstleistern.

Dirk Schulz-Utermöhl, Datev, skizzierte in seinem Beitrag eine Smart-Transfer-Lösung des Unternehmens zum elektronischen E-Rechnungsempfang und -versand als Cloudlösung. Dabei differenzierte er unterschiedliche Szenarien und Integrationsmöglichkeiten zur Umsetzung der E- Rechnungsanforderungen. ***Andreas Zurbel,*** GiroSolution sprach über die Vielschichtigkeit von E-Government und die Auswirkungen auf Bürger, Unternehmer und Gesellschaft. Konkret erläuterte er den S- Rechnungs-Service von GiroSolution, deren Lösung bewusst an der "Haustür" der öffentlichen Verwaltungen bzw. deren IT-Dienstleistern endet und insofern die internen Workflow-Lösungen akzeptiert und dorthin übergibt.

Als spezialisierter Lösungsanbieter der Sparkassen-Finanzgruppe für E-Government arbeitet GiroSolution insofern eng mit den Sparkassen in NRW zusammen, um den Kommunen vor Ort die Umstellung auf elektronische Rechnungen zu erleichtern. Die Diskussion zeigte, dass zum Thema E-Rechnung offensichtlich noch in vielen Kommunen erheblicher Handlungsbedarf besteht.

Martina Knebel ist die Expertin des MWIDE NRW für die Einführung der E-Rechnung auf der Landesebene. *Foto: Giessen*

Regierungspräsident ***Hans-Jürgen Vogel,*** Bezirksregierung Arnsberg referierte einem besonders beeindruckenden Vortrag zu den Digitalisierungsprojekten der Staatlichen Mittelinstanz in NRW. In seine aktuellen Aufgaben kann er seine langjährigen Erfahrungen aus dem Kommunalbereich einbringen, er war lange Jahre sehr erfolgreicher Bürgermeister seiner Stadt Arnsberg, die sich mit vielen innovativen Arbeiten und Projekten zu den Digitalisierungsthemen,

girosolution.de

Mit GiroSolution und den Sparkassen vor Ort.

Wir bieten Ihnen digitale Lösungen für Online-Bezahlverfahren, elektronische Rechnungen und kommunales Portfoliomanagement.

GIROSOLUTION

der Demografischen Herausforderung pp. bundesweit einen respektablen Namen gemacht hat.

Unter seiner Leitung hat sich die Bezirksregierung mit Blick auf die Digitalisierung konkrete Strategieziele gesetzt, u.a.: Kompetenzbildung, z.B. für Schulen und Lehrer in Ausbildungs- und Fortbildungszentren, konsequente Förderung und Realisierung von digitaler Infrastruktur sowie die Unterstützung der Digitalen Modellkommunen im Bezirk und die vollständige Digitalisierung der Bezirksregierung selbst – im Bewusstsein, für Neues, für Unkonventionelles, für Start-Ups und mehr offen zu sein:

Bürgermeister ***Kai Abruszat***, Stemwede und Geschäftsführer ***Reinhold Harnisch***, krz Lemgo, berichteten gemeinsam von einem Pilotprojekt aus dem krz Lemgo in dem mit allen 40 Verbandskommunen eine gemeinsame E-Government Strategie erarbeitet worden ist, die nach intensiver Bestandsaufnahme, Analyse und Bewertung im Vergleich zu anderen Städten / Regionen in einem stringent geführten Projekt zu über 170 zum Teil sehr detaillierten Handlungsempfehlungen geführt habe. Die Umsetzung sei vom Verwaltungsrat mittlerweile beschlossen worden und führe nun systematisch in kommenden Jahren zum Zielpunkt der „Digitalisierungsstrategie 2025":

https://www.krz.de/index.php?object=tx|2669.73&ModID=255&FID=2669.583.1

Unter der Moderation von ***Beate van Kempen***, Abteilungsleiterin LVR Infokom wurde in einem weiteren Forum das Thema „Agiles Management" in Rechenzentren diskutiert. Sie selbst berichtete dazu aus eigenem Erleben, dass zu den Gegensätzen "agil vs. stabil" und "Neues wagen vs. Bestehendes bewahren" immer noch hoher Diskussions- und Erfahrungsbedarf bestehe. Für die IT-Services müssten dabei die Mehrwerte für den Kunden die entscheidende Rolle spielen. Strukturierte Prozesse, neue Gremien und Rollen mit klar definierten Aufgaben, Verantwortlichkeiten und Kompetenzen im IT-Servicemanagement können nach ihrer Überzeugung den erforderlichen Ausgleich zwischen Agilität und Stabilität herstellen.

Ansgar Kückes, Chief Architekt Public Sector, Red Hat, erläuterte den Teilnehmern/innen die dazu erforderliche, modular aufgebaute Infrastruktur und die Herausforderungen mit Blick auf neue Applikationen und Prozesse. Er sieht dazu auch die notwendige Modernisierung der Rechenzentren mit den Schwerpunkten auch in der bedarfsgesteuerten Leistungsbereitstellung und Virtualisierung nahezu der gesamten Infrastruktur.

Er sprach in diesem Zusammenhang auch von dem Erfordernis der "Digitalen Souveränität", um den bestehenden Herausforderungen in der IT nachhaltig und gemeinsam zu begegnen. Dabei müssten sowohl die Hersteller wie die IT-Dienstleister mit durchaus auch jeweils neuen Aufgaben im Bereich der IT-Konsolidierung und der RZ-Modernisierung aufeinander zugehen.

Die elektronische Rechnungsstellung bietet nach einhelliger Ansicht der Referenten/innen nachhaltige Chancen sowohl für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft als auch für eine moderne Verwaltung. Sie hat damit eindeutig Standortqualität im Digitalen Zeitalter. Die Vorteile wie Effizienzgewinne, Kosteneinsparungen und weniger Papierverbrauch liegen klar auf der Hand, auch wenn zunächst auf Kommunen und Land investive Aufwände bei der Einführung und Prozessumstellung auf die E-Rechnung zukommen.

Ausblick auf das Jahr 2020 und das neue „Digitale Jahrzehnt":

Die weiteren Fragestellungen und Themen aus dem Kongress mit seinen Fachforen, die im Jahr 2020 an der Schwelle zum nächsten Jahrzehnt drängender denn je für

Red Hat

Digitale Souveränität der Verwaltung

Innovative Services und Komponenten für leistungsfähige Datacenter und digitale Prozesse

Enterprise OpenSource von Red Hat
Sicher. Skalierbar. Standardkonform. Wirtschaftlich.

den Standort Deutschland, den Standort NRW, für die nutzerorientierte Digitalisierung auf der Tagesordnung stehen werden, lassen sich im Schwerpunkt wie folgt benennen:

- Kommen Land und Kommunen mit Blick auf das Onlinezugangsgesetz und seine Pflichten und Termine wirklich voran? Ist der Portalverbund auf breiter Front auf dem Weg und wie weit ist er mit Blick auf Bürger/innen und Unternehmen vorangekommen? Ist das Thema Servicekonto mit seinen unverzichtbaren und differenzierten Authentifizierungsmodalitäten in den Köpfen von Anbietern und Nutzern/innen wirklich angekommen? Wie weit sind wir dazu bundesweit, wie weit in NRW, wie weit in der kommunalen Landschaft vorangekommen? Auch mit Blick auf komfortable und sichere Nutzung und der notwendigen Akzeptanz bei Bürgern/Unternehmen und kommunalen Dienste Anbietern und deren (IT) Partner?
- Kommt die Verwaltung 4.0, auch und insbesondere als Korrespondenz zu Industrie 4.0 / Standortqualität 4.0 in NRW mit dem Zielfocus auf medienbruchfreie Unternehmens- und Gründerservices voran? Haben sich in NRW der Schwerpunkt und die Forschung und Anwendung der Künstlichen Intelligenz (KI) weiter etabliert? Wie liegen Hemmnisse und Akzeptanzprobleme und wie geht man sie an?
- Ist die IT Sicherheit als zentrales Zukunftsthema mit immer weiter zunehmendem Bedrohungspotenzial gemeinsam von Land und Kommunen und ihren Dienstleistern im Blickfeld?
- Kommen E-Akte, E-Prozesse, E-Payment, E-Rechnung als entscheidende Merkmale und Big Points für Land und Kommunen zum Teil unmittelbar vor verbindlichen Einführungsterminen auf die Zielgerade und ins Ziel?
- Wo sind die digitalen kommunalen Strategien und Agenden – in neuer Kooperation und Mut zu neuen Wegen?
- Wie organisieren sich die kommunalen IT-Dienstleister in NRW vor dem Hintergrund immer komplexer werdender Ansprüche ihrer Kunden und Verbandsmitglieder?
- Wie prägt und fördert die zwangsläufige Demografie mit ihren immer näher rückenden Pensionierungen pp. die notwendige, neue Verwaltungskultur 4.0, das notwendige Wissensmanagement mit transparenten Strukturen und Methoden?
- Schaffen die Modellkommunen und -regionen über die eigenen innovativen Projekte und Wege hinaus tatsächlich übertragbare Ideen und Innovationen für „Alle"?

Die Digitalisierungsoffensive der seit Mai 2017 amtierenden neuen Landesregierung wird zum Zeitpunkt von „e-nrw 2019" ihre „1. Halbzeit" abschließen – Anlass für ein Zwischenresümee?

Dass ***Prof. Dr. Andreas Pinkwart,*** Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen auch den „e-nrw Kongress" des Jahres 2019 mit seiner Keynote eröffnet, ist ein weiterer bemerkenswerter Meilenstein in der Geschichte des Kongresses und erfüllt den Behörden Spiegel als Veranstalter sowie IVM² als Fachliche Leitung des Kongresses mit Dankbarkeit und Stolz.

Es wird weiter Ansporn sein, die Erfolgsgeschichte von „e-nrw" auch im neuen Jahrzehnt mit den aktuellen Themen der Verwaltungsmodernisierung im Digitalen Zeitalter als zentralen „E-Gov-Hub" für NRW und darüber hinaus weiter zu entwickeln.

Die Digitalisierung der Verwaltung braucht verlässliche Plattformen um sich zu entfalten

Die Digitalisierung in Bund, Ländern und Kommunen schreitet voran, neue digitale Behördendienste entstehen und ergänzen die vorhandenen Anwendungslandschaften. Neue Innovative Technologien wie KI und ML eröffnen neue Möglichkeiten für die Verwaltungen, sich ständig zu erneuern und zu verbessern. Dieser Transformationsprozess ist unabdingbar, er birgt aber gleichzeitig große Chancen und auch Risiken.

Ohne Modernisierung und Standardisierung vorhandener Anwendungen und deren Übertragung in zentrale Dienstleistungszentren ist dies nicht leistbar. Die Krux jedoch ist: In der Zwischenzeit bis zum Abschluss der laufenden IT Konsolidierung müssen ja die Anwendungen weiterlaufen, Daten verwaltet, Software-Upgrades und Datensicherung durchgeführt, Benutzer eingerichtet und verwaltet, Cyber- und IT Sicherheit überwacht werden und vieles mehr. Von Neuentwicklungen und Erweiterungen ganz zu schweigen. Zusätzlich muss das Personal bei der IT Modernisierung voll mitziehen.

Um all dies zu bewältigen braucht es ein hohes Maß an Automatisierung und technologischer und operativer Exzellenz. Dazu verhelfen die Oracle Technologien und Services. Oracle setzt sich vor allem auch damit auseinander, wie mit Hilfe der Informationstechnik die Innovationskraft der öffentlichen Verwaltung sichergestellt werden kann. In unseren Services realisieren wir höchste Anforderungen an Datenschutz und Datensicherheit, Identifizierung und Authentifizierung.

Die neueste Oracle Datenbank Technologie ist z.B. darauf ausgelegt, das manuelle Datenbankmanagement zu reduzieren und benutzerverursachte Fehler zu eliminieren. Beispiel: mit dem Oracle Autonomous Database Cloud Service, der weltweit ersten autonomen Datenmanagement-Technologie in der Cloud, wird die Durchführung aller Routine-Datenbankwartungsaufgaben bei laufendem System und ohne menschliches Eingreifen ermöglicht.

Dieser Oracle Autonomous Datenbank Cloud Service ist darauf ausgelegt, selbstverwaltend, selbstsichernd und selbstreparierend zu agieren. Er übernimmt Basisaufgaben wie Betrieb der Infrastruktur, Updates, Patching, Sicherungen sowie Gewährleistung der IT Sicherheit bei gleichzeitig erhöhter Verfügbarkeit (99,995 Prozent). Grundlage für diese autonome Datenbankmanagement- Technologie sind Oracle Engineered Systems, Oracle Cloud Infrastructure sowie durch ML und KI unterstützte Automatisierungsprozesse. Kunden steht dieser Service in dem C5 zertifizierten Oracle Datacenter in Frankfurt zur Verfügung.

Der Kunde behält dabei nicht nur immer die Hoheit, Kontrolle und Verantwortung über seine Daten und Anwendungen. Zudem kann er zwischen den verschiedenen Deployment- und Betriebsmodellen wählen. Oracle Kunden können besonders einfach die Oracle Autonomous Cloud Datenbank nutzen, da die vorhandenen Lizenzen für die Oracle Cloud Services weiter verwendet werden können – eine interessante Option für herausfordernde Konsolidierungsvorhaben. Ist die Konsolidierung abgeschlossen und sind die Infrastrukturen in den zentralen Dienstleistungszentren verfügbar, können die Daten und die Anwendungen auch wieder aus der Oracle Cloud problemlos zurückgeführt werden - so einfach kann IT Konsolidierung sein.

Die öffentliche Verwaltung und das Gesundheitswesen sind für Oracle seit seiner Gründung äußerst wichtige Kundensegmente. Weltweit vertrauen unsere Kunden auf Oracle Technologien und Lösungen und erwarten von uns, dass wir ihnen immer wieder neue Mittel zur Verfügung stellen, um ihre IT Systeme und Anwendungen auf dem Stand der Technik zu halten und gleichzeitig Innovationen zu ermöglichen.

Andreas Kiessling, Senior Vertirebsdirektor Public Sector, Oracle Deutschland BV & Co KG

andreas.kiessling@oracle.com

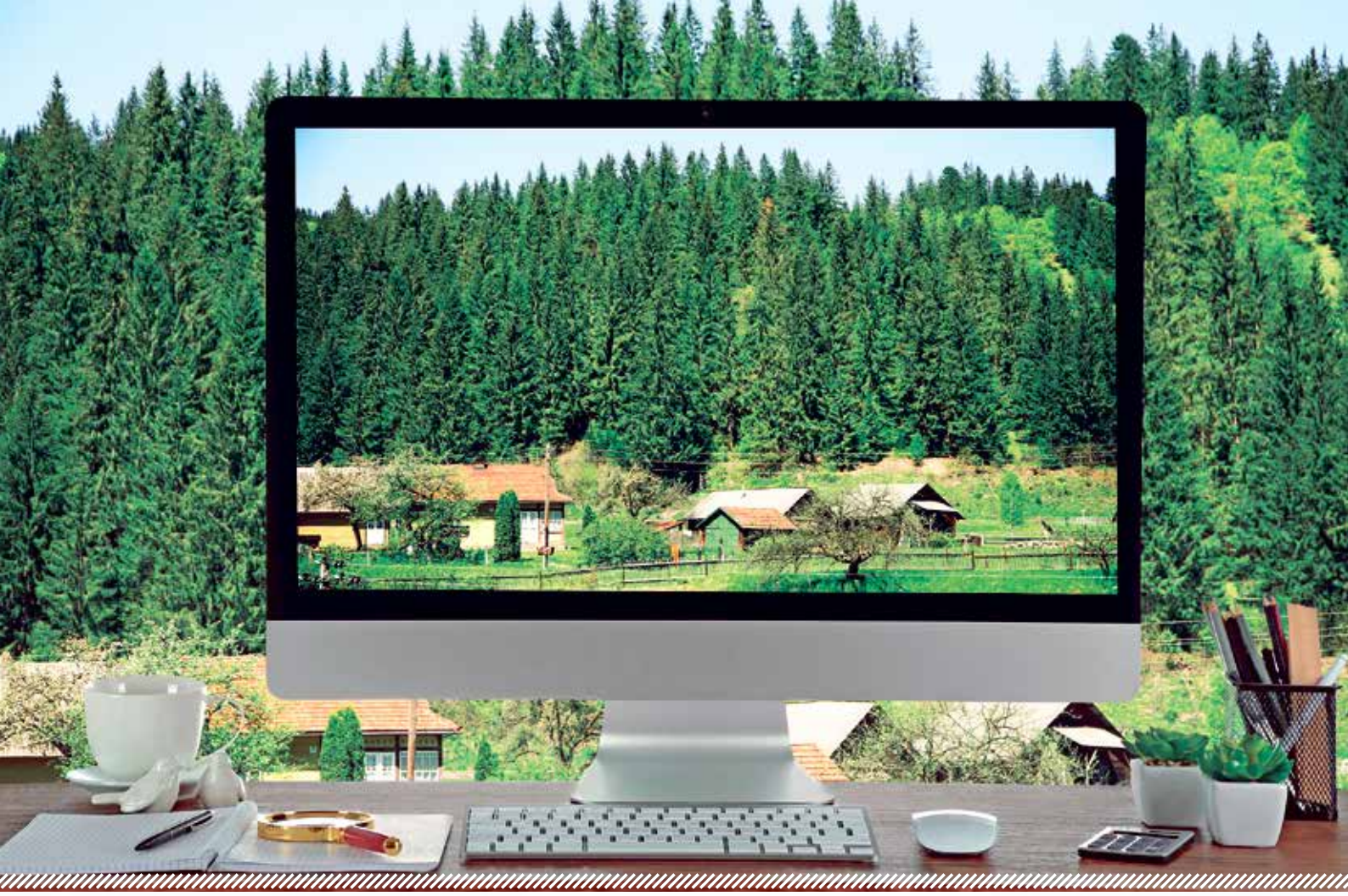
rehm eLine

Gewinnen Sie einen echten Vorsprung in Ihrem Arbeitsalltag und finden Sie jetzt noch einfacher die besten Antworten auf Ihre Fragen: rehm eLine ist die starke Marke für mehr als 80 digitale Produkte des rehm Verlags, die Ihre Arbeit in der öffentlichen Verwaltung effizienter, effektiver und einfach besser machen.

Testen Sie ein Produkt Ihrer Wahl 4 Wochen kostenlos und unverbindlich auf
www.rehm-verlag.de/eLine

rehm

rehm, eine Marke der Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH, Hultschiner Str. 8, 81677 München; im Fachbuchhandel erhältlich; Preisänderung vorbehalten!
Weitere Informationen unter www.rehm-verlag.de. WAN 521884/August 2019



5. Zukunftskongress Bayern

STAAT UND KOMMUNEN ALS DIGITALE HEIMAT FÜR BÜRGER UND WIRTSCHAFT

7. Februar 2019, Haus der Bayerischen Wirtschaft, München

„Zukunftskongress Bayern“

Staat und Kommunen als gifitale Heimat für Bürger und Wirtschaft

Der Zukunftskongress Bayern, vom Behörden Spiegel am 7. Februar 2019 in München zum fünften Mal durchgeführt, ist mittlerweile eine etablierte Veranstaltung, durchaus auch bereits mit Ausstrahlungskraft über Bayern hinaus; ***R. Uwe Proll,*** Herausgeber des Behörden Spiegel konnte 350 Teilnehmer/innen begrüßen, eine deutliche Steigerung gegenüber 2018.

Der 5. Kongress im Haus der Bayerischen Wirtschaft hatte die jüngste und neue Bayerische Staatsministerin für Digitales, ***Judith Gerlach*** als die politisch ranghöchste “Digitalisiererin” im Freistaat als Keynote Speakerin zu Gast. Sie ist seit Mitte Oktober 2018 nach der Landtagswahl Bayerns erste Digitalministerin, sie war zugleich Schirmherrin der Veranstaltung.

Sie legte dar, dass ihr Haus die komplette Digitalstrategie des Freistaats bündele und für die dazu notwendige Kooperation und Kommunikation verantwortlich sei; sie wolle der Digitalisierung weitere Türen öffnen, obgleich Bayern im Vergleich der Bundesländer schon heute sehr gut und ausgeprägt digital dastehe: Mit 4.000 Schulen, die über einen Glasfaseranschluss verfügen (mit insgesamt 42.000 Kilometern im Freistaat), mit bislang sechs Mrd.Euro Investition in die Digitalisierung, davon 2,5 Mrd. € in den Breitbandausbau, durchaus auch mit dem Schwerpunkt im ländlichen Bereich, sei man in Bayern bundesweit an der Spitze führend. Ihr grundsätzliches Motto auf dem weiteren Weg „Nur wer sich bewegt kommt auch voran!“ solle die eigene Philosophie und die der Bayerischen Staatsregierung zum Thema deutlich machen.

Bayerns erste Digitalministerin und Schirmherrin, Judith Gerlach *Foto: BS/BILDSCHÖN, Gierke*

www.zukunftskongress.bayern

> **„Nur wer sich bewegt, kommt auch voran!“**
> Ministerin Judith Gerlach

Besonders ging sie auf den Fachkräftemangel, vor allem in den MINT Fächer ein, den sie in Zukunft verstärkt angehen wolle, u.a. mit einem Pakt für die digitale Bildung und für das Duale Berufsausbildungssystem, in dem viel Potenzial stecke. Sie forderte eine Fachkräftestrategie von Bund und Ländern, für Bayern strebe sie 250.000 zusätzliche Fachkräfte bis zum Jahr 2022/23 als Zielgröße an. In der Motivation, dass mehr Frauen in und für die digitalen Berufen qualifiziert und begeistert werden sollen, sieht sie eine weitere zentrale Aufgabe und Chance gegen den Fachkräftemangel.

Da Bayern ein Spitzenland zum Thema „Industrie 4.0“ sei, kündigte sie an, auch eine KI Strategie aufzulegen, mit der der Standort weiter gestärkt werden solle. Für den ländlichen Bereich forderte sie einen „Höfebonus“ um auch die Landwirtschaft in den Regionen zukünftig mit schneller Gigabit Qualität zu versorgen, die moderne Landwirtschaft brauche dies uneingeschränkt.

Die Cybersicherheit der Zukunft ist ein weiterer Schwerpunkt ihrer Arbeit; sie forderte u.a. die Ausweitung der aktuellen Strafrahmen für die zunehmenden Formen der Cyberkriminalität. Cyberattacken – so Ministerin ***Gerlach*** – bedrohen zunehmend das Gemeinwesen und.

„Cybersicherheit entscheidet unsere Zukunft!“

Zur den aktuellen Herausforderungen des OZG wies sie besonders darauf hin, dass elektronische Services zunehmend Standortqualität erreichen und für einen Industriestandort Bayern in der Zukunft unverzichtbar seien. In sieben

Pilotkommunen / Kreisen laufen derzeit Digitallabore an, weil die Staatsregierung auch auf innovative Ideen aus den Kommunen und deren Expertise setze; dabei gehe es auch um den Erhalt der Kommunalen Selbstbestimmung.

„71 Landratsämter in neuer digitaler Kooperation“

Landrat Joseph Niedermaier

Mit ihrer Keynote zu den Herausforderungen und Chancen des Digitalstandorts Bayern bereitete sie insgesamt den Boden für einen weiteren intensiven Austausch und gab dem Kongress wichtige Startimpulse: Für die erfolgreiche Umsetzung der Verwaltungsdigitalisierung und die Schaffung digitaler Bürgerservices seien die Kommunen von besonderer Bedeutung. Hier müssten treibende Kräfte gebündelt werden, wie es der Bayerische Innovationsring seit über zwei Jahrzehnten praktiziere.

In einer Podiumsrunde wurde intensiv diskutiert, wie die digitale Welt als Heimat zu fassen ist und wie die Verwaltung die Chancen für sich, aber auch für Unternehmen und Bürger aktiv mitgestalten kann.

Foto: BILDSCHÖN, Gierke

Josef Niedermaier, Landrat des Landkreises Bad Tölz-Wolfratshausen und Präsident des Bayerischen Innovationsringes, ging in seinem Vortrag besonders darauf ein, dass der digitale Wandel ganz besonders (auch) im ländlichen Raum ankommen müsse, die zunehmenden Pendlerströme in die Metropolen überforderten schon heute die Leistungsfähigkeit mancher Infrastruktur. Wenn die Digitalisierung gerade im ländlichen Bereich nicht auch dazu beitrage, Arbeitsplätze und deren neue Qualitäten auch dort für die Zukunft zu ermöglichen und digital zu entwickeln, sei weiterer Druck auf die Metropolen angesagt; bundesweit haben – so der Landrat – die Pendlerströme seit 2004 um 11 % zugenommen.

Er forderte eine flächendeckende Glasfaserversorgung spätestens bis 2025, 5G-Standard für jeden Winkel auch im ländlichen Bereich; wenn bundesweit eine Haushaltsversorgung von 98 % politisch thematisiert werde, müsse man wissen, dass das höchsten 70 % der Fläche ausmachen werde, ein Zustand, der nach seinen Worten keinesfalls hingenommen werden kann.

Dass in Bayern die wichtigsten Verwaltungsleistungen mit Blick auf das OZG bereits in 2020 online gehen sollen, hob er positiv angemerkt hervor, dies erfordere auch in die digitale Kompetenz und die Bereitschaft dazu bei den kommunalen Mitarbeitern/innen zu investieren. Im Sinne eines Erfahrungsaustauschs verwies er auf die aktuell von den 71 Landratsämtern erarbeiteten Leitfäden zu Dokumenten Management Systemen und zur Aufnahme von Prozessen. Nach seiner Einschätzung habe es einen solchen, damit verbundenen und begründeten, kollegialen und konstruktiven Austausch zwischen den Landratsämtern bislang noch nicht gegeben. Das sei ein wichtiger Weg in die Digitale Zukunft!

Besonders unter Standortaspekten unterstrich das auch ***Franziska Neuberger***, Referatsleiterin Digitalisierung, IKT und Medien bei der IHK für München und Oberbayern, die das Thema aus Sicht der Wirtschaft betrachtete. Gerade für die aktuellen Schlüsselthemen wie der Künstlichen Intelligenz und für Blockchain Lösungen, bei denen die bayerische Wirtschaft nicht nur bundesweit vorneweg gehen, sondern eine weltweite Führungsrolle übernehmen wolle, sei eine konkurrenzfähige Infrastruktur unabdingbar.

Diese sei, so ***Neuberger,*** noch deutlich ausbaufähig und im jetzigen Zustand den aktuellen Herausforderungen der Zukunft kaum gewachsen: “Rund 40 Prozent unserer Unternehmen sind unzufrieden mit der IKT-Infrastruktur in ihrer Region, das müssen wir ändern”, forderte sie deutlich. Um die Wirtschaft zu unterstützen, brauche es neben schnellem Internet einen besser gesteuerten Transfer von Wissen aus der Forschung in die Wirtschaft sowie regionale Digitalisierungszentren.

> **„Digitale Heimat ist die Hosentasche – oder bei den Damen: Die Handtasche!“**
> Roland Ledinger

Regionale Dienstleistungszentren für die Wirtschaft

Roland Ledinger, Geschäftsführer Plattform Digitales Österreich, Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort, Wien, Österreich gab den Impuls für die anschließende Podiumsdiskussion zum Thema „Staat und Kommunen als Digitale Heimat für Bürger und Wirtschaft“, dem zentralen Thema des Zukunftskongresses in 2019.

Die Plattform Digitales Österreich steht, so ***Ledinger,*** für einen tiefgreifenden Kulturwechsel in unserem alpenländischen Nachbarland, das in Sachen Digitalisierung dem Standort Deutschland um Einiges voraus ist. Den Heimatbegriff spitze er im Digitalen Zeitalter gekonnt und eindrucksvoll zu: „Digitale Heimat ist die Hosentasche – oder bei den Damen: Die Handtasche!“

Die Digitale Heimat braucht nach seinen Worten eine Infrastruktur, Regeln, Sicherheit, Innovationsräume und Strukturen, soll sie lebenswert und nutzerorientiert zum Wohlfühlen sein. Ein neues Projekt in Österreich, „Fit4Internet“, soll gezielt Basiskompetenzen in den breiten Bevölkerungsschichten befördern. Das in Österreich schon installierte antragslose Kindergeld hob er als Beispiel besonders hervor: Das „Spittal“ übermittelt die Geburtsdaten an die Kommune und sie veranlasst alles Weitere bis zur Auszahlung. Digitale Dienste werden aktuell um neue Komponenten erweitert; so sollen z.B. demnächst alle Reisepässe mit eID Funktionen ausgeliefert werden.

Österreich hat 2019 zum Jahr der Digitalisierung erklärt, die erfolgreiche neue Digitalministerin sei eine starke

> **„Die Menschen sicher in die Digitale Heimat bringen“**
> Dr. Rainer Bauer

treibende Kraft für die gesamte Regierung, Bundeskanzler Sebastian Kurz selbst auch eingeschlossen. Eines der zentralen Regierungsvorhaben sei es, den derzeitigen Rechtsrahmen systematisch zu durchforsten und digitale Hindernisse „aufzuweichen“. Der analoge Aktenplan des Ministeriums werde zum Jahresende 2019 abgeschaltet, die komplette Registerverbindung soll ebenfalls zügig erfolgen, das „Virtuelle Amt“ werde dann in Zukunft nicht mehr Wunsch sondern Wirklichkeit werden.

Aktenplan im Ministerium abgeschaltet – Virtuelles Amt kommt!

In der nachfolgenden Diskussionsrunde, von ***Prof. Dr. Manfred Mayer*** als Fachlicher Leiter des Kongresses moderiert, diskutierten ***Dr. Rainer Bauer,*** Abteilungsleiter IT, Bayerisches Ministerium für Finanzen und Heimat, ***Josef Niedermaier,*** Landrat des Landkreises Bad Tölz-Wolfratshausen, ***Jan-Lars Bey,*** Partner, Cassini Consulting sowie ***Florian Wüchner,*** Bereichsleiter Public Sector, msg systems AG wurden die Themen weiter vertieft:

Aus Sicht der Wirtschaft plädierten die beiden letztgenannten Diskutanten für schnellere und medienbruchfreie Services für Unternehmen die im Wettbewerb stehen und die auf ihre Kosten und Zeitbudgets verstärkt achten müssten. Generell gebe es für Unternehmen im digitalen Zeitalter noch zu viele gesetzliche und nicht koordinierte Vorgaben.

Dr. Rainer Bauer wies u.a. auf die neu eingerichteten „Digitallotsen“ in den Kommunen hin, die gezielt digitale Kompetenzen z.B. für Senioren aber auch für junge Menschen vermitteln sollen; Senioren und auch junge Menschen sollen sich so in ihrer digitalen Heimat kompetent und sicher aufhalten und bewegen können.

Bezogen auf die kommenden Förderrichtlinien zur Breitbandversorgung der „Grauen Flecken“ monierte er die restriktiven Prüfungen und Vorgaben der EU, die aus (vermeintlicher?) Wettbewerbssicht bisweilen Fortschritte unnötig und unangemessen erschweren.

Im Fachforum: „E-Government – wie setzen wir das Onlinezugangsgesetz in Bayern um?“ stieß die Podiumsdiskussion mit ihren hochinteressanten Einführungsvorträgen unter Leitung von ***Dr. Maximilian Wunderwitz,*** Juristischer Berater, Landeshauptstadt München auf hohes Interesse und gezielte Aufmerksamkeit; die Beiträge provozierten zahlreiche Fragestellungen.

Es diskutierten ***Carolin Stimmelmayr,*** Leiterin des Referats E-Government und Digitale Verwaltung, Bayerisches Staatsministerium für Finanzen und Heimat, sowie ***Thorsten***

Frenzel, Bereichsleiter Projektmanagement eGovernment, AKDB zum Thema „OZG Umsetzungsstrategien in Bayern", ***Christopher Hetz,*** Manager Geschäftsbereich Öffentliche Auftraggeber, Software AG: zum Thema „FIM Beschleuniger für die Digitalisierung der Verwaltung", ***Frank Jorga,*** Vorstand FJD Information Technologies AG" zur Flexibilisierung durch Standards „Software as a Service", Plattform GovOS als Umsetzungslösung zum OZG am Beispiel einer bayerischen Gemeinde sowie ***Jürgen Vogler,*** Geschäftsführer, procilon Group: zu Fragen der „Compliance Herausforderung OZG".

Das in 2015 eingeführte Bayernportal hat bisher 2.500 Nutzer (darin 1.900 Kommunen) im Freistaat und in den Kommunen als Anbieter, denen man – anders als in Baden-Württemberg – bei der Ausgestaltung /Anbindung der örtlichen Lösungen trotz grundsätzlich gesetzter Standardisierungen großen Freiraum gelassen habe, was zur großen Akzeptanz insbesondere der Kommunen beigetragen habe, so ***Stimmelmayr.***

Das Bayernportal mit bereits 2.500 Nutzern als Erfolgsgeschichte!

In 2020 soll das Bayernportal landesweit flächendeckend installiert sein. Dass der Bundesfinanzminister zwischenzeitlich auch bereit sei, das Elster-Zertifikat in das Portal einzubinden sei sehr begrüßenswert, die Abgabenordnung werde derzeit gerade entsprechend novelliert. Strategisches Ziel in Bayern sei, alle Verwaltungsleistungen in das Bayernportal einzubinden. Beklagenswert aus ihrer Sicht sei allerdings grundlegend die Tatsache, dass im Bereich der Bundesregierung die Ressorthoheit bislang nicht zur notwendigen Vernetzung im Digitalen Zeitalter geführt habe, hier gebe es deutlichen Optimierungsbedarf.

Die zentrale Botschaft in digitaler Zeit müsse lauten: „Alles vor der Klammer muss man nur noch einmal machen!" – und bezogen auf die Einsatz- und Veränderungsbereitschaft der Mitarbeiter/innen in den Verwaltungen in der Digitalisierung gelte die Losung: „Es kann nur über´s Spaßmachen gehen!

Bei der OZG-Umsetzung sei es besonders wichtig, dass man sich nicht nur auf den Bürger als Nutzer fokussiere, sondern auch auf die Verwaltung: "Die Verwaltungsmitarbeiter müssen schließlich jeden Tag stundenlang mit den Systemen arbeiten, daher müssen sie gerade auch für diese Menschen einfach und leicht verständlich zu handhaben sein", eine zentrale Herausforderung für die Akzeptanz der Digitalisierung und der Realisierung der OZG Anforderungen, so **Carolin *Stimmelmayr.***

> **„Es kann nur über´s Spaßmachen gehen!"**
> Carolin Stimmelmayr

Thorsten Frenzel, AKDB, berichtete u.a. über die Strategie seines Hauses und ein bereits bei der AKDB vorhandenes OZG Tool. Die BayernID verfüge über zahlreiche offene Schnittstellen und bietet somit weiteres Entwicklungspotenzial; es sei mittlerweile sowohl komfortabel up- als auch down gradebar, was die unterschiedlichen Vertrauensniveaus angeht.

So habe die AKDB bei ihrer Umsetzung des Nutzerkontos für die BayernID bewusst auf Einheitlichkeit gesetzt, in dem lediglich zwischen juristischen und natürlichen Personen unterschieden werde. Zudem sei das Konto durch das Prinzip des Single Sign On für alle Dienste der öffentlichen Verwaltung nutzbar. Im Rahmen eines BMI-Projektes zur Interoperabilität von Servicekonten verschiedener Länder arbeite man derzeit an der Vernetzung von BayernID und Servicekonto.NRW, eine beispielhafte Kooperation über Ländergrenzen hinweg.

Christopher Hetz, Software AG, berichtete, bezogen auf den sog. „Kleinen Waffenschein" als

Carolin Stimmelmayr, Leiterin des Referats E-Government und Digitale Verwaltung beim Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und für Heimat *Foto: BILDSCHÖN, Gierke*

Beispiel, wie die FIM Systematik dafür sorgen kann, trotz unterschiedlicher Organisations- und Prozessformen, z.B. auch zwischen den Bundesländern, mit ihren standardisierten Datenstrukturen, und -Feldern sowie Leitprozessen für kontinuierliches digitales Arbeiten zu ermöglichen. FIM könne, so ***Hertz,*** als OZG Beschleuniger eingesetzt werden, durch mögliche Mapping-Funktionen können auch andere und unterschiedliche Strukturen aus Fachverfahren vor Ort einbezogen werden.

Frank Jorga, Vorstand FJD Information Technologies AG, bezweifelte, dass das OZG „nur" ca. 5.000 Leistungen umfasse, nicht alle Verwaltungsleistungen werden heute über Fachverfahren erbracht, insofern müssten nach seiner Einschätzung leicht weitere Tausende an Leistungen hinzugezählt werden. Auf der Basis von „XFall" entwickelt sein Unternehmen eine Vielzahl von Apps, mit denen Antragsteller eigenständig vorgefertigte und typisierte Anträge downloaden und digital oder traditionell ausgedruckt analog nutzen können. In der Gemeinde Gauting werde solche Apps in Kürze online gehen und nutzbar sein, es handelt sich um eine Software as a Service Lösung.

Jürgen Vogler, procilon Group, betonte, dass das OZG eine neue Form von Compliance Herausforderungen darstellt, die von den Verwaltungen mit der nötigen Motivation und Kompetenz anzugehen und zu bewältigen sei.

Im Fachforum: „Vom Papier zur E-Rechnung" wurde über die bevorstehende Zielerreichung der E-Rechnung intensiv diskutiert.

Daniel Schneider, Bayerisches Staatsministerium für Digitales, stellte die Rechtsgrundlagen für die Umsetzung der E-Rechnungsrichtlinie im Freistaat Bayern dar und wies auf die zeitlichen Realisierungshorizonte hin. Anders als der Bund, der bei der Umsetzung der EU-Richtlinie für die Bundesbehörden die E-Rechnung ab einem Rechnungsbetrag (schon) von 1.000 Euro eingeführt hat, beschränkt sich der Freistaat Bayern aktuell auf die Umsetzung der Richtlinie erst ab wichtigen Schwellenwerten im Sinne des Vergaberechts: So muss eine Rechnung erst ab einem Betrag von über 221.000 Euro für eine Lieferung oder eine Leistung elektronisch entgegengenommen und verarbeitet werden.

In Ergänzung zur rechtlichen Perspektive sprach ***Frank Fischer,*** Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat, u.a. über die technische Umsetzung der E-Rechnungsrichtlinie im Freistaat und stellte die dafür notwendigen Datenformate vor.

Holger Gehringer, stv. Leiter des Geschäftsfelds Finanzwesen bei der AKDB, stellte anschaulich dar, wie aus der Papierrechnung künftig eine elektronische Rechnung werden kann. Dabei verwies er insbesondere auf eine Kooperation mit den Sparkassen, die dafür entsprechende Werkzeuge zur Verfügung stellten. ***Andrea Bastian,*** Referentin, GiroSolution GmbH, erläuterte in diesem Zusammenhang, wie die Services von Sparkassen und deren Partner, GiroSolution, diesen Prozess unterstützen. Die Umwandlung einer Papierrechnung in eine E-Rechnung sei demnach heute schon ebenso möglich wie die Erstellung einer E-Rechnung auf Web-Basis.

Die E-Rechnung auf der Zielgeraden

Florian Scheld, Director Products, Governikus KG, berichtete über Best-Practice-Beispiele im Rahmen eines Kooperationsprojekts mit dem Titel "Umsetzung der E-Rechnung", mit der die Governikus KG den IT-Planungsrat bei der Einführung der E-Rechnung maßgeblich unterstützt.

Im Fachforum „Smart und innovativ In Behörden, Kommu-

nen und Regionen" standen Themen wie „Smart City/Smart Region: Wie nutzen wir die Möglichkeiten der Digitalisierung für Städte und ländliche Räume?" im Fokus.

"Jede Smart City ist anders", so ***Dr. Robert Fischer,*** Cassini Consulting. Sein Unternehmen bietet mit dem "Smart City Canvas" ein Werkzeug an, mit dem einzelne Kommunen oder Regionen zu Beginn des Prozesses an ihren individuellen Zielen, Strategien und der Umsetzungsplanung arbeiten können.

Harald Riedel, Referent für Finanzen, Personal, IT und Organisation, Stadt Nürnberg, zeigte in einem "Werkstattbericht" zur Smart-City-Strategie "seiner" Stadt Nürnberg, wie umfänglich und mehrdimensional sowohl die Zielsetzungen ("Mehr als digitale Verwaltung") als auch die Zahl der beteiligten Akteure in einem solchen Strategieentwicklungs- und Umsetzungsprozess ist. Allein für den Weg zur digitalen Stadtverwaltung werde man in Nürnberg in den nächsten Jahren im Zuge der Umsetzung der Programme "digital.stadt.nuernberg.de" massiv investieren, insbesondere auch in das eigene Personal.

Ludwig Götz, Leiter der Wirtschaftsförderung, Landratsamt Landshut, stellte das "Silicon-Vilstal-Festival" vor, einen durch privates Engagement entstandenen bürgernahen Smart-Region-Ansatz mit hohem Mitmach-Faktor zur Förderung des Innovationsgeistes. Das Festival, das Ende September erneut stattfinden wird, versteht sich auch als Schau dessen, was im ländlichen Raum bereits an digitaler Innovation existiert.

Datenplattform für „Smart Cities" als Aufgabenstellung

Frank Linowski, T-Systems, stellte mit "Park and Joy" und der "One Smart City App (OCSA)" zwei Lösungen vor, die verschiedene digitale Services in der Kommune gebündelt, in einer Anwendung anbieten. ***Christopher Hönn,*** Software AG, bemängelte, dass bislang ein Anbieter für eine kommunale Datenplattform in Bayern fehle. Sein Unternehmen ist gemeinsam mit SAP gerade in der „Digitalstadt Darmstadt" (Siegerkommune im Bundeswettbewerb des BMI zum Thema Modellkommune) dabei, ein solches Datenplattform-Projekt zu implementieren und umzusetzen. Insgesamt eine Aufgabenstellung, die auch für andere Kommunen auf dem Weg zur „Smart City" interessant sein dürfte.

In einem Fachforum hierzu „Welche Fähigkeiten brauchen die Mitarbeiter zukünftig in der Digitalen Verwaltung?" standen die zukünftigen Herausforderungen und die Notwendigkeit innovativer Personalplanung pp. im Vordergrund.

> **„Jede Smart City ist anders."**
> Dr. Robert Fischer

Die öffentliche Verwaltung befindet sich an vielen Stellen und Organisationsformen gegenwärtig in einem großen Transformationsprozess : Von einer auf Stabilität ausgerichteten, verfahrensmäßig „dominierten" und vertikal organisierten Organisation hin zu einer agilen, ergebnisorientiert ausgerichteten und teamorientiert, eher horizontal organisierten Institution.

Auf dem "Agilen Campus" der Bundesagentur für Arbeit (BA) z.B. wird die Arbeit in Teams bereits gelebt, nicht zuletzt auch mit der Unterstützung des Personalratsvorsitzenden des IT-Systemhauses der BA, ***Harald Mohr***. Der Grad der Autonomie werde erhöht, damit die Mitarbeiter in diesen Teams selbstverantwortlich und selbstbestimmt agieren können. Das Team lege dabei die Anzahl der Arbeitspake-

> **„Über Steine gehen, um zum Strand zu kommen“**
>
> Harald Mohr

te selbst fest und ebenso in welcher Phase die Aufgaben durch wen bearbeitet würden. Zudem organisiere das Team seine Auslastung in Eigenregie. Dies sei zu Beginn eine enorme Herausforderung gewesen, aber, konstatierte Mohr: “Manchmal muss man über Steine gehen, um zum Strand zu gelangen.”

Für ***Jan Kießling***, Leiter des Projektes “Münchner Kompetenzmanagement” bei der Landeshauptstadt München, braucht es als Grundvoraussetzung in den Behörden Lernprozesse, die es ermöglichen, selbstorganisiert in komplexen Situationen zu handeln. Hierzu müssten entsprechende Rahmenbedingungen und eine lernförderliche Organisationskultur geschaffen werden. “Wir brauchen Mitarbeitende und Führungskräfte, die Verantwortung übernehmen, die sich aktiv mit Entwicklungen der Zukunft auseinandersetzen und das als regelmäßige Aufgabe verstehen”, so ***Kießling.*** Auch die Entwicklung einer solchen Organisationskultur sei bereits ein Lernprozess, der alle Anstrengung lohne.

Der aktuelle „Trendreport Digitaler Staat“ der Prognos AG und des Behörden Spiegel “Auf dem Weg zur digitalen Organisation” geht genau der Fragestellung nach, welche Kompetenzen in der Mitarbeiterschaft für die digital vernetzte Verwaltung zukünftig erforderlich sein werden. ***Marcel Hölterhoff*** gab den Teilnehmern einen Einblick in die Erkenntnisse des Trendreports.

www.digitaler-staat.org/trendreport

Die Digitalisierung wird die Arbeit in den Behörden in der Zukunft nachhaltig prägen und Prozesse sowie Strukturen verändern. ***Dr. Thomas Ortseifen***, Landeshauptstadt Wiesbaden, Hessen, betonte dazu, dass die Optimierung von Verwaltungsprozessen bis hin zu einer reinen E-Verwaltung ganz entscheidend von den Mitarbeiter/innen abhänge. Ihnen müssen durch konstruktive Motivation ihre Hemmungen und Ängste vor Veränderungen und Innovationen genommen werden, um neue Prozesse und Strukturen erfolgreich im Sinne eines Change Management implementieren zu können.

Jürgen Fritsche, Mitglied der Initiative D21 und der Geschäftsleitung Public Sector, msg systems AG, erklärte im Weiteren, dass letztlich der Schlüssel zum Erfolg der Verwaltungsdigitalisierung in einer deutlichen Steigerung der Zufriedenheit der Bürger/innen als Kunden der Verwaltung liege, eine Aufgabe, der sich die öffentliche Verwaltung in allen Funktionen verstärkt stellen müsse.

„Moderne Technologien wie Chatbots, KI, Blockchain & Co. erfolgreich in der öffentlichen Verwaltung?“ standen im Fachforum Innovation im Vordergrund. Nach dem Impuls von Dr. Maximilian Wanderwitz, Juristischer Berater, Landeshauptstadt München, wurde es schnell deutlich: Auch die in den Behörden eingesetzten Technologien werden zunehmend innovativer. So geht z.B. das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) seit einiger Zeit als Pilot voran. Eines der aktuellen Schlüsselthemen ist dort die Arbeit auf Basis von Blockchain-Technologie im Sinne eines effizienteren Asylprozesses, in den zahlreiche andere Behörden einzubinden sind.

Alexander Ebeling, T-Systems, erklärte dazu, dass die Anwendungsgebiete vom Aufbau digitaler Verwaltungsregister über E-Payment-Lösungen bis hin zu digitalen Wahlen reichten. Für das BAMF besonders hilfreich sei die Arbeit mit Identitätsdaten und Herkunftsnachweisen. Wichtige Informationen würden in der Blockchain unveränderbar, nahezu “unhackbar” gespeichert und für andere Behörden einsehbar gemacht. So gibt es laut ***Ebeling*** eine extrem hohe Integrität der Daten, die sicher und transparent abgelegt seien. Allerdings gebe es noch Hürden zu nehmen, da es oft an einheitlichen Standards oder Rechtsgrundlagen fehle. ***Tobias Tummescheit***, Referatsleiter Organisation, BAMF, erläuterte zudem, wie die Gerichtskommunikation durch den Einsatz Künstlicher Intelligenz im BAMF von sechs Minuten auf bis zu 30 Sekunden pro Nachricht verkürzt werden konnte.

Dr. Maximilian Wanderwitz, Juristischer Berater bei der Landeshauptstadt München *Foto: BILDSCHÖN, Gierke*

Mitarbeiter-Awareness sei nach wie vor ein brennendes Thema, so LSI-Präsident Daniel Kleffel.

Foto: BILDSCHÖN, Gierke

„Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter täglich sensibilisieren!“

Präsident Daniel Kleffel

Im Fachforum „Die Digitale Heimat “IT-sicher gestalten“, ging es um zentrale Fragen zur IT-Sicherheit:

Cybersicherheit entscheide die digitale Zukunft, daher werde sich Bayern unter der Koordination ihres Hauses dem Thema intensiv widmen, so schon in ihrer Keynote zur Kongresseröffnung Bayerns Staatsministerin für Digitales, ***Judith Gerlach.*** Eine wegweisende Maßnahme hat der Freistaat dazu schon vor einem Jahr mit der Errichtung des Landesamts für Sicherheit in Informationstechnik (LSI) ergriffen. Seitdem habe die neue Behörde einen guten Wachstumspfad hinter sich, darauf wies im Fachforum Präsident ***Daniel Kleffel*** hin.

Obwohl die Fachkräftegewinnung gerade im IT-Sicherheitsbereich eine besondere Herausforderung darstelle, habe man inzwischen rund 60 Mitarbeiter/innen. “Wir haben hunderte Gespräche geführt und auch wirklich sehr gute Leute bekommen“, so Kleffel. Als einen besonders wichtigen Aspekt im Sinne übergreifend organisierter Cybersicherheit nannte er die Sensibilisierung der Mitarbeiter/innen in ihrem Tagesgeschäft.

Nach wie vor seien schadhafte E-Mails bei einem Großteil der massenhaften, aber auch der professionellen und gezielten Cyber-angriffe im Spiel. “Der Erfolg von Awareness-Maßnahmen ist schwer zu messen, aber die Fallzahlen bei der jüngsten Welle mit “emotet“ zeigen, dass noch deutlich Luft nach oben ist.“ Einen bleibenden Eindruck hinterlasse es bei Mitarbeitern/innen, wenn man ihnen modellhaft zeige, wie viele Prozesse ein einziger Klick bei einer emotet-Mail im Hintergrund auslösen könne und wie für den Nutzer unbemerkt weiterer Schadcode aus dem Internet nachgeladen und ausgeführt werde.

Neben der Kernaufgabe, die Verwaltungs-IT und das Behördennetz in Bayern abzusichern, berät und unterstützt das LSI auch Kommunen sowie öffentliche Unternehmen und schafft Informationsangebote für Bürger/innen. Die Bayerische Wirtschaft ist vor allem mit Blick auf Sabotage und Spionage Adressat des Cyber-Allianz-Zentrums (CAZ) im Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz (LfV), wie ***Florian Seitner*** als Vertreter der Behörde erklärte. Der Rohstoff des Wohlstandes hierzulande sei in erster Linie Know-how:

“Wenn wir es nicht schaffen, das zu schützen, werden wir ein großes Stück vom Wohlstandkuchen abgeben müssen“, so

Der bayerische Landesdatenschutzbeauftragte Prof. Thomas Petri

Foto: BILDSCHÖN, Gierke

Das Publikum konnte sich per „Würfel“ in die Diskussion einschalten. Foto: BILDSCHÖN, Gierke

Seitner. Im Fokus oft aus dem Ausland staatlich unterstützter Cyber-Spione stünden insbesondere High-Tech-Unternehmen in Branchen wie Biotechnologie, Chemie und Pharmazie, Automotive oder Rüstung; und das ungeachtet der Größe: “Auch Kleinstunternehmen, die naturgemäß keine eigene Cyber-Sicherheitseinheit haben, sind gefährdet, wenn sie über wertvolle Informationen verfügen”, so ***Seitner***

Auch Cyberschutz für Unternehmen auf der Agenda des CAZ!

Abgesehen von der Präventionsarbeit und der Unterstützung bei konkreten Vorfällen fungiert das CAZ auch als Lage- und Warnzentrum. “Uns wird eine große Zahl an Verdachtsfällen gemeldet, so lernen wir viel über Ziele und Angriffsmethoden”, sagte Seitner. Bei herausgehobenen Fällen würden auch branchenweite Warnungen vertraulich ausgesprochen. “Innerhalb vieler Branchen sind die IT-Architekturen vergleichbar aufgebaut”, so der Referent. “Dadurch ist die Wahrscheinlichkeit sehr hoch, dass Angreifer schon aus Effizienzgründen mit ihren Kampagnen immer mehrere Ziele ins Visier nehmen.”

Das Fachforum zum Datenschutz beschäftigte sich mit den ersten Erfahrungen zur EU-Datenschutzgrundverordnung, (DSGVO). Eine Einschätzung zur aktuellen Situation und Umsetzung im öffentlichen Sektor dazu gab der bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz, Prof. ***Dr. Thomas Petri***.

Was es vielen Organisationen im Alltag schwer mache, so der Datenschützer, seien unter anderem die neuen Rechenschaftspflichten, die vor allem Dokumentationsaufwand bedeuteten. Viele Stellen seien nach wie vor unsicher, wie detailgenau Verarbeitungstätigkeiten darzustellen seien. Im Sinne der Betroffenen sei es aber positiv, dass die Beweislast klar beim Verarbeiter liege, gab ***Petri*** zu bedenken: “Wie sollten Betroffene eine unrechtmäßige Datenverarbeitung nachweisen können? Sie sehen schließlich nur die für sie ungünstigen Auswirkungen.”

Die DSGVO verlangt über die Dokumentation hinaus vom Verantwortlichen, ein Rechtemanagement aufzusetzen, das es Betroffenen erleichtert, ihre Rechte auch tatsächlich wahrnehmen zu können. “Es ist alles andere als trivial, festzulegen, wie mit allgemeinen Auskunftsersuchen umgegangen werden kann”, so ***Petri.*** Die DSGVO fordere, sowohl umfassend als auch leicht verständlich zu informieren, was nur schwer zusammenzubringen sei.

“Die Fristen für Auskünfte sind sehr knapp bemessen”, räumte er außerdem auch mit Blick auf größere Verwaltung ein, die an vielen Stellen Daten erst „einsammeln“ müssten. Der Landesdatenschutzbeauftragte rät zu einem mehrstufigen Verfahren. Im ersten Schritt könne man eine allgemeine Anfrage mit einer überblickhaften Darstellung der relevanten Datenverarbeitungsprozesse beantworten

Pragmatisches Vorgehen auch bei der DSGVO!

Prof. Dr. Thomas Petri

Intensive Abschlussdiskussion

Foto: BILDSCHÖN, Gierke

und den Betroffenen zur Konkretisierung auffordern, welcher Bereich ihn im Detail interessiere.

Pragmatisches Vorgehen auch bei der DSGVO!

Gerade im Kommunalbereich habe seine Behörde mit einem hohen Beratungsbedarf zu kämpfen, berichtete Petri. Aufwände ergeben sich außerdem durch einen Anstieg der Beschwerdeeingänge um rund 50 Prozent. Vom neuen Sanktionsregime mache er nur mit Augenmaß Gebrauch. So habe er bisher kein einziges Bußgeld gegen öffentliche Unternehmen verhängt. "Die datenverarbeitenden Stellen haben genug zu tun, das geltende Recht umzusetzen und böswillige Verstöße sind meiner Erfahrung nach äußerst selten."

Mit einer Vorwarnung erreiche er oft schon sein Ziel, bevor er überhaupt eine Anordnung erlassen müsse. Kommt es hart auf hart, will der Bayerischen Datenschützer aber nicht vor der Ausschöpfung der zu Gebote stehenden Mittel zurückschrecken. "Ich kann Ihnen versichern, das erste Bußgeld, das ich ausspreche, wird ein fettes sein."

Zum Abschluss: Der heiße Stuhl mit vielen Fragen und vielen Antworten

Zum zweiten Mal wurden auf dem Zukunftskongress zum Thema "E-Government kontrovers" Vertreter aus der öffentlichen Verwaltung (freiwillig) auf den "heißen Stuhl" gesetzt. Neben Fragen aus dem Publikum gab es für die Teilnehmer/innen des Kongresses auch die Möglichkeit, Fragen auf anonymem Wege einzureichen und diese durch Moderator ***Prof. Dr. Manfred Mayer*** (2. v.r.) in die Diskussion einzubringen.

Neben zwei Vertretern der öffentlichen Verwaltung, ***Dr. Maximilian Wanderwitz***, Juristischer Berater, Landeshauptstadt München (r.) und ***Christian Bähr***, Abteilungsleiter IT-Strategie, IT-Steuerung und Digitale Verwaltung, Bayerisches Staatsministerium für Digitales (2. v.l.), stellte sich auch ***Franziska Neuberger***, Referatsleiterin Digitalisierung, IKT und Medien bei der IHK für München und Oberbayern (l.) den Fragen des Publikums, um sie aus Sicht der Wirtschaft zu beantworten.

Die erfragten und diskutierten Themen deckten ein Feld ab, das so breit ist wie die Digitalisierung selbst. So ging es um Gefahren durch Abhängigkeit der IT, über gemeinsame

Infrastrukturen bis hin zu Problemen mit dem Vergaberecht und das Onlinezugangsgesetz – allesamt Themen, die über den Kongress des Jahres 2019 auch in den kommenden Monaten und Jahren die tiefgreifenden Veränderungen der öffentlichen Verwaltung im Freistaat und darüber hinaus prägen werden.

Ausblick auf das Jahr 2020 und das kommende „Digital-Jahrzehnt“

Im Kongressverlauf waren weitere interessante Beiträge zu verzeichnen, die zentralen Herausforderungen sind auch in Bayern – mit durchaus hochengagiertem und auf weiten Strecken bereits erfolgreichem Vorgehen in der Digitalisierung der zurückliegenden Jahre und Monate – durchaus signifikant.

Die Verwaltungen und Behörden werden auch in Bayern zunehmend zu digitalen Organisationen transformiert. Die verschiedenen Projekte im Freistaat und in den Kommunen – auch in der gegenseitigen Kooperation – sprechen hier eine eindeutige Sprache und sind weiterhin ambitioniert. Die digitale Gesellschaft und vor allem Dingen die digitale Wirtschaft sind auf ein entsprechendes Pendant in der Behördenwelt auch in Bayern – auf eine digitale Verwaltung (4.0?) – angewiesen. Mehr noch, es muss der öffentlichen Verwaltung im Freistaat in den kommenden Jahren gelingen, auch im Netz zu dem zu werden, was sie in der analogen Welt traditionell schon ist: ein Stück Heimat, durchaus in der Digitalen Welt und mit neuen Herausforderungen und Chancen.

Der Auftrag: Die Digitale Heimat im nächsten Jahrzehnt sichern

Auf dem Weg dorthin werden auch die Bayerischen Verwaltungen einen tiefgreifenden technologischen, organisatorischen und mitunter auch kulturellen Veränderungsprozess durchlaufen und meistern müssen: Der 5. Zukunftskongress Bayern nahm genau auch diesen Schwerpunkt und eine Reihe der damit verknüpften Herausforderungen auf. Konkrete Herausforderungen und Aufgabenstellungen dazu wurden in der Gesamtschau auf dem Kongress sehr deutlich :

Schon durch die Verabschiedung des OZG auf Bundesebene in 2017 werden die Staatsverwaltung und die Kommunen auch in Bayern verpflichtet sein, bis spätestens Ende des Jahres 2022 ihre Verwaltungsleistungen auch elektronisch über Verwaltungsportale anzubieten und diese zu einem Portalverbund zu verknüpfen. Eine „Herkulesaufgabe“, die Alle in den Verwaltungen extrem fordern wird, sind es doch nicht nur die vom IT Planungsrat gebündelten 575 Verwaltungsleistungen sondern einige 1.000 Einzelleistungen, die sich dahinter verbergen. Im Freistaat gibt es dazu – auch im Vergleich mit den anderen Bundesländern – mit dem Bayernportal eine besonders gute Voraussetzung. Ob und inwieweit es gelingt, im Freistaat schon in 2020 einen Großteil der Verwaltungsleistungen erfolgreich und nutzerorientiert zu „elektrifizieren“ – wie von der Digitalisierungsministerin auf dem diesjährigen Kongress angekündigt – wird sich im kommenden Jahr konkret zeigen und ermessen lassen.

Für die Kommunen – Städte wie ländliche Regionen gleichermaßen – bietet die Digitalisierung jedenfalls, so auch Digitalministerin ***Judith Gerlach*** schon in ihrer Keynote zur Kongresseröffnung, zukünftig alle Chancen, die Standortqualität zu verbessern und sich bei der kommunalen Daseinsvorsorge zukunftsfähig aufzustellen. Die Akzeptanz digitaler Angebote der Verwaltung basiere dabei nicht zuletzt auch auf dem Vertrauen der Nutzer/innen in Datenschutz und Datensicherheit.

Der Kongress war insgesamt eine hochinteressante Plattform zum Austausch über die aktuelle Entwicklung der Digitalisierung von Freistaat und Kommunen, durchaus auch im bundesweiten (Vergleichs-)Kontext. Auf der Grundlage einer konkreten Standortsbestimmung wird es für die weiteren Jahre darum gehen, Konzepte, Strategien und Lösungen für die weitere digitale Transformation von Staat und Verwaltung im Freistaat miteinander zu diskutieren, zu verknüpfen und konsequent umzusetzen.

Ein intensiver und mitunter kontroverser Diskurs auch auf den kommenden Zukunftskongressen sollte dazu Beiträge leisten, dass Staat und Kommunen zukünftig – komplementär zur analogen Zeit – eine digitale Heimat für Bürger und Wirtschaft schaffen können; eine Herausforderung, die auch in den kommenden Jahren neue Ideen und Konzepte verlangen wird:

6. Zukunftskongress Bayern im Februar 2020!

Wiederum zu erleben und zu diskutieren auf dem dann 6. Zukunftskongress Bayern, der am 13. Februar 2020 wiederum im Haus der Bayerischen Wirtschaft, Max-Joseph-Straße 5, 80333 München stattfinden wird!

DIGITALER STAAT
2.–3. APRIL 2019

KOSMOS, KARL-MARX-ALLEE 131A, BERLIN

„DigitalerStaat“

Digitale Staatskunst – Digitale Wirtschaft – Digitale Daseinvorsorge

„Der Digitale Staat muss dem Bürger Spaß machen.“

Staatsministerin Dorothee Bär

In der zweiten Auflage des Kongresses konnte ***R. Uwe Proll,*** Herausgeber des Behörden Spiegel am 2. April im ehemaligen Premiere Kino KOSMOS ca. 1500 Teilnehmer/innen begrüßen; schon das ein beeindruckendes Zeichen für den Digitalen Aufbruch in Deutschland. Mit 200 Referenten/innen, 18 Fachforen, 57 Programmpunkten und 78 Ausstellern und Partner setzte der Kongress seine Erfolgsgeschichte aus dem letzten Jahr fort.

Drei Schwerpunktbereiche kennzeichneten das Programm und waren der „Rote Faden“:

- **Digitale Staatskunst**
- **Digitale Arbeit – auch mit Blick auf die Mitarbeiter/innen der Verwaltung**
- **Digitale Daseinsvorsoge – insbesondere bezogen auf die Infrastruktur und das Thema Schulen**

Auch neue Formate wie z.B. Recruiting Acts, in denen Studenten öffentliche Arbeitgeber kennen lernen konnten oder/und dass die Teilnehmer/innen den aktuellen Stand der Digitalisierungslabore des IT-Planungsrates vor Ort möglichst konkrete erleben und nachvollziehen konnten, waren ebenso vertreten wie die Vorstellung des neuen Prognos Trendreports „Digitalisierung der Verwaltung: Ein Hürdenlauf“. Die am Ende des Tages vorgesehene „Nacht des Scheiterns“ sollte deutlich machen, dass Fehler dazu da sind, darüber zu sprechen und letztendlich daraus zu lernen, mithin einer neuen „Fehlerkultur“ in der öffentlichen Verwaltung einen Weg zu ebnen, wie er in innovativen und erfolgreichen Unternehmen bereits an vielen Stellen üblich ist.

Staatsministerin ***Dorothee Bär***, Bundeskanzleramt und Beauftragte der Bundesregierung für Digitalisierung, gab als Schirmherrin des Kongresses erste Impulse aus der aktuellen Arbeit der auf Bundesebene mit der Digitalisierung befassten Stellen, Sie gab auch einen Rückblick auf die letzten zwölf Monate, in denen sie das Amt nach Bildung der Koalitionsregierung im Frühjahr 2018 innehat.

www.digitaler-staat.org

Sie berichtete u.a. über das Bedauern aus anderen Ländern, dass der bundesdeutsche Föderalismus die notwendigen Fortschritte in der Digitalisierung über Gebühr hemmten und dazu führten, dass Chancen nicht genutzt werden könnten.

Letztlich würde im Ausland mancherorts die Frage gestellt, ob Deutschland weiterhin den (angeblichen) Gegensatz von Demokratie auf der einen und Digitalisierung auf der anderen Seite aushalten wolle oder ob sich die Gewichte zugunsten der Digitalisierung verschieben müssten.

Sie erklärte, dass der deutsche Staat trotz – oder wegen – der föderalen Demokratie immer noch gut funktioniere und großen Wert darauf legen müsse, auch in Zeiten der Digitalisierung das notwendige Vertrauen seiner Bürger in die Staatsgewalt zu erhalten und es nicht aufs Spiel setzen dürfe.

Angesichts der aktuell festgestellten Vertrauensdefizite, die der jährliche E-Government Monitor der Initiative D21 mit Bezug auf die Digitalisierung deutschlandweit festgestellt

Staatsministerin Dorothee Bär forderte die Anwesenden dazu auf, den Status quo immer wieder aufs Neue infrage zu stellen. Foto: Giessen

hat, plädierte Sie dafür, alles daran zu setzen, hier Verbesserungen zu erreichen. Der Staat müsse mehr noch als bisher seine Rolle als Dienstleister gegenüber Bürgern/innen und Unternehmen verstehen und ausbauen. Der Digitale Staat „müsse dem Bürger Spaß machen"

Mit einigem Stolz konnte Sie auf die aktuell 19 Digitallabore verweisen, die im Moment auf Initiative des IT Planungsrates an diversen Themen in neuer, agiler Form arbeiten und die absolut neue Chance böten, die unterschiedlichen Staatsebenen, gesellschaftlichen Kräfte, Wirtschaft, Bürger/innen pp. in innovativem Format in die Digitalisierung, die Nutzerausrichtung und Akzeptanz einzubeziehen. Dass dabei die aktuellen und zukünftigen Nutzerverhalten nach mobilen Services in hohem Maße bedacht und berücksichtigt werden müssten, hob Sie besonders hervor.

Staatsministerin ***Bär*** berichtete dazu von der Mitarbeit junger Menschen in den Laboren, die für ein vergleichsweise geringes Entgelt ihre Ideen und ihre Zeit zur Verfügung stellen, z.T. in der so positiven Grundeinstellung, vielleicht für 2-3 Jahre dem Staat, der Gesellschaft etwas zurückzugeben was man selbst z.B. im Bildungssystem habe erhalten und genießen können. Einen wertschätzenden Umgang mit den jungen, zur Mitarbeit bereit jungen Menschen mahnte Sie besonders an.

Die Zukunftsstrategie: „Mobil Only"

Sie appellierte daran, den notwendigen Kulturwandel in Deutschland offensiv anzugehen und die tradierten Prozesse und deren Wege digital zu modernisieren. Die Bundesregierung sehe mittlerweile in vielfacher Hinsicht durchaus die Notwendigkeit der Rechts- und Gesetzesänderungen um die Digitalisierung entscheidend voranzubringen.

An die Führungskräfte in den Verwaltungen appellierte sie sich bewusst zu werden, dass Fortschritte in der Digitalisierung auch „Top Down" erfolgen müssten und ausdrücklich die offensive Bereitschaft der obersten Ebenen dazu voraussetzten.

Dass mit der jetzt anstehenden Digitalisierung auch ein entscheidender Fortschritt in der Entbürokratisierung erreicht werden könne, sah sie als positiven weiteren Aspekt, insbesondere auch im durchgreifenden Abbau von möglichst vielen Schriftform Erfordernissen pp.

Sie plädierte dafür, in Zukunft vor Gesetzerlass die Bürger/innen dazu nach ihren Wünschen und Bedarfen zu befragen. Eine andere Personalpolitik in den Verwaltungen müssen zudem dafür sorgen, dass nicht nur externer Beratersachverstand die Digitalisierung präge, sondern mit eigenem, engagierten Personal neue Wege beschritten werden könnten.

„Meet and match"

Die Vielzahl der Gremien, die sich auf Bundes- und Länderebene mit der Digitalisierung befassen, sah sie nicht als Hindernis sondern als Chance in einem breiten Diskurs. „Meet and match" lautete dazu ihr Motto, mit dem sie Mut zur weiteren Gestaltung und auch durchaus kontroverser Diskussion der digitalen Themen machen wollte.

Den Arbeiten an der Künstlichen Intelligenz (KI) gab sie mit auf den Weg, die Demokratischen Werte, die Qualitäten von „Made in Germany" und die Errungenschaften der Europäischen Gemeinschaft zu bewahren und zu schützen; auf die von der Bundesregierung eingesetzte „Daten Ethikkommission" wies sie dazu besonders hin, ihre Ergebnisse sollten nach Vorlage des Berichtes intensiv diskutiert werden.

Werner Achtert, Geschäftsleitung Public Sector, msg systems referierte anschließend über den im Zeitalter der Digitalisierung entscheidenden Faktor der Vernetzung; dies vor dem Hintergrund, dass der Digitale Wandel auf jeden Fall stattfinde: „Mit oder ohne den Staat".

Vernetzung sei nicht nur in den Verwaltungen des föderalen Staates notwendig und essentiell sondern in allen Daseins- und Gesellschaftsbereichen: Im Verkehr, der Energie, den Lieferketten, den Smart Grids und an noch viel mehr Stellen. Vernetzung – so sein Leitbild – braucht die Clouds und nicht länger die Silos isolierter Fachverfahren. Letztere sollten idealtypisch in Zukunft mit gleichen Oberflächen Einstiege und standardisierte Nutzung für die damit Arbeitenden und Betroffenen garantieren.

Die Vernetzungsstrategie betreffe letztlich alle vorhandenen, riesigen Datenbestände, die heute vielfach redundant vorhanden und nicht miteinander verknüpft bzw. verknüpfbar sind.

In seiner Keynote zum Weg der Niederlande in die Digitalisierung konnte ***Raymond Knops***, Staatssekretär für Inneres und Königreichsbeziehungen interessante Impulse geben:

Neben seinem Plädoyer für Innovation und Experimen-

Werner Achtert von der Geschäftsleitung der msg systems

Foto: Giessen

tierfreude sprach er sich ausdrücklich für eine transeuropäische Zusammenarbeit aus. Zwischen Deutschland und den Niederlanden gebe es solche Kooperationen bereits: So habe es bereits Gespräche mit Ministerin Bär und Staatssekretär ***Vitt,*** BMI, gegeben. Auch mit einzelnen Bundesländern wie Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen gebe es hochrangige Kontakte und Austausche.

„Step by step with the willing!“

Staatssekretär Raymond Knops

Der niederländische Staatssekretär Raymond Knops *Foto: Giessen*

Grundsätzlich warb Knops dafür, in einer internationalen "Koalition der Digitalisierungswilligen" aktiv zusammenzuarbeiten, denn nur so könne man nachhaltigen Erfolg erreichen: "Um gute Antworten auf gesellschaftliche Fragen zu finden, müssen wir zusammenarbeiten. Lassen Sie uns die Rivalität zwischen unseren Ländern auf den Fußball begrenzen und in der Digitalisierung gemeinsame Sache machen.

Die öffentliche Verwaltung sollte sich nach seinen Worten von den althergebrachten Denkmodellen in vielen Bereichen verabschieden und stattdessen viel mehr in die Richtung eines experimentellen Denkens gehen: "Wir brauchen eine moderne und innovative Denkweise auch in Fragen der Verwaltung. Gerade hier sollte man die Start Ups proaktiv einbeziehen und um Rat fragen." Neue Wege könne man nur finden, wenn man bereit sei – durchaus auch mit einem Risiko – Neue zu suchen: „Nerds und Beamte" gehören nach seiner Überzeugung dafür zusammen.

Digital Nerds und Beamte: Zusammen bringen

In den Niederlanden sei es z.B. an der Tagesordnung, dass Enkel ihre Oma im Umgang mit der Digitalisierung „schulen". Steuererklärungen seien dank digitaler Unterstützung der Finanzämter mit wenig Aufwand „in fünf Minuten" zu erledigen – außer man habe noch viele Konten z.B. auf den Cayman Inseln… Der Staat habe mit der Digitalisierung die ungeliebte Steuerzahlung zwar nicht angenehmer, wohl aber einfacher gemacht, mit dem Ergebnis, dass das Steueraufkommen gestiegen sei. Dazu gebe es eine App, über die man in den fünf Minuten die Steuererklärung machen könne sowie eine "Digital ID", die regelmäßig in den Top 10 der heruntergeladenen Apps zu finden sei und rege genutzt werde.

Als Staatsekretär habe er selbst bei seinem Amtsantritt im Parlament ausdrücklich angekündigt, neue Wege zu suchen und auch versprochen, dabei Fehler zu machen: "So habe ich von Vornherein Platz für den Prozess des Experimentierens gemacht und somit auch für das Ergründen neuer Lösungen für Probleme." Er selbst sprach in diesem Zusammenhang vom "vorwärts Scheitern" als seiner persönlichen Mission, also dem Gewinnen neuer Ideen durch den Prozess des Experimentierens und Fehlermachens – ein nachahmenswerter Weg nach Überzeugung vieler Zuhörer, die in Deutschland allerdings durchaus auch einen Kulturwandel erfordere.

Die Leitlinie: Alle Bürger mitnehmen – leave no man behind

Besonders wichtig ist für den Niederländer in seiner täglichen Arbeit dabei, dass sie sich um alle Bürger dreht und nicht nur um die digital vernetzte Zielgruppe: "Wir sind für alle unsere Bürger verantwortlich und arbeiten deswegen nach dem Motto, dass wir niemanden zurücklassen wollen." Von den rund 17 Millionen Niederländern seien mehr als zwei Millionen nicht digital unterwegs. Diese dürfe man in keinem Falle zurücklassen, sondern mit für sie entwickelten Angeboten auch in Zeiten der Digitalisierung auf neue Wege mitnehmen.

Architekturen der Digitalisierung in der Diskussion

Zwei Podiumsdiskussionen zur Architektur der Digitalisierung mit Blick auf Beratung und Umsetzung erschlossen neue Sichten, auch auf die Vielzahl von Gremien, Kommissionen und Zuständigkeiten der Digitalisierung im föderal- und ressortgeprägten Deutschland:

Immer mehr Gremien rund um die Digitalisierung von Staat und Verwaltung sprießen seit der Regierungsbildung im vergangenen Jahr aus dem Boden. Agenturen für Sprunginnovationen oder für Cyber-Sicherheit, Beratungsgremien wie der Digitalrat und eine Enquetekommission des Bundestages zum Thema Künstliche Intelligenz, eine Datenethikkommission der Bundesregierung um nur einige Wenige aus der „Flut von Neugründungen" zu nennen. Auf dem Digitalen Staat sollten dazu zwei besondere Diskussions-

Dr. Katrin Suder (l.) und die Bundesdestagsabgeordnete Saskia Esken Foto: Giessen

runden für mehr Übersicht sorgen. Konnten sich zu Beginn die Mitglieder der Beratungsgremien über ihre Aufgaben und Pläne austauschen und zeigen, wie sie sich voneinander abgrenzen, sprachen anschließend Akteure aus den auf die Umsetzung fokussierten Gremien über ihre Strategien, die Digitalisierung aktiv in die Behörden zu bringen.

"Es braucht zentrale Ziele, an denen sich alle Institutionen rund um die Digitalisierung orientieren können", forderte in diesem Zusammenhang ***Dr. Katrin Suder***, Vorsitzende des Digitalrates der Bundesregierung, in der Runde der Berater. Dazu gehörten auch, digitale Methoden schon in früher Phase in die Gesetzgebung einzubauen; das „Gute Kitagesetz" sei dazu ein aktuell gutes Beispiel. Die Aufgabe des Digitalrates sei auch, Impulse zu geben, wie im Digitalen Zeitalter die Arbeitsweisen der Bundesregierung sich verändern müssten – die „Liebe zur Zukunft" sei dazu ebenso erforderlich wie die Bereitschaft zum Risiko.

„Wir arbeiten direkt mit den Ressorts zusammen und stoßen dabei auf eine große Bereitschaft und Erkenntnis, dass es neue Arbeitsmethoden braucht", so die Digitalrats-Vorsitzende.

Aufgabe der Datenethikkommission sei es, so führte ***Prof. Dr. Sabine Sachweh*** als Mitglied aus, Handlungsempfehlungen an die Bundesregierung zu übermitteln, wie denn auf Basis demokratischer und grundgesetzlicher Perspektive und Wertesystem mit Künstlicher Intelligenz, mit Algorithmen, mit der Datennutzung insgesamt für die Zukunft umzugehen sei. Die Kommission tage z.T. in öffentlicher Sitzung, damit ihre Ergebnisse noch in dieser Legislaturperiode des Bundestages umgesetzt werden können, habe man einen ambitionierten Zeitplan, mit dem der Abschlussbericht im Herbst 2019 vorgelegt werden solle.

Kulturwandel in vielen Köpfen angesagt!

Einen generellen Kulturwandel forderte ***Saskia Esken***, MdB, Mitglied und Vorsitzende der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zum Thema Künstliche Intelligenz. Auch bei diesem Thema brauche es, wie überall sonst mehr Kooperation unter den Häusern, vor allem aber auch eine deutlich erhöhte Transparenz, um das Vertrauen der Bürger nicht zu verlieren: "Wir erleben heutzutage eine Flut von Daten, die den Menschen überfordert. An diesem Punkt muss die Technik helfen, für mehr Klarheit zu sorgen", so Esken. Gleichzeitig müsse man auch Vertrauen schaffen, dass Maschinen den Menschen nicht ersetzen, sondern unterstützen sollen: "Es braucht eine Motivation für die Mitarbeiter, um ihnen zu zeigen, dass die Veränderung nichts grundsätzlich Negatives ist."

„Neues Mindset im Gesamtkonzept nötig!"

Fazit der Diskussion

Nach gemeinsamer Einschätzung der Diskussionsrunde steht die Transparenz und die darauf basierende Vertrauensbasis absolut im Vordergrund jeglicher staatlicher, digitaler Entwicklung gegenüber seinen Bürger/innen und Nutzer/innen in seinen Dienstleistungen und digitalen Angeboten.

Themen wie der impulsgebende Beraterblick von außen, Design Thinking, Co-Creations und die Vermittlung von Erfahrungen aus anderen Ländern können nach Einschätzung der Diskutanten in Umsetzungsfragen anschließend helfen; auch wenn es erforderlich sei, die Vielzahl von bereits existierenden Gremien zu koordinieren, zu führen, ein neues „Mindset im Gesamtkonzept" zu entwickeln, bis hin zu interoperablen Software Baukästen. Dass Digitale Entwicklung und Umsetzungen „nie fertig" werden, konnten die Teilnehmer/innen als Conclusio aus der Diskussion ebenfalls mitnehmen.

Dr. Katrin Suder schloss die Runde mit Bezug auf Staatsministerin ***Dorothee Bär***, die in ihrer Keynote gesagt hatte, es könnten noch viel mehr Gremien sein: "Die Digitalisierung ist

Jan-Ole Beyer, Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat *Foto: Giessen*

ein so breites Feld, dass wir diese vielen Gremien tatsächlich brauchen. Und in der Zusammenarbeit darf man auch ruhig mal unterschiedlicher Meinung sein."

Die „Runde der Macher", die die Digitalisierung in der Verwaltung aktiv umsetzen wollen und müssen, war in diesem Jahr noch geprägt von im Aufbau begriffenen neuen Einheiten und Agenturen. Einig war man sich dennoch bereits in einigen Punkten. So soll die Arbeit in den Institutionen grundsätzlich agil und dynamisch ausgelegt sein und den Fokus darauf legen, durch strategische Kooperationen Synergien zu schöpfen. Zudem sollen Start Ups gefördert und auch in den eigenen Häusern eine Fehlerkultur definiert und ausdrücklich zugelassen werden.

Synergien schöpfen und Wertschöpfungspotenziale heben!

Dr. Annette Schmidt, Leiterin des Aufbaustabes Föderale IT-Kooperation, FITKO in Frankfurt, gab einen Überblick über den aktuellen Stand: Mit einem Budget von 180 Mio. Euro von 2020 bis 2022 und einer geplanten Mannschaftsstärke von bis zu 60 Mitarbeitern/innen solle die Arbeit des IT-Planungsrates operativ unterstützt werden. Inhaltlich werde man sich um Basiskomponenten, Querschnittsfunktionen, Standardisierungen und Vernetzungsplattformen kümmern.

Dass die Kommunen in die Arbeit der FITKO einbezogen werden müssten sei unstreitig, allerdings gebe dazu bislang noch keine konkreten konzeptionellen Vorstellungen.

Kommunen und kommunale IT-Dienstleister in FITKO einbeziehen – aber wie?

Dass im Digitalen Zeitalter innere und äußere Sicherheit untrennbar miteinander verbunden sei, erklärte ***Dr. Miriam Boeck***, Leiterin Aufbaustab AIC, Bundesministerium der Verteidigung, auch mit dem Hinweis, dass zur operationalen Arbeit derzeit die Gründung einer GmbH dazu laufe. BMI und BMVG arbeiten an dieser Thematik sehr eng zusammen; ein Finanzvolumen von 200 Mio. Euro für die nächsten vier Jahre und ein Personalstamm von ca. 100 Mitarbeitern seien derzeit im Realisierungsfokus. Oberstes Ziel der Arbeit sei die Staatssouveränität im Digitalen Zeitalter zu verteidigen und zu gewährleisten.

Dr. Stefan Kaufmann, MdB und Mitglied der Gründungskommission der "Agentur zur Förderung von Sprunginnovationen" warb dafür, Wertschöpfungspotenziale in und durch die Verwaltungen zu erkennen, damit eine Vermarktung durch andere Akteure wie bei dem seinerzeit in Deutschland entwickelten MP3-Dateiformat durch die USA in Zukunft vermieden werden kann; nach seiner Einschätzung ein Schlüsselerlebnis in Sachen Scheitern, das sich in Anstrengung aller Verantwortlichen nicht wiederholen dürfe. Mit ca. 100 Mio. Euro per Anno auf einen Zeitraum von zehn Jahren bis 2029 solle die Handlungsfähigkeit der Agentur – ebenfalls als GmbH Lösung - gesichert und ausgerüstet werden.

Jan-Ole Beyer, seit dem Vortag des Kongresses Leiter der Projektgruppe „Konzeption und Aufbau eines Digital Innovation Teams / E-Government Agentur" im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, berichtete über seine und des fünf-köpfigen Startteams Zielsetzung, Inkubator für intelligente und innovativ E-Government Lösungen sein zu wollen. Um andere Staaten überholen zu können, bedürfe es intensiver Zusammenarbeit mit kreativen Start Ups um sie für die Welt der Öffentlichen Verwaltung zu gewinnen, Fehlerkultur ausdrücklich eingeschlossen. Methoden der Öffentlichen Verwaltung zu ändern, Agilität, Srcum, Design Thinking u.a. voranzubringen, habe sich das Team besonders vorgenommen.

Verwaltung muss sich neu erfinden

Florian Breger, Leiter Geschäftsbereich IBM Öffentlicher Dienst, IBM Deutschland, wies auf den Druck sich verändernder Wertschöpfungsketten in der Digitalisierung hin, die die Wirtschaft ständig vor neue Herausforderungen stellt. Viele Unternehmen müssen sich in regelmäßigen Abständen immer wieder „neu erfinden"; das müsse letztlich auch für die öffentliche Verwaltung gelten, dazu forderte er mehr Mut von den Verantwortlichen.

Parallel zu den Fachforen ging es im Hauptprogramm um nicht weniger als um die „Digitale Staatskunst" die in weiteren Podien Impulse vermittelte ***Prof. Dr. Wilfried Bernhardt,*** Staatssekretär a.D., Universität Leipzig, berich-

tete über das kürzlich stattgefundene Bremer Kolloquiums „Brauchen wir eine neue Staatskunst", unter Moderation von ***Dr. Göttrick Wewer,*** Staatssekretär a.D. und Vorsitzender, Bundesverband Deutscher Postdienstleister, diskutierten dazu ***Stefan Krebs***, Beauftragter der Landesregierung für Informationstechnologie, Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration, Baden-Württemberg, sowie neben ***Prof. Bernhardt*** auch ***Dr. Kay Ruge,*** Beigeordneter, Deutscher Landkreistag.

Auf dem Bremer Kolloquium am 12. und 13. Februar 2019 , einer Idee von ***Hans-Henning Lühr,*** Staatsrat bei der Senatorin der Freien Hansestadt Bremen, diskutierten 240 Teilnehmer/innen zwei Tage intensiv zum Thema ggf.

Dr. Göttrick Wewer, Stefan Krebs, Dr. Kay Ruge *Foto: BS/Giessen*

Prof. Dr. Wilfried Bernhardt sprach in seinem Vortrag über eine neue (digitale) Staatskunst. *Foto: BS/Giessen*

notwendiger, neuer Digitaler Staatskunst, der Tagungsband kann hier adressiert werden:

https://www.finanzen.bremen.de/verwaltung/detail.php?gsid=bremen53.c.66653.de

Einige zentrale Fragestellungen und Diskussionspunkte aus dem Kolloquium umschrieb ***Prof. Bernhardt*** als Impulse für die Diskussion:

- Den Staat, die Kommunen, die Verwaltung vom Nutzer her (neu) denken?
- Den Sieg der Algorithmen über die Verwaltung verhindern?
- Wie den Black-Box-Charakter von Algorithmen öffnen?
- Wie größtmögliche Transparenz schaffen?
- Maßstäbe zur Anwendung Künstlicher Intelligenz entwickeln?
- Wie Diskriminierung durch Künstliche Intelligenz verhindern?
- Für Ermessenentscheidungen durch Künstliche Intelligenz (§ 35a VwVfG) ggf. einen beschränkten Gesetzesrahmen schaffen?
- Den „Menschlichen Richter" ausnahmslos garantieren?
- Die Blockchain und ihre Unfähigkeit des Vergessens thematisieren?
- Zentrale Vorgaben durch den Bund sinnvoll und möglich?
- Wie die möglichst ortsnächste Entscheidungsinstanz in den Kommunen sichern?
- Wie mit dem Anspruch „Europe First" europäisches Design entwerfen?

Die zentrale Frage laute, so Moderator ***Dr. Göttrick Wewer:*** Wie gestaltet die Verwaltung die Digitalisierung – oder – gestaltet die Digitalisierung die Verwaltung?

In Baden-Württemberg werde gezielt weiter KI ausgebaut, so CIO ***Stefan Krebs,*** man achte insbesondere darauf, dass man auch an die latent vorhandenen Kontrollverlustängste denke und darauf eingehe. KI habe schon z.B. im Bank- und Sparkassenwesen vieles einfacher gemacht, ohne dass irreparable Schäden eingetreten seien. Die „Menschliche Staatskunst" sei aber natürlich weiterhin erforderlich.

KI ersetzt keine „Menschliche Staatskunst"

Dr. Kay Ruge mahnte eine innerstaatliche, gemeinsame föderale E-Governance angesichts der schon eingetretenen Steuerungsverluste an. Am Beispiel der Kfz-Zulassung zeigte er auf, wie sinnvoll standardisierte Abläufe mittels KI weiter für alle, Bürger/innen, Unternehmen und Mitarbeiter/innen verbessert werden könnten. Technik, einschließlich KI, dürfe nur Hilfsmittel sein, niemals aber automatisch demokratische, politische oder ermessengebundene Verwaltungsentscheidungen ersetzen.

Schließlich seien nicht standardisierte Fakten, Werte, politische Entscheidungen auf Mehrheiten beruhend und zu organisieren elementar für das demokratische Zusammenleben.

Zwischen den Extremen von China und den USA: Eigenen und souveränen europäischen Weg finden

Dr. Göttrick Wewer fasste die spannende Diskussion zusammen in dem er einen eigenen Europäischen Weg der Digitalisierung auch im Umgang mit den derzeitigen Datenschutzregeln und der föderalen Datenschutzorganisation forderte, der weder die zentralistischen Komponenten aus China, wie z.B. ausgedehnte Gesichtserkennungsmethoden,

Lena-Sophie Müller, Geschäftsführerin der Initiative D21, will weg vom Begriff "Künstliche Intelligenz". *Foto: Giessen*

noch den komplett offenen Umgang mit Daten wie z.B. in den USA kopiere, sondern einen eigenen Weg in eine souveräne Europäische Datenhandhabung und Digitalisierung finde.

„Digitale Ethik – Chancen und Tücken beim Einsatz Künstlicher Intelligenz in der Verwaltung", lautete das Thema zum weiteren Podium, für das ***Prof. Dr. Dirk Heckmann,*** Direktor am Bayerischen Forschungsinstitut für Digitale Transformation den Impuls gab.

Unter seiner Moderation diskutierten ***Lena-Sophie Müller,*** Geschäftsführerin, Initiative D21 e.V., ***Dr. Gottfried Ludewig,*** Abt.Ltr. für Digitalisierung, Bundesministerium für Gesundheit, ***Dorothea Störr-Ritter,*** Landrätin des Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald, Mitglied des Nationalen Normenkontrollrates, ***Dr. Thilo Weichert,*** Datenschutzbeauftragter a.D. des Landes Schleswig-Holstein sowie ***Daniel Schmich***, Director Business Developement Public, Aperto.

Als Moderator und österreichischer Staatsbürger verwies ***Prof. Heckmann*** eingangs auf die jüngst über Amazons Alexa mögliche Steuerung der Bürgerdienst App der österreichischen Gemeinden, die nutzerorientiert und komfortabel Bürgern/innen zur Verfügung steht:

https://www.gem2go.at/kremsmuenster

Die Kernfähigkeiten von KI definierte er wie folgt: Wahrnehmen, Verstehen, Handeln, Lernen. In diesem Sinne sei „die IT eigentlich der Bote, die KI der Prokurist". Zwischen IT und KI gebe es nach seiner Theorie eine Grauzone, fragen müsse man sich, was das Spezifische an KI sei. Jedenfalls sei der Staat in der Pflicht, größtmögliche Transparenz bezogen auf die KI zu schaffen, auch deshalb, um Ermessensfehler und Diskriminierung zu verhindern. Vertrauensbildende Aktion und Elemente seien von staatlicher Seite im Rahmen neuer und nachvollziehbarer Abwägung zur Nutzung und zu Einsatzzwecken, nötig.

Mit Blick auf die riesigen Diagnose- und Therapiemöglichkeiten einer KI basierten Digitalisierung z.B. im Gesundheitswesen wies er ausdrücklich auf ein zu vermeidendes "Untermaßverbot" hin, mit dem, ggf. - unter überzogener Datenschutzagenda – Betroffenen mögliche medizinisch Hilfe versagt bleibe; zum „Untermaßverbot" gebe es auch bereits einschlägige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts.

Untermaßverbot im Gesundheitswesen: KI kann und muss helfen

Für ***Lena Sophie Müller*** muss die öffentliche Debatte wegkommen von der bislang vermittelten Vorstellungswelt „Maschine gegen Mensch" hin zur Präzisierung „Maschine mit Mensch". KI eigne sich im Sinne auch von Vertrauensbildung zum Einsatz von Verfahrensteilschritten, z.B. im Bereich BaFög um das Antrags- und Entscheidungsmanagement zu entlasten. Die Chancen für KI seien immer dort groß und erreichbar, wie keine ethischen Fragen anstünden. Defizite sieht sie im Leadership der Verwaltung, weil dort die Chancen von KI noch nicht wirklich und durchgängig erkannt seien.

Diesen Überlegungen stimmte ***Dr. Gottfried Ludewig*** ausdrücklich zu und erklärte, dass das Bundesministerium für Gesundheit dem Einsatz von KI ausdrücklich sehr offen gegenüberstehe; eine präzisere Gesundheitsversorgung sei auch eine ethische Verpflichtung, KI solle Arzt und Pfleger in der eigenen Aufgabe und mit Blick auf die Patienten gezielt unterstützen. Im Übrigen müsse man sich vom deutschen Perfektionismus verabschieden und den Praxisblick verschärfen; kleine Schritte und Ausprobieren sei für die Zukunft im Digitalen Zeitalter angesagt.

Dr. Thilo Weichert appellierte dazu, den Datenschutz nicht nur als Bremser sondern auch als Enabler zu betrachten, wozu es allerdings gesetzliche Veränderungen benötige, die aus Sicht der Datenschützer auch seit einiger Zeit der Bundesregierung vorlägen und auf gemeinsame und konstruktive Umsetzung warteten. Er verwies auf den mittlerweile erkannten positiven Effekt der EU Datenschutzgrundverordnung, mit der die EU Leadership in Sachen Datenschutz übernommen habe, im Gegensatz zu Bundesregierung und Bundestag.

> **„Die KI muss der neue Europäische Digitale Airbus werden“**
> Markus Blume

Verwaltung noch zu weit von Industrie 4.0 entfernt!

Für ***Dorothea Störr-Ritter*** ist die Verwaltung noch viel zu weit von der Industrie 4.0 entfernt; sie forderte einen Staatsvertrag von Bund, Ländern und Verwaltung in dem geklärt wird, wer Verwaltungsmodernisierung steuert, finanziert und wie ein Masterplan dazu aussehen kann. Wenn Bund, Länder und Kommunen gemeinsame Ziele zur Digitalisierung vereinbaren können, dann gelte das erst Recht bezogen auf die KI, weil andernfalls ein „heilloses Durcheinander“ entstehe. Alle zu beteiligten Akteure sollten auf Basis einer ausdrücklich fixierten und gegenseitig verbindlichen Übereinkunft eingebunden werden.

Konstantin von Notz, Lars Klingbeil und Rudolf Scharping. Foto: BS/Giessen

Bislang, so ***Störr-Ritter*** haben wir uns um den nötigen Kulturwandel „rumgemogelt“, das gelte auch für die Ausbildungsinhalte für junge Menschen, mit Blick auf die vielen individuellen, unterschiedlichen Verfahren und Lösungen, sie plädierte durchaus für gemeinsam zu vereinbarende zentrale Komponenten die im Backstage standardisiert ablaufen aber in den Rathäusern vor Ort immer noch den Menschen persönlich erklärt werden können, wenn das gewünscht ist.

Masterplan statt „heillosem Durcheinander“!

Daniel Schmich sprach sich dafür aus, den Menschen in den Mittelpunkt von KI zu stellen und Bürger/innen z.B. von Massenverfahren und Routinen zu entlasten. Entscheidend sei, neben den Führungsebenen auch die Sachbearbeiter/innen in den Verwaltungen in diesem Prozess mitzunehmen – und: Die Entscheider müssen wissen, was KI kann und was sie beinhaltet.

„Der Digitale Kommunikationsraum – als Demokratiestütze“ war das Thema einer Diskussionsrunde und Moderation von ***Rudolf Scharping,*** Bundesminister und Ministerpräsident a.D.

Es diskutierten ***Michael Theurer,*** MdB, Stv. Vorsitzender der FDP Bundestagsfraktion, ***Markus Blume,*** MdL, Generalsekretär der CSU, ***Lars Klingbeil,*** MdB, Generalsekretär der SPD und ***Konstantin von Notz,*** MdB, Bündnis90/Die Grünen.

Ob der „Mummenschanz“ der Mehrfachidentitäten im Internet Demografie gefährlich ist, ob unbegrenzte anonyme Netzaktivitäten ohne Identifizierung des Teilnehmers/in in Zukunft einfach weiter hingenommen werden müssen, war u.a. Gegenstand der Diskussion. Dies auch vor dem Hintergrund, dass die Möglichkeiten dazu auch von autoritären Staaten und deren Helfer sich auch gegen die Staatliche Ordnung und den Gesellschaftlichen Konsens richten.

Mummenschanz der Mehrfachidentitäten?

Michael Theurer sprach sich für einen Ordnungsrahmen aus, der die großen Internetfirmen wie Google, Facebook und Co, die zunehmend Monopolcharakter erreicht haben, mit staatlich gesetzten Regularien auf die Werte und Normen des demokratischen Rechtsstaats mit all seinen Ansprüchen, insbesondere im souveränen Datenschutz verpflichten.

Konstantin von Notz stellte die Souveränität staatlicher Organe infrage, wenn man daran denke, dass z.B. die Polizei genötigt sei, What´s App und ungesicherten Funk für ihre Einsätze zu nutzen. Der Moderator, auch ***Lars Klingbeil*** appellierten, dass der Staat in Sachen Sicherheit und Vorsorge glaubwürdig agieren müsse, um handlungsfähig zu bleiben. Dazu sei auch der Mut erforderlich, sich dort an Regulierungen, möglichst im EU Kontext zu machen, wo dies zum Schutz der Bürger/innen und des Standortes Deutschland nötig sei. Das Facebook-Chef Zuckerberg jüngst die EU-Datenschutzgrundverordnung als positives Beispiel bezeichnet habe, zeige, dass ein solcher Weg richtig sei. Dass im Übrigen Regulierungen, in Deutschland erdacht und konsequent gehandhabt für Andere durchaus

auch Vorbild seien, könne an den DIN-Normen festgemacht werden, die als Grundlage von „Made in Germany" weltweites Ansehen genießen.

Digitale Disruption erzeugt auch politische Disruption

Angesichts der „riesigen Welle" die als Digitalisierung auf Staat und Gesellschaft in den kommenden Jahren zukomme, stellte ***Markus Blume*** die Frage, ob unsere Systeme genügend Resilienz aufweisen. Digitale Disruption erzeuge auch politische Disruption, es gehe auch und besonders um die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit und digitale Souveränität Deutschlands. Dies auch vor dem Hintergrund, dass allein die Chinesische Hafenstadt Shanghai z.B. Künstliche Intelligenz mit höheren Mittel fördere, als dies insgesamt in Deutschland der Fall sei.

Moderator Guido Kahlen, der Düsseldorfer OB Thomas Geisel, Ludwigsburgs OB Werner Spec, der Hannoversche OB Stefan Schostok und der Landrat des Salzlandkreises Markus Bauer diskutieren über die Verbesserungsvorschläge und Herausforderungen der Digitalisierung Foto: Giessen

Die KI als EU-Projekt nach dem Muster des Airbus

Rudolf Scharping stellte aufgrund seiner Erfahrungen mit dem umfassenden mobilen und komfortablen Einsatz von QR-Codes in China, mit denen komplette Lebens-, Einkaufs- und Erlebnisphasen abgebildet und erledigt werden können, die Frage, wo wir in Deutschland in den nächsten zwei bis drei Jahren stehen wollen. Die KI so ***Markus Blume*** müsse der neue „Europäische Digitale Airbus" der kommenden Jahre werden, wollen wir im Weltmaßstab nicht den Anschluss verlieren.

Die Bürgermeisterrunde, unter Leitung von ***Guido Kahlen,*** Kölner Stadtdirektor a.D., widmete sich den Zukunftsattributen „innovativ, smart und kommunal". Die auf dem Podium vertretenen Verwaltungschefs konnten auf ganz praktische, neue digitale Komponenten und Entwicklungen in ihren Städten hinweisen, die durchaus beispielgebend und auch übertragbar sind.

OB ***Thomas Geisel,*** Düsseldorf, berichtete, das mittlerweile alle Düsseldorfer Schulen einen Glasfaseranschluss erhalten haben, das neue Stadtportal mit dem Anspruch 24/7 für Bürger und Unternehmen offenstehe und die bereits vorhandenen Workflows in der Verwaltung sukzessive komplett auf die Gesamtverwaltung ausgerollt werden. Zur Optimierung der Mobilität in der Stadt sei die Gründung einer GmbH vorgesehen, die interdisziplinär im Sinne von Smart City die Akteure und die Projekte steuern solle.

Fehlende Digitalisierung, so ***Geisel,*** beschädige auf Dauer den ländlichen Raum und die Aufgabenwahrnehmung der Verwaltung im demokratischen Staat, wenn in zehn Jahre ca. 50 Prozent der heutigen Bediensteten im Ruhestand sei. ***Guido Kahlen*** unterstrich das deutlich mit dem Hinweis, das 1/3 der Bevölkerung in Städten über 100.000 Einwohner, aber eben 2/3 der Bevölkerung in ländlichen Gebieten Deutschlands lebe.

OB ***Werner Spec,*** Ludwigsburg, legte dar, dass mittels systematischer Stärken- und Schwächenanalysen Smart City Plattformen und Lösungen in seiner Stadt erreicht wurden. Die Bewältigung des Klimawandels mit seinen Auswirkungen auch vor Ort sei ohne solche interdisziplinäre Digitalisierung in der Städten nicht zu schaffen. In seiner Stadt arbeiten derzeit sog. „Living Labs" mit über 50 Teilnehmern aus Gesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Kreativen. Er forderte im Weiteren eine aktive Rolle der Kommunen auf dem Weg der Digitalisierung gegenüber Bund und Ländern.

> **„Digitalisierung ist die Pflicht, Open Government die Kür."**
>
> NRW-CIO Hartmut Beuß

Industrie 4.0 braucht Verwaltung 4.0

Dass die Städte zum Klimawandel und dem Kampf dagegen – auch mittels konsequenter Digitalisierung - aus eigenem Antrieb tätig geworden sind, wertete OB ***Stefan Schostok***, Hannover, als besonderen Beweis der Leistungsfähigkeit unseres föderalen Staatssystems. Schließlich sei z.B. die NOx Problematik ja quasi den Städten „vor die Tür gekippt" worden. Im Übrigen müsse die kommunale Verwaltung sich noch mehr an den Bedürfnissen der Menschen und der Unternehmen am Standort ausrichten, die Industrie 4.0, in Hannover im Jahre 2013 auf der CebIt der Öffentlichkeit vorgestellt, verlange auch von den Verwaltungen besondere, innovative Modernisierung, sollen Wirtschaft und Verwaltung – beide mit hoher Verantwortung für den Standort Deutschland – gemeinsam zur Zukunftssicherung im Digitalen Wandel vorankommen.

Er plädierte insbesondere dafür, Organisationsentwicklung als Gesamtstrategie zu denken und zu treiben, in seiner

Stadt ist das mit allen sieben Dezernaten und allen Untergliederungen als engagiertes Projekt aktuell aufgesetzt.

Organisationsentwicklung im Gesamtkonzept betreiben

Landrat ***Markus Bauer***, Salzlandkreis, berichtete, dass sein Kreis die erste Modellregion im ländlichen Bereich sei und man sich im Schwerpunkt mit den „drei W´s" Wirtschaft, Wissenschaft und Wohnen beschäftige. Fehlende Fachkräfte, Mobilitätsfragen, Wegeersparnisse, Telemedizin, Werthaltigkeit von Immobilien und mehr stehen in den östlichen Bundesländern im besonderen Fokus, wenn es um die Chancen der Digitalisierung gehe. In seinem Kreis sind mittlerweile alle Sekundarschulen miteinander vernetzt und bieten so auch optimale Beschulung, wenn Wohnort- oder Arbeitsplatzwechsel der Eltern anstehen.

"Digitalisierung ist die Pflicht, Open Government die Kür", fasst ***Hartmut Beuß,*** NRW-CIO im Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen, die Situation zum Thema Open Data im Forum Open Data zusammen. Leider würden knappe Verwaltungs-Ressourcen auch meist nur in den Pflichtteil gesteckt.

Nach seiner Überzeugung müsse es eine Verknüpfung geben, um beides zusammenzubringen. Auch eine andere Infrastruktur für Open Data sei sinnvoll, die dazu führt, dass sich Kommunen mit ihren Daten präsentieren können. Geodaten beispielweise seien solche, an denen großes Interesse herrsche, so ***Beuß.*** Allerdings sei nicht jede Kommune in der Lage, ein eigenes Portal zu schaffen. Hier sieht der CIO den Bund in der Pflicht, wozu aber auch noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten sei, aus der auch die Landes- und die kommunale Ebene nicht ausgenommen ist. Dort stelle sich oft das Problem, dass eine Stelle nicht weiß, welche Daten andere sammeln und bereitstellen. "Wir wissen gar nicht, was wir an Datenschätzen haben, gerade mit Blick auf Open Data müssen wir wesentlich mehr auch Ebenen übergreifend arbeiten", so seine Forderung.

Agilität, Kommunikation und Resilienz!

Die Zukunftsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung und ihrer Organisation standen im Fokus eines Fachforums unter dem Titel „Digitale Transformation in der öffentlichen Verwaltung".

Staatssekretär a.D. Dr. Ralf Kleindiek, Director Public Sector, Boston Consulting Group (BCG), benannte die drei Handlungsfelder Agilität, Kommunikation und Resilienz; sie stünden im Mittelpunkt wenn es um eine leistungsfähige Verwaltung der Zukunft gehe. Die Rahmenbedingungen in den Verwaltungen seien derzeit gemischt: Auf der einen Seite existiere mit

Staatssekretär a.D. Dr. Ralf Kleindiek. *Foto: Giessen*

Die frühere Bundesjustizministerin Brigitte Zypries *Foto: Giessen*

rund 46 Jahren ein hoher Altersdurchschnitt und bis 2030 würden rund 800.000 der heute fast 4,5 Mio. Beschäftigten im Öffentlichen Dienst in den Ruhestand gehen.

Auf der anderen Seite sei die öffentliche Hand für junge Leute durchaus ein gefragter Arbeitgeber. Die Generationen Y und Z wollten vor allem eine sinnhafte Tätigkeit ausüben, wollen flexible Arbeitszeitmodelle. „Das ist ein Pfund, damit kann der öffentliche Arbeitgeber wuchern, er darf sich aber nicht darauf ausruhen", so sein Fazit dazu. Und im Weiteren: "Ich bin fest davon überzeugt, dass die mobile Kommunikation mit der Verwaltung zum attraktiven und nachgefragten Standard wird".

> **„Kulturfragen, Big Data, KI und „Lehmschichten"**
>
> Brigitte Zypries

Selbstfürsorge unterstützen

Notwendig sei es, den Fokus auf abwechslungsreiche, interessante Tätigkeiten zu legen und ständig Weiterentwicklungs- und Lehrangebote anzubieten, ergänzt Faina Karlitski, Beraterin, BCG. Es gehe um Resilienz, so die Beraterin, denn stressbedingte Erkrankungen wie Burnout oder Depressionen nähmen zu, Resilienz als stabilisierender Faktor könne durchaus erlernt werden. Selbstfürsorge, Gespräche im Kollegenkreis und mit Führungskräften seien dazu geeignete Formen.

Brigitte Zypries, frühere Bundesjustiz- und Bundeswirtschaftsministerin, wies zur notwendigen Resilienz noch auf einen weiteren wichtigen Aspekt hin: „Die Beschäftigten sind im Rahmen der digitalen Transformation vorher zu informieren, dass es Änderungen geben wird." Auch die Politik müsse mit Blick auf diese Fragestellungen insgesamt mutiger sein, dies beziehe sich auch auf die Führungsebenen in den obersten Ressorts, auf die sogenannte „B6-Lehmschicht" in den Ministerien als Hindernis, womit bestimmte Entscheidungs- und Arbeitsebenen gemeint seien.

Der Einsatz von Big Data und von Künstlicher Intelligenz betreffe die Mitarbeiter/innen in Zukunft umso mehr: "Das maschinelle Lernen ist eigentlich nichts Neues", so ***Benjamin Desalm,*** Partner und Managing Director, BCG, allerdings hätten sich die technologischen Anwendungsmöglichkeiten deutlich erweitert: Der Einsatz von KI sei nicht aufzuhalten, ihre Regulierung müsse geklärt werden, Algorythmen dürften letztendlich keine Ermessensentscheidungen fällen.

Zwar arbeitet René Böcker mit seinen Kollegen beim BAMF weiterhin an der Entwicklung von Lösungen aus dem Bereich von Machine Learning und Künstlicher Intelligenz, diese sollen aber niemals eigenständige Entscheidungen über Annahme oder Ablehnung von Anträgen treffen. *Foto: Giessen*

Machine Learning – Vertrauen erhalten!

Nachdem das Leben im Internet bereits seit einiger Zeit zu großen Teilen von Algorithmen gelenkt und gestützt wird, kommt nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die öffentliche Verwaltung dem Thema Künstliche Intelligenz als potenter Unterstützer von Arbeitsprozessen im Rahmen der Digitalisierung immer näher. Gleichzeitig gibt es aber weiterhin große Skepsis, wichtige und teils direkt das Leben der Bürger/innen beeinflussende Fragen allein von Computern entscheiden zu lassen; ein großes Thema eines von ***Benjamin Stiebel,*** Redakteur, Behörden Spiegel, moderierten Fachforums.

Der Leiter des Kompetenzzentrums Öffentliche IT (ÖFIT) und Mitglied des Digitalrates der Bundesregierung, ***Prof. Dr. Peter Parycek,*** sprach sich in diesem Zusammenhang für eine kontrollierte Regulierung des Technikeinsatzes aus: "Aus der Politik hört man immer wieder den Wunsch nach einer konsequenten Regulierung. Dabei muss man aber aufpassen, weil eine Überregulierung den gesamten Entwicklungsprozess in der IT-Branche hemmen kann. Tut man allerdings vonseiten der Politik gar nichts und ignoriert die Innovationstechnologien, verliert man an Vertrauen im Volk."

Vieles von dem, was heute als Künstliche Intelligenz definiert werde, sei in Wahrheit noch eher als Machine Learning zu definieren, so ***Dr. Ralf Herbrich,*** Director of Machine Learning, Amazon. Er erklärte anhand der Geschäftsfelder des Unternehmens, wie die beiden Technologien sich unterscheiden: "Beim Machine Learning kann das System aus Erfahrungen ein eigenes Wissen generieren und so eine reine Vorhersage bieten, was geschehen wird. Künstliche Intelligenz hingegen ist ein maschinelles Lernen, das auf Feedback basiert und sich so selbst in die Lage versetzt, Probleme aktiv zu lösen."

Die in Fragen digitaler Zukunftstechnologien wohl aktivste Bundesbehörde, nämlich das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Nürnberg, befasst sich ebenfalls bereits seit einer Weile mit der Erforschung von Machine Learning und KI, wie ***René Böcker,*** Gruppenleiter Prozesse, Informationstechnik, Projektmanagement, BAMF, ausführte: "Wir definieren uns im BAMF ganz klar als datengestützte Organisation, wobei die Künstliche Intelligenz einen integralen Bestandteil unserer Kultur ausmachen soll."

Man habe in den hausinternen Leitlinien zur Digitalisierung eine sogenannte Digitalisierungspyramide mit vier Hauptthemen definiert: Ende-zu-Ende-Digitalisierung der behördlichen Kernprozesse, Neue Formen der Zusammenarbeit, flexible und skalierbare IT-Architektur sowie Talentförderung und Kompetenzaufbau. "Die KI wird sich auf alle diese Bereiche auswirken", ist sich ***Böcker*** sicher.

Ein konkreter Anwendungsfall der im BAMF bewusst vorangetrieben werde, sei die dokumentierte Profilanalyse von Asylbewerbern. Dieser sei zwar einer der komplexesten Prozesse für den Einsatz digitaler Hilfssysteme, aus diesem Grund könne man aber auch ganz besonders viel für die weitere Arbeit mit digitalen Systemen daraus lernen und Erkenntnisse für die Zukunft ziehen: „Wir wollen einen maschinellen Prozess erarbeiten, der unsere Sachbearbeiter/innen bei der Dokumentenprüfung von Anhörungsprotokollen so unterstützt, dass der Computer uns eine mit individuellen Bewertungen versehene Empfehlung geben kann, ob ein Antrag sicherheitsrelevant ist oder nicht" so der Referent.

Vier-Augen-Prinzip als Basis!

Besonders schwierig sei bei dieser Aufgabe, dass die händisch geschriebenen Protokolle keinen festen Regularien entsprächen und jeweils von den Formulierungen her sehr unterschiedlich verfasst sein könnten. Auch das sei im BAMF klar: „Bei uns wird keine Maschine über einen Asylantrag entscheiden." Stattdessen arbeite man bei Antragsentscheidungen nach dem Vier-Augen-Prinzip, in dem der Algorithmus die ersten zwei Augen darstelle und der Mensch dessen Arbeit mit den echten zwei Augen noch einmal abschließend überprüfe.

> **„Datenschutzexperten von Anfang an in Projekte einbeziehen!"**
>
> Prof. Dr. Peter Parycek

Nach demselben Vier-Augen-Prinzip agiert auch die Bundesagentur für Arbeit (BA) bei ihrer Integration von Algorithmus-basierten Systemen. ***Dr. Martin Deeg,*** der Leiter des IT-Systemhauses der Bundesagentur für Arbeit, sieht aktuell eine hohe Dynamik in der Entwicklung von digitalen Hilfssystemen in seiner Behörde. Obwohl man bislang zwar lediglich "die Arbeitslosengeldanträge für den Kunden vollständig digital anbiete, die Bearbeitung aber weiterhin in althergebrachter Schriftform" ablaufe, wolle man in der BA in Zukunft das volle breite Leistungsspektrum ins Internet bringen:

Um dieses Ziel zu erreichen, sei derzeit die Einführung von Chatbots in Vorbereitung, um die Kommunikation mit den Kunden der BA effizienter zu gestalten. Gleichzeitig sei auch die Automatisierung von Arbeitsschritten und bestimmten Entscheidungen in Entwicklung. So solle es zukünftig beispielsweise eine Feedback-Funktion für den Kunden geben, ob er die richtigen und vollständigen Antragsunterlagen eingereicht hat oder nicht: "Perspektivisch soll das Machine Learning auch bei der Beratung unserer Kunden unterstützend eingebunden werden. Wichtig ist aber vor allem bei allen Einsatzfeldern, dass der Datenschutz vorab richtig bewertet wird", erklärte der Referent.

Das Thema Datenschutz sahen alle Beteiligten als Schlüsselfaktor für ein Gelingen der Projekte, da daran das Vertrauen der Menschen hänge. Aus Sicht von ***Prof. Dr. Parycek*** sollten dabei Datenschutzexperten in alle interdisziplinären Projektteams mit eingebunden werden, um das Thema direkt von Anfang an konstruktiv mit angehen zu können.

Die Digitalisierungstreiber – Ein Jahr Next: die behördenübergreifende Erfolgsgeschichte

NExT entwickelte sich aus einem zufälligen Treffen, wo die behördlichen Digitalisierungsverantwortlichen feststellten, dass es viele Schnittstellen zwischen ihnen gibt", erläuterte ***Dr. Markus Richter,*** Vizepräsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), die besondere NExT- Entstehungsgeschichte. Das Gremium ist besetzt mit Praktikern, die sich als Treibende der Digitalisierung des öffentlichen Sektors verstehen.

NExT umfasst dabei verschiedene Werkstätten, die unterschiedliche Projekte und Themen aufgreifen und jeweils einen Werkstattleiter besitzen. So ist beispielsweise ***Sven Stephen Egyedy,*** Chief Technology Officer des Auswärtigen Amtes, der Leiter der Werkstatt "Digitale Projekte". Der Kern dieser Projekte sei die Kooperation. "Durch den informellen Austausch zu einem Projekt zwischen Behörden konnten wir beispielsweise am Anfang sicherstellen, dass Themen, die entwickelt werden, danach entweder eine Anschlussnutzung oder eine Weiternutzung, erfahren", sagte er. Bereits zu Beginn

Dr. Hans Günther Gaul, Sven Stephen Egyedy, Dr. Markus Richter, Jürgen Renfer und Vincent Patermann erläutern, wie sich NExT, ein Jahr nach der Gründung, entwickelt hat (v.l.n.r.).

Foto: Giessen

des Gesetzgebungsprozesses könne ein sinnvoller Fachaustausch erfolgen.

Ein Beispiel hierfür sei das Fachkräfteeinwanderungsgesetz. Auch wenn das Gesetz noch nicht verabschiedet sei, so betreffe es viele Netzwerkmitglieder, die ihre Expertise frühzeitig einbringen könnten. Sie beziehe sich bereits jetzt auf die Digitalisierung in den hinter dem Gesetz zukünftig liegenden kooperativen Prozessen mit ihren ggf. unterschiedlichen Designs.

Neue Technologien und mehr Kooperation!

"Wir installieren nicht die neuen Technologien jeder für sich, sondern wir sprechen über die Einsatzszenarien. Welche Probleme können mit dieser neuen Technik besser gelöst werden?", erörterte ***Dr. Hans Günther Gaul,*** IT-Direktor der

Bundesnotarkammer. Hierfür sei die "What's NExT" Veranstaltungsreihe ins Leben gerufen worden: "Sie führt Menschen aus den Behörden zusammen, lässt sie darüber sprechen und sich gegenseitig Anregungen mitgeben." So wurden die Themen Blockchain, Cloud Computing sowie Data Analytics / Big Data bereits behandelt. Es solle nicht nur ein Informationsaustausch ermöglicht, sondern jeweils ein Experten-Netzwerk gegründet werden, um tiefer in diese Themen einzutauchen.

Scheitern als Chance in neuer Fehlerkultur!

Vincent Patermann, IT-Dienstleistungszentrum (ITDZ) Berlin, erläuterte die Entwicklung der Werkstatt "Organisation und Arbeitsweisen". Neben der Einbindung von agilen Entwicklungsmethoden und der Analyse von Hindernissen wie Regularien und Rahmenbedingungen für agile Arbeitsweisen, werde an einem Methodenkasten für die Gestaltung einer Kultur der Wandlung gearbeitet. Gemeinsam voneinander und miteinander lernen sei der Ansatz dahinter; Ziel sei auch, eine positive Fehlerkultur zu entwickeln.

Sichere Cloud Dienste als Zukunftslösungen!

In einem Fachforum ging es um die seit längerem diskutierten Fragen um die Nutzung von Cloud-Diensten, deren Chancen und Risiken, um die Ablösung bzw. Ergänzung von Client / Server Landschaften.

Dies auch vor dem Hintergrund dass Cloud Dienste auch aus der öffentlichen Verwaltung inzwischen nicht mehr wegzudenken und zunehmend Verbreitung finden. Es stelle sich schon länger nicht mehr die Frage, ob entsprechende Anwendungen für die Verwaltung sinnvoll seien, entscheidend so der Grundtenor im Fachforum sei mittlerweile nur noch, wie es gelingen könne, möglichst sichere Cloud-Dienste anzuwenden.

Das unterstrich die im Land Berlin für den IKT-Bereich zuständige Staatssekretärin ***Sabine Smentek.*** Auf Personalengpässe im IT-Bereich wies sie, wie auch ***Roman Bartlog,*** Presales Experte, SAP hin. Aus diesem Grunde verlangte die Berliner Staatssekretärin mittelfristig eine bessere Bezahlung, um ausreichend Personal im Öffentlichen Dienst im Allgemeinen und bei den IT-Dienstleistern im Speziellen halten und gewinnen zu können. Programmierer seien schon jetzt nicht leicht zu gewinnen, ergänzte der SAP-Vertreter. ***Michael Barth,*** Head of Public Affairs, beim Unternehmen Genua, konstatierte insgesamt einen großen Fachkräftemangel, der die Nutzung von Cloud-Diensten insgesamt noch drängender mache.

Die Fragen zum Einsatz von Cloud-Lösungen stellen sich auch deshalb immer drängender, weil die Anforderungen an IT aus vielerlei Perspektiven weiter zunähmen, ergänzte ***Reinhold Harnisch***, der das Fachforum als Moderator leitete. Deshalb sei eine verstärkte interkommunale Zusammenarbeit, auch der Kommunalen Rechenzentren auf Seiten der öffentlichen Verwaltung erforderlich, so der Geschäftsführer des Kommunalen Rechenzentrums Minden–Ravensberg / Lippe. Cloud-Dienste seien grundsätzlich ein Kompromiss zwischen Sicherheit auf der einen und Servicefreundlichkeit auf der anderen Seite, gab ***Torsten Boettjer,*** Director Product Management Cloud Services, Oracle, zu bedenken.

Hybride Lösungen sind die Zukunft

Andreas Gundlack, Abteilungsleiter für Infrastruktur und Basisdienste im IT-Dienstleistungszentrum Berlin, bezeichnete die digitalen Wolken als das "Schwarzpulver des digitalen Zeitalters". Es gebe zwar keine absolute Sicherheit in ihnen, ohne sie gelte inzwischen jedoch das gleiche. Daher könne man nicht mehr auf sie verzichten.

Es müsse aber darüber nachgedacht werden, wie Clouds und die dort angebotenen Dienstleistungen künftig aufgebaut und gestaltet werden sollten. Aus seiner Sicht brauche es hybride Lösungen; das sah auch ***Roman Bartlog,*** Presales-Experte, SAP, so. Zudem führe kein Weg an einer verstärkten Kooperation der IT-Dienstleister von Ländern und Kommunen vorbei.

Projektpitch

Der Projektpitch des IT-Planungsrates mit anschließendem „Meet the Speakers" – auch dies ein neues interaktives Format:

Die Umsetzung des OZG und konkrete Erprobung seiner Teile aus den 14 Themenfeldern und den 575 definierten

Projekt-Pitch des IT-Planungsrates, in dem Vertreter vom Bund und mehreren Ländern über den Stand der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) und über aktuelle Entwicklungen in ihren Vorhaben berichteten. *Foto: Giessen*

Leistungsbündeln erfolgt in Digitalisierungslaboren. Dort wird analysiert, wie aus papierbasierten Prozessen digitale Prozesse werden können, welche Verwaltungsleistungen bereits digitalisiert vorliegen, was aus Nutzersicht von besonderem Interesse ist und besser gemacht werden kann.

Fünf Themenfeldverantwortliche gaben Auskunft über den aktuellen Stand ihrer Arbeiten. Moderiert vom Vorsitzenden des IT-Planungsrats, ***Hans-Henning Lühr,*** Staatsrat bei der Bremer Senatorin für Finanzen.

Friederike Schubart, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) berichtete über das Projekt „Einfach Leistungen für Eltern". ***Dr. Brigitte Klamroth,*** Senatskanzlei der Freien und Hansestadt Hamburg, stellte das Thema „Kinderleicht zum Kindergeld" vor. ***Enrico D'Ambruoso,*** Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Berlin, präsentiert den Berliner Ansatz für eine nutzerfreundliche Digitalisierung der Geburtsurkunde.

Dr. Phillip Richter, Ministerium des Innern und für Kommunales Brandenburg stellte das Themenfeld Ein- und Auswanderung und die Arbeiten am Aufenthaltsstatus vor. ***Katerina Gonzales,*** Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen, erläuterte die Vorhaben aus dem Themenfeld Mobilität und Reisen und ***Björn Bünzow,*** Abteilung Digitale Gesellschaft, Verwaltungsdigitalisierung und Informationstechnik des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat, stellte erste Ergebnisse aus den Digitalisierungslaboren vor.

Der vierte Trendreport: „Die sieben Hürden zur Digitalisierung der Verwaltung"

Die Vorstellung des neuen, 4. Trendreports „Digitalisierung der Verwaltung: Ein Hürdenlauf" folgte durch ***Marcel Hölterhoff,*** Bereichsleiter Managementberatung und ***Jan Tiessen***, Senior-Projektleiter im Bereich Organisation und Umsetzungsberatung, Prognos.

Die Forscher und Experten des Prognos Teams befassten sich wiederum mit den Fragen rund um immer wiederkehrende Herausforderungen. Gegen äußere und innere Widerstände helfe – so der diesjährige Report in besonderer Betonung – dabei nur, mit langem Atem die Verwaltung für digitale Kompetenzen zu öffnen und Innovationen den nötigen Raum zu geben.

Mit dem auf dem Digitalen Staat 2019 wiederum vorgelegten, aktuellen Trendreport werden nach vielen Expertengesprächen erstmalig ermittelte und beschriebene „sieben Hürden" aufgezeigt, die einen schnelleren Fortschritt der Digitalisierung in den Verwaltungen behindern, schlaglichtartig wie folgt bezeichnet:

1. **Nutzerperspektive verankern**
2. **Datenschutz ernst nehmen und nicht überhöhen**
3. **Gemeinsame Ziele, koordinierte Umsetzung**
4. **Innovationen Raum geben mit Beidhändigkeit und Realismus**
5. **Digitalen Vollzug bei der Rechtssetzung mitdenken**
6. **Verwaltung für digitale Kompetenzen öffnen**
7. **Digitalisierung als lohnende Investition begreifen.**

Der Trendreport ist hier nachzulesen:
www.digitaler-staat.org/trendreport

Den Abschluss des ersten Tages bildete die „Nacht des Scheiterns" mit dem Ziel,im Sinne einer auch in der Verwaltung zu etablierenden „Fehlerkultur" mehr Chancen agilen Arbeitens, Mut zu kleinen Schritten und Experimenten, Wege zu schnelleren und kreativeren Lösungen zu finden; Themen die im Tagesprogramm an vielen Stellen thematisiert worden waren.

Staatssekretär a.D. ***Horst Westerfeld,*** ehemaliger CIO des Landes Hessen, übernahm dazu die Einleitung und plädierte dafür, dem Beispiel aus der Gründerszene und

"Nacht des Scheiterns" *Foto: Giessen*

den mittlerweile von Mexico aus kommend zahlreichen Veranstaltungen in vielen Städten „Nächte des Scheiterns" solche Formate und Elemente auch in der Öffentlichen Verwaltung zu implementieren.

Reinhold Harnisch, Geschäftsführer des Kommunalen Rechenzentrums Minden-Ravensberg/Lippe, krz Lemgo, berichtete über eigene Erfahrungen des Lernens aus Fehlern und einer daraus gerade auch für seine Arbeit und Führung im Rechenzentrum abgeleiteten Erfolgsstrategie; er rief dazu auf, offensiv und ohne Scheuklappen sich den aktuellen Entwicklungen der Digitalisierung zu stellen und im Scheitern einer ersten Idee den Anschub zu weiterer kreativer Arbeit zu sehen.

Aus Scheitern „fröhlich" nach vorne Lernen

Wilfried Kruse, Geschäftsführender Gesellschafter IVM² und ehemaliger Düsseldorfer Beigeordneter, zeigte über

„Nur wer vom Weg abkommt, bleibt nicht auf der Strecke“

Staatsrat Hans-Henning Lühr

ebenfalls persönliche Erfahrungen des Scheiterns und Lernen aus Fehlern am Beispiel des nach seiner Ansicht bislang gescheiterten Normenscreenings auf, wie mit neuen Ideen und Elan ein Thema wieder aufgegriffen werden kann:

Mit der auf dem letztjährigen Digitalen Staat vom Vorsitzenden des Nationalen Normenkontrollrates, ***Dr. Ludewig,*** geforderten Beweislastumkehr, mit der nicht der „Digitalisierer“ sondern der bisherige „Norminhaber“ mittels einer vorgegebenen automatischen Außerkrafttretensregel zum Beweis der Notwendigkeit der Schriftform auch im Digitalen Zeitalter veranlasst wird. Eine kreative Idee, die er selbst auch bereits im Rahmen der im Jahre 2006 vorgelegten „Düsseldorfer Entfesselungsimpulse“ entwickelt und vertreten habe:

https://www.ivmhoch2.de/app/download/15725966/Entfesselungsimpulse%2B2006.pdf

Der Bremer Staatsrat und Vorsitzende des IT-Planungsrates im Jahre 2019, Hans-Henning Lühr *Foto: Giessen*

Seine Idee im Weiteren: Neben den üblichen und vorhandenen Best Practices-Plattformen in der Verwaltung eben auch über Bad Practice-Plattformen mutig und offen für misslungene Projekte pp. nachdenken um daraus zu lernen – und als Markenzeichen dafür vielleicht einen „Digitalen Scheiterhaufen“ kreieren…

Der Tag 2 des Digitalen Staat

Der Tag 2 des Digitalen Staat begann mit der vielbeachteten Keynote des zweiten Schirmherrn, Staatsrat ***Hans-Hennig Lühr,*** Freie und Hansestadt Bremen, 2019 auch Vorsitzender des IT Planungsrates.

Weil das Onlinezugangsgesetz (OZG) und seine Umsetzungsverpflichtung bis Ende 2022 wie ein Damoklesschwert über der Verwaltung schwebe, gab er im Schwerpunkt seines Vortrags einen dezidierten Einblick in die Bemühungen und Planungen rund um das Gesetz und seine konkreten Folgen für Regierungen und Verwaltungen in Bund, Ländern und Kommunen.

„Nur wer vom Weg abkommt, bleibt nicht auf der Strecke“

Die vom IT-Planungsrat identifizierten 14 Themenfelder mit ihren 575 gebündelten Verwaltungsleistungen, die sich bei näherer Betrachtung auf mehr als 5.000 Leistungen auf der Basis des LeiKa-Kataloges summieren und nach dem Willen und Vorgaben des Gesetzes bis Ende des Jahres 2022 (alle!) online zu erbringen sind, stelle die wahre Riesenaufgabe der kommenden Jahre dar.

Die konkreten Fortschritte in der Arbeit des IT-Planungsrates werden in folgender Zeit kontinuierlich erfasst, fortgeschrieben und auf der Homepage allen Interessierten in Bund, Ländern und Kommunen zur Verfügung gestellt:

https://www.it-planungsrat.de/DE/ITPlanungsrat/OZG-Umsetzung/Digitalisierungsprogramm/06_DigPro_OZG_Katalog/DigPro_OZG_Katalog_Digpro.html

Staatsrat Lühr referierte dazu im Weiteren unter seinem Thema: „Nur wer vom Weg abkommt, bleibt nicht auf der Strecke“, über den Stand der Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes (OZG). Zu Beginn des zweiten Kongresstages gab er einen spannenden und herausfordernden Überblick über die Themenfelder des Digitalisierungsprogramms und hob dabei die wichtige Rolle der Kommunen hervor, die inzwischen zahlreich an den 19 gestarteten Digitalisierungslaboren beteiligt sind. Besonders betonte er, dass Kommunen unterschiedlicher Größenordnungen eingebunden seien, nicht alles was in Hamburg und Bremen erdacht werde, passe z.B. auch „eins-zu-seins“ in den kleinen Nachbarkommunen in Niedersachsen.

In dieser von BMI und FITKO gemeinschaftlich geleiteten Phase sind nun sämtliche 16 Bundesländer und alle Bundesressorts in die Umsetzungsarbeit mit eingebunden und übernehmen als Tandem die Themenfelder. Besonders wichtige Leistungen werden in den Digitalisierungslaboren geplant und umgesetzt. Die Labore sind interdisziplinär zusammengesetzt, um zentrale Wissensbestandteile aus der fachlichen, organisatorischen und technischen Seite in einen Raum zu bringen. Die Entwicklungsarbeit erfolge dabei agil, dynamisch und nach dem Scrum-Prinzip, sodass es kurze Entwicklungsintervalle gibt, nach denen die Prototypen jeweils ausgiebig getestet werden können.

„Den „Maschinenraum“ und die öffentlichen IT-Dienstleister einbeziehen“

Staatsrat Hans-Henning Lühr

Lobende Worte fand er auch für die kommunalen Spitzenverbände, die in sehr kooperativer Weise die neu gefundene Arbeits- und Projektstruktur vor allem der Digital Labore unterstützten; nach seiner Überzeugung seien dabei nicht nur die Führungsetagen aus Städten, Gemeinden und Kreisen gefragt, sondern ganz besonders die wertschätzende Einbindung auch des „Maschinenraums“, die Sachbearbeiter/innen, die täglich mit den Verwaltungsroutinen nutzerorientiert umgehen müssen und sollen. Seine dazu vermittelte Erkenntnis: “Rund 75 Prozent der Daseinsvorsorge für die Bürger kommt aus den Kommunen. Daher brauchen wir sie und ihr Wissen und müssen sie aktiv mit ins Boot holen.”

Besonderes Augenmerk richtete er zudem auch auf die öffentlichen / kommunalen IT-Dienstleister, die unverzichtbar in die weiteren Planungen und Arbeiten einbezogen werden müssten – eine Sichtweise zu diesen unverzichtbaren Akteuren der Digitalisierung über die einzelnen Kommunen hinaus, die sich – nach Einschätzung der Verfasser dieser Dokumentation – auch andere leitende Verantwortliche in Bund und Ländern stärker als bislang und offensiv fordernd zu eigen machen sollten.

Am aktuellen Beispiel zum Thema Wohngeld machte er deutlich, dass mit Wohngeldempfängern und engagierten Mitarbeitern/innen der (1.300) kommunalen Wohngeldbehörden in offener und transparenter Beratung bereits Ideen geboren worden, wie man z.B. mit Design Thinking, Design Sprints, „Ende zu Ende Kundenreise“ pp. Stammdatenfelder und Eingabemasken vereinheitlichen und Prozessdigitalisierungsmöglichkeiten entwickeln könnte.

Es folgte im Weiteren seine Ankündigung, insgesamt mehr Transparenz über die Aktivitäten des Digitalisierungsprogramms herzustellen, die durch ein verbessertes Berichtssystem und verstärkte Kommunikation nach außen erreicht werden soll. Zudem sprach er sich dafür aus, einen Teil der Finanzierung für die Umsetzung der Vorhaben aus dem Digitalisierungsbudget des Bundes zu sichern. Auch die Forderung des Nationalen Normenkontrollrates dazu mache sich der IT-Planungsrat zu eigen und werde dazu weitere Ideen und Vorschläge entwickeln.

Um den Menschen nicht aus den Augen zu verlieren, werden in den Laboren inzwischen mehr und mehr auch betroffene Bürger integriert, erklärte Staatsrat ***Lühr:*** “Die Verwaltung muss lernen, die Bedürfnisse und Wünsche der Bürger zu erkennen und diese bei der Arbeit konsequent mit einzubeziehen.” Darum werde gemeinsam mit Betroffenen zu Beginn der Arbeit eine erste Zustandsanalyse des Digitalisierungsstandes durchgeführt und die “Schmerzpunkte” der Bürger/innen identifiziert, wie er es nannte. Anschließend werden Workshops mit den Betroffenen durchgeführt und die im Scrum entwickelten Prototypen der Dienstleistung bis hin zur finalen Digitallösung gemeinsam getestet, um produktives Feedback von den betroffenen Bürgern für einen möglichst reibungslosen Alltagsbetrieb zu sammeln.

Die Schmerzpunkte von Bürgern/innen erkennen

Nach einem Impulsvortrag von ***Dr. Ralf Kleindiek,*** Staatssekretär a.D., The Boston Consulting Group, mit dem Titel „Die Zukunftsfähigkeit meiner Behörde“, folgte eine von Matthias Kammer, Senatsdirektor a.D. geführte Diskussion, an der sich auf dem Podium ***Dr. Ariane Berger,*** Referentin für eGovernment und Verwaltungsorganisation, Deutscher Landkreistag, ***Maximilian Strothmann,*** Communication Adviser, Europäische Kommission, ***Prof. Dr. Jörn von Lucke,*** Direktor des Lehrstuhls für Verwaltungs- und Wirtschaftsinformatik, Zeppelin Universität, ***Hans Henning Lühr,*** Staatsrat, Freie und Hansestadt Bremen, ***Klaus Vitt***, Staatsekretär, Bundeministerium des Innern, für Bau und Heimat, sowie ***Dr. Dirk Woywood,*** Chief Technology Officer, Verimi AG, beteiligten.

Der CIO des Bundes, Staatssekretär Klaus Vitt *Foto: Giessen*

Ohne Portale geht es nicht – die Replik von StS Vitt auf die kritischen Anmerkungen von StS a.D. ***Kleindiek*** zur Notwendigkeit derselben – und außerdem müsse alles daran gesetzt werden, die Umsetzung der definierten 575 OZG-Leistungsbündel auf alle Verwaltungen übertragbar zu machen.

> **„Sicherheitsprobleme bei ausländischen eID-Anbietern."**
> Staatssekretär Klaus Vitt

Dr. Ariane Berger betonte, dass die Kommunalen Selbstverwaltung erstmals in der Geschichte des föderalen Staates in neuer Form und Qualität in einen sich abzeichnenden neue Verwaltungsvollzug eingebunden sei, was aus Sicht der kommunalen Spitzenverbände sehr zu begrüßen sei. Allerdings solle bei allem Grundverständnis für notwendige, zentrale Umsetzungskomponenten gem. OZG darauf geachtet werden, das die IT Landschaft auch in Zukunft durchaus divers bleiben und nicht dem umfassenden Zwang unterworfen werden dürfe, alle zentralen Dienste nutzen zu müssen. Dies durchaus auch mit dem Blick, bewährte vorhandene Lösungen nicht abschreiben zu müssen sondern einbinden zu können. In Bezug auf die elektronischen Identitäten sprach sie sich gegen eine Monopolisierung aus, Angebote dazu müssten allerdings gegenseitig interoperabel sein.

Maximilian Strothmann sprach über die in Sachen Digitalisierung in Deutschland noch unterrepräsentierte Bedeutung Europas und wies darauf hin, dass im Rahmen von Industrie 4.0 die öffentliche Verwaltung mit ihren zahlreichen Aufgaben und Bezügen dazu bislang kaum mitbedacht worden sei. Von besonderer Bedeutung sei die in 2018 von allen Mitgliedsstaaten der EU verabschiedete Erklärung, dass im Rahmen der Digitalisierung die Nutzer in den Vordergrund zu stellen seien.

Auf die Frage vom Moderator, wieviele persönliche Identitäten denn in Zukunft für wieviele Zwecke nötig seien, war sein Wunsch, dass alle elektronischen Services im öffentlichen wie privaten Leben in der gesamten EU mit nur einer elektronischen Identität in Anspruch genommen werden können; auf den Gesundheitsbereich mit seinen vielfältigen Möglichkeiten für die verbesserte Versorgung der Menschen wies er dazu besonders hin.

Prof. Dr. Jörn von Lucke ermunterte die Kommunen, in Sachen OZG nicht abzuwarten bis Bund und Länder sich bewegten, sondern durchaus eigene Wege und Lösungen zu suchen; interoperable Zwischenschritte seien durchaus dazu ein geeignetes Vorgehen. Auf besonders kritisch zu sehende Formen der Digitalisierung, wie z.B. die flächendeckenden Gesichtserkennungen in China wies er als Problem heraufziehender Disruptionen und ihre Gefahren für ein gesellschaftliches und staatliches Zusammenleben besonders hin.

In Zukunft nur eine Persönliche ID – weltweit nutzbar?

Lühr unterstützte die Forderung im Grundsatz, gab aber zu bedenken, nicht „mit Gewalt" auf eine Lösung zuzusteuern sondern durchaus Wahlmöglichkeiten in der EU, wenn auch in überschaubarer Anzahl, zu setzen.

Dr. Dirk Woywood bemängelte, dass die öffentliche ID Technologie mit ihren Diensten und Komponenten nicht mehr aktuell sei, so basiere z.B. die Elektronische Gesundheitskarte auf einer Technologie zu Anfang der 2000er Jahre; Google und Co. seien längst auf anderen Wegen, die öffentliche Verwaltung halte – durchaus auch anders als die Kreditwirtschaft – mit dem technologischen Fortschritt leider immer noch nicht mit.

Er verwies zur Elektronischen Identität darauf, dass in Italien acht öffentliche und private Anbieter, in Frankreich ebenfalls in solcher Kombination vier Anbieter und in Großbritannien ausschließlich private ID Anbieter EU-weit notifiziert seien, während in Deutschland aus – nach seiner Sicht – überzogenem Sicherheitsdenken kaum aussichtsreiche und wettbewerbliche Chancen auch für private ID Anbieter gegeben seien, zumal eine Antragstellung dazu seitens des BMI gegenüber der EU erfolgen müsse, wozu bislang die Bereitschaft fehle. Ziel seines Unternehmens sei es, unter der Bedingung eigener digitaler Souveränität, den Kunden weltweit einen Identifikationsdienst anzubieten, der gegenüber den US Giganten wie Google, Amazon u.a. konkurrenzfähig und attraktiv sei.

Staatssekretär Vitt wies mit Hinweis auf die unterschiedlichen Vertrauensniveaus, die in der EU vereinbart seien, darauf hin, dass er durchaus nicht unerhebliche Sicherheitsprobleme bei diversen Anbietern in anderen EU-Ländern sieht, deren Ausmaß heute überhaupt noch nicht absehbar sei.

Aktuelle Probleme der Kommunen im Breitbandausbau

Langsames Internet, gescheiterte Projekte und z.T. fehlende Digitalisierungsstrategien sind die aktuellen Herausforderungen in vielen Kommunen.

Städte und Landkreise arbeiten daran, smart zu werden, beim Breitbandausbau hakt es aber immer noch. Der „gute" Wille allein reicht nicht, es braucht vor Ort Strategien, die anspruchsvoll und umfassend in der Planung und Realisierung sind.

Das Rückgrat der Digitalisierung ist der Breitbandausbau. Aber obwohl es mittlerweile vielerorts massiv ausgebaut wird, zeigt sich weiterhin die Herausforderung: ***Dr. Mario Hesse,*** wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Leipzig, zeigte anhand des Berichts "Das Tal der Ahnungslosen 4.0"

auf, welche wissenschaftlichen Erkenntnisse über die Hemmnisse des Breitbandausbaus gewonnen werden konnten.

"Es liegt ein natürliches Marktversagen vor, welches staatliche Regulierung und Steuerung braucht", so eine der zentralen Aussagen. Die Kostenseite sei der entscheidende Faktor, weshalb der Ausbau vielerorts nicht vorankomme.

> **"Das Tal der Ahnungslosen 4.0"**
> Dr. Mario Hesse

Dabei sei nicht die Bevölkerungsdichte für die Unternehmen entscheidend, sondern Bebauungsdichte und Urbanität. Für den Anschluss der letzten Meile z.B. bräuchte es eine staatliche Finanzierung, um diesen Anspruch konsequent umzusetzen.

Dr. Mario Hesse spricht über die Herausforderung des Breitbandausbaus. *Foto: Giessen*

Auch ***Thomas Bönig,*** Referatsleiter für Informations- und Telekommunikationstechnik der Landeshauptstadt München, vertrat diesen Ansatz: "Es gehört mit zur kommunalen Daseinsversorgung und der öffentliche Sektor darf sich nicht nur auf die Industrie im ländlichen Raum verlassen. Also entweder subventionieren oder das Breitband selber ausbauen", war seine Position. "Wenn wir Home-Office fördern wollen, haben wir Probleme im ländlichen Raum, weil es aufgrund des langsamen Internets nicht immer möglich ist", dazu braucht es vor Ort passende Strategien:

Es brauche dabei auch einen Kulturwandel und eine digitale Charta. Letztere müsse zwischen der Politik, der Verwaltung und dem Personalrat ausgehandelt werden und allen Beteiligten auch Sicherheiten für die eigene Rolle vermitteln. Den Bürgern/innen, den eigenen Mitarbeitern/innen und der Politik müsse frühzeitig und dauerhaft transparent gemacht werden, welche Veränderungen mit der Digitalisierung einhergingen. Weil die Digitalisierung in den Verwaltungen durchaus an vielen Stellen auch als Bedrohung angesehen werde, müsse man sich damit offensiv auseinandersetzen.

Smarte Städte, schlaue Geschäftsmodelle!

Markus Deutsch, Direktor, KPMG, appellierte, dass Städte auch über neue Geschäftsmodelle nachdenken und auch enger mit der Industrie und den Unternehmen vor Ort kooperieren müssten. Er nannte als innovatives und beispielhaftes Element den intelligenten Mülleimer in Baden-Baden. Dieser sei eine WLAN-Station, könne den Füllstand anzeigen und presse sogar regelmäßig den eigenen Müll, um damit den Entleerungsturnus zu verringern. "Eine Stadt steht nicht im Nichts. Sie müssen sich bewusst machen, wie Sie aufgestellt sind hinsichtlich ihrer Bildung, Industrie und dem Handel und dementsprechend die Schwerpunkte auf die Entwicklung legen", so der Referent.

Gehör zu finden, spielt dabei eine wichtige Rolle, so ***Sabine Meigel,*** Leiterin der Geschäftsstelle Digitale Agenda der Stadt

> **„Der intelligente Mülleimer presst seinen Müll selbst."**
> Markus Deutsch

Ulm und hat damit weniger Probleme. "Der Oberbürgermeister ist sehr aktiv und steht hinter der Sache". Aber z.B. schon um den Stadtrat zu überzeugen, brauche es kontinuierlichen Informationsfluss.

90 Prozent der Projekte scheitern

Wie digitale Projekte am besten angegangen werden können, erläuterte ***Dr. Thomas Ortseifen,*** stellv. IT-Leiter und IT-Referent sowie Projektmanager der Landeshauptstadt Wiesbaden, aus seiner täglichen Praxis: "Erfolg ist, was Menschen sehen. Was Menschen nicht sehen, ist die Beharrlichkeit, die es braucht, um etwas in der Verwaltung umzusetzen. Er habe gelernt, dass circa 90 Prozente der Projekte in der Verwaltung nach folgendem Muster scheitern: Jede Veränderung ist mit Irritationen behaftet, sie sorge zu oft dafür, dass sowohl die Veränderer als auch die Bewahrer eher einen Tunnelblick entwickelten. Er forderte agiles Arbeiten als geeignete Projektmethode und Brückenbauer auch um Akzeptanz, innovative und mutige Ideen zu generieren und den nötigen Raum zu geben.

Hinsichtlich externer Beratung bezog er ebenso Stellung: Er kritisierte externe Expertise dahingehend, dass "diese

„Ein bisschen agil geht nicht“

Dr. Thomas Ortseifen

zwar das Methodenwissen einbringt, aber das Fachwissen ist nun einmal in den Verwaltungen und das entscheidet.”

Agile und innovative IT-Projekte standen im Mittelpunkt der Beiträge und der Diskussion eines Fachforums.

Prof. Dr. Jörn von Lucke, Martin Würmli von der schweizerischen Stadt Zug und Sabine Meigel von der Stadt Ulm (v.l.n.r.) *Foto: Giessen*

Das Cyber Innovation Hub der Bundeswehr (CIH) zählt in Sachen Agilität zu den Vorreitern in der deutschen Behördenlandschaft. Der “Do-Tank” arbeite in allen Bereichen der Organisation mit agilen Arbeitsmethoden, wie ***Anja Theurer,*** Chief Financial Officer (CFO) des CIH, erklärte. In der Softwareentwicklung seien agile Methoden heute absoluter Standard. Hier müsse man sich nicht über das “Ob”, sondern lediglich noch über das “Wie” unterhalten. Agiles Arbeiten beträfe aber weit mehr als nur die IT, sondern verändere die Organisation bzw. die Organisationskultur insgesamt. Die “agile Kultur” sei aber bislang weitgehend am Verwaltungshandeln vorbeigegangen.

Zu einem ähnlichen Schluss kam auch ***Thilo Herrmann,*** Head of Innovation, Capgemini: Es sei wichtig, die Strukturen der Organisation auf agiles Miteinander anzupassen, was Veränderungen für die Mitarbeiter/innen sowie der Technologie mit sich bringe. Mit Blick auf die agile Projektarbeit müssten der Product Owner bzw. das Team in die Lage versetzt werden, Entscheidungen zu treffen. Eine besondere Herausforderung für agiles Arbeiten liege mitunter bei der Skalierung, wenn Projekte z.B. über die angelegte Struktur hinaus wachsen.

Sven Stephen Egyedy, Chief Technology Officer (CTO) des Auswärtigen Amtes (AA), empfahl, vor dem Start eines Projektes zu prüfen, ob das Projekt agil gestaltet und durchgeführt werden kann. Es könne durchaus auch ratsam sein, einem Projekt einen “old-fashioned” Rahmen zu geben, um darin dann agil agieren zu können. Grundsätzlich sei agiles Projektmanagement vom Kleinstprojekt bis hin zu mehrjährigen Großprojekten darstellbar.

Kritischer Erfolgsfaktor sei es mitunter, “die Fachseite ins Boot zu holen” und eng einzubinden. Zudem komme der Transparenz, der klaren und offenen Kommunikation in agilen Projekten eine zentrale Rolle zu, nicht zuletzt, wenn es darum gehe, Vertrauen zu gewinnen.

Johannes Rosenboom, Vice President Business Developement und Marketing, Materna, zeigte unter der Überschrift “Citizen Blockchain” ein gemeinsam mit der Stadt Köln entwickeltes Konzept für den Einsatz von Blockchain-Technologie für die Bürgerbeteiligung auf. ***Germar Schroeder*** Partner, PwC Stategy präsentierte das Beispiel „Digitalisierung der Lagebilder“ bei der Bundeswehr. Zwei wichtige Erkenntnisse aus diesem Projekt: 1. Geschwindigkeit vor Perfektion. 2. Neues schnell mit dem Nutzer auf Wirkung testen.

Von der Digitalen Verwaltung zur intelligenten Verwaltung – ein logischer nächster Schritt

Dazu referierte ***Susanne Diehm,*** Leiterin Public Services & Healthcare, Mitglied der Geschäftsleitung, SAP Deutschland.

Die konsequenten Schritte von der Client Server Struktur hin zu den Cloud Diensten und -Komponenten seien jetzt für die öffentlichen Verwaltungen angezeigt. Insgesamt forderte sie ein Neudenken in Sachen Digitaler Kultur, wohlwissend, dass in immer kürzeren Abständen Technologiesprünge zu erwarten seien; Verwaltung müsse viel agiler, flexibler und anpassungsfähiger werden, heute stimme das „Preis- / Leistungsfähigkeitsverhältnis“ öffentlicher Dienstleistungen nicht mehr.

Der moderne und bürgerzugewandte Staat müsse die jungen Menschen gezielt mit ihren Bedürfnissen in den Blick nehmen, dass die bayerischen Landeshauptstadt München sich aktuell als Ziel gesetzt habe, die „intelligente Zukunftsstadt“ zu werden und dazu auch Plattformen ihres Hauses nutze, benannte sie als besonderes ehrgeiziges Beispiel.

Sie empfehle für die Digitale Zukunft intelligente Betriebs-

systeme, den Blick auf die demografischen Veränderungen und Konsequenzen für die öffentliche Verwaltung, schlicht ein Umdenken zu intelligenter Kultur.

Prof. Dr. Manfred Hauswirth, Geschäftsführender Institutsleiter, Fraunhofer FOKUS, forderte unter dem Titel seines Vortrags „Der datafizierte Staat" einen systematischen, bundesweiten positiven Umgang mit den zahlreichen Daten im Sinne eines intelligenten Datenmanagements, die heute noch an vielen Stellen unkoordiniert und nutzungseingeschränkt vorhanden sind.

Angesichts der Tatsache, dass der aktuelle E-Government Monitor der Initiative D21 ermittelt habe, dass nur 26 Prozent der Menschen in Deutschland der Verwaltung im Umgang mit ihren persönlichen Daten vertrauen, mithin ein „Misstrauenspotenzial" von 74 Prozent vorhanden sei, forderte er eine proaktive Aufklärungs- und Informationsaktivität um das Vertrauenspotenzial signifikant zu steigern. Schließlich könne es im Ergebnis nicht sein, dass die „Once Only 2.0" Initiative scheitere und die Daten in vielen Silos weiterhin „vor sich hin altern".

„Once Only 2.0 – Daten nicht in Silos altern lassen."

Prof. Dr. Manfred Hauswirth

Standardisierung auf vielen Gebieten vorantreiben, die Datenhoheit und -souveränität der Nutzer sichern, Sensordaten für Echtzeitsteuerung nutzen, Statistikdaten intelligenter zu verknüpfen, Geschwindigkeiten zu erhöhen und eine föderal übergreifende Datenstrategie entwickeln und aufsetzen, waren seine weiteren Kernforderungen.

Prof. Dr. Manfred Hauswirth, geschäftsführender Institutsleiter bei Fraunhofer Fokus *Foto: Giessen*

Digital und/oder Staat? – Modern Cyber Resilience – Grundlage für „und" – lautete das Vortragsthema von ***Jan Lindner,*** Vice President N.C. Europe, Panda Security. Es gehe in Zukunft verstärkt darum, die Sicherheit von Daten vor Extremisten und Populisten zu gewährleisten und sie effektiv zu schützen. Die

Fordert für die Informationssicherheit mehr Zusammenarbeit und die Bündelung von Kräften: Jan Lindner (Panda Security).

Foto: Giessen

digitalen Angriffsmuster werden immer komplexer und wirksamer, der Zugriff aus unsere demokratische und freiheitliche Gesellschaft werde im Digitalen Zeitalter weiter zunehmen.

Auch damit Technologien in falscher Hand nicht erfolgreich würden, brauche der Staat bestes und aktuellstes IT Equipment, so sehr die Verstärkung des BSI positiv zu bewerten sei, so sei immer mehr die größte Sicherheitsschwachstelle der User, sowohl im privaten wie im öffentlichen Bereich.

Er wies auf die Potenziale der sicheren Cloud Infrastruktur besonders hin, ein Sektor auf dem sein Haus als Unternehmen aus dem EU-Land Spanien seit langen Jahren erfolgreich arbeite. Technologien dazu offensiv nutzen und daraus Schutzmechanismen für Bürger/innen zu entwickeln, sei eine empfehlenswerte Vorgehensweise.

Das Thema OZG – Schwergewicht auf dem Digitalen Staat

Die übergreifende Thematik der Umsetzung des OZG zog sich durch weitere Teile des Kongresses.

Im OZG-Pitch „Jenseits von OZG – Neues aus dem IT Planungsrat" gab es unter Moderation von ***Tina Siegfried,*** Geschäftsstelle IT Planungsrat, Neuigkeiten aus der konkreten Zusammenarbeit und deren technischen Komponenten.

So geht es z.B. lt. ***Mirko Sander,*** Hessisches Ministerium des Innern und für Sport, darum, mit „ XDomea Regierung" einen Standard mit einheitlichen Metadaten zu schaffen, der den sicheren Austausch von Dokumenten und Metadaten zwischen den Regierungen von Bund und Ländern erleichtert und damit den heute noch oftmals vorherrschenden sternförmigen Versand von E-Mails samt Anhängen überflüssig machen kann.

In drei Monaten werden sich die unterschiedlichen technischen und fachlichen Arbeitsgruppen des Projekts konstituieren. Die Hauptaufgabe bestehe nicht in der Entwicklung einer Software, sondern in der intelligenten Verbindung von verschiedenen Standards der öffentlichen Verwaltung. Das Projekt sei Bestandteil des Aktionsplans 2019 des IT-Planungsrats und werde von

Hamburgs CDO Christian Pfromm treibt als CDO der Freien und Hansestadt Hamburg die Digitalisierung der Elbmetropole voran.

Foto: Giessen

dort auch finanziell gefördert.

Ein weiteres Vorhaben befasst sich, so ***Helmut Nehrenheim,*** Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie NRW mit Blockchain-Anwendungen in der öffentlichen Verwaltung – eine Projektidee insbesondere initiiert aus NRW – sowie zu digitalen Identitäten und europäischen Initiativen, wie die European Blockchain Service Infrastructure (EBSI).

> **„Ohne Beweislastumkehr kein arbeitsteiliger Erfolg der OZG-Umsetzung“**
>
> Christian Pfromm

In einem weiteren Vortrag informierten ***Sophia Formann*** und ***Thorsten Maid,*** Aufbaustab FITKO, über den aktuellen Umsetzungsstand beim Föderalen Informationsmanagement (FIM) das zukünftig standardisierte Informationen und Basiselemente für Verwaltungsleistungen entwickeln und bereitstellen soll, die für Behörden auf allen föderalen Ebenen direkt nutzbar sind.

In einem weiteren Fachforum stand das OZG mit seinen Erfolgsfaktoren der Umsetzung in der Fläche auf der Tagesordnung:

Den aktuellen Stand im Bundesland Brandenburg zeigt ***Katrin Lange,*** Staatssekretärin, Ministerium des Innern und für Kommunales in einem beeindruckenden Vortag auf:

Auf Basis des 2018 erlassenen E-Government Gesetzes seien die Kommunen in paritätischer Weise in den neuen IT Rat des Landes einbezogen worden; Brandenburgs Digitalstrategie aus dem Jahre 2018 umfasse in sieben Handlungsfeldern ca. 200 Maßnahmen. Sie umfasst in drei Schwerpunkten Modellkommunen und Regionen, Onlinezugangskomponenten sowie die Umsetzung des OZG.

Der 2. Kongresstag als Stichtag:
Es bleiben zur OZG-Umsetzung noch 1368 Tage!

Mit Blick auf die Konnexitätsproblematik habe das Land den Kommunen – auf freiwilliger Basis – die kostenfreie Nutzung von Basiskomponenten angeboten; die nahezu vollständige Inanspruchnahme dieses Angebots belege die Richtigkeit dieses Brandenburger Weges; schließlich zeigte sie auf, das am zweiten Tag des Kongresses exakt noch 1368 Tage zur Umsetzung des OZG bis Ende 2022 verblieben. ***Ernst Bürger,*** Unterabteilungsleiter Verwaltungsdigitalisierung/-organisation, Bundesministerium der Innern, für Bau und Heimat, appellierte, dass für die Zukunft gegenseitiges Misstrauen aufgebrochen werden und liebgewonnene Pfründe infrage gestellt werden müssen. Der föderale Staat müsse Dankbarkeit für kreative und kritische Stimmen und Ideen in Sachen OZG entwickeln und sich konsequent an Nutzerinteressen orientieren. Am Ende des Zeitraumes im Jahre 2022 reiche es nicht, Verwaltungsangebote online vorzuhalten, entscheidend für den Erfolg werde es, dass die Angebote auch tatsächlich genutzt würden.

Im Sinne von „Digital First“ das notwendige Wissen zu den Digitalen Stellschrauben den Menschen zu vermitteln, forderte ***Christian Pfromm,*** Chief Digital Officer, Freie und Hansestadt Hamburg. Sein Rat an die Umsetzungsakteure des OZG: Mit kleinen Einheiten anfangen und nicht immer den typisch deut-

schen Anspruch nach 100 Prozent vor der ersten Anwendung hochhalten; im Übrigen gehe es in Zukunft um mehr als Interoperabilität, es gehe um Konvergenz ganzer Systeme.

Er wies darauf hin, dass die von den Bundesländern im Sinne der Arbeitsteilung übernommenen Themenfelder des OZG von den Federführern ja nicht nur für eigene Umsetzung, sondern – durchaus auch mit Blick auf die Heterogenität der Bundesländer – in der Konzeptionierung und Umsetzung in allen übrigen 15 Bundesländern zu denken und zu gestalten seien. Nach seiner Einschätzung eine besondere Herausforderung.

Er plädierte in diesem Zusammenhang sehr deutlich für eine Beweislastumkehr, es könne nicht sein, dass der Federführer den anderen Bundesländern nachweise müsse, dass gefundene Wege gangbar seien, sondern dass die „Lösungsempfänger" in der Beweislast sein müssen, warum vorgeschlagene Lösungen „ausgerechnet" bei Ihnen nicht gangbar sind – und welche anderen Wege sie nachweislich präferieren und selbst umsetzen wollen. Es dürfe keine „OZG Vollbremsung" an den Ländergrenzen geben.

Stefan Rauner, General Portfolio Manager, Governikus erinnerte daran, die jüngste SDG Richtlinie der EU bereits jetzt mitzudenken und für die Zugänge von Mensch zu Maschine auch die User zu frühzeitig einzubinden und zu konsultieren.

Jürgen Vogel, Geschäftsführer, procilon GmbH beeindruckte mit dem Hinweis „Ein Hack und das OZG ist weg" die Zuhörer/innen und wies nachdrücklich darauf hin, dass das Vertrauen der Menschen in die online Verwaltung ein flüchtiges Gut sei, das man im Bewusstsein um größtmögliche Datensicherheit pflegen müsse, damit es nicht verloren gehe. Er bemängelte, dass das gesamte Sicherheitsthema zum OZG in den obersten Führungsetagen, vor allem der Kommunen nicht ausreichend präsent und bekannt sei. Eine Thematik, mit der sich u.a. auch die Diskutanten zum Thema „IT Sicherheit – Kommunikation und Netzwerk" unter Leitung von ***Heino Sauerbrey,*** Fachbereich IT-Sicherheit, Deutscher Landkreistag, auseinandersetzten.

Ausblick auf das Jahr 2020 und das kommende „Digital-Jahrzehnt"

War der Kongress des Jahres 2018 noch von vorsichtigem „Abtasten" auf der neuen Basis des OZG und seiner stringenten Vorgaben zur Umsetzung in der öffentlichen Verwaltung geprägt, so war der Kongress des Jahres 2019 bereits von anderer, wesentlich differenzierterer Qualität dazu.

In der Erkenntnis, dass alle föderalen Ebenen des Staates – ausdrücklich und einschließlich der Kommunalen Selbstverwaltung – neue, agile und vorurteilsfreie Kommunikations- und Kooperationsformen finden müssen, hat sich der IT-Planungsrat neuen Arbeits- und Mitwirkungsformaten positiv geöffnet. Dass dort z.B. in den Digitallaboren „normale" Menschen, Kommunen, Nutzer, Ministeriale, Verwaltungsangehörige aus oberen und unteren Etagen der Administration auf neuen Wegen und auf Augenhöhe unterwegs sind, wäre in den „Vor-OZG-Zeiten" wohl noch nicht denkbar gewesen…

Das OZG in 2018:	Erstes Abtasten der Akteure!
Das OZG in 2019:	Konkrete Strukturen und Ideen vereinbart!
Das OZG in 2020:	Auf agilem Weg weiterkommen?
Das OZG in 2021/22:	Ziellinie komplett zu erreichen?

Die in 2019 auf dieser neuen und wertschätzenden Plattform erarbeiteten Fortschritte in den verabredeten und zwischen den Bundesländern aufgeteilten 14 Themenfeldern mit ihren 575 Leistungsbündeln und in ihren dahinter liegenden ca. 5000 Einzelleistungen machen Mut und geben Zuversicht, dass in 2021 und dann spätestens am 31.12.2022 die „Elektronische Verwaltungs- und Regierungszukunft" in Deutschland vorhanden und konkret für Bürger/innen und Unternehmen nutzbar ist; denn auf Letzteres kommt es an:

Digitale Verwaltung ist kein Selbstzweck, ihre Aufgabe ist im Digitalen Zeitalter auf Basis aktueller Technologie ihre Services für Bürger/innen, Wirtschaft, auch untereinander im Behördenverkehr auf sicherem Weg und in der Achtung vor der individuellen Datensouveränität konsequent zu gewährleisten. Dazu liegen noch viele „Dicke Brocken" auf dem Weg:

Once Only 2.0 als Registermodernisierung, ein fortgeschriebener, gesetzlich und organisatorisch zwischen Bund und Ländern weiter entwickelter Datenschutz in den diversen Datenschutzgesetzen und in vielen Fachgesetzen des Bundes und der Länder, die Verfestigung der intelligenten Zusammenarbeit über die einzelnen föderalen Staatsebenen in neuer Qualität und Wertschätzung hinaus, seien für die kommenden Jahre nur als Stichworte beispielhaft benannt.

Ohne einen umfassenden Kulturwandel in Staat und Gesellschaft wird Deutschland im globalen Vergleich und vor allem als Industriestandort im globalen Wettbewerb nicht erfolgreich bestehen können. Das zu erreichen, sind alle Verantwortlichen in Bund, Ländern und Kommunen ebenso in der Pflicht wie ihre Partner und Dienstleister aus der IT-Branche.

Besondere Bedeutung wird in Zukunft den Kommunalen und kommunal / staatlichen Öffentlichen IT Dienstleistern zukommen, ohne die bei der bundesweiten Gesamtzahl von ca. 11.000 Kommunen und deren vor allem in den kleineren Größenordnungen nur begrenzt vorhandenem IT und Digital-Know-how, und Budget Digitalisierung im Gesamtkonzept nicht wirklich gelingen kann.

Das OZG: Der Befreiungsschlag mit revolutionärer Beweislastumkehr

Das OZG hat im Sinne eines parlamentarischen Befreiungsschlages in einer fast verzweifelnd anmutenden Situation schleppender Digitalisierung im Ländervergleich einen Knoten „durchgehauen"; der in 2017 dazu vorhandene Korridor der grundlegend neuen Bund / Länder Finanzbeziehungen hat das mit der jetzt zu praktizierenden Systematik und starken Steuerung durch den Bund erst möglich gemacht. Es wird in 2020 und in den Folgejahren darauf ankommen, dass sich die Akteure weiter gegenseitig öffnen, aus früheren Fehlern lernen und neue Konsequenzen für das Digitale Zeitalter ziehen. „Trampelpfade" der Vergangenheit, das starre Festhalten an zu engen Ressortmechanismen und Silos, eingeschränkte Denkpfade müssen der Vergangenheit angehören. Mut, Agilität, Experimentierfreude, auch begrenzte Risiken, Betaversionen im Testbetrieb und vieles Innovatives und Neues stehen an.

Das OZG ist die größte Beweislastumkehr in der Geschichte der Bundesrepublik – nicht die innovativen Digitalisierer müssen im Wege mühseligen Normenscreenings den „Inhabern der Norm" nach weisen, dass es in Zukunft auch digital – ohne Schriftformerfordernis und persönliches Erscheinen – gehen können muss:

Der Gesetzgeber hat einfach im OZG festgelegt dass es geht und zwar spätestens zum 31.12.2022 – dass einige Bundesländer schon die Absicht haben, online Services bereits früher zur Verfügung zu stellen zeigt, dass auch in den Verwaltungen erheblich mehr „Endogenes Kreativpotenzial" vorhanden ist, als mancher bislang geglaubt hat!

Der Digitale Staat im Jahr 2020 am 03. Und 04. März, wiederum im ehemaligen Premierenkino „KOSMOS" in Berlin, verspricht dazu noch spannender zu werden. Die „OZG-Uhr" tickt weiter und die Tage bis zum Stichtag werden entscheidend wenige.

Und das gilt auch für die anderen Kongresse des Behörden Spiegel in Berlin (Public IT Security), Düsseldorf/ Neuss, Mainz, München und Stuttgart; auch sie werden in der Dokumentation „Deutschland Digital 2021" mit ihren Inhalten und Botschaften wieder dokumentiert und zusammengestellt werden.

Ein digitaler Staat braucht eine vernetzte Verwaltung

Von Werner Achtert, msg Geschäftsleitung Public Sector

Der digitale Wandel verändert Wirtschaftsstrukturen, er verändert unser Verhalten als Bürger und Konsumenten, und er wird auch staatliches Handeln verändern. Diese Veränderungen sind geprägt von Kooperation und Vernetzung auf Basis von gemeinsam genutzten Daten.

In der Plattformökonomie entsteht durch die Kooperation verschiedener Akteure ein Mehrwert, den jeder einzelne nicht erbringen könnte. Das Netzwerk ist also mehr als nur die Summe seiner Teile. Dabei ist der zentrale Erfolgsfaktor die Verfügbarkeit von Daten und die Fähigkeit zur Steuerung datenbasierter Wertschöpfungsketten mit Beteiligten aus verschiedenen Bereichen.

In der Verwaltung hingegen sind Aufgaben in Abteilungen, Referaten und Sachgebieten zusammengefasst. Das führt zu Silo-Strukturen, die Vernetzung eher verhindern als fördern. Auch die IT-Unterstützung ist in vielen Fällen davon noch geprägt. Deshalb müssen Bürger heute noch ihre Daten immer wieder eingeben und sich an die Prozesse und Zuständigkeiten der Verwaltung anpassen. Viele dieser Strukturen stammen aus einer Zeit, als Bürgernähe noch in km zur nächsten Amtsstube gemessen wurde. In der digitalen Welt bedeutet Bürgernähe aber 7*24-Verfügbarkeit, keine Medienbrüche, unkomplizierte Nutzerschnittstellen und schnelle Bearbeitung. Die Erwartungen von Wirtschaft und Zivilgesellschaft sind geprägt von den Plattformen, auf denen Kunden sämtliche Produkte und Leistungen, die, in der Verwaltung würden es inzwischen heißen: Lebenslagenbezogen zusammengehören, an einer Stelle verfügbar sind – egal wie viele Anbieter bis hin zur Bezahlung daran beteiligt sind. Ähnlich könnte bspw. eine Art digitaler Agent Bürger*innen und Unternehmen bei der Online-Abwicklung der Behördengänge unterstützen und automatisiert im Hintergrund die notwendigen Informationen aus den Registern ermitteln.

Die fachliche Vernetzung erfordert den Zugriff auf gemeinsame Datenbestände. Die dafür nötige sog. „Registermodernisierung" wird jetzt allerdings angegangen.

Ein weiterer Aspekt der Vernetzung sind die Verwendung wiederverwendbarer vorgefertigter Prozessbausteine und ein systematisches Geschäftsprozessmanagement mit definierten und dokumentierten Prozessen. Damit werden Abläufe transparent, und verlässliche Schnittstellen zwischen verschiedenen Prozessen und verschiedenen Behörden können definiert werden. Nur dokumentierte Prozesse lassen sich miteinander vernetzen. Solche Schritte geht das Land Berlin derzeit mit der Entwicklung generischer Prozesse zum Antragsmanagement, die als Basisdienst in verschiedenen Fachverfahren genutzt werden können.

Vernetzung der Verwaltung ist bis zu diesem Punkt notwendig, um zeitgemäß kundenorientiert und effizienter zu arbeiten. Es gibt allerdings noch einen weiteren wichtigen Aspekt: Der digitale Staat muss sich mit seiner vernetzten Verwaltung zur Stärkung der Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit des Standorts aktiv an der Plattformökonomie beteiligen.

Ein Beispiel für die Vernetzung zwischen Verwaltung, Wirtschaft und Bürgern ist das Konzept des National Access Point. Die EU-Richtlinie 2010/40 setzt den Rahmen für die Einführung intelligenter Verkehrssysteme im Straßenverkehr und für deren Schnittstellen zu anderen Verkehrsträgern. Ein solches System kann nur erfolgreich sein, wenn alle Nutzer der Verkehrsinfrastruktur Daten einbringen und darauf zugreifen können. Der Staat nimmt in diesem Netzwerk eine wichtige Rolle ein. Der Staat schafft die rechtlichen und organisatorischen Grundlagen für die Einrichtung solcher Plattformen und bindet dabei Unternehmen ein. Der Staat stellt dem Netzwerk seine Daten zur Verfügung, z.B. zur öffentlichen Infrastruktur. Und der Staat nutzt schließlich Daten aus der Plattform als Grundlage für seine eigene Infrastrukturplanung.

Fazit: Bei der vernetzten Verwaltung geht es nicht nur darum, Prozesse zwischen Behörden effizienter zu gestalten. Es geht letztlich um die Beziehung zwischen Staat und Bürger. Es geht um gutes Regieren im Zeitalter des digitalen Wandels. Die vernetzte Verwaltung ist die Grundlage dafür, die Vernetzung sämtlicher gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Bereiche zu begleiten und zu fördern; Grundlage dafür, sich auch global vernetzen und mithalten zu können.

Ihre Ansprechpartner bei msg

Werner Achtert
Geschäftsleitung msg
Public Sector

Jürgen Fritsche
Geschäftsleitung msg
Public Sector

www.msg.group/public-sector

Baden-Württemberg 4.0

Das Rennen ist eröffnet – Mit OZG, KI und VUCA auf dem Weg zu einer modernen Verwaltung 4.0

4. Juli 2019, Stuttgart

digital@bw

Digitalisierung für Baden-Württemberg

4. „Baden-Württemberg 4.0 – Digital@BW“

zum 3. Mal in Stuttgart am 04.07.2019

„Das Rennen ist eröffnet – Mit OZG, KI und VUCA auf dem Weg zu einer modernen Verwaltung 4.0“

Die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG), der Einzug von Lösungen auf der Basis von Künstlicher Intelligenz (KI), eine sich wandelnde Arbeitswelt auch in der öffentlichen Verwaltung (VUCA) waren u.a. zentrale Themen in Hauptprogramm und acht Fachforen mit ca. 40 Vorträgen. Mit ihrer Einordnung nach Verwaltung, Kommunen, Innovation und Kompetenzen boten sie für die Teilnehmer/innen ein ausgesprochen breites Informations- und Interaktionsfeld zum Austausch und gegenseitigem Lernen. Wie weit Land und Kommunen seit dem letzten Kongress im Juli 2018 in Sachen Digitalisierun und OZG vorangekommen sind, war in der Aufbrauchstimmung des diesjährigen Kongresses noch deutlicher zu spüren.

Blick auf Kongresskulisse *Foto: Dombrowsky*

Die Themenpalette zeigte vor ca. 400 Teilnehmern/innen insoweit eindrucksvoll, da sie den aktuellen Diskussionsstand rund um das Thema Verwaltungsmodernisierung und deren zukünftigen Herausforderungen. Angesichts dieser und weiterer Entwicklungen wie “digital first” oder “once only” wurde unwidersprochen deutlich, dass sich sowohl die interne Organisation in den Verwaltungen des Landes und der Kommunen als auch deren äußeren Auftritte und ihre Dienstleistungen gegenüber Bürgern/innen und Unternehmen in den nächsten Jahren grundlegend wandeln und sich in medienbruchfreier – digitaler – Qualität neu definieren müssen.

www.bw-4-0.de

Den tiefgreifenden Transformationsprozess begleitet der Kongress “Baden-Württemberg 4.0” bereits seit 2017, dem Jahr, als die Landesregierung Baden-Württemberg mit der Verabschiedung der Digitalisierungsstrategie “digital@bw” das Thema ganz oben auf der politischen Agenda platziert hat. Nach wie vor war auch auf dem nun zum vierten Mal stattfindenden Leitkongress für Baden-Württemberg zu spüren, dass das Land – auch in besonderer Kooperation mit seinen Kommunen und deren Repräsentanten den Weg zu einer digitalen Leitregion in Deutschland und Europa kon-sequent weiter beschreiten will. Dies auch und besonders im Bewusstsein, dass damit der Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg zukünftig gesichert bleibt. Der Digitalisierung der Verwaltung kommt auf diesem Wege – auch im Wettbewerb der Standorte – eine Schlüsselrolle zu, weshalb das Leitthema des Kongresses lautet: „Das Rennen ist eröffnet!“

„Das Rennen ist eröffnet!“

In seinem diesjährigen Grußwort wies der Schirmherr des Kongresses, ***Dr. Thomas Strobl,*** Stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration des Landes Baden-Württemberg auf die schon erreichten Erfolge der Landesstrategie „Verwaltung 4.0“ hin. Er unterstrich die strategischen und operativen Bemühungen der Landesregierung, auch die besondere ehrgeizigen Ziele seines eigenen Ministeriums sowie die partnerschaftliche Zusammenarbeit und Unterstützung der Kommunen im Bundesland:

„Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Besucherinnen und Besucher,
die Digitalisierung schreitet gewaltig voran und sie verändert alle Lebensbereiche. Viele von uns tragen eine Smart Watch am Handgelenk, die uns sekundenschnell eine Fülle von Informationen liefert. Wir nutzen zuhause oder im Büro

digitale Sprachassistenten. Auch in der Medizin bringt uns die Digitalisierung enorme Fortschritte: Forscher aus Israel, aber auch aus Baden-Württemberg, stellen ein kleines Herz oder eine Niere aus menschlichem Gewebe mit 3D-Druck her und Wissenschaftler in Heidelberg haben eine intelligente Diagnose-Software entwickelt, die Melanome besser erkennt und Fachärzte ganz wesentlich damit unterstützt. Manchem von uns mag es schwindlig werden angesichts der Fülle an Innovationen in rasendem Tempo.

In Baden-Württemberg packen wir die großen Herausforderungen des digitalen Wandels mit ganzer Kraft an. Viele Projekte aus unserer Digitalisierungsstrategie setzen wir bereits konsequent um. Unser Ziel: den Südwesten zur digitalen Leitregion Europas entwickeln. Für die nächsten beiden Jahre haben wir eine Vielzahl von neuen Vorhaben identifiziert, mit denen die Lebensqualität der Menschen verbessert wird. User besonderes Augenmerk richten wir darauf, Baden-Württemberg als führenden Standort für Forschung, Entwicklung und Anwendung Künstlicher Intelligenz zu festigen. Und wir sind dabei, eine Cybersicherheitsstrategie für das Land zu entwickeln, um die wachsenden Datenmengen von Unternehmen, Institutionen, kritischen Infrastrukturen sowie Bürgerinnen und Bürgern bestmöglich vor Hackern zu schützen. Nur wenn die Digitalisierung auch sicher ist, wird sie ihr volles Potenzial entfalten.

Baden-Württembergs Ministerpräsident für Inneres, Digitalisierung und Migration, Dr. Thomas Strobl

Quelle: für Inneres, Digitalisierung und Migration des Landes Baden-Württemberg

Der Kongress des Behörden Spiegels „Baden-Württemberg 4.0" beleuchtet die Fortschritte auf dem Weg zur modernen Verwaltung 4.0 und zur digitalen Kommune. Wir müssen auch bei der Digitalisierung der Verwaltungen das Tempo erhöhen. Gerne unterstütze ich daher als Schirmherr Veranstaltungen wie diese. In der Landesverwaltung setzen wir noch im Herbst einen Meilenstein: Dann wollen wir in meinem Ministerium den Pilotbetrieb für die elektronische Akte starten. Mit Förderprogrammen wie den „Future Communities" sowie der Qualifizierungsoffensive „Digitalakademie" unterstützen wir auch die Kommunen und die Verwaltung bei der Digitalisierung. Kommunale Behörden geben im Einzelfall inzwischen rund um die Uhr neue Ausweisdokumente aus, vermarkten Bauplätze über eine Internetplattform und lassen die Bürgerinnen und Bürger in einer App über politische Vorhaben abstimmen. Damit wird das Leben der Menschen in unserem Land nicht nur komfortabler, es eröffnen sich auch neue Möglichkeiten der politischen Mitbestimmung. Und von Woche zu Woche wächst das digitale Angebot.

„Wir müssen das Tempo erhöhen"

Dr. Thomas Strobl

Allen Gästen und Mitwirkenden wünsche ich auf dem Kongress einen spannenden Tag, einen informativen Austausch und viele neue Erfahrungen."

In seiner Eröffnungsansprache unter dem Thema „Wo stehen wir auf dem Weg der Digitalisierung?" umriss ***Stefan Krebs,*** Landesbeauftragter für Informationstechnologie (CIO/CDO) in Baden-Württemberg, die aktuellen Herausforderungen und Ziele der Landesregierung:

Unter der Leitprämisse „Ein Projekt für alle Ebenen" betonte er besonders sein Kernziel, Baden-Württembergs Kommunen beim Onlinezugangsgesetz (OZG) mit ins Boot holen, womit die Landesregierung ein zentrales Umsetzungsfeld der OZG Realisierung in den Blick genommen hat: Denn ohne eine besondere, aktive Beteiligung der Kommunen und der IT Dienstleister wird der Gesetzesauftrag des Ozg weder in Baden-Württemberg noch in den anderen Bundesländern in 2022 zu erfüllen sein; zu umfangreich ist vor allem die kommunale Vollzugskompetenz der letztlich über 5000 vom Leika-Katalog erfassten Einzelleistungen.

Ein Projekt für alle Ebenen

Er gab als „Digitalisierungschef" des Landes neben einem ersten Fazit zur Umsetzung des OZG einen Einblick in die besonderen Bemühungen des Landes, alle föderalen Ebenen und insbesondere die ca. 1100 Baden-Württembergischen Kommunen proaktiv in die Arbeit mit einzubinden und gemeinsam für eine nachhaltige Sicherheit der IT Services im Digitalen Zeitalter zu sorgen.

Um die Digitalisierungsaufgaben des Landes "möglichst effizient und kooperativ umsetzen zu können, haben wir eine E-Government-Vereinbarung zwischen Land und Kommunen abgeschlossen", so CIO/CDO ***Stefan Krebs.***

“Service BW ist die zentrale Drehscheibe für alle Akteure der Verwaltungsdigitalisierung “

Stefan Krebs

Um die Lösungen zudem möglichst einheitlich zu gestalten, habe man einerseits interdisziplinäre Teams aufgebaut die an Standardisierungsprojekten arbeiten, und andererseits mit dem Portal “Service BW” bewusst schon frühzeitig eine Behörden- und ebenenübergreifende Plattform für die gemeinsame Entwicklung geschaffen: “Service BW ist die zentrale Drehscheibe für alle Akteure der Verwaltungsdigitalisierung bei uns im Land”, so der CIO/CDO.

Anschaulich lässt sich in seiner Präsentation die neue Qualität der Digitalen Kooperation von Land und Kommunen darstellen:

Für die erfolgreiche Umsetzung des OZGs in Baden-Württemberg sei es, insoweit der CIO/CDO, genauso von zentraler Bedeutung, bei der Arbeit an den OZG-Themenfeldern nicht nur aus der Landesperspektive heraus zu denken und zu arbeiten, sondern die kommunale Perspektive und die praktische Aufgabenerfüllung in den Rathäusern und Landratsämtern innovativ und vorausschauend einzubeziehen. Die Themenfelder der zukünftigen E-Services sind dazu vom IT-Planungsrat definiert und anschließend so aufgeteilt worden, dass jedes der insgesamt 14 Themenfelder federführend von einem Tandem aus einem Bundesministerium sowie einem oder mehreren Ländern koordiniert wird.

Leuchtendes Beispiel: E-Government Vereinbarung mit den Kommunen

Baden-Württemberg hat u. a. dazu gemeinsam mit dem Land Hessen und dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) die Federführung bei der Realisierung des Themenfeldes “Mobilität und Reisen” übernommen. Aktuell stehe man in dieser Aufgabengemeinschaft nun vor der Aufgabe, digitale Prototypen, digitale Bausteine für das Förderale Informationsmanagement (FIM) sowie konkrete Umsetzungspläne für die Nachnutzung durch die anderen Länder zu erarbeiten.

Digitale Prototypen in der Entwicklung

Auch die IT-Sicherheit in Baden-Württemberg als ein zentrales Kernthema, sichere und vertrauenswürdige Datenverarbeitung durch den Staat, gehört mittlerweile zum festen Bestandteil der Landesstrategie “digital@bw”. In deren Rahmen ist eine Cyber-Sicherheitsstrategie für das Land ausgearbeitet worden, um mit den digitalen Angeboten und Services die Daten von Bürgern/innen und Unternehmen gleichermaßen zu schützen. Deutschland sei inzwischen weltweit das Land, das mit am häufigsten von Cyber-Angriffen betroffen ist. „Daher ist eine nachhaltige IT-Sicherheit zum einen zwingende Voraussetzung für die digitale Verwaltung, zum anderen müssen wir aber auch auf die wachsende Bedrohung für KMU und Selbstständige reagieren”, so CIO/CDO ***Stefan Krebs.*** Um diese Sicherheit zu gewährleisten, binde man Wirtschaft und Wissenschaft in die Entwicklungen ein und habe zudem eine Kooperationsvereinbarung mit dem BSI-Verbindungsbüro in Stuttgart abgeschlossen.

„Wir wollen eine Vorreiterrolle bei der KI erreichen“

Stefan Krebs

Cyber-Sicherheitsstrategie als Standardbestandteil von „digital@BW“

Durch eine zentrale Steuerung der Cyber-Sicherheitsaktivitäten aus dem Digitalisierungsministerium heraus soll außerdem gewährleistet werden, dass keine Kapazitäten durch Parallelprozesse oder sonstige Ressourcenverschwendung unnötig blockiert werden. Zusätzlich arbeitet das Land in einem Pilotprojekt am Aufbau einer sogenannten “Cyberwehr”, die angegriffenen Unternehmen schnell und unkompliziert Hilfe bei digitalen Sicherheitsvorfällen bieten soll. Aktuell können rund 11.000 KMU in der Technologieregion Karlsruhe auf dieses Angebot zugreifen, denen man bislang in rund 60 Fällen helfen konnte/musste. Das Angebot ist seit Februar 2019 rund um die Uhr telefonisch unter der Hotline 0800-CYBERWEHR verfügbar.

Zum Abschluss seiner Ausführungen forderte ***Stefan Krebs,*** die Schlüsseltechnologie Künstliche Intelligenz (KI) als Chance zu begreifen. "Die Technik birgt natürlich auch Risiken, aber wir werden sie auch nicht ignorieren können. Daher müssen wir sehen, dass wir in eine Vorreiterrolle bei der KI kommen."

Zudem forderte er eine europäische Initiative, um gemeinsam eine starke Rolle im globalen Wettbewerb spielen zu können. Das Land Baden-Württemberg selbst habe zur Erforschung der neuen Technologien ein Positionspapier erstellt, das die Künstliche Intelligenz als Schlüsselfaktor für die Digitalisierung definiert. Aus diesem Grund fördert das Land die Künstliche Intelligenz zusammen mit Fördergeldern aus dem Bund bereits mit insgesamt etwa 120 Millionen Euro.

Bei der Umsetzung des OZG sieht es das Land als weitere wichtige Herausforderung, neben den Bürgern auch die Verwaltungsmitarbeiter/innen aktiv miteinzubeziehen, damit die Nutzerorientierung gewährleistet werde, betonte ***Dr. Katharina Große,*** Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg auf dem Kongress.

Die in Entwicklung befindlichen Online-Lösungen sollen für alle Behörden in Baden-Württemberg zur Nachnutzung angeboten werden. Die Lösungen im Landesportal werden dabei kostenfrei sowie auf die jeweilige Größe der Behörde skalierbar für alle Akteure der baden-württembergischen Verwaltungslandschaft vorgesehen. Zusätzlich fungiert das Portal als Vehikel für die im OZG geforderte portalübergreifende Umsetzung der insgesamt rund 575 zu digitalisierenden gebündelten Verwaltungsdienstleistungen des OZG Kataloges.

Dr. Katharina Große, Digitalisierungsministerium Baden-Württemberg. *Foto: Dombrowsky*

Auch ITEOS als neuer und in 2018 aus den bisherigen Landes- und Kommunalen Dienstleistern fusionierter, zentraler IT-Dienstleister für Land und Kommunen, begleitet die OZG Umsetzung und will sie nachhaltig gestalten, so ***Bernd Schäfer*** von der ITEOS Consulting. Das bedeute, dass nach der Erarbeitung von Prototypen auch die technische Implementierung zu sichern, Portallösungen kundengerecht anzubieten sowie Fachverfahren und Register anschließen zu können. Für alle von ITEOS betriebenen Fachverfahren sollen zudem passende

„Keine Digitalisierung ohne Agilisierung"

Tobias Freitag

Tobias Freitag, Experte für Agile Transformation, bridgingIT *Foto: Dombrowsky*

Schnittstellen erarbeitet und angeboten werden. Auch die Verwaltung müsse in die Lage versetzt werden, die Prozesse intern digital bearbeiten zu können und den Wandel anzustoßen. Die Priorisierung der Schnittstellen und Fachverfahren wird derzeit geplant.

„Keine Digitalisierung ohne Agilisierung", so die Forderung von ***Tobias Freitag***, Competence Lead BridgingIT GmbH. Kundenorientiert habe die Verwaltung schon immer gearbeitet, längst aber nicht so, wie agile Innovationen dies heute erforderten. In der Digitalisierung müsse vieles flexibler angelegt und getan werden, betreffe es die traditionelle Organisation insgesamt, den Aufbau und den Ablauf von Projekten, die Kommunikation in Teams, auch das Mindset von Einzelnen sowie ganzer Institutionen. Ohne dass es einen Königsweg gebe, zeichneten sich mit zunehmender Automatisierung, Vernetzung und Komplexität die Implementation und verstärkten Nutzungen agiler Methoden ab, so der Referent. Sie erlauben Anpassungsfähigkeit, kurze Reaktionszeiten und die verstärkte Einbindung des Kunden. Sie erfordern gleichzeitig positiven Veränderungswillen, neue Kooperations- und Kommunikationsformen und ständiges Lernen.

Die Erfahrungen im privaten Sektor zeigen es, so Tobias Freitag:

In der Privatwirtschaft sei vielfach Agilität das oberste Ziel, Wandlungsfähigkeit sichere den Vorsprung im Wettbewerb. Agile Unternehmen nehmen frühzeitig Veränderungen im Markt wahr, fördern die Lernkultur und messen der Zusammenarbeit mit den Kunden hohe Bedeutung bei. Die grundlegendenden Wandlungsbedarfe durch Digitalisierung, Globalisierung und Wertewandel

nähren mittlerweile immer stärker auch den Wunsch nach einer insgesamt flexibleren Verwaltung.

> **„KI muss konsequent dem Menschen dienen!“**
>
> Jan Etscheid

Agile Methoden verstärkt in die Verwaltung ziehen!

Die verstärkte Anwendung agiler Methoden kann der Schlüssel zur Bewältigung der Herausforderungen der öffentlichen Verwaltung in Zeiten des demografischen Wandels sein. Sie müssen jedoch mit besonderer Aufmerksamkeit in das Selbstverständnis von Organisationen eingebettet werden und sie erfordern auch neue Kompetenzen und Ressourcen.

Im Forum „Agile Innovation – Was bringt Agilität und Innovation? Wie kommen wir gemeinsam schneller in die Umsetzung?“ Wurden die Aspekte von Agilität und notwendiger Modernisierung einer Digitalen Verwaltung der Zukunft unter der Moderation und mit einem Impuls von ***Marco Brunzel,*** Bereichsleiter Digitalisierung und E-Government, Metropolregion Rhein-Neckar fortgesetzt. Die Beiträge und die Diskussion der Referenten aus der Praxis und der Wissenschaft machten es deutlich:

Eine ebenenübergreifende Zusammenarbeit quer zu den klassischen Strukturen ermöglicht Innovationen und kann neue Potenziale entfalten. Agilität hilft, mit flachen Hierarchien umzugehen und Projekte nicht topdown durchzuführen. Besonderer Mehrwert der Agilität ist, Ideen aus der Gesellschaft nutzerorientiert mit einzubeziehen. Feedback-Schleifen und Rückkopplungsprozesse zu Endnutzern werden kürzer, Änderungen können schneller eingespeist werden; der Prozess wird transparenter und besser.

Zur effizienten Gestaltung von Projekten existieren bewährte agile Methoden, sei es Scrum (“Gedränge” oder “Gedrängtes”) oder Design Thinking, die entgegen klassischer Projektorganisation neue Handlungsfähigkeit auf digitale Herausforderungen versprechen. Der Grundgedanke agiler Innovationen kommt aus der Software-Entwicklung der 1980er-und 1990er-Jahre, als die Programme aufgrund komplexer Umgebungen nicht von Anfang bis Ende in einem Schritt präzise durchgeplant werden konnten. In kurzen Intervallen und Iterationen werden in agilen Formen sukzessive die nächsten unmittelbaren Schritte geplant; insbesondere für Digitalisierungsvorhaben, bei denen das Umfeld komplex und die Strukturen anpassungsfähig sein sollten, eignen sich agile Arbeitsweisen.

Vielfach mündet der Wunsch nach neuen flexiblen Arbeitsweisen in die Einrichtung sogenannter „Hubs“ und „Labs“, die agile Vernetzungs- und Arbeitsräume ermöglichen und in denen Neues unvoreingenommen ausprobiert und pilotiert werden kann.

Jan Etscheid vom Open Government Institute *Foto: Dombrowsky*

Zum Ausprobieren agiler Methoden – auch das ein Fazit mit der Befassung des Themas auf dem Kongress – herrscht derzeit Aufbruchstimmung, bei der es weiterhin gilt, stets Ziele und Umsetzungsorientierung im Fokus zu behalten.

Potenziale von KI und Co. zur Entlastung nutzen

Die im vielfältigen Wandlungsprozess befindliche öffentliche Verwaltung muss nicht nur aufgrund der fortschreitenden Demografie neue Wege gehen, um den immer komplexer werdenden Aufgaben der digitalen Welt weiterhin gerecht zu werden: Seit einiger Zeit rücken die Themen Machine Learning und Künstliche Intelligenz (KI) zunehmend in den Fokus der Entwicklungsstrategen in Bund, Ländern und Kommunen. ***Jan Etscheid***, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Open Government Institute der Zeppelin-Universität Friedrichshafen, sieht die neue Technologie als geeignet an, dem Menschen auf fast allen Ebenen der Verwaltungsarbeit einfache und wiederkehrende Arbeiten weitestgehend abzunehmen, während sie bei komplexeren Aufgabenstellungen weiterhin Vorarbeiten und Entscheidungsroutinen übernehmen können/

müssen: "Wir müssen dafür sorgen, dass die KI dem Menschen dient und diesen bei der Arbeit aktiv unterstützt."

Ein Beispiel dafür könne, so der Referent, "z.B. eine Vorauswahl aus Bewerbungsunterlagen sein, die die Software vorab anhand klarer Leitlinien filtern kann, so dass die Entscheider/innen nur noch die relevanten Bewerber bearbeiten muss". Nicht nur alltägliche Arbeiten könnten KI und Machine Learning übernehmen, auch tiefgreifende Analysen sind als Aufgabenfelder z. B. denkbar: Deep Learning-Systeme, als optimierte KI-Netze mit einer Reihe von Zwischenlagen für komplexere Rechenmechanismen. Die sogenannten "Panama Papers" seien auf diese Weise ausgewertet worden, was durch Menschen ausgeführt, wohl Monate gedauert hätte und ungleich fehleranfälliger gewesen wäre. "Predictive Policing", ein weiteres Einsatzfeld polizeilicher Maßnahmen, im Sinne digital berechneter Wahrscheinlichkeiten von Straftaten, oder die Erfassung ungewöhnlichen Verhaltens an Gefahren-Hotspots wie Flughäfen oder Bahnhöfen. seien Anwendungsfelder der KI als neue Software-Generation.

Zusammenspiel der Technik nötig

So sehr die KI als Schlüsseltechnologie der Zukunft genutzt werde, so sehr braucht sie auch weitere Software und Komponenten, die die intelligenten Systeme ergänzen, damit sie ihren Nutzen für Verwaltung und Gesellschaft tatsächlich entfalten können. Hier sei weitere Forschung und Kooperation im Rahmen unterschiedlicher Behörden und Aufgabenfelder nötig.

Steuerchatbot im Einsatz

In der Karlsruher Oberfinanzdirektion, so ***Raimund Wagner***, Projektleiter Steuerchatbot, soll dem steigenden Arbeitspensum bei gleichzeitig schrumpfender Mitarbeiterzahl entgegengewirkt werden, indem man einen Chatbot entwickelt, der sich mit allen Themen rund um die Steuer auskennt und die komplizierte Materie für Bürger wie Unternehmen gleichermaßen möglichst kurz und verständlich erklären kann. Er unterscheidet dabei drei verschiedene Arten von Fragen: "Am einfachsten sind für den Bot die ganz allgemeinen Fragen. Auch Anfragen für den Status von Steuerangelegenheiten sind möglich, müssen allerdings für das Steuergeheimnis optimiert und mit sicherer Identitätsprüfung ausgestattet sein. Ganz individuelle Anfragen sind hingegen kein Feld für den Chatbot, da es dort fachspezifischen Wissens bedarf, welches so heute für uns nicht digitalisierbar ist." so der Referent zu den Möglichkeiten und Grenzen der KI-Technologie.

Um das auf Machine Learning basierende Angebot, trotz seiner Limitierungen so gut wie möglich nutzbar zu machen, arbeitet ein festes Redaktionsteam aus Steuerexperten daran, die Inhalte zu strukturieren, das Angebot weiterzuentwickeln und den Bot zu trainieren. Da der Chatbot der Steuerdirektion erst seit November 2018 als Pilotprojekt eingeführt wurde, sind die Prozesse und Erfahrungen noch frisch. Man arbeite aktuell einige Leitpunkte heraus, was für einen langfristigen Erfolg der Lösung entscheidend sei, wie Wagner erklärte: „Wir haben uns bewusst für einen leisen Markteinstieg entschieden, um das Angebot erstmal alltagstauglich zu machen. Für die Zukunft geht es nun vor allem darum, dass wir die Inhalte stets aktuell halten, die Doppelpflege von Inhalten vermeiden und stattdessen Verlinkungen nutzen. Diese Links müssen dann natürlich auch regelmäßig überprüft werden, damit keine Karteileichen entstehen."

Weitere zentrale Punkte seien ein nachhaltiges System für Datenschutz und Informationssicherheit sowie die Erkenntnis, dass nur die Nutzung durch echte Menschen dabei helfe, das System zu optimieren. Als zukünftige Erweiterungen des Karlsruher Steuerchatbots wolle man nun daran gehen, Suchmaschinen- sowie Übersetzungsdienste und eine Sprachsoftware zu implementieren. Auch ein Authentifizierungsverfahren müsse eingerichtet werden, um den Bürgern/innen auch die Möglichkeit zu geben, sensible Inhalte auf digitalem Wege über den Bot zu regeln.

Assessment-Center für Chatbots?!

Zukünftig solle man potentielle Anwendungsfälle für Lösungen auf KI- oder Machine Learning-Basis in Assessment-Projekten vorab durchspielen, statt wie bislang nachgehend auf Bedarfe zu reagieren, forderte beispielhaft und anspruchsvoll ***Oliver Rack***, Referat des Heidelberger Oberbürgermeisters: "Die IT-Projekte der öffentlichen Verwaltung müssten eigentlich so gut sein, dass sie für andere Behörden oder sogar die Privatwirtschaft als Rollenmodell dienen könnten."

Das technische Wissens- und Realisierungsniveau der Privatwirtschaft und der führenden IT Konzerne müsse man perspektivisch im Ergebnis erreichen, so seine Forderung. Staat und Kommunen würden seiner Einschätzung nach mittelfristig nur noch begrenzt als regionales Gebilde und stattdessen mehr und mehr als funktionales Gebilde wahrgenommen; so müssten sie auch agieren können. Die Problematik der unterschiedlichen Datenschutzmodelle aus unterschiedlichen, internationalen Rechtsräumen machten dies zusätzlich kompliziert; eine weitergehende, europäische Zusammenarbeit hierzu sei angesagt. so Rack abschließend.

Modelle unter verteilter Führung

Die Kommunen in Baden-Württemberg führen derzeit eine Vielzahl von Maßnahmen durch, um die Digitale Transformation der Verwaltung vor Ort voranzutreiben. In der Stadt Herren-

„Aufbrechen der Ämterdenke ist nötig“

Prof. Dr. Claudia Schneider

berg etwa setzt man im Amt für Technik, Umwelt und Grün derzeit mit wissenschaftlicher Begleitung der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg im Rahmen der Forschungskooperation “Zukunftsfähige Stadtverwaltung Herrenberg” ein Drei-Phasen-Modell um, das insbesondere auch die Selbstorganisation stärkt und Hierarchien abbaut.

Zu den Zielen dieses Vorhabens zählt in erster Linie das “Aufbrechen der Ämterdenke”, wie ***Prof. Dr. Claudia Schneider*** erklärte, die gemeinsam mit ***Prof. Dr. Birgit Schenk*** die Hochschule Ludwigsburg in diesem Projekt vertritt. Mitarbeiter und Führungskräfte sollen vernetzt, eigeninitiativ und eigenständig arbeiten. Die Chancen der Digitalisierung sollen dabei in allen Prozessen und Bereichen der Zusammenarbeit realisiert werden.

Basierend auf einer Organisationsdiagnose, Strategieerarbeitung und Maßnahmenplanung wurden im Jahre 2017 in E-Services für zehn ausgewählte Geschäftsprozesse entwickelt. In 2018 und aktuell in 2019 stand bzw. steht auf dem Bauhof der Stadt die Einführung der Selbstorga-nisation unter dem Claim Digital.NewWorkTDH@Herrenberg an. Dabei wird ein System verteilter Führung etabliert, indem formale Führungsaufgaben auf die Mitarbeitenden im Kontext moderner, selbstorganisationsbasierter Arbeitsstrukturen und -Prozesse verlagert werden. Die kreativen Potenziale und Ideen in den Köpfen der Mitarbeiter sollen insbesondere erschlossen werden, um effektivere und effizientere Prozesse und Abläufe sowie mehr Bürgernähe zu erreichen.

Zudem sollen neue Perspektiven der Zusammenarbeit und Verantwortungsübernahme durch Selbstorganisation eröffnet werden, was zu einer Verbesserung des Arbeitsklimas und der Motivation führen soll. Ziel von Digital.NewWorkTDH@ Herrenberg ist es zudem, moderne Formen der kollegialen Leistungsbewertung (New Pay) zu etablieren, um für die Beschäftigten Entgeltperspektiven zu eröffnen, die im eher starren System des Öffentlichen Dienstes kaum gegeben sind, insbesondere in den niedrigen Entgeltgruppen.

Stefan Kraus, Leiter des Amtes für Technik, Umwelt und Grün der Stadt Herrenberg, zog ein positives Zwischenfazit. So sei etwa die Auftragsbearbeitung gegenüber dem Vorjahr deutlich gesteigert worden. Auch das Arbeitsklima habe sich weiter verbessert und das individuelle Bewusstsein für die eigene Verantwortung sei heute deutlich stärker ausgeprägt. Dies resultiere nicht zuletzt daraus, dass man beim Bauhof nun mit einer rollierenden Führung (jeweils vier Wochen) arbeite.

In der weiteren Phase soll nun bis 2020 in der Verantwortung der Selbstorganisation ein „Re-Design“ der in ersten Phase entwickelten E-Services erfolgen. Die Geschäftsprozessoptimierung soll vorangetrieben und unter der Überschrift “Agile Organisation Herrenberg” die Ausweitung der Selbstorganisation auf weitere Bereiche des Amtes geprüft werden.

Prof. Birgit Schenk plädiert für ein Aufbrechen der Ämterdenke. Foto: Dombrowsky

Digitale Labore im Wandel

Obwohl die Notwendigkeit für behörden- und unternehmensübergreifende Zusammenarbeit und ein Abschied vom Silo-Denken immer noch nicht überall in der öffentlichen Verwaltung angekommen ist, werden einige Kooperationen bereits auf neue inhaltliche und organisatorische Stufe gehoben. Neue Wege geht beispielsweise das Innovation Lab an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften in Speyer.

Im dortigen Labor versucht man ganz bewusst, Innovation auf neuen Wegen zu erzeugen, wie ***Prof. Dr. Hermann Hill***, Inhaber des Lehrstuhls für Verwaltungswissenschaft und Öffentliches Recht, erklärt: “Für erfolgreiche Projekte braucht es Teams mit kreativen Leuten aus allen Bereichen, die auch

„Ergebnisoffene Ergebnisorientierung“

Prof. Dr. Hill

andere Perspektiven mitbringen als die der Verwaltung. Dazu gehört unbedingt auch der Bürger, denn der soll die Angebote am Ende ja schließlich nutzen.”

Wichtig sei für die Entwicklung kreativer Ideen vor allem auch eine “ergebnisoffene Ergebnisorientierung”. So solle man im ersten Schritt zunächst Ideen sammeln und dadurch erste Denkanstöße produzieren, bis darauf basierend auch in intuitiver und kreativer Form und Arbeit anschließend gute Ideen produziert würden, so Hill. Mit dem sogenannten “Priming”, einer Technik aus der Gehirnforschung, können insoweit kreative Prozesse im Hirn durch bewusste Reize aktiv angestoßen werden, die dann mithilfe von Assoziationen aus dem Gedächtnis zu einer neuen Idee führen könnten.

Die „grobe“ Richtung im Labor vorgeben

Methodisch vergleichbar bestätigt das auch ***Ralf Schneider***, Vorstand beim Software-Anbieter ISB AG sowie des CyberForums e.V., das ein CyberLab als Accelerator-Programm für IT-Start-ups betreibt. So müsse man Kreativität zulassen, gleichzeitig aber müsse “Innovation bis zu einem gewissen Grad geplant werden. Man muss zunächst eine grobe Richtung vorgeben, ehe man seine Leute einfach in alle Richtungen drauf los experimentieren und Geld verbrennen lässt.” Der größte Fehler vieler Häuser sei es in seinen Augen, dass häufig Labore eingerichtet würden, denen keine Grundrichtung vorgegeben werde. Man müsse den Laboren, so seine Empfehlung, von Anfang an Leitfragen mit auf den Weg geben, damit die aus der Arbeit entstehenden Ergebnisse die Firma oder Behörde auch voranbringen und man sich gleichzeitig von anderen Häusern inhaltlich absetzen könne.

Das CyberLab in Karlsruhe arbeite seit fünf Jahren daran, Gründer mit einem Mentoring- und Coaching-Programm bei der Weiterentwicklung von Ideen zu unterstützen. Dafür arbeite man aus dem Verband des CyberForums heraus, der bereits seit 1997 als Netzwerk von IT-Unternehmen in der Technologieregion Karlsruhe bestehe. Das Forum zählt rund 1.200 Mitglieder und arbeitet mit 150 Mentoren aus der Unternehmenspraxis sowie 250 sogenannten “Business Angels”, als Investoren und Mentoren für die Start-up-Frühphase zusammen.

Um zu sehen, ob die Ideen der Bewerber/innen auch tatsächlich und nachhaltig tragfähig, sowie deren Umsetzung als Geschäftsmodell realistisch seien, müssen alle jungen Gründer/innen ein sechswöchiges Projekttraining mit einem

Prof. Dr. Hermann Hill *Foto: Dombrowsky*

Abschluss Pitch absolvieren, bevor sie das Förderangebot konkret in Anspruch nehmen können. Auf diese Weise habe man bislang rund 4.200 Gründer in den letzten fünf Jahren unterstützt, von denen die meisten Unternehmen sich schnell selbst finanziell trügen.

Es darf nicht zu perfekt sein

Trotz aller Möglichkeiten der neuesten Technik und modern gestalteten Räumlichkeiten müsse man neben einer sinnvollen Ausstattung auch darauf achten, dass die Labore nicht zu perfekt seien, warnt ***Jasmin Mertikat*** vom Kreativlabor Tinkertank aus Ludwigsburg, das als Innovationspartner der digitalakademie@bw agiert: “Viele Labore sind so gut ausgestattet und sehen so schick aus, dass die Mitarbeiter sich gar nicht trauen, sie zu nutzen. Daher muss man bei Aufbau und Betrieb dafür sorgen, dass die Menschen keine Angst haben, sondern die Labore stattdessen als Werkzeuge wahrnehmen, die sie auch benutzen wollen.”

In den von Tinkertank angebotenen Laboren werden laut ***Jasmin Mertikat*** Themen bearbeitet, die das Kommunale Gemeinwesen aktuell bewegen. Dabei werde zu Beginn einer Laborsession ein gemeinsames Brainstorming betrieben, um diese Problemstellungen herauszufinden und mögliche Lösungswege zu definieren. Anschließend werde mit analogen und digitalen Tools experimentiert und im Laufe eines jeden Labors am Ende ein Prototyp für eine Lösung gebaut, um nicht nur theoretische Ideen aus der Arbeit zu gewinnen, sondern ein konkretes Ergebnis, zu erzielen, das man anschließend potenziell nutzen oder ggf. dann weiter optimieren könne.

„Es ist so, als hätte man keinen Plan in der Hand, aber wäre im Bad schon dabei, die Fliesen zu verlegen“.

Simon Blümcke

Podiumsdiskussion: Neues, „digitales Verwaltungsdenken“

Wie im Vorjahr bildete ein hochrangig besetztes Fachpodium einen besonderen Kongresshöhepunkt, das unter Moderation von Guido Gehrt (Behörden Spiegel) über neue Denkansätze zur Digitalisierung der Verwaltung diskutierte. Denn:

Das Geld ist da, angeblich fehlende finanzielle Ressourcen können nicht mehr als „Ausrede dienen“, die IT Strukturen werden gerade in Baden-Württemberg klarer und handhabbarer, auch mit Blick auf ITEOS, der nach einem Jahr immer noch neuen Anstalt des öffentlichen Rechts (AÖR) als gemeinsamen IT Dienstleister von Land und Kommunen. Allerdings, so die Feststellung auf dem Podium, die wirklich spürbaren Ergebnisse komfortabler, nutzungsorientierter elektronischer Dienstleistungen bleiben weiter noch Mangelware; durchaus eine nicht auf Baden-Württemberg beschränkte Erkenntnis.

Die noch vorhandenen Defizite sind dabei nicht nur das Gefühl vieler Bürger/innen, wenn sie an das Thema “Digitale Verwaltung” und an ihre gewünschten E-Services denken, sondern auch von vielen Akteuren in den Verwaltungen selbst: Was sich an Strukturen und Denke möglichst bald wandeln muss, um endlich voranzukommen, auch dies deshalb ein zentrales Thema auf dem Kongress Baden-Württemberg 4.0 in 2019.

Diskutierten mitunter kontrovers aber immer im Sinne notwendiger Digitalisierung der öffentli-chen Verwaltung; von links nach rechts: Simon Blümcke, Erster Bürgermeister der Stadt Ravensburg, Marian Schneider, Bürgermeister der Stadt Tengen, Stefan Krebs, CIO/CDO der Landesregierung Baden – Württemberg, Sabine Meigel, Leiterin Geschäftsstelle Digitale Agenda der Stadt Ulm, Guido Gehrt, Behörden Spiegel, Ralf Schneider, Vorstand des Software Dienstleisters ISB, Jürgen Fritsche, Geschäftsleitung Public Sector, msg systems, Dr. Christiane Brockmann, Geschäftsführerin der Metropolregion Rhein-Neckar

Foto: Dombrowsky

Einen Schritt nach dem anderen machen

Eine ganz “neue Art, Verwaltung zu denken”, forderte in der Diskussion ***Marian Schreier***, Bürgermeister der Stadt Tengen. Der digitale Wandel müsse heute als eine ganz neue organisatorische Verantwortung begriffen werden: “Anstatt analoge Verfahren einfach eins zu eins digital aufzusetzen, müssen wir die Prozesse vom Antrag bis zum Fachverfahren durchdigitalisieren und bei der Erarbeitung dieser Prozesse auch die Privatwirtschaft einbinden.”

So müssten die Projekte agil und mit projektorientierten Kooperationsmodellen aufgebaut werden. Zudem müssten die zahlreichen Register in einen einheitlichen Datenstandard umgewandelt werden, damit sie jederzeit und auf allen Ebenen kunden- und nutzerorientiert miteinander verknüpft werden können. Für all diese Ziele brauche es mehr Experimentierfreudigkeit; es brauche dazu spezielle Klauseln jenseits stringenter rechtlicher Vorschriften, um gezielt und mutig Lösungen in die Praxis zu bringen, die dann auch erst nur zu 70 oder 80 Prozent fertig sind, die aber dann im laufenden Betrieb weiterentwickelt werden können.

Dezentral denken und planvoll arbeiten

Auch ***Simon Blümcke***, Erster Bürgermeister der Stadt Ravensburg, forderte einen neuen Ansatz: Weg von Ankündigungen und hin zu einer Kultur, die Taten sprechen lasse. Dafür solle man ehrlich beginnen und einen klaren Plan ausarbeiten, was man mit der Digitalisierung erreichen wolle: “Aktuell wird permanent versucht, den zweiten Schritt vor dem ersten zu machen. Es ist so, als hätte man keinen Plan in der Hand, aber wäre im Bad schon dabei, die Fliesen zu verlegen”, so Blümcke.

Wichtig sei es auch, die digitalen Prozesse möglichst dezentral zu denken. Dies sei für die Verwaltungsstrukturen von Vorteil, eine dezentrale Datenverwaltung helfe aber auch bei der rechtskonformen Umsetzung der Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO).

Simon Blümcke: „Es ist so, als hätte man keinen Plan in der Hand, aber wäre im Bad schon dabei, die Fliesen zu verlegen“.

Für eine dezentrale Arbeitsweise im Sinne von tiefgreifenden Kooperationsprojekten, sprach sich auch ***Dr. Christine Brockmann***, Geschäftsführerin der Metropolregion Rhein-Neckar, aus. Einzelne kommunale Projekte brächten im Normalfall wenig, um die Verwaltung als Ganzes voranzubringen. Stattdessen brauche es Kompetenzverbünde, die gemeinsam Projekte anstießen: “Hier in Baden-Württemberg haben wir Geld,

Strukturen und Expertise. Aber trotzdem kommen wir nicht bedeutend voran. Das muss sich ändern, und daran muss die Verwaltung ihren Anteil haben", so Dr. Christiane Brockmann.

Kompetenzverbünde mit gemeinsamen Projekten

Stefan Krebs, CIO/CDO der Landesregierung, sieht die Lage angesichts der in den letzten beiden Jahren angestoßenen Förder- und Kommunikationsprojekte für die weitere Zukunft durchaus auch zuversichtlich. So fördere man zur weiteren Digitalisierung vonseiten des Landes aktuell 50 Kommunen zur Umsetzung ihrer jeweiligen Digitalisierungsstrategien, die danach als Musterbeispiele in Netzwerken weitergegeben werden sollen. Dabei ist es auch Ziel, dass von den Ergebnissen und Erfahrungen andere Kommunen anschließend profitieren können. Im Bereich des E-Government sei leider auch jetzt noch zu konstatieren, dass viele Kommunen sich noch gegen digitale Prozesse und damit verbundenen Veränderungspotenziale wehren. Hier müsse man weiter intensiv daran arbeiten, überhaupt für ein innovationsoffenes Klima zum Digitalen Wandel in den öffentlichen Verwaltungen zu sorgen, ehe man über weitere konkrete Schritte und Projekte nachdenken könne.

Ausblick auf das Jahr 2020 und das kommende „Digital-Jahrzehnt":

Der nächstjährige Kongress Baden-Württemberg 4.0 wird wieder in Stuttgart im Juli 2020 stattfinden; er wird den aktuellen Stand der Digitalisierungsstrategie des Landesregierung widerspiegeln.

Auch mit dem Blick auf die Realisierung der öffentlichen Dienstleistungen als E-Services im Auftrag des OZG und seiner Realisierung bis längsten zum Jahresende 2022 wird das kommende Jahr sicher auch dazu führen, dass das seit Anfang 2016 in Betrieb befindliche neue Serviceportal Baden-Württemberg immer mehr von Bürgern/innen und Kommunen genutzt wird. Das Angebot der Landesregierung, das Portal den kommunalen Partnern mit seinen erweiterten Funktionen und den damit verbundenen Möglichkeiten und Einsparpotentialen näherzubringen, wird den Weg der Digi-talisierung konsequent und auf besondere Weise kooperativ von Land und Kommunen stützen und fortsetzen können – ein besonderes „Markenzeichen" und positives Beispiel konkreter Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung in Baden-Württemberg.

Wirtschaftsförderung 4.0 als neues Förderprojekt

Dass sich die Landesregierung aktuell ab Herbst 2019 ein Förderprojekt zum Thema „Wirtschaftsförderung 4.0" vorgenommen hat, dokumentiert, dass man unter Standortgesichtspunkten und im Standortwettbewerb der (digitalen) Verknüpfung von öffentlicher Verwaltung und Unternehmen an den jeweiligen Standorten zukünftig besondere Bedeutung zumessen will. Schließlich haben Unternehmen den vielfach höheren Bedarf an schnellen, kostengünstigen und möglichst digital medienbruchfreien Services als der „normale Bürger/in", der bzw. die statistisch gesehen lediglich etwa 1,5 mal im Jahr einen Gang zum eigenen Rathaus nötig hat…

Die Digitalakademie als Zukunftsbaustein

Mit Spannung zu erwarten sein dürften auch die ersten Ergebnisse und Erfahrungsberichte der Digitalakademie Baden-Württemberg, die auf Basis der geschaffenen Landesförderung gemeinsam von ITEOS und dem Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation betrieben wird. Für die Digitalstrategie Baden-Württemberg und die öffentlichen Verwaltungen im Land, ganz besonders in den ca. 1100 Kommunen, wird es interessant zu beobachten sein, ob es mit den Angeboten der Digitalakademie tatsächlich gelingt, in allen Kommunen örtliche „Digital-Lotsen" zu gewinnen und digital fit zu machen, um die noch in erheblichen Teilen und in manchen Kommunen bestehenden und vom CIO/CDO auch im Kongress des Jahres 2019 beklagten Vorbehalte gegen die weitere Digitalisierung der Lebens- und Verwaltungsverhältnisse/Prozesse zu überwinden.

Ein erfolgreich implementiertes und dann auch zu pflegendes Netz von (ca. 1100) kommunalen Digital-Lotsen wäre sicher auch ein sehr guter Beitrag, die Verpflichtung des OZG zur Realisierung aller Verwaltungsdienstleistungen als E-Services spätestens zum 31.12.2022 sicherzustellen. Die Idee hätte damit durchaus Beispielscharakter auch für andere Bundesländer und deren Kommunen, die schließlich vor den gleichen digitalen Herausforderungen stehen. Dass das Unterfangen angesichts traditioneller Verwaltungsstrukturen und Denke nicht einfach sein wird, dürfte klar sein:

Digitallotsen – wer kann, wer muss es machen?

Wer soll die Rolle des Digital-Lotsen vor Ort in Kommunen unterschiedlicher Größenordnung übernehmen? Stabs- oder liniengebunden? Mit welchen Kompetenzen, Funktionen und Ressourcen? In der obersten Führungsebene angedockt? In der Organisation oder/und in der IT positioniert? Mit Informations- und/oder Gestaltungs- und Einflussrechten auf die Fachverwaltungen im Hause? Als Kooperationsmodell mit gemeinsamen Lotsen in mehreren Kommunen? Und: Welche Qualifikation brauchen Digitallotsenkandidaten denn überhaupt? Wie animiert man Bürgermeister, Landräte, politische Gremien, sich auf ein solches Modell einzulassen? Mit welchen Zusatzkosten/-Personal ist das vor Ort verbunden?...?

Digitalstrategien zum Leben erwecken

Aus Theorie wird digitaler Alltag

Die Verwaltung in Deutschland steht vor großen Herausforderungen: Projekte wie das Onlinezugangsgesetz, Polizei 2020, die IT-Konsolidierung im Bund, der Digitalpakt Bildung und die Auswirkungen des Sicherheitsgesetzes sind sehr umfangreich und komplex – und das wird mitunter völlig unterschätzt. Davon betroffen ist jede Amtsstube, denn alle Behörden müssen nun sicherstellen, dass die IT-Infrastruktur und IT-Architektur nicht nur skalierbar, sondern auch interoperabel und innovationsfähig ist.

Gesetze und Programme sind jedoch nur die ersten Schritte auf dem Weg in Richtung digitalisierte Verwaltung. Manche Verantwortliche sehen die Anforderungen des Onlinezugangsgesetzes bereits dann erfüllt, wenn ein PDF online zur Verfügung steht. Andere hingegen wollen die Verwaltungsleistungen medienbruchfrei vom Bürger bis zur Langzeitaufbewahrung gestalten – system- und oft auch behördenübergreifend. Dabei sollte sich Digitalisierungsvorhaben stets auf den Sinn und Nutzen fokussieren. Ein geschärfter Blick auf die Stakeholder, also auf Bürger, Unternehmen und VerwaltungsmitarbeiterInnen, sowie ein enger Austausch mit ihnen ist dabei unabdingbar.

Mit Innovationsgeschwindigkeit den Fachkräftemangel besiegen

Neben den gesetzlichen Anforderungen nimmt zugleich die Innovationsgeschwindigkeit in der IT zu. Robotics, Big Data Analytics, KI oder Blockchain erleichtern die Arbeit und ermöglichen, schneller Arbeitsergebnisse mit einer höheren Qualität zu erzielen. Immer mit dem Ziel, die Menschen von Routine-Aufgaben zu befreien und ihnen mehr Zeit für wichtige und spannende Themen zu verschaffen.

Besonders herausfordernd ist dabei, dass all diese Technologien beherrscht werden müssen. Dabei ist der sinnvolle Einsatz zu prüfen und die Lösung entsprechend zu designen sowie zu integrieren. Nicht zuletzt müssen entsprechende Infrastrukturen betrieben und regelmäßig erneuert werden. Dazu ist Fachwissen und Personal notwendig. Um diese Herausforderungen in Zeiten des Fachkräftemangels zu meistern, suchen sowohl Industrieunternehmen als auch Verwaltungen neue, innovative Digitalisierungslösungen.

Alle müssen an einem Strang ziehen

Jetzt gilt es, die bereits vorliegenden Gesetze, ambitionierten Programme und durchdachten Strategien umzusetzen. Um die hohe Komplexität dieser Aufgaben in den Griff zu bekommen, ist ein umfangreiches Partnerbiotop notwendig, das kooperativ und nutzenorientiert agiert. Denn nur, wenn die Verwaltung, die IT-Dienstleister und die Hersteller ihr Fachwissen sowie ihre Skalierfähigkeit gemeinsam einbringen und sich als Einheit verstehen, wird aus der Theorie erlebbarer, digitaler Alltag. Und das Ziel, Deutschland zu digitalisieren und damit ein Stück besser zu machen, rückt in greifbare Nähe.

Computacenter als Umsetzer

Computacenter kennt die Anforderungen von Behörden und Bürgern aufgrund jahrelanger Projekterfahrung in der öffentlichen Verwaltung sehr genau und hat ausgewiesene Experten für die Themen der Digitalisierung. So unterstützt der IT-Dienstleister die öffentliche Verwaltung dabei, die Wünsche der Bürger besser zu erfüllen und E-Government umfassend zu realisieren.

Digitale Verwaltung RLP

Innovativ, leistungsfähig und nutzer-
orientiert für Bürger und Wirtschaft

29. August 2019, Mainz

5. „Digitale Verwaltung RLP““

zum 1. Mal in Mainz am 29.08.2019

Nach der Begrüßung durch ***Dr. Eva-Charlotte Proll*** für den veranstaltenden Behörden Spiegel brachte es ***Randolf Stich,*** Staatssekretär und Amtsschef im Ministerium des Innern und Sport, Rheinland-Pfalz, als Schirmherr des neuen und erstmalig in Mainz stattfindenden Digitalkongresses für Rheinland-Pfalz vor mehr als 360 Teilnehmern/innen so auf den Punkt:

Landes-CIO Staatssekretär Randolf Stich unterstrich in Mainz die besondere Bedeutung einer engen Kooperation von Land und Kommunen in Rheinland-Pfalz. *Foto: Dombrowsky*

Man habe aus dem eigenen Bundesland durchaus bislang etwas neidisch auf die Kongresse des Behörden Spiegel in Bayern, Baden-Württemberg, Berlin und NRW geschaut und seit längerem gehofft und sich dafür engagiert, auch für Rheinland-Pfalz eine vergleichbare Informations- und Kommunikationsplattform in der Digitalisierung zu etablieren. Er dankte ausdrücklich dem Veranstalter, dass die Kongresspremiere möglich gemacht wurde und so großen Zuspruch direkt erfahren habe.

Digitalisierung – so die Ausführungen in seiner Keynote – sei das aktuelle Kernthema für die Verwaltung in Rheinland-Pfalz, durchaus auch mit dem Blick auf die elektronischen Services für die Unternehmen am Standort. Sein „Herzensthema“, der Breitbandausbau sei bereits so weit vorangekommen, dass z.B. auch im ländlichen Bereich 2/3 der Fläche mit dieser Technik versorgt ist. Mit den Landkreisen als Partner sollen Ende 2020 alle Gebiete mit einem Gigabit tauglichen Glasfaser ausgestattet sein. Im aktuellen Haushalt des Landes seien für diese unverzichtbare Zukunftsinvestition aktuell mit Unterstützung der Ministerpräsidentin 585 Mio. € eingestellt worden.

www.dv-rlp.de

Herzensangelegenheit: Breitbandausbau in der Fläche

Mit den kommunalen Spitzenverbänden gibt es seit Ende 2018 eine durchaus beispielgebende Kooperationsvereinbarung, mit der man in enger Abstimmung und gebündelter Kraft die Digitalisierung der Verwaltungen im Land und in den Kommunen, insbesondere was gemeinsam notwendig Basiselemente angeht, realisieren kann.

Wichtig sei die Benennung des CISO und das kooperative Projekt des Landes, CERT, das auch den Kommunen zum Thema Sicherheit und Cyberabwehr in vertrauensvoller Aktion zur Verfügung stehe. Gemeinsame Aktion zur IT-Sicherheit brauche eben gegenseitiges Vertrauen und Bereitschaft zur besonderen Zusammenarbeit. Für die Landesverwaltung wies er zum Sicherheitsthema darauf hin, dass man „geschäftskritische Anwendungen“ nicht mehr in den einzelnen Ressorts, sondern hinter einer dreifachen Firewall und mit BSI Zertifizierung zentral im LDI – Landesbetrieb Daten und Information, bereitstelle.

> **„Rechenzentren dürfen keine Energiefresser mehr sein!“**
>
> Staatssekretär Randolf Stich

Dem Thema „Green-IT“ widme er sich persönlich bereits seit 2007, Rechenzentren dürfen in Zukunft keine Energiefresser mehr mit vielen unterschiedlichen Anwendungen in vielen Nischen sein, so seine Forderung nach Standardisierung und Restrukturierung.

Die Digitalisierungsstrategie der Landesregierung beschränke sich aktuell nicht mehr „nur“ auf Absichts- und Zielerklärungen, sie wird vielmehr direkt gekoppelt mit 25 konkreten Projekten, die konsequent in ihrer Umsetzung

vorangetrieben werden. Dass das Land im Vergleich zu anderen Bundesländern mit dem Erlass eines E-Government-Gesetzes sich mehr Zeit gelassen habe, sei jetzt durchaus ein Vorteil; der aktuell von der Landesregierung erarbeitete Entwurf eines solchen Gesetzes beinhalte nun bereits auch die notwendigen Konsequenzen aus dem Onlinezugangsgesetz. Das Gesetz werde nach seiner Verabschiedung durch den Landtag im kommenden Frühjahr eines der modernsten Regelwerke im föderalen Staat auf dem Wege der weiteren Digitalisierung sein.

E-Government Gesetz RLP kommt in 2020

Die in Rheinland-Pfalz identifizierten ca. 1.800 einzelnen Verwaltungsleistungen, die von Land und Kommunen bis 2022 elektronisch zu erbringen bzw. zu vollziehen seien, seien nur im Verbund zu stemmen, auch dafür biete der Kooperationsvertrag mit den kommunalen Partnern eine gute Plattform. Das Land werde zentrale Basiskomponenten aufbauen und den Kommunen kostenlos bereitstellen; das beziehe sich u.a. auf das RLP-Portal, Prozessplattformen, Bezahl-Services und Service-Konten. Gleichermaßen wird das Land auch mit Bezug auf die europäische Regelung der elektronischen Rechnungsannahme, E-Rechnung, die Kommunen mit den erforderlichen Diensten und Komponenten unterstützen.

Als weiterer Basisdienst steht die Einführung der E-Akte in 25.000 Arbeitsplätzen in der Landesverwaltung an, hier plädierte Staatssekretär ***Stich*** für die vom ihm sogenannte „Tsunami Methode: Einführen und dann schauen was passiert".

Die Digitalisierung verändert nicht nur die Verwaltung, sondern die Gesellschaft und die Gemeinschaft in Städten und Dörfern insgesamt. Die bundesweit vorbildliche Strategie „Herzschlag für Kaiserslautern" zeige dies im „Digitalen Städtenetzwerk" besonders auf, aber auch die Aktion „Digitale Dörfer" sei für den eher ländlich geprägten Bereich in Rheinland-Pfalz im digitalen Zeitalter sehr wichtig und habe bereits ausgezeichnete Projekte und Leuchttürme hervorgebracht.

Der „Blaulicht-Staatsekretär" und das digitale Rettungswesen

Als auch „Blaulicht-Staatsekretär", der neben der Funktion des Landes CIO eben auch für das Rettungs- und Katastrophenwesen zuständig sei, sei es ihm seit langem ein besonderes

Der Multikopter ist ein vielseitig einsetzbares Hilfsmittel, das u. a. der Vermisstensuche oder dem Katastrophenschutz dient.

Foto: Dombrowsky

Anliegen, Rettungs- und Notfallversorgung digital bestens zu unterstützen und zu entwickeln. Dies geschehe z.B. mit Drohneneinsätzen zur Brand- und Katastrophenbekämpfung wie auch mit der Echtzeitübermittlung von Daten aus Notarzt- und Rettungswagen, um den angesteuerten Krankenhäusern die notwendigen Informationen zum Patienten zu übermitteln, schon bevor die Notaufnahme im Krankenhaus durchgeführt werden kann.

Vor dem Kongresshotel konnten die Teilnehmer/innen diese Komponenten und ihre Vorführung eindrucksvoll auch selbst in Augenschein nehmen:

Der vorgeführte Multikopter ist ein vielseitig einsetzbares Hilfsmittel, das u.a. der Vermisstensuche oder dem Katastrophenschutz dient. Er verfügt über eine Wärmebildkamera und kann dank einer kabelgebundenen Energieversorgung auf unbestimmte Zeit in der Luft verbleiben. Die Steuerung erfolgt jeweils durch einen Piloten, einen Kameraoperator sowie einen Beobachter. Zur Auswertung der Aufnahmen stehen am Boden portable Großbildschirme zur Verfügung.

Zwecks lückenloser Dokumentation setzen die Fachkräfte des Rettungsdienstes auf digitale Neuerungen. Via Tablet werden Daten zu Anamnese, Diagnostik und etwaigen Maßnahmen direkt von der Leitstelle bezogen.

Foto: Dombrowsky

Zwecks lückenloser Dokumentation zeigten die Fachkräfte des Rettungsdienstes im Weiteren aktuelle digitale Neuerungen: Via Tablet können Daten zur Anamnese, Diagnostik und etwaigen Maßnahmen direkt von der Leitstelle bezogen werden; die Einsatzkräfte vor Ort können die so übermittelten Daten dem Profil des Patienten hinzufügen / abgleichen und das Tablet als Anbindungsmöglichkeit zu einer Schnittstelle zu EKG- und Beatmungsgeräten sowie einer Kartenlesefunktion nutzen.

Zum Thema „digitalisierung in der Kommune" referierte ***Dr. Heike Kaster-Meurer***, Oberbürgermeisterin der Stadt Bad Kreuznach und erklärte, dass nach dem OZG die Erwartungen von Bürgern/innen und Unternehmen als Nutzer von digitalen Verwaltungsleistungen „riesig" geworden seien: „Das was wir in 20 Jahren zur digitalen Entwicklung nicht geschafft haben, sollen wir jetzt in drei Jahren erreichen", so die Oberbürgermeisterin.

Der Nachholbedarf erfordere eine intelligent unterstützte Stadtentwicklung, Transformation, Partizipation, Energieeffizienz, eine ganz neue Lebensqualität und eine leistungsfähige Infrastruktur; es gehe letztlich um die Attraktivität der Städte und ihre Standortqualität. Sechs Handlungsfelder stellte sie besonders heraus:

- Neue Aufgaben von Politik und Verwaltung
- Bildung im Digitalen Zeitalter
- Wertschöpfungspotenziale Mobilität
- Gesundheit und Pflege
- Energie und Umwelt.

Dezernate in den Kommunen enger zu verzahnen, mit Echtzeitdaten neue Erfahrungen und Potenziale zu erschließen, digitale Scouts auszubilden und die besondere Rolle und die Chancen der Kommunalen Stadtwerke gezielt einzubinden, haben nach ihrer Einschätzung hohe Priorität und Wirkchancen:

Ein „Smart City Cockpit", für Ihre Stadt derzeit geplant, mit Echtzeitdaten zu Busverkehren, Fahrradmietstationen, Straßenbeleuchtung pp. kann in vielen urbanen Lebensbereichen hilfreich sein, ebenso wie die mittels Echtzeitplattformen mögliche Unterstützung des Ehrenamtes, wenn es um individuelle oder vereinsgebundene und nachgefragte Informationen und z.B. Planungen gehe, wo sich wer wozu und womit aktiv am besten einbringen kann, wenn dies gewünscht und im Sinne des Gemeinwesens auch unverzichtbar ist.

OB Kaster-Meurer: Ein „Smart City Cockpit" für Bad Kreuznach

Sehr eindringlich wies sie auf die nicht gelöste Frage der Folgekosten, des Betriebs, der Ersatzbeschaffung der jetzt anstehenden IT Ausrüstung der Schulen und das in den Schulen nicht vorhandenen IT Fachpersonal hin – trotz aller Milliarden Investitionen, die aktuell von Bund und Land zu erwarten seien. Die von der Landesregierung angekündigten „Paketlösungen" auch für die Kommunen seien absolut wichtig und zur örtlichen digitalen Entwicklung angesichts vielerorts bestehender Ressourcen- und Personalknappheit unverzichtbar.

> **„Lernen wie Maschinen ticken!"**
>
> Prof. Dr. Hill

Mit notwendigen Strategien und Kompetenzen der digitalen Zukunft befasste sich der Beitrag von ***Prof. Dr. Hermann Hill***, Lehrstuhlinhaber für Verwaltungswissenschaft und Öffentliches Recht, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften, Speyer. Er zeigte die Potenziale von KI, agiler Echtzeitsteuerung und „radikaler Nutzerorientierung" auf. Verstehen, wie die Algorithmen, wie die Maschinen „ticken", stehe u.a. für die digitale Zukunft an, in der „alles mit allem vernetzt" sein werde.

Iterative Entwicklungen, wie „den Stein ins Wasser werfen und schauen was passiert" gehöre zum agilen Denken auch in der öffentlichen Verwaltung der Zukunft – so wie es die Digitallabore jetzt auch angehen: „Einfach mal machen!" sei die leitende Devise. „Algorithmen Governance" bedeutet nach seinen Worten, unter ethischen Aspekten Algorithmen auch mit Werten zu versorgen und laufend zu speisen. Online- und Offlinewelten miteinander zu verknüpfen, Vorsorge für Disruption zu treffen, sich über notwendige Resilienz klar zu werden, seien Gebote der Stunde. Wenn die Verwaltung nicht lerne, mit diesen neuen Techniken und Mechanismen umzugehen, wie dies die Menschen im Privatleben heute schon vorfinden, komme vielleicht irgendwann der Zeitpunkt, wo „Facebook die Verwaltung übernehmen könnte".

Detlef Bäumer, Picture GmbH, zeigte in seinem Beitrag auf wie zentral die Prozesserfassung und -Modernisierung für die zukünftige Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung ist; er plädierte dafür, es aus der Sicht der betroffenen Mitarbeiter/innen möglichst „einfach zu machen" und die Führungsebenen der Verwaltung in die Prozessoptimierung ausdrücklich einzubeziehen.

Er empfahl, nicht flächendeckend Prozesse aufzunehmen, sondern die „Top-Prozesse" zu identifizieren, deren Ergebnisse und Zukunft vor dem Hintergrund von Demografie, Mengengerüsten und ggf. ohnehin geplanten und organisatorisch notwendigen Veränderungen prioritär zu betrachten und digital umzuformen.

Das Rheinland-Pfälzische CERT, seine Aufgaben, seine Struktur und seine Arbeitsweise „aus dem Maschinenraum" stellten ***Sven Paas***, Leiter CERT-RLP und ***Margot Heimfahrt,*** Geschäftsführerin, SECURION Rheinland-Pfalz GmbH, vor.

Die täglich übergroße Zahl von Cyberangriffen abzuwehren, Vorsorge zu treffen, den Informationsaustausch vorbeugend und nachgehend im Falle des Falles sicherzustellen sind die Kernaufgaben der gemeinsam von Land und Kommunen auf den Weg gebrachten Einrichtung, in der auf das Engste zusammengearbeitet wird. Das Land und die kommunale Familie haben es partnerschaftlich verstanden, zwei rechtlich getrennte „CERT-Kopfstellen" zu installieren, weil Bedürfnisse und Bedrohungslagen pp. durchaus jeweils unterschiedlich sind, im Tagesbetrieb arbeiten beide Bereiche aber idealtypisch zusammen.

Margot Heimfahrt Geschäftsführerin, SECURION Rheinland-Pfalz GmbH *Foto: Dombrowsky*

„Risiken muss man managen" so ***Sven Paas;*** die gemeinsame Arbeit im CERT-RLP erfülle für die Administratoren vor Ort typische und notwendige Querschnittsaufgaben und entlaste diese dadurch. Träger des CERT-RLP ist das LDI, der Landesbetrieb Daten und Information.

Sicherheitsvorfälle melden und keine Scham dabei

Margot Heimfahrt appellierte als Geschäftsführerin der SECURION, einer in GmbH Form betriebenen Tochter der kommunalen Spitzenverbände, an die Teilnehmer/innen der Kongresses, Angriffe, seien sie abgewehrt oder doch in die Systeme vor Ort als Sicherheitsvorfall gelangt, in jedem Falle dem CERT zu melden, auch wenn es dazu keine Verpflichtung der Kommunen gebe; falsche Scham vor solchen Informationen und deren Offenbarung sei im Interesse aller nicht angebracht!

Zur Unterstützung wissensintensiver Prozesse gab ***Eric Rietzke***, Forschungsprojekt SEMANAS, Hochschule Trier, einen Input für die Teilnehmer/innen. Er forscht an der Hochschule zu besonderen und notwendigen Tools, um die Potenziale der KI für solch besondere Zwecke bestmöglich weiter zu erschließen und zu nutzen.

"KI selbst gibt es so gar nicht. Was es gibt, sind Predictive Analysis, Deep Learning und Machine Learning als Beispiele für Anwendungen unter dem Oberbegriff KI. Für die Verwaltung ist dabei das Machine Learning im Normalfall das Werkzeug der Wahl", erklärte der Wissenschaftler.

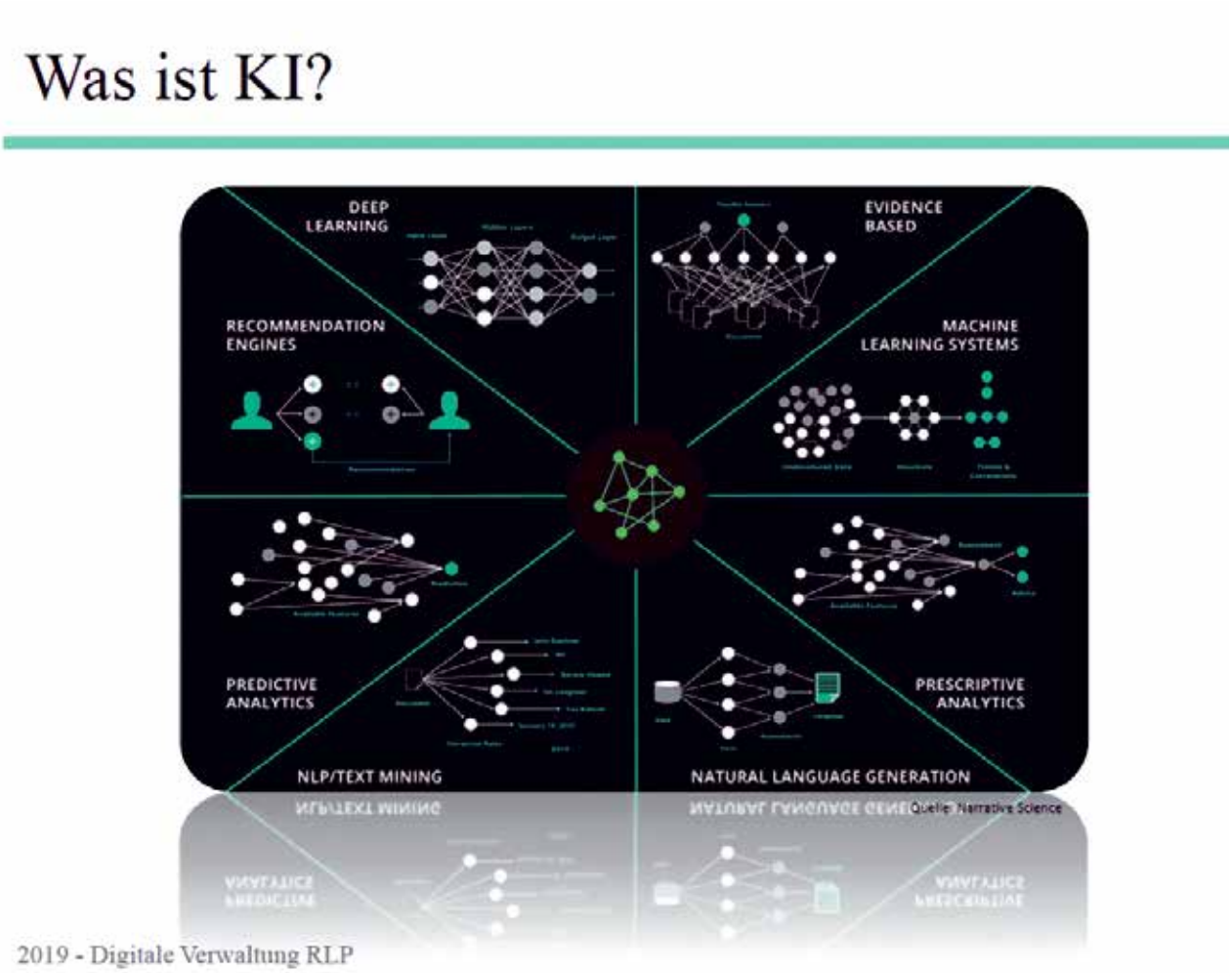
Bei der Arbeit mit solchen Systemen sei es grundsätzlich wichtig, ein tiefgreifendes Vertrauen zwischen Mensch und Maschine aufzubauen: Die Nutzung, Akzeptanz und ggf. auch Entscheidungen von digitalen Systemen – dort, wo sie im Aufgabenspektrum der Verwaltung denkbar seien – müssten auf Wissen und Fakten beruhen und mit diesen Parametern erklärbar sein, damit unter rechtsstaatlichen Aspekten nachvollziehbar bleibt, was der Computer tue und ggf. entscheide, so der Referent.

In Trier sei gemeinsam mit der dortigen Universität das wissensbasierte KI-System ODD-BP ("Ontology and Data driven Business Process modeling") erarbeitet worden um KI an dieser Stelle weiter zu spezifizieren: Die dort entwickelte Technologie soll dabei helfen, eine transparente Prozessun-terstützung für wissensintensive Prozesse zu liefern, die bislang ausschließlich von Menschen erfolge, z.B. im Gesundheitswesen, weil eben neues Wissen in und um KI sinnvoll und notwendig ist, um sie für solche Zwecke wirksam einsetzen zu können.

KI für wissensintensive Prozesse besonders erforschen und einsetzen

"Das System ist modular ausbaubar und kann an verschiedene Branchen angepasst werden", erklärt ***Rietzke:*** "So könnte das System beispielsweise in Einsatzleitstellen eingesetzt werden, um mit Hilfe von zuvor eingelerntem ärztlichem Know-how strukturiert wichtige Fragen zum aktuellen Einsatz zu stellen und daraus eine Empfehlung abzuleiten, wie dem Notfallpatienten am besten geholfen werden kann."

Am Vormittag und am Nachmittag nahmen die sechs Fachforen in den einzelnen Slots, Verwaltung, E-Government und



Quelle: Vortrag Eric Rietzke, Hotel Atrium, Mainz, 29.08.2019

Digitalisierung die Impulse aus den Vorträgen des Hauptprogramms weiter auf, sie konnten so mit sehr konkreten Beispielen nachhaltig vertieft werden.

Die digitale Transformation und die Prozessoptimierung in den Behörden standen als Schlüsselthemen dazu beispielhaft im Slot I-„Verwaltung" an:

Unter Moderation von ***Prof. Dr. Maria Wimmer***, Institut für Wirtschafts- und Verwaltungsinformatik, Universität Koblenz-Landau, trug ***Jörg Lamberti***, Abteilungsleiter im Hauptamt, Trier vor, wie sich seine Stadt intensiv auf den Weg der Prozessoptimierung gemacht hat und Ende diesen Jahres vor dem für die Zuhörer/innen beeindruckenden Ergebnis stehen werde, alle in der Stadtverwaltung bestehenden Prozesse erfasst zu haben!

Die Devise in Trier: Prozessmodernisierung nur selber machen!

Der Trierer Oberbürgermeister habe dazu vor einiger Zeit grundlegend entschieden, dass keine externe Beratung in Anspruch zu nehmen ist, sondern alles mit eigenem Personal aus der Querschnittsverwaltung in gutem, überzeugendem und motivierenden Miteinander mit den Fachbereichen und -Ämtern vonstattengehen und organisiert werden solle. Mit der Notation BPMN/Famos und einem freien Modellierungstool seien die Prozessaufnahmen erfolgt, nachdem in Federführung des Amtes 10 – Hauptamt – Workshops zur Information und Sensibilisierung der betroffenen Mitarbeiter/innen durchgeführt wurden. Über die Prozesslisten und die Prioritäten konnten die Fachämter selbst entscheiden, Fallzahlen und Arbeitszeiten wurden mit Rücksicht auf die betroffenen Mitarbeiter/innen nicht erfasst. Das gesamte Projekt stelle sich letztlich als ein „eigenoptimierter Wissenstransfer" dar. Die im Entstehen befindliche Prozessbibliothek wird im Intranet der Stadt allen Fachbereichen zur Verfügung gestellt; die von den Fachämtern erstellten Prozesssteckbriefe bleiben dagegen in deren „Obhut" und werden nicht ins Intranet aufgenommen.

Seine Empfehlung an die Zuhörer/innen: Abschauen, was und wie machen es andere, nicht zurückschrecken beim

Abschreiben, Netzwerke gezielt ansteuern und eng zusammenarbeiten!

Martina Vogel, Verbandsgemeinde Kaisersesch, berichtete über die Kooperation der vier Verbandsgemeinden und ihrem Landkreis Cochem-Zell, die seit 2014 bundesweit für große Aufmerksamkeit und Zuspruch gesorgt hat. Der Landkreis Cochem-Zell war einer der vom BMI von 2014 bis 2016 geförderten Modellkommunen und hat die Prozessoptimierung in einer gemeinsamen Struktur mit seinen Verbandskommunen und deren jeweiligen Gemeinden im Weiteren beispielhaft und vertrauensvoll gemeinsam organisiert.

Ein generischer Ansatz hat mit einem gemeinsamen Bürgerportal seinerzeit zu zehn digitalisierten Prozessen geführt, ein optionales Service-Konto mit Bezahlfunktionen ist angeschlossen. Basis ist die aus Hessen von der e-kom21 stammende Civento Technologie, mit der Prozesse identifiziert und installiert werden, wenn sie in der Einschätzung am Beginn sowohl im Front-End wie im Back-End für Verwaltung und Nutzer/innen Vorteile bringen können. Auswahlentscheidend für die Prozesse sind insofern die zu erwartenden Synergien, auch die betroffenen Fallzahlen.

Mittlerweile sehe die arbeitsteilige Zusammenarbeit der vier Verbandsgemeinden und des Landkreises so aus, das nur eine Kommune den jeweiligen Prozess analysiert, digital optimiert, testet und freischaltet um ihn dann anschließend für die anderen Verbandsgemeinden übertragbar zu machen.

Im Front-End und im Back-End auf Synergiechancen abstellen

Mittlerweile seien in Landkreis und Verbandskommunen ca. 35 Prozesse digitalisiert und in Betrieb.

Aus Kaiserslautern brachte ***Dr. Martin Verlage***, Geschäftsführer, KL.digital GmbH, eine weitergehende Perspektive der Digitalisierung in der Stadtgesellschaft mit in den Kongress und erläuterte das bereits bundesweit ausgezeichnete Projekt „Unser Lautern – herzlich digital".

Die Stadt hat eine Bevölkerung, die hinter den „herzlich digitalen Projekten" steht, politisch sind dafür die Weichen nach dem Erfolg im Modellkommune-Wettbewerb seit 2017 gestellt, ein Leitbild dazu im Stadtrat verabschiedet. Wissenschaft, Forschung und Expertenteams sind in den aktiven Arbeitsgruppen vernetzt. Ein hochmotiviertes, heterogenes Team setzte sich mit viel Engagement für die digitale Zukunft in der Stadt ein. Es gehe, so der Referent, an der Schnittstelle zwischen Stadt und Gesellschaft um mehr als Verwaltungsverfahren, es gehe u.a. um das Stadtmobiliar, um Ampeln, um Straßenbeleuchtung – insektenfreundliche Beleuchtung und deren Steuerung und vieles mehr.

Einen praktischen Nutzen für Unternehmen an ihren Standorten machte er im Rahmen solcher – umfassender „Digitaler Philosophie" – beispielhaft deutlich:

Wenn z.B. die vielen Parkscheine, die Handwerker in ihrem Tagesbetrieb in den Städten oft benötigen, um vor Ort zu arbeiten, in den Städten jetzt von ihnen per App gesammelt, digital adressiert und abgerufen werden, müssen sie nicht ihre Zeit unnötig damit vergeuden, alle einzelne Parkscheine selbst zu sammeln, zu sortieren, zu kopieren oder / und als nicht für die geforderten Aufbewahrungszeiten geeignete Thermodrucke ihrem Steuerberater zum Kopieren übergeben.

Schnittstelle Stadt und Gesellschaft: Neu und quer denken

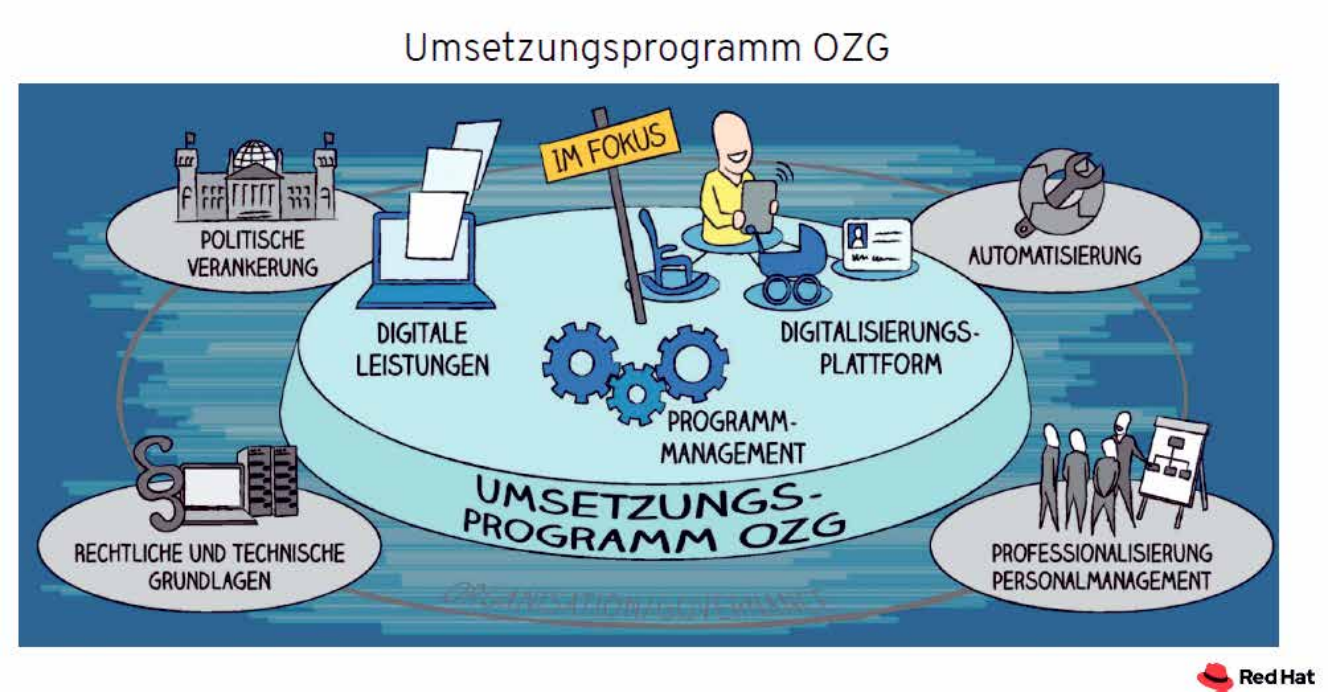
Multiprojektmanagement, Querdenken und mehr sei angesagt, Fachdisziplinen für neue gemeinsame Ziele zu koppeln und zu begeistern, ist der Schlüssel für neues Zusammenleben und -arbeiten im digitalen Zeitalter der Zukunft, sie bringt Changemanagement auf Dauer und hält alles in Fluss, so der Referent.

Dr. Margrit Seckelmann, Privatdozentin und Geschäftsführerin, Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung, Speyer machte deutlich, dass das entscheidende Gut der Smart City der Zukunft das „digitale City Cockpit" sein müsse, in dem z.B. zur konkreten Weiternutzung möglichst auch alle verfügbaren GEO-Daten eingestellt und abrufbar sein müssten. Auf Basis der europäischen INSPIRE Richtlinie muss eine EU-weite einheitliche GEO Daten Infrastruktur und ein GEO Kataster diese Funktion übernehmen.

In den Fachforen Digitalisierung I und II ging es um die folgenden zentralen Themen für Rheinland-Pfalz, in der weiteren Entwicklung seiner Landesteile im kommenden, digitalen Jahrzehnt, insbesondere im kommunalen Sektor:

Leistungsfähige digitale Infrastruktur für Rheinland-Pfalz sowie die Potenziale der Digitalisierung für den ländlichen Raum waren die Fachforen, in denen sehr konkrete Entwicklungen dargestellt und in positiven Kernpunkten und Erreichtem, auch in ihren Hemmnissen diskutiert werden:

Der Verbandsgemeinde Betzdorf-Gebhardshain z.B. geht es, so Bürgermeister ***Bernd Brato***, wie vielen Kommunen des ländlichen Raums in Deutschland: Die Bevölkerung altert, junge Menschen zieht es arbeits- oder studienbedingt in die weitaus attraktiveren Städte; oftmals ohne Rückkehr. Was folgt, ist neben einem Verlust an Humankapital auch ein Verlust an wirtschaftlicher Stärke. Deshalb setzt man im Westerwald darauf, die Attraktivität der eigenen Gemeinden wieder zu steigern: Man setzt gezielt auf die Potenziale der Digitalisierung.



Mit Digitalisierung die dörfliche Attraktivität steigern!

Mit Apps wie "DorfFunk" oder "LieferBar" soll der Nachwuchs in der Region gehalten, die interkommunale Vernetzung verbessert werden; und das größtenteils auch mit Erfolg, wie es die derzeitige Entwicklung vermuten lässt, so der Bürgermeister.

In Rheinland-Pfalz gilt Betzdorf-Gebhardshain als Leuchtturmprojekt der Digitalisierung: In nahezu ganz Betzdorf können Bürger über W-Lan auf das Bürgernetz zugreifen, an den Schulen stehen Kindern und Jugendlichen VR-Brillen, Tablets und andere Medien zur Verfügung, Social Media wird geschickt eingesetzt, um örtliche Kulturevents wie z.B. "Faszination am Fluss" aus der Taufe zu heben.

Dass die Digitalisierung in der Verbandsgemeinde schneller als andernorts voranzuschreiten scheint, hat auch die Ursache, dass die Verantwortlichen taktisches Gespür bewiesen, als sie sich schon 2012 dazu entschlossen, den Breitbandausbau „auf eine Faust" zu betreiben. Weitergehend waren es auch die Zuwendungen des Landes, die den finanziellen Spielraum für die weitere Experimente anschließend geschaffen und erweitert haben.

In erster Linie handelt es sich um Kommunikationsportale, die den interkommunalen Austausch vereinfachen sollen – und das durchaus mit Erfolg, so Bürgermeister ***Bernd Brato,*** Derzeit beteiligten sich rund 700 Teilnehmer am sogenannten "DorfFunk", einem digitalen Aushang, den Bürger nutzen, um Gesuche einzustellen oder miteinander in Kontakt zu treten.

Bürgermeister ***Bernd Brato:*** „DorfFunk" als Kommunikationsplattform!

Angegliedert ist der Plattform ein Nachrichtenportal, die "DorfNews", über das die Bürger der Verbandsgemeinde Informationen über das Dorfgeschehen abrufen können. In Zukunft soll mit "Lös-Bar" noch ein weiteres Tool hinzukommen, das den bereits etablierten "DorfFunk" um einen Kommunikationskanal erweitert, mit dessen Hilfe die Bürger/innen dann auf direktem Wege mit der Verwaltung kommunizieren können sollen.

Eher wirtschaftlich ausgerichtet ist die Portalpaarung aus "BestellBar" und "LieferBar". Ist erstere ein digitaler Marktplatz, auf dem ansässige Unternehmen ihre Waren und Dienstleistungen einstellen und zum Verkauf anbieten, liegt der Schwerpunkt des zweiten bei Fragen von Lieferung und Zustellung.

Obwohl sich der Vergleich aufdränge, sei es bei "BestellBar" nicht Ziel, ein „pfälzisches Amazon" zu errichten, sondern der regionalen Unternehmerschaft im digitalen Raum weitere Märkte zu erschließen. Mehr noch: Da "LieferBar", die distributive Seite, allein auf freiwilliger Basis von Bürgern betrieben wird, habe man auch noch das Wir-Gefühl in der Gemeinde stärken wollen.

Zum Glasfaserausbau, seiner Förderung und seiner Förderregularien, die bisweilen zu viele hemmende, bürokratische Komponenten enthalten, ergaben sich Beispiele und Diskussionen aus dem Eifelkreis Bitburg-Prüm:

Glasfaser als unabdingbare Voraussetzung für eine gelungene Digitalisierung ist mittlerweile eine republikweite Einsicht.

Dort, wo keine leistungsfähige Infrastruktur vorhanden ist oder nicht ausreichend geschaffen wird, geraten ganze Regionen ins analoge Abseits. Das gilt besonders für die ländlichen Teile der Republik, in denen der Erhalt demografischer und ökonomischer Ressourcen wesentlich von den Chancen des digitalen Wandels und schneller und leistungsfähiger Netzinfrastruktur abhängt.

Marco Brunzel (l.) fordert Digitaliserungsmöglichkeiten zu nutzen, um Prozesse zu vereinfachen. *Foto: Dombrowsky*

Leistungsfähiges Breitband auf dem Lande lebensnotwendig!

Beim Breitbandausbau gilt Rheinland-Pfalz als schwieriges Terrain: Weitläufige Flächen paaren sich hier mit einer relativ geringen Bevölkerungsdichte; die teils bergige Landschaft erschwert den Anschluss entlegener Haushalte häufig. Insgesamt seien die Bedingungen nicht gerade förderlich gewesen, als man sich 2012 an den Ausbau des Breitbandnetzes begeben habe, erklärt ***Raymond Twiesselmann***, Mitarbeiter im Breitband-Kompetenzzentrum (BKZ).

Noch ehe die Investitionsprogramme von Bund und Land anliefen, bewarb sich der Eifelkreis Bitburg-Prüm auf andere Fördermittel. Unter anderem auf das EU-Programm "Liaison entre actions de développement de l'economie rurale", kurz LEADER. Mit ihm habe man es geschafft, sechs Gewerbegebieten einen Anschluss ans Netz zu verschaffen, erklärt ***Helmut Berscheid***, Leiter des Amts für Kreisentwicklung. Dass die umliegenden Haushalte, obwohl nicht weit entfernt, dabei nicht gleich miterfasst wurden, habe ihn schon damals verwundert, fügt er ergänzend hinzu.

Als sich der Kreistag 2015 für den Ausbau der Breitbandinfrastruktur entschied, erfolgte daraufhin ein Förderantrag an das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur

„Industrie 4.0 geht nicht mit Verwaltung 1.0!"

Marco Brunzel:

(BMVI). Nachdem dieser noch im selben Jahr genehmigt wurde, erhoffte man sich schnelles Handeln. Was folgte, war ein langwieriger Prozess, der nach Bewilligung mit der Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie 2016 begann und sich noch zwei weitere Jahre bis zum symbolischen Spatenstich 2018 hinzog. Noch während der Planungsphase stellt sich auch heraus, dass ein Teil der Haushalte nicht unter das Programm fiel, da im Einzelfall bereits eine Versorgung über der veranschlagten Förderschwelle von 30 Mbit vorlag.

Entschlackung der Förderrichtlinien

"Um solche Fälle in Zukunft zu vermeiden, brauchen wir dringend eine Entschlackung der bestehenden Förderregularien. Es müssen einheitliche und verbindliche Standards gesetzt werden, die den Breitbandausbau weiterbringen und nicht behindern", so ***Berscheid.***

Die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes stand im Fokus des Forums E-Government II am Nachmittag:

Unter Moderation von ***Dr. Eva-Charlotte Proll*** lieferte ***Marco Brunzel***, Bereichsleiter Digitalisierung und E-Government, Metropolregion Rhein-Neckar, den aktuellen Impuls – wie immer in gewohnt hochengagierter und furios/temperamentvoller Form.

Die der Podiumsdiskussion vorangestellte Smart-Phone-Abfrage, inwieweit denn die Pflichten des OZG erkannt seien, ergab immerhin einen Wert von 35 Prozent der Forumsteilnehmer/innen, für viele allerdings waren die Aufgaben des OZG nur in Teilen oder noch gar nicht präsent…

Marco Brunzel wies auf neueste Untersuchungen zur Digitalisierung in der EU hin, Deutschland ist darin auf dem 25. von 28 Plätzen – ein ernüchterndes Ergebnis! Eine Industrie 4.0 am Standort ist nicht mit einer Verwaltung 1.0 zu machen – so seine Feststellung.

So sehr positiv die jetzt begonnenen Arbeiten der Digitallabore und der vielen engagierten Kommunen und Länder im föderalen Staat auch seien, wenn es vor dem Hintergrund der kommenden drei Jahre zur Realisierung des OZG Zieles, alle (!) Verwaltungsleistungen Ende 2022 elektronisch zu erbringen, sei insbesondere mit Blick auf die dazu notwendige Technik „die Luft noch sehr dünn".

Dr. Chrisine Brockmann, Geschäftsführerin der Metropolregion Rhein-Neckar Foto: Dombrowsky

"Allein bei der Geburt müssen die Eltern innerhalb von rund sieben Monaten ganze elf Verwaltungsleistungen beantragen". Da gebe es beispielhaft ein deutliches Potential zur Vereinfachung im Sinne der Nutzer/innen gegenüber der bisherigen Praxis, so ***Marco Brunzel.***

Nötig sei mehr Standardisierung, mehr als Klick-Dummies der Digitallabore und mehr als „Inseln der agilen Glückseligkeit"; die Potenziale der M2M Kommunikation aus der Industrie 4.0 seien in der Verwaltung und den notwendigen Entwicklungen zur Digitalisierung noch „unterbelichtet", das müsse sich ändern.

Michael Kaspers, Landkreis Cochem Zell, konnte für seinen Landkreis darauf verweisen, dass man seit 2016 bereits „OZG-affin" arbeite und auf dem Wege zur virtuellen Verwaltung sei. Am Beispiel des bundesweit einheitlich geltenden Waffenrechts erläuterte er die Notwendigkeit, zentrale und interoperable Lösungen für die 550 bundesdeutschen Waffenbehörden auf der Basis der Anwendungen der bundesweit dazu vorhandenen sechs Softwarehersteller zu finden.

Achim Fürst, KommWis und ***Dr. Katrin Dribbisch,*** init, machten deutlich, dass auch ein mobiles Identitätsmanagement mittels QR-Code, Nutzerkonto und Postkorb ebenso nötig sei wie im Sinne nutzerorientierter Lösungen darüber nachzudenken, „was die Menschen umtreibt". Von Ende zu Ende denken in ebenen- und ressortübergreifender Zusammenarbeit sei das Gebot im Digitalen Zeitalter, wobei für beratungsintensive Leistungen der Verwaltung auch immer noch der persönliche Kontakt für die Menschen vor Ort gewährleistet bleiben müsse.

Für ***Ansgar Kückes***, Red Hat, stellen sich die bislang nur unzureichend gelösten technischen Fragen als Hauptprobleme dar. Für die Rechenzentren fehlen nach seiner Feststellung noch die erforderlichen Anforderungen zur technischen Umsetzung des OZG, sie müssen Skalierbarkeit und Resilienz sicherstellen, die Kontrolle der Technik insgesamt, auch die der Hersteller, und: Ohne gegenseitiges Vertrauen der beteiligten Akteure in Bund, Ländern und Kommunen sowie Ihren IT Versorgern wird das OZG und werden seine Vorgaben kaum im vorgesehenen Zeitkorridor erreichbar sein. Eine Einschätzung, die ***Carsten Glohr***, Leiter Public Practice DeTeCon, T-Systems teilte und mit den von ihm sogenannten zehn Geboten und Verboten der Digitalisierung veranschaulichte:

Die Moderatorin bat zum Abschluss um eine weitere Abstimmung und Einschätzung durch das Publikum mittels Smart Phone, ob denn die Vorgaben des OZG bis zum Jahresende 2022 zu schaffen sein werden; das Ergebnis zeigt, dass der Weg noch weit ist:

> **„Hinter den Kulissen besser zusammenarbeiten!"**
>
> Dr. Christine Brockmann

Mit „ja" votierten in dieser Momentaufnahme am Ende der Podiumsdiskussion 0% (!), mit „Vielleicht" immerhin 17 %, aber 83% waren der Meinung, dass die Vorgaben des OZG bis Ende 2022 nicht zu schaffen seien.

Die abschließende Podiumsdiskussion „Digitalisierung als Motor der behörden- und Ebenen übergreifenden Kooperation" erhielt unter Moderation von ***Guido Gehrt***, Behörden Spiegel, einen Impuls von ***Prof. Dr. Maria Wimmer***, Institut für Wirtschafts- und Verwaltungsinformatik, Universität Koblenz-Landau.

Aus ihrer Sicht ist der europäische Binnenmarkt der Haupttreiber der Digitalisierung, das once-only-Prinzip und seine Realisierung zentrale Voraussetzung, den Datenaustausch im Sinne von Bürgern/innen und Wirtschaft zu optimieren und digital nutzerfreundlich auszurichten. An Beispielen aus Österreich mit den unterschiedlichen E-Services nach Geburt eines neuen Lebens konnte sie das sehr gut und anschaulich unterstreichen. Die digitale

Transformation ist ihrer Auffassung nach nur durch eine vorbehaltlose und übergreifende Kooperation in Europa möglich.

Staatsekretär ***Randolf Stich*** verwies auf das noch ungelöste Problem aus der arbeitsteiligen Erarbeitung der 14 OZG Themenfelder durch Bund und Länder: Die Nachnutzung gefundener Lösungen der federführenden Länder müsse durch die nicht federführenden Länder verpflichtend sichergestellt werden; sie dürften nicht doch wieder doppelte oder parallele Lösungen produzieren (wollen). Ein Thema, das auch im Kongress „Digitaler Staat 2019" im Frühjahr in Berlin in den Diskussionen und Vorträgen eine wichtige – noch nicht wirklich ergebnismäßig gelöste – Rolle gespielt hat.

Nachnutzung gefundener Lösungen föderal verbindlich sicherstellen!

Aus Sicht von Landrat ***Manfred Schnur***, Landkreis Cochem-Zell, dürfe Deutschland und seine föderale Gliederung und Verwaltung nicht auf Dauer als „digitales Entwicklungsland" auf hinteren Plätzen abgehängt bleiben, die Glasfaserinvestitionen dürften schließlich nicht nur Amazon und Co. zugute kommen.

Oberbürgermeisterin ***Stefanie Seiler***, Speyer, forderte die interkommunale Vernetzung von Betriebssystemen und Plattformen, eine bundesweite Digitalstrategie und die weitergehende Unterstützung der Kommunen auf dem Weg der Digitalisierung, da weder das nötige Personal, das nötige Know-how und die nötigen Finanzen an vielen Stellen der kommunalen Familie vorhanden seien; ein „digitale Leitfaden" sei bundesweit nötig.

Dr. Annette Schmidt, Leiterin des Aufbaustabes FITKO (Föderale IT-Kooperation), Frankfurt am Main, verwies auf die begonnenen Arbeiten ihrer Institution, die gerade dem Thema der Nachnutzung und Übertragung gefundener technischen Lösungen in die Bundesländer und Kommunen große Aufmerksamkeit widme und entsprechende Projekte und Lösungen plane. Derzeit in der IT Architektur in Deutschland noch fehlende offene Schnittstellen für alle, für öffentliche IT Dienstleister, für Softwarehersteller, ein dazu noch fehlender „Marktplatz" seien die Problemstellungen, die zur Realisierung der OZG Anforderungen noch bewältigt werden müssten.

Offene IT Architektur Flanke : Fehlende Standards und offene Schnittstellen

Waren die kommunalen Spitzenverbände bislang die einzigen Kommunalakteure im IT-Planungsrat, allerdings nur mit beratender Stimme, soll es künftig ein neues Gremium in der FITKO geben, das sich explizit mit den Bedürfnissen und Chancen des kommunalen Raums befasst, so ***Dr. Annette Schmidt:*** "Wir werden einige Gremien direkt an die FITKO angliedern, die in Wechselwirkung mit dem IT-Planungsrat kommunizieren und Ideen sowie Bedenken einbringen können" erläuterte sie eine auf positive, kommunale Resonanz gestoßene, kooperative Idee. Darunter soll auch ein Kommunalgremium mit neun Vertretern der Spitzenverbände sein sowie die Kommunalen IT Dienstleister, die über deren Bundesvereinigung, Vitako, ebenso vertreten sein sollen, wie die KGSt.

Dr. Christine Brockmann, Geschäftsführerin, Metropolregion Rhein-Neckar GmbH, appellierte, Verwaltungsprozesse und Services vom Nutzer her neu zu denken und auch „hinter den Kulissen" besser zusammenzuarbeiten. E-Government in Deutschland sei bislang „zu brav" gemacht worden; mit dem OZG sei es nun unabdingbar, eine neue Qualitätsstufe miteinander zu erreichen.

Das Positivbeispiel in dieser Beziehung stellt – nicht nur nach Einschätzung der Geschäftsführung – die bisherige vertrauensvolle Arbeit in der Metropolregion Rhein-Neckar dar, in der sich insgesamt 15 Stadt- und Landkreise am innerdeutschen Dreiländereck Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Hessen zusammengetan haben: "Das ist positiver Föderalismus pur und damit das funktioniert, braucht es nicht nur vorne rum, sondern vor allem auch hinter den Kulissen eine gute Zusammenarbeit", erklärte die Geschäftsführerin der Metropolregion Rhein-Neckar (MRN) das „Geheimnis" der bisherigen Erfolgsgeschichte der Region.

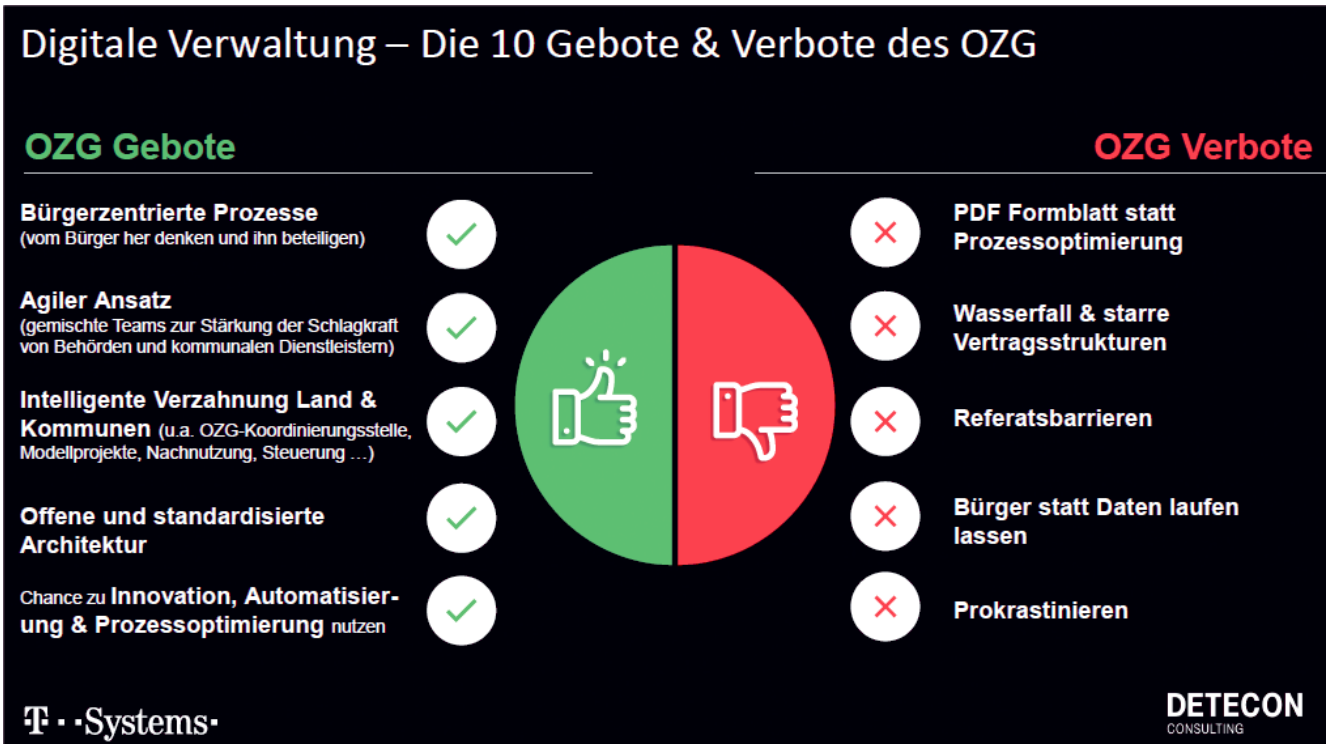
Ausblick auf das Jahr 2020 und das kommende „Digital-Jahrzehnt":

Das große Interesse und die als Premiere erreichte Teilnehmerzahl von über 360 Repräsentanten und Verantwortlichen aus der Verwaltung des Landes und der Kommunen in Rheinland-Pfalz belegen deutlich, dass der neue Kongress und sein Veranstalter „den Nagel auf den Kopf" getroffen haben und der Kongress in der zweite Auflage auch in 2020 stattfinden wird.

Rheinland-Pfalz ist bereits auf gutem Weg

Besonders beeindruckend ist die seit Ende 2018 vertragsbasierte Kommunikation zwischen Land, den Kommunen und ihren Spitzenverbänden, die beispielgebend auch für andere Bundesländer sein kann. Dass man gemeinsam von Landesseite aus notwendige Basiskomponenten entwickelt und dann kostenlos der kommunalen Gemeinschaft zur Verfügung stellen wird, ist ein idealtypischer, kommunikativer und mutiger Weg ins kommende „digitale Jahrzehnt 2020".

Die weitere Entwicklung dieser neuen Form vorurteils-



Quelle: Vortrag Carsten Glohr, Kongress Mainz, Hotel Atrium, 29.08.2019

freier, vertrauensvoller öffentlicher Kooperation bietet sicher interessante und qualitätsvolle Inhalte, die es nach Jahresfrist aktuell wieder neu zu beleuchten und in ihren ersten konkreten Erfahrungen und Ergebnissen im Sinne einer ersten Evaluation auf dem kommenden 2. Digitalkongress RLP zu betrachten und weiterzutragen gilt.

Das E-Government Gesetz Rheinland-Pfalz kommt in 2020

Es wird spannend und auf dem Kongress des Jahres 2020 sicher auch berichtenswert sein, was und wie durch das dann sicher vom Landtag verabschiedete E-Government Gesetz RLP an digitalen Zukunftschancen und gemeinsamen Wegen – auch wieder mit Blick auf den Zeithorizont des OZG – konkret zu erwarten sein wird. Die Akteure und Kenner der föderalen IT-Szene vom IT-Planungsrat über die Länder CIO bis hin zu den Kommunalen IT-Dienstleistern und die Kommunen sowie ihre Verbände selbst werden sicher mit großem Interesse verfolgen und wahrnehmen, wie die Anforderungen des OZG im Einzelnen und vielleicht exemplarisch Eingang in das neue E-Government-Gesetz RLP finden können und werden.

Insgesamt große und spannende Felder weitergehender Information, Kommunikation und Lösungen – und auch mit der Erwartung, ob denn nach Jahresablauf die Zuversicht, das OZG auch wirklich umsetzen zu können, signifikant, auch in Rheinland-Pfalz, gestiegen sein wird.

Eine erneute Befragung auf dem Kongress des kommenden Jahres sollte dazu bereits jetzt eingeplant werden; er findet am 27. August 2020 wiederum in Mainz statt.

CEYONIQ Technology
A KYOCERA GROUP COMPANY

Die vertrauens-
würdige E-Akte
mit **TR-Resiscan**
und **TR-ESOR**

Digitalisierung anpacken!

E-Akte und E-Akte-Basisdienst für Bund, Länder und Kommunen.

ceyoniq.com/government | government@ceyoniq.com
+ 49 521 9318 1000

TÜV InterCert SAAR
SYSTEMCERTIFIED
EN ISO 9001:2015

Der Fachkongress Deutschlands
für IT- und Cybersicherheit bei Staat und Verwaltung

www.public-it-security.de

PITS
Public-IT-Security
2019

2.–3. September 2019
Hotel Adlon, 10117 Berlin

PITS 2019:

Die agile hybride Bedrohungslage

Herausforderung – Entwicklung – Austausch – Lösungen

6. „PITS Public-IT-Security“

zum 6. Mal in Berlin am 02 und 03. September 2019

www.public-it-security.de

Die PITS 2019 unter dem Titel “Die agile hybride Bedrohungslage” steht die Frage im Mittelpunkt, wie angesichts zunehmender und dynamischer Bedrohungen für Netze und IT-Systeme der Verwaltung für Kritische Infrastrukturen und gegenüber der Wirtschaft die fortschreitende Digitalisierung erfolgreich und gleichzeitig sicher gestaltet werden kann.

Zur elften Ausgabe des Cyber-Sicherheitskongresses kamen rund 700 Interessierte im Berliner Hotel Adlon zusammen, darunter Informationssicherheitsbeauftragte von Bund, Ländern und Kommunen, IT-Administratoren sowie Cyber-Sicherheitsexperten aus Verwaltung, Sicherheitsbehörden, Militär und Wirtschaft.

R. Uwe Proll, Herausgeber und Chefredakteur des Behörden Spiegel machte in seiner Begrüßung deutlich, dass die IT Sicherheit elementare Voraussetzung für die weitere positive Entwicklung der Digitalisierung und besonders für das dazu nötige und unverzichtbare Vertrauen der Menschen in die Integrität und den Schutz ihrer Daten sei.

Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius eröffnete die PITS (Public-IT-Security) 2019 im Berliner Hotel Adlon mit über 700 Teilnehmern aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft. *Foto: Dombrowsky*

Er stellte die Fragen in den Raum, wie denn z.B. durch Agilität, erneuerte und angepasste IT-Strukturen und Organisation, neue Formen von Zusammenarbeit, Resilienz und Datensicherheit für den Staat, seine Bürger und die Wirtschaft nachhaltig erreicht werden können. Die Angreifer würden sich zunehmend hybrider Attacken und aggressiver Mechanismen bedienen. Daraus ergebe sich die Frage: Ist im bundesdeutschen Rechtssystem denn in der Zukunft auch eine hybride und aktive Cyberabwehr möglich?

Die Keynote am ersten Tag des Kongresses hielt ***Boris Pistorius***, Niedersächsischer Minister für Inneres und Sport; sein Leitthema: IT-Sicherheit – prioritäre Gemeinschaftsaufgabe im föderalen System: Auch wenn klar sei, dass es auch in der IT, erst recht in weiter fortschreitender Digitalisierung – wie in anderen Lebenswelten auch – trotz aller Anstrengungen eine 100 prozentige Sicherheit nicht geben könne, müsse dennoch alles Erdenkliche getan werden, damit die Sicherheit der Menschen, der Gesellschaft insgesamt, der Wirtschaft und der Verwaltung höchstmöglich garantiert werden könne. Digitalisierung und Cyber-Sicherheit sind nach Einschätzung des Ministers ein größerer gesellschaftlicher Umbruch, als es im 19. Jahrhundert die industrielle Revolution war.

Die Hackerangriffe auf die Kritische Infrastruktur seien in hohem Maße gestiegen, der Vorfall der in Rheinland-Pfalz und dem Saarland betroffenen Krankenhäuser, aber auch Angriffe auf die Versorger der Bevölkerung in Sachen Wasser, Energie und Mobilität belegen das; wir haben es dabei – so der Minister – nicht mit Science Fiktion zu tun, sondern mit der Realität! Man könne das durchaus schon als „hybride Kriegsführung“ bezeichnen, für dessen Abwehr Deutschland von anderen Staaten lernen könne, wenn es auch um hybride Antworten darauf gehe. Schließlich sei die „Analogisierung“ der Kritischen Infrastruktur als Alternative nicht der richtige, zukünftige Weg zu mehr Sicherheit.

Kongressformate wie die diesjährige Public-IT-Security seien bestens geeignet, um sich als CISO mit Partnern und Stakeholdern auszutauschen, sagte Abdou-Naby Diaw von der Lufthansa. Foto: Dombrowsky

Dass die Cyberkriminalität nicht nur von der „normalen Kriminalität", die sich digitaler Methoden bediene, ausgeht, sondern auch z.T. auch von ausländischen Staaten genutzt würde, mache die Lage nur noch komplizierter.

Er erläuterte die Digitalisierungsstrategie seines Bundeslandes Niedersachsen: Dass ein neues Digitalisierungsgesetz ebenso geplant sei wie das Bemühen um die notwendigen Fachkräfte der Zukunft im Rahmen von Aus- und Fortbildung.

In der Balance zwischen Freiheit und Sicherheit habe Deutschland mit der Datenschutzgrundverordnung, DGSVO, durchaus die „Nase vorn in der EU"; er plädierte für eine verbesserte und von unnötigen Egoismen befreite neue Qualität der digitalen Zusammenarbeit. Das positive Beispiel des von Bund und Ländern installierten „Gemeinsamen Terror Abwehrzentrums", GTAZ, hob er dazu ausdrücklich hervor, vielleicht eine Blaupause für ein gemeinsames Cyber Abwehrzentrum, so seine Anregung.

Die Bedeutung des Chief IT Security Officer, CISO, für Wirtschaftsunternehmen legte anschließend ***Abdou-Naby Diaw***, Chief Information Security Officer (CISO), Deutsche Lufthansa dar. Der CISO müsse, so der Referent, zugleich Stratege, Wächter, Berater und Tekkie sein; damit sei ein völlig neues Selbstverständnis verbunden als es die IT Sicherheitsbeauftragten vor 20 Jahren kennzeichnete. Das CISO Mandat trage nach seiner Erfahrung dazu bei, die digitale Transformation im Unternehmen zu beschleunigen, bis hin zur Erstellung von interdisziplinären Roadmaps.

Zu den drängenden Fragen in Zeiten zunehmender Bedrohung und täglicher Cyberangriffe nahm im Sinne notwendiger aber gefährdeter digitaler Souveränität Gerhard Marz, Bereichsvorstand, Geschäftsbereich Public Sector, Bechtle, aus Sicht eines deutschen Systemintegrators Stellung.

Bei der digitalen Souveränität gehe es um die Hardware, um die Netze, die Router, die Trojaner einschließlich deren Software, die Firewalls, die Angriffe aus der kriminellen Szene und aus dem Ausland. Obschon es absolute Sicherheit nicht gebe, müssten entsprechende Schritte eingeleitet werden. Dazu zählten: umfassendes Wissen, schnelle und KI unterstützte Reaktionszeit und -weise, Vorbeugung, auch durch größtmögliche Transparenz, eine professionelle Infrastruktur und die Nutzung optimierter Ressourcen. Ziel müsse sein, Angriffe möglichst in Echtzeit zu erkennen, auch Angreifer abzulenken, und von Ihnen zu lernen.

Notwendig sei dazu vor allem eine steuernde Rolle des Staates, um wirksame Cyber-Abwehr mit gesamtkonzeptionellem Anspruch zu realisieren. Der kollektive Wille dazu sei in allen IT-Ebenen notwendig.

Mit Blick auf den Fachkräftemangel (auch) im Bereich der IT-Sicherheit wünsche man sich noch mehr Technologiepartnerschaften, um die Kräfte auch in dieser Beziehung zu bündeln.

Verbraucherschutz und Antidiskriminierung in der digitalen Welt, auch das ein Thema auf dem Kongress: ***Dr. Dirk Behrendt***, Berliner Senator für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung veranschaulichte sehr deutlich die unterschiedlichen gegenseitige Erkenntnisse und Marketing- und Steuerungsmöglichkeiten auf Seiten der Online Anbieter und der Verbraucher/innen. Was der Online-Marktplatz mit Hilfe von Algorithmen und der KI aus den jeweiligen online Aktivitäten und Klicks alles folgern und ableiten könne, sei den potenziellen Kunden/innen kaum wirklich klar.

„Die Digitalisierung dient uns – nicht wir der Digitalisierung“

Senator Dr. Dirk Behrendt

Im Rahmen der PITS diskutierten der Präsident des Landeskriminalamtes BaWü, Ralf Michelfelder, LSI-Präsident Daniel Kleffel und ZITiS-Präsident Wilfried Karl (v.l.n.r.) darüber, wie Behörden und ihren Mitarbeitern bei der Prävention von IT-Vorfällen sowie im Ernstfall geholfen werden kann. Foto: Dombrowsky

“Mittels Prozessen, die Verbraucher oft nicht bemerken oder verstehen und womöglich auch nicht gutheißen, wird deren Verhalten analysiert, monetarisiert und beeinflusst”, kritisiert der Senator.

In der digitalen Welt sei das strukturierte Ungleichgewicht noch stärker ausgeprägt als bisher, denn der Wissensvorsprung der Anbieter beziehe sich nicht mehr nur auf Produkte und Dienstleistungen, sondern auch auf Informationen über den Verbraucher hinter den Kulissen.

Prozessabläufe backstage seien kaum durchschaubar, derzeit z. B. schon aus Großbritannien bekannt, sei ein diskriminierendes Problem auf dem Arbeitsmarkt, wo mittels Algorithmus eine Vorsortierung von Stellenbewerbern/innen erfolge und aus deren Entfernungsangaben zwischen Arbeitsplatz und Wohnung schon automatisch gefolgert und aussortiert werde, dass diejenigen, die eine weite Anfahrt zur neuen Stelle haben, den Job am ehesten wieder kündigen würden. Zur persönlichen Vorstellung reiche es dann schon aus diesem Grunde nicht mehr.

Er forderte EU-weite ethische Leitlinien, Kontrolle und Transparenz von Algorithmen, Abwehr- und Löschmöglichkeiten, eine institutionelle Kontrolle, wozu auch die Klärung mittels gesetzlicher Regelungen denkbar sei – „Die Digitalisierung dient uns – nicht wir der Digitalisierung“ so sein Schlusswort.

Die erste Podiumsdiskussion im Hauptprogramm befasste sich mit der Frage:

Die agile hybride Bedrohungslage: Herausforderung – Entwicklung – Austausch – Lösungen

Moderation und Impuls für die Diskutanten lieferte Präsident ***Daniel Kleffel,*** Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik Bayern, auf dem Podium vertreten waren Präsident ***Wilfried Karl,*** Zentrale Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich, ZITiS, Präsident ***Ralf Michelfelder,*** Landeskriminalamt Baden-Württemberg, Brigadegeneral ***Peter Richert,*** Abteilungsleiter Einsatz, Kommando Cyber- und Informationsraum der Bundeswehr, ***Bernd Kröpke,*** Senior IT-Consultant Cyber Security, Panda Security, ***Jochen Koehler***, Regional VP Sales Europe, Bromium und ***Hannes Steiner***, Director Sales Germany, Trend Micro Deutschland.

Der Moderator zeigte anhand der kommunalen Struktur in Bayern mit seinen 2056 Kommunen, 150.000 Clients im bayerischen Verwaltungsnetz und dem bereits in 2017 vom Bayerischen Landtag einstimmig verabschiedeten Gesetz zur Informationssicherheit auf, wie wichtig die behördenübergreifende Kooperation und die ausreichende personelle Ausstattung seines Landesamtes sei:

Derzeit seien in seiner Behörde 70 Mitarbeiter/innen im Einsatz, die Haushalte der kommenden Jahre sehen eine Steigerung auf 120 und weiter auf 145 Stellen vor. Die gute Zusammenarbeit mit dem LKA, der Bayerischen Generalstaatsanwaltschaft und dem BSI hob er besonders hervor. “Es gibt einen riesigen finanziellen Markt und Anreiz für Cyber-Kriminelle. Und Angriffe auf Behörden sind ein extrem lukratives Geschäft, wenn man es richtig macht”, so

der Moderator. Den Kommunen im Freistaat könne man auf Basis des IT-Sicherheitsgesetzes notwendiges Wissen zur Verfügung stellen und gleichzeitig bei Vergehen auch sanktionieren.

Hybride Bedrohungen seien aus militärischer Sicht schon immer Mittel der Kampfführung gewesen, so General Richert, dies bleibe auch in Zukunft so. Mit dem seit 2016 installierten Cyber Abwehrzentrum der Bundeswehr solle die Aufklärung verbessert und der Kampf gegen Fake News und Propaganda ausgeweitet werden. „Lead to share" laute das Motto neuer Zusammenarbeitsqualität, zu der die Bundeswehr sich weiter öffnen wolle An der eigenen Hochschule sei in diesem Sinne auch ein neuer Studiengang eingerichtet worden, um den notwendigen Nachwuchs weiter aufbauen zu können.

Wilfried Karl stellte als Gründungspräsident seiner neuen Behörde die Kernaufgaben von ZITiS dar: Forschung zur Entwicklung der Sicherheitsgefahren, Erkennen agiler Bedrohungsszenarien und das Angebot an Verwaltung und Industrie in der Abwehr und Bewältigung von Cybergefahren und -Attacken. Gerade die Forschung seiner Institution, die keinerlei eigene operative Aufgaben hat, soll für die kommenden Jahre notwendige Ansätze zur IT Sicherheit erbringen.

Hartmut Beuß, CIO-NRW in der Expertenrunde 1 – IT Konsolidierung *Foto: Dombrowsky*

Gemeinsam mit der Wissenschaft entwickelt die ZITiS Werkzeuge und Methoden für vier zentrale Bereiche, wie Wilfried Karl erklärt: "Wir arbeiten in den vier Forschungsfeldern Digitale Forensik, Big Data, Kryptoanalyse und Telekommunikationsüberwachung. Die Entwicklung ist dabei aber nie abgeschlossen, denn durch die hohe Dynamik der fortschreitenden technischen Entwicklungen braucht es immer wieder neue Methoden, um gegen Cyber-Attacken gefeit zu sein."

Freiwillige Konsolidierung ansteuern!

Senator Dr. Dirk Behrendt

Zudem forderte der ZITiS Präsident, neben der Wissenschaft auch die Wirtschaft mit einzubinden und die Vergabezyklen und -verfahren im Öffentlichen Dienst besser auf die neuen Gegebenheiten der digitalen Zeit anzupassen, denn die aktuellen Vorschriften hinderten die IT-Sicherheitsabteilungen noch zu häufig daran, agil und flexibel auf digitale Bedrohungen reagieren zu können.

Cyberabwehr: Üben, üben, üben

„Üben, üben, üben" brachte es ***Ralf Michelfelder*** auf den Punkt: Notfallübungen, Planspiele und auch Stresssituationen seien notwendig, um Handlungssicherheit für den Ernstfall zu gewinnen; nur so gewinnt man die notwendige Routine, um bei tatsächlichen Vorfällen zielorientiert und ohne Zeitverlust reagieren zu können. Angesichts der täglich steigenden und immer raffinierter werdenden Angriffe sei dies das Gebot der Stunde.

In den anschließenden Expertenrunde 1 wurde die Frage erörtert, welche Strategie im Rahmen der IT-Konsolidierung für ein Mehr an Sicherheit sorgen könne.

Ingmar Weitemeier, Direktor des Landeskriminalamtes Mecklenburg-Vorpommern a.D., G4C German Competence Centre against Cybercrime, moderierte und gab den Impuls zum Thema für die Diskutanten: ***Hartmut Beuß,*** Chief Information Officer, CIO-NRW, Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes NRW, ***Dr. André Schulz,*** Strategic Account Executive - Government Central, VMware, ***Ray Wolf***, Solution Architect, Zscaler und ***Alexander Sich***, Principal Director – Öffentliche Verwaltung DACH, Accenture.

Mit Hinweis auf seine Funktion im Non-Profit Verein, G4C, German Competence Centre against Cybercrime, erläuterte er die Zusammenarbeit in dieser Plattform, zu der auch das BKA und das BSI zählt. Geplant ist die Erweiterung der Mitgliedschaft auf die kommunalen und privaten Versorger und die Gesundheitsbranche. Als ehemaliger LKA Präsident wisse man worauf es ankommt: „Vor die Lage kommen" ist die Herausforderung und das Ziel effektiver Cyberabwehr.

Hartmut Beuß wies auf die oftmals heterogene Lage und Strukturen der IT in der öffentlichen Verwaltung von Ländern und Kommunen mit ihren unterschiedlichen Verfahren hin, ein besonderes Problem in NRW. Dass man erst in den letzten

Jahren die IT Landschaft systematisch erfasst habe, zeige die unkoordinierte Entwicklung im letzten Jahrhundert, die uns heute auch vor dem Hintergrund notwendiger und effektiver Cyberabwehr besonders belaste.

Vereinheitlichte und standardisierte IT-Landschaften sind nach seiner Auffassung leichter und zentraler zu sichern als die heutige zersplitterte Architektur. Bei der Vereinheitlichung müsse man allerdings die betroffenen IT-Mitarbeiter/innen, die oftmals an „ihren" Verfahren besonders hängen, ausdrücklich mitnehmen – Freiwilligkeit und Ansätze, wo ohnehin Verfahrensablösungen oder Ausscheiden von Bediensteten ansteht, seien die sicherste Möglichkeit, dass IT Konsolidierung tatsächlich gelingt.

Dr. André Schulz wies darauf hin, dass IT-Angriffe häufig auch von innen erfolgten, durch die sog. „Innentäter". Der Moderator bestätigte das und erklärte, dass nach Feststellungen des BITKOM 66 Prozent der Vorfälle durch Mitarbeiter/innen verursacht seien. Die Ressortdenke, auch in den Rechen-zentren, getrennte Server-, Netz-, und Storage-Zuständigkeiten, müsse im Sinne moderner Organisation überwunden werden, Rechenzentren und IT-Dienstleister müssten für die Zukunft ertüchtigt werden. Die Unsicherheiten der alten Verfahren seien aktuell eines der Haupteinfallstore, mit Verfahrenseinbindungen in Containerlösungen lasse sich die Sicherheitslage deutlich verbessern.

Der Faktor Mensch stand im Fokus der Expertenrunde I

Foto: Dombrowsky

Rechenzentren und IT Dienstleister zur Cyberabwehr ertüchtigen

Insgesamt nahm die Frage Raum ein, ob durch die Konsolidierung der IT die Gefahr und das Ausmaß der Attacken wirklich kleiner oder nicht doch größer wird, wenn im Falle des Falles größerer Schaden auf breiterer Flur entstehen kann. Den Mitarbeitern/innen leichtsinniges Verhalten am PC vor Augen zu führen und die Konsequenzen aufzuzeigen, ihnen die sicherheitsrelevante Bedienung und Arbeitsschritte möglichst einfach zu machen, empfahl Alexander Sich.

Die weiteren Themenblöcke in der Expertenrunde 1 beschäftigten sich mit den Fragen

Rollen- und Berechtigungsmanagement 4.0, Internet Security / Endpoint Protection / DDoS-Attacken, der Faktor Mensch – Realisierung mitarbeiterzentrischer Sicherheit, Herausforderung Künstliche Intelligenz.

Neue Anforderungen an die IT-Sicherheit kommen fast täglich, in immer engeren zeitlichen Intervallen werden Maßnahmen installiert, die auf aktuelle Bedrohungslagen reagieren. Was aus Sicht eines dynamisch agierenden Datenschutzes sicherlich notwendig ist, lässt viele Mitarbeiter/innen in den Verwaltungen mitunter überfordert zurück. Gleichzeitig war in den Expertenforen erkennbar, dass sich Bund und Länder weiter gegen digitale Bedrohungen rüsten, um Mitarbeiter/innen wie Bürger gleichermaßen so gut wie möglich schützen zu können.

Es braucht ein generelles Umdenken, wenn Entwicklungen in der IT-Sicherheit bis auf die Ebene der Mitarbeiter/innen durchdringen sollen. Dass hier noch Nachholbedarf besteht, zeigen Hacker-Angriffe der jüngsten Zeit, bei denen jeweils der Faktor Mensch als Einfallstor für Malware diente. Einschlägige Schulungsangebote sind oftmals in den Behörden vorhanden; fraglich ist allerdings, ob die verpflichtenden Maßnahmen auch wirklich nachhaltigen Nutzen haben: "Nur weil ein entsprechender Lehrgang durchgeführt wurde, muss das noch nicht zwingend bedeuten, dass alle Ergebnisse im Nachgang auch internalisiert werden", umriss ***Jens Vieweg***, Leiter des CERTs bei IT.NRW, die Problemlage. Ziel müsse der mündige Mitarbeiter/in sein.

"Personal variiert genauso wie seine Tätigkeiten im Betrieb. Zu glauben, dass es ein einheitliches Patentrezept gibt, das überall in ähnlichem Maß zündet, geht an der Realität der Berufswelt vorbei", erklärte dazu ***Marcus Beyer***, Schulungsexperte beim IT-Dienstleister DXC Technology. Statt die eigenen Mitarbeiter zu gängeln, brauche man mündige Arbeitnehmer, die nicht davor zurückschrecken, bei gemachten Fehlern Verantwortung zu übernehmen. In keinen Fall dürfe man Mitarbeiter/innen abstrafen, denn das führe lediglich dazu Fehler zu vertuschen, womit im Ergebnis dann die Schwachstellen im System unerkannt blieben.

Mündige Mitarbeiter für IT Sicherheit gewinnen und schulen

Wie man über Weiterbildung und Awareness dorthin gelangen kann, darüber wurde im Weiteren diskutiert: Das Personal so lange zu schulen, bis IT-Sicherheit Teil der Arbeitsroutine geworden sei und der eigenen Mannschaft mehr zutrauen,

so ***Markus Grüneberg***, vormals IT Security Consultant, nun Product Evangelist GDPR. Um in prekären Situationen entscheiden zu können, brauche man schließlich einschlägiges Wissen, das einen in den Stand versetze, Vor- und Nachteile abzuwägen, so das Kernargument.

Andererseits solle man statt die ohnehin immer komplexer werdenden Arbeitsschritte in den Verwaltungen zu Lasten der Betroffenen noch weiter zu strapazieren, eher in neue und aktuell sichere Technik investieren, die einfach in der Anwendung und auf der jeweiligen Höhe notwendiger Sicherheitsanforderungen sei.

Diskutierten über die Gefahren von Wirtschaftsspionage und effektive Abwehrmittel (v.l.n.r.): Kurt Knochner, Dr. Maik Pawlowsky, Bernhard Witthaut, Matthias Wachter und Volker Wagner. *Foto: Dombrowsky*

Der „Faktor Psyche“ und die „Human Firewall“

So unterschiedlich die Ansätze in der Diskussion auch waren, Einigkeit bestand darin, dass etwas in der deutschen Unternehmens- bzw. Behördenkultur getan werden muss, um die “Human Firewall”, für die Risiken des Umgangs mit Daten weiter zu sensibilisieren. Das fange bei einer neuen Fehlerkultur an, die ganz ohne Sanktionen auskomme, und führe letztlich bis hin zu einer neuen Identifikationsstrategie in Unternehmen und Behörden selbst. Dass dem derzeit noch nicht so ist, belegt eine Umfrage des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI):

Dabei gaben 76 Prozent der Befragten an, private Mails, über deren Herkommen Zweifel besteht, am Arbeitsplatz zu öffnen. “Ergebnisse wie diese deuten darauf hin, dass man bei vielen Mitarbeitern durchaus ein gewisses Bewusstsein über die Risiken von Phishing voraussetzen kann, nur allzu oft wird es aber nicht berücksichtigt”, heißt es hierzu aus dem Innenministerium Nordrhein-Westfalen. Parallel zum Cyber-Raum brauche es dringend ein Fortbildungsprogramm, das konsequent darauf hinarbeite, dass die Mitarbeiter/innen sich künftig selbst engagierten, erläutert ***Henning Voß,*** Referat Wirtschaftsschutz und Geheimschutz in der Wirtschaft im nordrhein-westfälischen Ministerium des Innern. Risiken, die Folge grober Fahrlässigkeit seien, würden so minimiert.

Auch KI zur Cyberabwehr nutzen

Da die Cyber-Kriminalität stetig auch in ihrer Qualität zunimmt, sei es durch Innentäter, externe Akteure oder Staaten und professionelle Angreifer vermehrt Künstliche Intelligenz einsetzen, um Lücken systematischer aufzuspüren und auszunutzen, Angriffsvektoren zu permutieren oder nach dem Eindringen die richtigen Mittel auszuwählen, müsse auch die Abwehr mit KI Elementen damit Schritt halten, so ***Michael Fischer***, Leitender Systemberater bei Oracle Deutschland BV & Co KG.

Im weiteren Hauptprogramm stand das Thema Wirtschaftsspionage unter Moderation und Impuls von Präsident ***Bernhard Witthaut,*** Niedersächsischer Verfassungsschutz, im Zentrum des folgenden Podiums:

Dr. Maik Pawlowsky, Abteilungsleiter Spionageabwehr und Geheimschutz, Bundesamt für Verfassungsschutz, ***Matthias Wachter,*** Leiter der BDI-Abteilung Sicherheit und Rohstoffe, Bundesverband der Deutschen Industrie e.V., ***Volker Wagner,*** Vice President Security BASF Group, Vorstandsvorsitzender ASW-Bundesverband und ***Kurt Knochner,*** Cyber Security Strategist, Fortinet, griffen in der Diskussion die zentralen Fragen dazu auf.

Ausmaß und Folgen weltweiter Wirtschaftsspionage sind gewaltig, bei mittlerweile 50 Mrd. vernetzten Geräten auf allen Kontinenten, so der Moderator. Hinzu komme als Schwachstelle der „Faktor Mensch“ und häufig fehlende Sensibilisierung von Mitarbeitern/innen. Der Verfassungsschutz könne zwar Erkenntnisse aus Beobachtungen zu Fragen wie Korruption, good Governance in anderen Ländern pp. gewinnen, dürfe aber konkrete und persönliche Erkenntnisse z.B. zu ausländischen Bewerbern oder Beschäftigten an Unternehmen, die dazu häufiger anfragen, nicht weitergeben; eine nicht wirklich befriedigende Situation.

Der Hinweis aus der Diskussion, dass fehlende Rechtssicherheit z.B. in Afrika oder das Ziel der Chinesischen Führung, 2025 die weltweit führende Technologienation zu sein, weiteren Nährboden für Wirtschaftsspionage ergibt, wurde sehr deutlich; auch Russland und der Iran gehören zu den Mächten, die zielgerichtet Hochtechnologie ausspähen.

400.000 neue Malware-Varianten pro Tag

Volker Wagner wies auf zwei Kurven hin: Die eine zeige durchaus die verbesserten Abwehrfähigkeiten an und nach

oben, die andere – deutlich steilere – jedoch die wesentlich stärkeren Angriffskräfte, bei 400.000 neuen Malware Varianten pro Tag auch kein Wunder. Dass es manchmal bis zu 180 Tage dauere, bis ein Angriff bemerkt werde, zeige das Problem sehr deutlich und die Notwendigkeit, mehr Geschwindigkeit beim Entdecken und Bekämpfen von Cyberattacken zu entwickeln.

Sabotage „per Mausklick" durch eigene Mitarbeiter/innen, die vielleicht das Unternehmen bald verlassen wollen, auffällig viel Kopiervorgänge um verbotenerweise sensible Daten „mitzunehmen" und / oder ggf. zu verkaufen, darauf wies er ebenfalls hin. Mitarbeiter/innen an Schalthebeln besonders zu prüfen sei mehr als angebracht, in den USA sei dies bereits in wesentlich schärferem Maße üblich als in Deutschland.

Auf die „Zwei-Klassen-Gesellschaft", die der Geschützten und die der Ungeschützten, wies ***Kurt Knocher*** hin, man müsse „gelebte Prozesse" bereit haben, wenn der Fall des Falles eingetreten ist. So wie die Feuerwehr Brand- und Katastrophenbekämpfung übt, muss dies auch Standard und Selbstverständnis bei der Cyberabwehr werden: Angriffe in Planspielen simulieren, Defizite konstruktiv und ohne Sanktionsandrohung benennen und abstellen. Die Problematik werde sich im 5G-Zeitalter wesentlich verschärfen, wenn Daten in Gigabit Geschwindigkeit das Unternehmen illegal und mit großen Verlusten und katastrophalen Schäden bis hin zur Gefährdung der Existenzgrundlage verlassen können.

Sicherheitsprobleme im 5G Zeitalter verschärft

Im Übrigen müsse das Thema nicht nur in der IT-Einheit ressortieren und dort wie der „digitale Panzerschrank" gehütet werden, es müsse in die Führungsetagen gehievt werden, auch in Kenntnis dessen, dass man für seine „Kronjuwelen" und deren Sicherung investieren müsse, so ***Dr. Maik Pawlowsky.***

Die Geheimwaffe: Container-Technologie. Sicher. Einfach. Flexibel

lautete der Titel des Vortrags von ***Günter Junk***, CEO, Virtual Solution in dem er die Containertechnologie mit ihren Entwicklungen zum Thema Sicherheit im mobilen Betrieb vorstellte.

Er plädierte für „einfache und konsequente Hygiene" – vergleichbar mit dem täglich notwendigen „Händewaschen", mit der bis zu ca. 80 Prozent der Vorfälle vermieden werden könnten. Die Containertechnologie kann auf den Mobilen Devices die dienstlichen und privaten Sphären konsequent trennen, so dass für Schadsoftware, z.B. über private Messenger-Dienste, kein Zugang zu abgeschotteten dienstlichen Bereich möglich sei.

Zu Trends in der Hackerwelt 2019 berichtete ***Michael Tullius,*** Regional Director DACH, radware. Dass sich heute Kriminelle z.B. für lediglich 20 Dollar einen DDOS Angriff mit einem Potenzial von 300 Gigabit kaufen und dann loslassen können, sei an der Tagesordnung. Über viele Android Apps laufen ebenfalls unbemerkt Datenabgriffe, wer lese schon das Kleingedruckte am Smartphone wenn man den Lizenzvereinbarungen mit einem schnellen Klick zustimme.

Wie Angriffsflächen zu erkennen und zu schließen seien, diskutierte Expertenrunde II *Foto: Dombrowsky*

Die Expertenrunde 2 schloss sich mit weiteren Fragestellungen an:

SPAM, Phishing und Ransomware, Netzwerksicherheit als Priorität, Sichere Zugriffsrechte, Security made in Germany und Computer Emergency Response Teams (CERT's): Angriffsflächen erkennen und schließen

Unter Moderation und Impuls von ***Jens Vieweg***, Leiter CERT NRW bei IT.NRW, diskutierten Fregattenkapitän ***Dr. Dr. habil Robert Koch***, Dezernatsleiter Penetrationstests, Zentrum für Cyber-Sicherheit der Bundeswehr, ***Michael Schätzke,*** Leiter Computer Emergency Response Team (CERT), Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport, ***Marco Preuss,*** Leiter des europäischen Forschungs- und Analyse-Teams, Kaspersky Lab und ***Erik Sommer,*** Direktor Geschäftsentwicklung Öffentliche Auftraggeber und Gesundheitswesen, Atos Information Technology zum letztgenannten Themenbereich:

Wer im CERT arbeite, müsse Optimist sein, so das Eingangsstatement von ***Jens Vieweg;*** Penetrationstests, wie sie dort anstehen und durchgeführt werden müssen, könnten nur Menschen begeistern, die so gepolt sind, dass sie sich beim Kauf eines neuen Toasters z.B. fragen, was der sonst noch könne. Spaß an der Selbstausbildung und Entwicklung gehöre zum täglichen Repertoire.

CERT-Nerd: Was kann der Toaster sonst noch?

Die CERTs im Verwaltungsverbund arbeiten bundesländerübergreifend zusammen und unterrichten die angeschlossenen Verwaltungen ergänzend zu den Informationen und Updates der Hersteller über besonders gravierende Angriffe

und Sicherheitslücken. Insbesondere alte Schwachstellen fallen Entwicklern zu häufig nicht mehr auf, so ***Erik Sommer.*** IT Sicherheitsanforderungen müssten als zentraler Bestandteil in IT-Ausschreibungen verankert werden, sicherheitsrelevante Reaktionsanforderungen müssen die Hersteller als notwendige Bausteine verpflichtend liefern.

In Niedersachsen versorgt das dortige CERT seit 2016 auch 100 der 400 Kommunen im Bundesland mit den notwendigen Meldungen und Beratungen, so ***Michael Schätzke.***

Im Sinne ganzheitlicher und technikgestützten Cyberabwehr ging es auch um die Sicherheit von Zugriffsrechten in der täglichen Arbeit der Verwaltungen:

Was wäre, wenn der Angreifer bereits auf die Ressourcen von außen zugreifen könnte, z. B. durch kompromittierte Anmeldeinformationen? Wie kann eine Antwortaktion durchgeführt werden? Und wie können Reaktionen darauf automatisiert werden, ohne dass der Sicherheitsanalyst zu diesem Zeitpunkt anwesend sein muss – etwa mit einem automatisierten Workflow?

Um dies zu erreichen, müssen Tools und Workflows für den Sicherheitsbetrieb zu Folgendem in der Lage sein: automatisches Erkennen von anomalem Benutzerverhalten, Sichtbarkeit aller vom Benutzer ausgeführten Aktionen, Analyse des gesamten Angriffslebenszyklus und die Nutzung einer risikobasierten Multifaktor-Authentifizierung für eine Sofortmaßnahme, ohne die Notwendigkeit, legitime Benutzeraktivitäten zu blocken.

Um auf Bedrohungen in Echtzeit zu reagieren und eine größere Transparenz zu ermöglichen, gibt es durchaus innovative Ansätze, mit denen anomale Aktivitäten erkannt, fortgeschrittenes maschinelles Lernen genutzt und dann umsetzbare Erkenntnisse eingesetzt werden können, so ***Dr. Volker Strecke***, Senior Business Development Manager IT-Security Arrow ECS AG.

IT Security made in Germany war u.a. Diskussionsthema mit einem Impuls von ***Isabel Münch,*** BSI: Um zentrale IT-Infrastrukturen, die "Achillesferse der Digitalisierung", besser schützen zu können, werden in Zeiten, in denen Hard- und Software vornehmlich aus den USA und Asien kommen, Rufe nach mehr digitaler Souveränität in Deutschland und Europa lauter. Souverän ist letztlich nur der Staat, der seine Sicherheitsarchitektur angesichts einer agilen und hybriden Bedrohungslage im Cyber-Raum ständig auf den Prüfstand stellt und dynamisch nachjustiert.

IT-Infrastrukturen sind heute längst systemrelevant, wie ***Manuel Höferlin***, MdB, FDP unterstrich, zumal die Voraussetzungen für IT Sicherheit hierzulande bzw. innerhalb der Europäischen Union durchaus gegeben seien. "Wir haben hervorragende Unternehmen in diesem Bereich", erklärt er.

Wie lässt sich eine IT Security Made in Germany schaffen?

Foto: Dombrowsky

Wichtig sei es, diese Anbieter durch öffentliche Aufträge dezidiert zu fördern. Hierzu bräuchte es den Mut, bei Ausschreibungen Kriterien aufzustellen, die diese auch erfüllen könnten. Ohnehin müsse man, dem Grundsatz "Security by Design" folgend, einen Markt für sichere Produkte schaffen. Teil der digitalen Souveränität ist für die Bundestagsabgeordneten aber auch die Schaffung resilienter Strukturen in der Vorausschau: "Was tun, wenn etwas passiert (ist)?"

Ein zentrales Instrument, um sich hier noch besser als bislang aufzustellen, ist für ***Marian Wendt***, MdB, CDU der Ausbau des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) zu einer nationalen IT-Sicherheitsagentur. Auch müsse man sich der Frage stellen: "Wer kontrolliert unsere Netze?" Er begrüßte vor diesem Hintergrund die Bemühungen der Bundesnetzagentur, des BSI und des Bundesdatenschutzbeauftragten, hier mit Blick auf die "kritischen Kernkomponenten" des zukünftigen 5G-Netzes derzeit durch die Erarbeitung eine Eckpunktepapiers ein sehr hohes Sicherheitsniveau zu schaffen. Man dürfe sich hier nicht von chinesischen Anbietern abhängig machen, warnte er.

Für ***Michael Barth***, Head of Public affairs genua, einem Unternehmen der Bundesdruckerei, ist digitale Souveränität und die Unterstützung der heimischen IT-Industrie kein industriepolitisches, sondern ein sicherheitspolitisches Thema. "Dies ist somit eine politische Entscheidung, die von den Verantwortlichen, wenn man es denn will, getroffen werden muss", so ***Barth.*** Den Schlusspunkt des ersten Kongresstages bildete im Hauptprogramm die von ***R. Uwe Proll,*** Herausgeber und Chefredakteur des Behörden Spiegels moderierte Podiumsdiskussion:

Terrorismus im Cyberraum – Cyberterrorismus?

Es diskutierten ***Georg Mascolo,*** Leiter des Recherchevertbundes NDR, WDR und der Süddeutschen Zeitung, ***Martin Schallbruch***, Stellvertretender Direktor des Digital Society Instituts der ESMT Berlin, ***Gerhard Schindler***, Präsident des

„Eine Genfer Konvention für den Cyberraum?“

Uwe R. Proll

Podium – Terrorismus im Cyberraum – Cyberterrorismus Foto: Dombrowsky

Bundesnachrichtendienstes a.D., ***Sascha Dubbel,*** Enterprise Sales Engineer DACH, CrowdStrike und ***Michael Tullius***, Regional Director DACH, radware.

Mit der Frage „Gibt es Cyberterrorismus“ eröffnete der Moderator die Diskussion, kann man Cyberangriffe auf eine Stufe z.B. mit Raketenangriffen stellen? Wie definieren z.B. die USA, das FBI oder Israel solche Fragen?

Gerhard Schindler wies dazu auf zwei mögliche Wege zur Antwort hin: Zum einen auf den „deutschen Weg“, der traditionell in sorgfältiger Analyse durch die Sicherheitsorgane, verwaltungsanalytisch und solide den Antwortversuch unternimmt und auf den anderen Weg, den z.B. Israel geht, indem man dort die Antwort wie folgt gibt: „Alles, was man denken kann, wird passieren“; dabei ist egal, ob Terror von Kriminellen oder von Staaten ausgeht.

Er führte im Weiteren aus, dass angesichts der jetzt schon erreichten Eskalation von Cyberattacken – die in Zukunft weiter zunehmen werden – es nicht mehr nachvollziehbar sei, das „Hack Back“ als aktive Cyberabwehr in Deutschland immer noch nicht möglich und politisch / gesellschaftlich akzeptiert sei; Frankreich und sogar die Schweiz praktizieren diese Schutz- und Abwehrmechanismen bereits – ohne dass sie dort zur freiheitlich demokratischen Beeinträchtigung oder politischen Kritik geführt hätten.

Alle Sicherheitsbehörden haben mit den zunehmend autonomer werdenden Terrorzellen zu tun, die sich weltweit zu einer Art „Franchise System“ entwickeln – im Internet oder im Dark Net Morde zu beauftragen und zu kaufen ist ebenso nicht mehr ungewöhnlich wie Kinderpornographie oder der lukrative Schwarzmarkt von Arzneimittelkriminalität mit einem Milliardenvolumen.

Cyberterror im „Franchise System“

Martin Schallbruch hält die Begrifflichkeit des „Cyberterrorismus“ für verwendungsfähig, das zeige auch schon der Blick nach Malaysia und Indonesien. Entscheidend für Ihn sind die Fragen „wer sind die Gegner, was sind die Schäden?“ Mit Blick auf den Cyberangriff der USA auf das iranischen Al Scud Zentrum der Revolutionsgarden als Reaktion auf deren Abschuss einer US Drohne, könne man durchaus von einer „semikritischen Kriegssituation“ sprechen. Um den Begriff „Cyberterror“ solle im Übrigen kein unnötiger Hype entstehen und die Grundsatzdiskussionen dazu sollten in Deutschland aufhören, weil sie nicht zielführend seien.

Georg Mascolo wies zur Begriffsabgrenzung auch darauf hin, dass es bislang noch keinen Terroranschlag mit Cybermitteln gegeben habe. Von besonderer Bedeutung sei es, dass die eher religiös und zivilisatorisch mittelalterlich verwurzelten Kreise und Täter wie z.B. der IS, die modernsten medialen Mittel des Internet Zeitalters für ihre Zwecke nutzten um eigene Propaganda, Hetze, Rekrutierung etc. zu erreichen.

Er bestätigte und beklagte auf die Frage von ***R. Uwe Proll,*** ob es eine „Genfer Konvention für den Cyberraum“ geben müsse, dass es dazu, ob und wann ein Cyberangriff ein Kriegsakt sei, bis dato keine internationale Verständigung gebe wie z.B. die Genfer Konvention zur analogen Kriegsführung. Die internationale Staatengemeinschaft müsse aber im Interesse aller den Versuch unternehmen, dazu eine Übereinkunft im digitalen Zeitalter zu erzielen.

Die Interessen der Staaten, Cyberangriffe in der Gemengelage zwischen Spionage, Aufklärung, Sabotage pp. zu nutzen, sei so groß, dass bisherige Versuche dazu nicht zum Ergebnis geführt haben, klärte ***Martin Schallbruch*** auf.

Sascha Dubbel und ***Michael Tullius*** mahnten politische und staatliche Ordnungsmaximen und Leitentscheidungen in Sachen Cyberabwehr an, die Industrie brauche das für notwendige Investitionsentscheidungen, auch um Produkte und Komponenten auf höchstem technologischen Niveau dafür bereitzustellen.

Es gehöre zum „Nationalen Anstand", die eigene Bevölkerung vor Angriffen zu schützen, so nochmals nachdrücklich ***Gerhard Schindler,*** die aktive Cyberabwehr müsse in Deutschland möglich werden, die Schweizer/innen haben sich in 2016 mit 60 % der Abstimmenden schließlich bereits dafür entschieden. Und im Übrigen solle man zum Thema nicht noch länger diskutieren, sondern handeln und das nicht ausländischen Diensten überlassen, wenn z.B. das FBI Bot Netze in Deutschland auf Rechtshilfeersuchen abschalten müsse, weil deutsche Sicherheitsdienste das nicht dürften oder die Provider selbst dazu nicht in der Lage sind.

Aktive Cyberabwehr: Weiter diskutieren oder machen?

Mit weiterer Diskussion darauf zu hoffen, dass eine aktive Cyberabwehr legislatorisch definiert und zugelassen werde, sei ein Trugschluss, erinnerte ***Georg Mascolo*** an den Versuch des gescheiterten Luftsicherheitsgesetzes – wenn letztlich ohne gesetzliche Regelung in einem Angriffsfall der Verantwortliche nach Abwägung seine eigene Entscheidung zur aktiven Cyberabwehr treffe, dann müsse das toleriert und akzeptiert werden...

In seinem Schlusswort bescheinigte ***R. Uwe Proll*** eine hochinteressante Diskussion auf hohem Niveau mit einem besonderen Dank an die Diskutanten, auch wenn die gestellte Frage aktuell nicht eindeutig beantwortet sei. Sie werde weiter im Raum stehen und ggf. nach einem weiteren Cyberangriff z.B. auf Krankenhäuser oder / und dergleichen dann neu zu bewerten sein, wenn er möglicherweise in seinen Folgewirkungen zu ersten Todesopfern geführt hätte.

Der Tag 2 begann im Hauptprogramm mit dem Thema: IT-Sicherheitsgesetz 2.0 - Stand der Umsetzung

Unter Moderation und Impuls von ***Andreas Könen,*** Abteilungsleiter „Cyber- und Informationssicherheit", Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat diskutierten ***Friedrich-Wilhelm Menge,*** Chief Information Officer, Berliner Verkehrsbetriebe (BVG), D***r. Bernhard Rohleder,*** Hauptgeschäftsführer, Bitkom und ***Hans-Ulrich Schade,*** Direktor und Leiter Zentrum für Cyber-Sicherheit der Bundeswehr.

Andreas Könen zog zunächst eine positive Zwischenbilanz zum IT Sicherheitsgesetz 1.0, das im Grunde zu einer „regulierten Selbstregulation" bei den Adressaten, in der Hauptsache die Unternehmen und Institutionen der Versorgungswirtschaft, geführt habe. Es habe Investitionen in die Cybersicherheit unterstützt bzw. ausgelöst, die Meldepflichten haben durchaus auch Multiplikatorenwirkung erzeugt. Mit dem in der Ressortabstimmung befindlichen IT

Podium – IT-Sicherheitsgesetz 2.0 - Stand der Umsetzung

Foto: Dombrowsky

Sicherheitsgesetz 2.0 soll das Erfolgsmodell erweitert werden:

Der Adressatenkreis wird erweitert, ca. 300 Unternehmen, darunter auch die Entsorgungswirtschaft, sollen in die Gesetzesregeln einbezogen werden, dem BSI sollen weitergehende Auskunfts- und Anordnungsrechte bei gravierenden Vorfällen eingeräumt werden.

> **„Die Kirche im Dorf lassen."**
>
> Andreas Könen

In der Diskussion auf dem Podium wurde deutlich, dass die gesetzliche Initiative durchaus mit ihren positiven Auswirkungen begrüßt wird, aber „die Kirche im Dorf gelassen" werden müsse, vor allem im Sinne einer ausgewogenen Balance von Kosten und Nutzen. Es habe schließlich noch nirgendwo einen so großen Cybervorfall auf die Kritische Infrastruktur gegeben, der durch den mit dem Gesetz und dessen Vollzug geschaffenen Mechanismen, vorbeugenden Investitionen, Personalaufwand und erwartetem Nutzen hätte bewältigt werden müssen. Bislang seien eigentlich nur Kosten entstanden, die die Unternehmen, die vielfach im internationalen Wettbewerb stehen, belastet haben.

Der beabsichtigte Erhöhung der Bußgelder sei ein richtiger Schritt, so Friedrich-Wilhelm Menge, denn ein „zahnloser Tiger" nütze niemand; er plädierte nachdrücklich für ein „Incident Management" in den Unternehmen, wie es die Berliner Verkehrsbetriebe auch handhaben würden. Das neue Gesetz dürfe im Übrigen auch keinen „Rattenschwanz" an Regelungen beinhalten, die die Vergabeverfahren zur IT Beschaffung noch weiter verkomplizieren würden.

Mit dem Hinweis, dass deshalb vor allem die praktische Sicherheit entscheidend ist, müsse man durchaus die zu er-

Um den Angriffen von Morgen zu begegnen, muss Cyber-Sicherheit von vornherein mitgedacht werden. *Foto: Dombrowsky*

wartenden Kosten des neuen Gesetzes in den Blick nehmen. Die Tatsache, dass selbst 2/3 der großen Unternehmen in Deutschland nach Angaben von ***Dr. Rohleder,*** Bitkom, keine IT Notfallplanung haben, macht allerdings deutlich, dass der Staat den Rahmen mit dem IT Sicherheitsgesetz im Interesse aller setzen muss. Im Übrigen forderte er, dass IT-Sicherheit umfassend in Studiengänge integriert werden und selbst für BWL Studenten/innen Pflichtfach werden müsse, da wir sonst die zukünftig noch wichtiger werdenden Fachleute zum Thema nicht haben werden.

2/3 der Deutschen Großunternehmen ohne IT Notfallplanung!

Auf die besondere Problematik der Sicherheit von Software wurde insbesondere hingewiesen: Softwarehersteller kaufen mitunter weltweit von mehr als 120.000 Software-Freelancern Teilkomponenten ein, die schlechterdings kaum einzeln zertifizierbar sind. Ob die Zertifizierung des Endproduktes dann ausreicht, oder ob man wissen muss, „was von wo und von wem drin steckt" ist bislang noch eine nicht gelöste Frage.

Hans-Ulrich Schade bot für die Bundeswehr die Kooperation des eigenen Cyber-Abwehrzentrums mit den Akteuren des IT-Sicherheitsgesetzes an, um komplette Lagebilder zu erreichen und damit die Cyberabwehr bundesweit kooperativ weiter zu stärken. Allerdings müsse die eigene Aufgabenstellung der Bundeswehr immer beachtet und nicht vom neuen Gesetz unnötig tangiert bzw. beschnitten werden.

Isoliert durch den Tag – Telemetriedaten sollen drinnen bleiben, Schadcode draußen! Das war das Thema von ***Jochen Koehler***, Regional VP Sales Europe, Bromium. In seinem Beitrag ging es um die Frage, wie verhindert werden kann, dass Schadcode eindringt und nicht unkontrolliert Daten aus den eigenen Systemen abfließen können. Das „traditionell Kill Chain Modell" eines Angreifers durch Isolation beim animierten Aufrufen von Websites durch Endnutzer zu durchbrechen, ist das Ziel des Softwareprodukts seines Hauses.

Bromium ist mit der Technik aktueller Sicherheitspartner von Baden-Württemberg. Trotz aller Abschottung und Isolierung müsse es dem Anwender bei der Nutzung der Sicherheitstechnologie mit ihren Komponenten möglichst einfach gemacht werden, damit Akzeptanz und Nutzung wirklich stattfinden.

Kooperation für Cyberabwehr – Weg und Ziel für zukünftige IT-Sicherheit lautete das Thema der anschließenden Podiumsdiskussion.

Staatssekretär ***Klaus Vitt***, Beauftragter der Bundesregierung für Informationstechnik und Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, gab den Impuls für die Podiumsdiskussion zu einem Thema, dass im föderalen Staat angesichts zunehmender Cyberbedrohung immer wichtiger wird. Unter seiner Moderation diskutierten ***Ammar Alkassar,*** Bevollmächtigter für Innovation und Strategie, Regierung des

„Cybersicherheit von vorne mitdenken!“

Staatssekretär Klaus Vitt

Saarlandes, ***Peter-Michael Kessow,*** Geschäftsführer, G4C German Competence Centre against Cyber Crime, Generalleutnant ***Michael Vetter,*** Abteilungsleiter Cyber / Informationstechnik (CIT), Bundesministerium der Verteidigung, ***Bernd König,*** Director Product Line Security EMEA, Akamai Technologies, ***Christopher Waas,*** CISO, BWI und ***Ray Wolf,*** Regional Sales Manager Government / öffentliche Auftraggeber, Zscaler.

Im kommenden Portalverbund nach OZG, so ***Staatsekretär Vitt,*** werde die Bedrohung tendenziell wachsen, weil ggf. erfolgreiche Attacken durch die Verknüpfung der Portale möglicherweise flächendeckende Folgen haben könnten, wenn z.B. Erreichbarkeiten von Behörden nicht gewährleistet wären. Deshalb müsse man sich bewusst sein, dass das „schwächste Glied der Kette“ letztlich die Qualität der Sicherheit bestimme; eine besondere Herausforderung für den vom OZG geforderten bundesweiten Portalverbund und dessen zukünftiger Struktur und Nutzung.

Cybersicherheit müsse überall „von Vorne mitgedacht werden“ um den Angriffen von Morgen auch immer noch begegnen zu können, Sicherheit von heute sei möglicherweise schon morgen nicht mehr gewährleistet. Dazu sollen im Cyberabwehrzentrum des Bundes jetzt die Wirtschaft und die Länder einbezogen werden, auch der Cybersicherheitsrat der Bundesregierung wird sich dem Thema der Cybersicherheit weitergehend mit Blick auf die kommenden Jahre intensiv und Ressort übergreifend widmen.

Er stellte ausdrücklich – wie schon am Vortag in manchem Beitrag der Podiumsdiskussion am Ende des ersten Tages – eine „aktive“ Cyberabwehr zur Diskussion, weil die Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigen, dass ein nur passives Reagieren gegen immer aggressiver werdende Attacken auf die Netze und Daten des Bundes, der Länder, der Kommunen und der Wirtschaft nicht mehr ausreichen, um einen wirkungsvollen Schutz zu gewährleisten. Den Cyber Security Act der EU bewertete er ausdrücklich positiv.

Hack Back – die „aktive Cyberabwehr, wann in Deutschland möglich?

Dass das Thema „Hack Back“ endlich ernsthaft diskutiert und die Möglichkeiten dazu auch im Rahmen eines demokratischen Diskurses begründet und legitim genutzt werden müssten, war auch die Auffassung von ***Ammar Alkassar,*** der dazu auch darauf hinwies, dass u.a. die Industrie, die dafür die nötigen Werkzeuge liefern muss und auch in dieser Beziehung möglichst bald Investitions- und Planungssicherheit benötige.

In der „Cybermelange“ auch die Mitarbeiter/innen an den PCs im Blick zu behalten, appellierte ***Peter-Michael Kessow.*** Die von ihm repräsentierte, Non-Profit-Organisation ist eine Plattform zum Austausch von Unternehmen, die als Mitglieder des Vereins auch „leise“ berichten können, was insbesondere Banken und Versicherungen schätzen. Vorfälle müssten und werden gegenseitig mit hohem Tempo aber auch vertraulich kommuniziert, damit ein ernster Vorfall am besten auch nur einmal vorkommt.

Insgesamt war sich das Podium einig, dass in der gegenseitigen Kooperation der Akteure in Staat und Wirtschaft, unter Einbezug auch der Bundeswehr und ihrer Cyberabwehr noch „Luft nach oben“ vorhanden ist.

Bernd Königvon Akamai, wies nachdrücklich darauf hin, dass Cyberabwehr mehr und schnellere Umsetzungsmöglichkeiten benötige, das sei im Föderalen Staat nicht immer leicht. Er monierte heftig, dass in Deutschland Übungen und Szenarien zu denkbaren Cyberattacken der Zukunft fehlen, es müsse dringend auch großflächige Simulationen eines Angriffs geben, bei dem allen Risiken und Konsequenzen professionell und behördenübergreifend durchgespielt werden müssten. Ein Test, wieweit unsere Systeme wirklich resilient sind, stehe komplett aus. ***Staatssekretär Vitt*** kündigte als Reaktion auf die Kritik daraufhin an, dass in Kürze solche Übungen mit entsprechenden Szenarien stattfinden sollen.

Im Übrigen waren sich die Diskutanten grundsätzlich einig, dass in den letzten Jahren durchaus schon eine Menge in Sachen Cybersicherheit getan worden sei, die Anstrengungen aber im besten Sinne kooperativ, transparent und auf hohem gegenseitigen Vertrauensniveau weiterentwickelt werden müssen. Dazu brauche es an manchen Stellen auch einen Kulturwechsel um Egoismen, Ressortdenke etc. zu verlassen und um in eine neue und notwendige, gemeinsame Abwehraktion zu gelangen.

Die Digitale Souveränität – ist sie zu sichern?

Dass im Rahmen der weiteren Entwicklung der Digitalisierung im kommenden Jahrzehnt die digitale Souveränität im Focus stehen werde, darüber herrschte abschließend auf dem Podium ebenfalls Einigkeit. Zu den Bedrohungspotenzialen

Expertenrunde 3 – Sicherheit im kommenden 5G Zeitalter *Foto: Dombrowsky*

brauche es neue Schlüsselfähigkeiten zur Erkenntnis und zur Abwehr, es brauche Wege, wie man Hackern und Cyberkriminellen vorauskommen könne, auch politische Vorgaben, wie weit man auch in Zukunft von großen ausländischen Playern und Konzernen in Deutschland und in Europa sicherheitsspezifisch abhängig sein oder bleiben wolle. ***Staatsekretär Vitt*** kündigt dazu an, dass in Zukunft Entscheidungen und Positionierungen dazu zu erwarten sein werden.

In der Expertenrunde 3 lauteten die Themenstellungen u.a. wie folgt:

Sichere mobile Kommunikation, Datenschutz als Treiber für die Digitalisierung, Cloud Security, Ernstfall Social Engineering / Security Awareness und das FOKUSTHEMA Sicherheit im kommenden 5G-Zeitalter, das ***Dr. Barbara Held,*** Leiterin der Abteilung Betrieb, Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben, mit einem sehr eindrucksvollen Impuls und weiterer Moderation begann.

In den Statements von Vizepräsident ***Dr. Wilhelm Eschweiler,*** Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, ***Dirk Kretzschmar,*** Geschäftsführer, TÜV IT, ***Georg Mayer,*** Chairman, 3rd Global Project Partnership (3GPP) und ***Axel Voss,*** MdEP, CDU, Mitglied des Europäischen Parlaments wurden ihre Fragen aufgegriffen und mit Blick auf die 5G Entwicklung weiter konkretisiert und erläutert wurden.

Real-Time Nutzung in 5G, um den Faktor 100 erweitert gegenüber der heutigen 4G und LTE Technologie, wird die digitalen Potenziale und Chancen, aber – so auch die einhellige Auffassung auf dem Podium – durchaus auch die Risiken in Sachen Sicherheit ansteigen lassen.

Die 5G-Technologie ändert die aktuelle Netzwerkarchitektur nachhaltig, neben den Netzen der großen Provider werden auch Campusnetze möglich, die die Industrie z.B. in die Lage versetzen sollen zur Realisierung von M2M, zur Echtzeitsteuerung, Industrie 4.0 im IoT Zeitalter eigene und abgeschottete 5G Netz einzurichten und zu nutzen, worauf ***Dirk Kretzschmar*** besonders hinwies.

Mit der im 5G Zeitalter möglichen Parallelnutzung von Frequenzen und Netzen (Network slicing) werden auch die Angriffsmöglichkeiten zunehmen. Neue Gefahren wie Störsender oder überfliegende Drohnen über dem Betriebsgelände müssen im Sicherheitskonzept der Netzbetreiber bedacht werden, seien sie im öffentlichen Netzbetrieb oder im eigenen Campusbereich aktiv.

Den Regeln des Telekommunikationsgesetzes entsprechend werden die Sicherheitsbehörden, das BSI, die Bundesnetzagentur und die weiteren Beteiligten Zertifizierungskriterien für die Kritischen Kernkomponenten festlegen und gegenüber allen Herstellern und Lieferanten verbindlich machen, der Katalog der Anforderungen dazu wird nach Abstimmung mit den zuständigen Behörden noch in die öffentliche Diskussion gelangen.

Für die 3rd-Global-Projekt-Partnership -3GPP- Organisation wies ihr Chairman, ***Georg Mayer,*** auf die Zulassungsverfahren, Mechanismen und Komponenten hin, mit denen die Anwendungsmöglichkeiten von 5G-Applikationen nachfragegerecht und standardisiert ermöglicht werden sollen. 5G ist insofern mehr als 3G oder 4G, es ist eine „enabler Plattform", ein „industrieller Integrator".

5G Technologie: „Enabler Plattform und „industrieller Integrator"

Dr. Wilhelm Eschweiler machte eindringlich deutlich, dass es entscheidend darauf ankommen werde, dass die Menschen und Nutzer/innen der neuen Technologie das Vertrauen in deren Sicherheit erlangen und bewahren. Im Übrigen wies er auch darauf hin, dass das Telekommunikationsgesetz keine Möglichkeit biete, einzelne Anbieter aus dem Equipment der 5G-Landschaft auszuschließen; die z.B. vom chinesischen Hersteller Huawei in Europa bereits verbauten Komponenten könnten darüber hinaus auch nicht ohne erheblichen Schaden aus der bisherigen IT Architektur entfernt werden.

Alle Diskutanten befürworteten europaweite Lösungen, wiesen jedoch darauf hin, dass gerade im Sicherheitsbereich spezifische Nationalstaatliche Interessen und Eigenheiten

„Mehr Europa in der Digitalen Zukunft aller!“

Axel Voss, MdEP

dies weiterhin noch sehr erschweren dürften.

Axel Voss, MdEP, richtete den leidenschaftlichen Appell an das Auditorium, endlich solche nationalstaatlichen Egoismen zu überwinden, wenn man denn im Ernst als vereintes Europa nicht auf Dauer von anderen Staaten und Interessen abhängig und auch Spielball bleiben wolle. Er werde sich als Abgeordneter des EU Parlaments dafür einsetzen, dass zum Thema Digitalisierung die Kommission nicht mehr nur mit Richtlinien sondern auf dem Verordnungswege mehr verbindliche und europaweite Regelungen treffe, damit digitale europäische Souveränität nicht nur ein Schlagwort bleibe.

Zum Thematik Datenschutz als Treiber für die Digitalisierung bezog ***Saskia Esken,*** MdB, SPD deutlich Position:

Uwe Hoppenz: Eine der großen Schwachstellen bleibt die mobile Kommunikation. *Foto: Dombrowsky*

Algorithmen basierte Entscheidungen müssten transparent nachvollziehbar sein, forderte die Bundestagsabgeordnete. Bei der Nutzung Künstlicher Intelligenz müsse klar sein, wie diese trainiert werde und auf welcher Grundlage sie Schlüsse ziehe. “Bei rechtlich bindenden Entscheidungen im Verwaltungskontext muss immer der Mensch letzte Instanz sein”, forderte sie. Dieser brauche die Kompetenz und die Unabhängigkeit, um KI im Zweifel auch überstimmen zu können.

Sichere Mobile Kommunikation und ihre potenziellen Gefahren für die IT-Sicherheit in der Verwaltung, sicher auch in Unternehmen, war ebenfalls aktuelles Diskussionsthema des Kongresses:

Die Digitalisierung reicht mittlerweile weit in das interne Verwaltungshandeln hinein. Ob es um die Nutzung von Applikationen und Messenger-Diensten geht, um die Verwendung mobiler Endgeräte im Dienst oder auch um den Einsatz von KI – gleichzeitig geht es dabei auch immer um Fragen der IT- und Datensicherheit.

In vielen Behörden setzt sich die mobile Kommunikation mehr und mehr durch, ergeben sich dadurch doch nicht unerhebliche Rationalisierungsvorteile, Effizienzverbesserung, Schnelligkeit von E-Services usw., angesichts auch der demografischen Entwicklung absolut notwendig.

Daraus resultieren allerdings auch neue Bedrohungslagen. So gab es im Jahr 2018 insgesamt 116 Millionen Angriffe mit mobiler Malware. Es braucht also sichere mobile Lösungen für die externe als auch die interne Kommunikation. Denn die in den Behörden vorhandenen Daten seien ein attraktives Angriffsziel, betonte ***Uwe Hoppenz***, stellvertretender Leiter der Leitstelle für Informationstechnologie der Sächsischen Justiz. Die mobile Kommunikation sei die größte Schwachstelle.

Mobil durch Restriktion sicher machen

Jede Behörde müsse dazu entscheiden, wie sie mit der Problematik umgeht. Ein Weg sei, nur dienstliche Endgeräte zuzulassen, um nicht verantworten zu müssen, dass sensible dienstliche Daten durch Angriffe, aber auch durch Diebstahl oder Verlust abhandenkommen. Es gehe immer um ein Abwägen von Sicherheit auf der einen und Komfort auf der anderen Seite, so ***Hoppenz.***

Wie dies praktisch umsetzbar ist, zeigt das Beispiel der Bundespolizei. Die Behörde setze zunehmend auf den Einsatz von Smartphones und Apps, wie den Polizeimessenger „MOKA“. Das habe zum einen dazu geführt, dass die Einsatzleitstelle entlastet werde, zum anderen hätten die Anwendungen erfolgreich bei Fahndungsabfragen eingesetzt werden können, was zu einer Steigerung der Fahndungstreffer geführt habe, so ***Mathias Schaef***, Abteilungsleiter Kriminalitätsbekämpfung im Bundespolizeipräsidium. Um Datensicherheit gewährleisten zu können, gäbe es keine individuell zugewiesenen Smartphones und nach dem jeweiligen Einsatz würden alle Daten vom Gerät gelöscht, so der Referent weiter.

KI in Zukunft unverzichtbar

Fragen der Datensicherheit stellen sich ebenfalls im Zusammenhang mit dem Einsatz von Künstlicher Intelligenz. Mit Blick auf die steigende Anzahl von Gefahren für die

Cyber-Sicherheit, sei deren Einsatz allerdings unerlässlich, wie ***Daniela Kluckert***, MdB, FDP betonte.

Das Bundesverfassungsgericht habe entschieden, dass Letztentscheidungen beim Einsatz von KI weiterhin von einem Menschen getroffen werden müssen. Fraglich ist für die Bundestagsabgeordnete allerdings auch ein anderer Aspekt: Ob es nicht ein individuelles Recht geben sollte, Entscheidungen von einer KI statt von einem Menschen treffen zu lassen, wenn dies gewünscht werde – denn: KI ist am Ende objektiver und vielleicht gerechter, könne man auch mutmaßen.

Es sei auch erwiesen, dass bei der Prognose und Erkennung von Gefahren der Einsatz von KI schnellere Ergebnisse bringen könne als ein Analyst, hieß es auch seitens der Mitdiskutanten. Zudem sei ein Mensch lediglich im Stande, die Vergangenheit zu betrachten. KI schaffe Echtzeitreaktion und deren Möglichkeiten. Der Eindruck, solche Technologien seien erst nur Zukunftsmusik, täusche. Tatsächlich seien sie schon häufig im Einsatz. Viele Online Nutzer/innen würden intelligente Systeme wie etwa Chatbots bereits nutzen, ohne Bewusstsein für die zugrunde liegende KI zu besitzen.

Zentrale Prüfstelle für KI?

Besonders diskussionswürdig ist darüber hinaus, wie KI datenschutzkonform eingesetzt werden kann. Schließlich ist für die Verwendung personenbezogener Daten, die Zustimmung gemäß EU Datenschutzgrundverordnung notwendig. Unternehmen fordern gesetzliche Veränderungen, um sich bei der Datenverarbeitung auf rechtsicherem Terrain bewegen zu können. Notwendig sei aber auch, "Vertrauen aufzubauen, dass mit den Daten sachgerecht umgegangen wird", betonte ***Dirk Kunze***, Nordrhein-westfälisches Landeskriminalamt (LKA). Dazu sei es notwendig, die Angriffsflächen zu minimieren, um Daten auch insofern sicher zu machen. Das ließe sich etwa durch kurzfristige statt langfristige Datenspeicherung erreichen. Nicht zuletzt könne eine zentrale KI-Prüfstelle für Sicherheit sorgen.

Den Abschluss des Kongresses bot die Expertenrunde vier mit ihren Themen, in denen die aktuellen Fragen des Kongresses aus den vorangegangenen Vorträgen und Diskussionen weiter vertieft und ergänzt wurden. Die Herausforderungen dazu wurden in den Impulsen und in den Einzelbeiträgen deutlich:

- Das Land ist so sicher wie seine Kommunen,
- Herausforderung: Strafverfolgung im Internet,
- Herausforderung: IT-Sicherheit in Kritischen Infrastrukturen,
- Cyber-Sicherheit – Voraussetzung für eine erfolgreiche Digitalisierung,
- Cyber Resilience und Risk Perception.

Sicher auch wieder Themen des nächstjährigen Kongresses.

Ausblick auf das Jahr 2020 und das kommende „Digital-Jahrzehnt“:

Die PITS 2019 hat es deutlich gezeigt: Das Bedrohungspotenzial, die Cyberattacken, seien sie Ausfluss krimineller Energie, seien sie von ausländischen Staaten gestützt, geduldet oder lanciert und damit die IT Sicherheit insgesamt, werden uns alle vor steigende Herausforderungen stellen. Die politischen und administrativen Diskussionen und Entscheidungen des nächsten Jahrzehnts werden dadurch vorrangig, intensiv und mit aktuell noch nicht absehbaren Konsequenzen gefordert. IT-Sicherheit muss in Zukunft „nach vorne gedacht werden“, wie es Staatsekretär ***Klaus Vitt*** am zweiten Tag der PITS völlig zu Recht formuliert und gefordert hat.

IT Sicherheit absolut nach vorne stellen

Die Entwicklung von „Aktiver Cyberabwehr“, oder, offen gesagt von „Hack Back“ wird den politischen Diskurs im neuen Jahrzehnt mit Entscheidungsnotwendigkeiten ebenfalls erreichen: Mit dem Ziel konkreter Lösungen ist solche Form von Cyberabwehr letztlich alternativlos, wenn unser Industriestandort und unser freiheitlich / demokratisches Staatswesen weiter möglichst unbeschädigt und digital souverän für unsere Wohlstands- und Freiheitsgrundlage sorgen soll. Und wenn „Made in Germany“ nicht illegal abgezogen seinen Stellenwert in einer immer enger zusammen wachsenden und konkurrierenden Welt verlieren soll - auch das gehört zur ehrlichen Erkenntnis des kommenden digitalen Jahrzehnts.

Die Digitalisierung der Verwaltungen, die „Verwaltung 4.0“ , muss auch mit den zunehmenden Bedrohungen Schritt halten: Ihre Leistungsfähigkeit auch in Sachen Cybersicherheit – trotz nicht einfacher, föderaler Entscheidungs- und Vollzugsstufen zu sichern, ist eine zentrale Aufgabe aller verantwortlichen Akteure in Bund, Ländern und Kommunen und auch der Kommunalen IT-Dienstleister. Sie dürfen im Geflecht von Standardisierung und Interoperabilitäten, künftiger IT-Architekturen, deren Komponenten und vorhandenen Systemen und Ausrüstungen, auch bei der zukünftigen Softwarebeschaffung und Implementierung nicht vergessen werden.

Ob dazu die in der Diskussion befindlichen Überlegungen zu einer einheitlichen, bundesweit verpflichtenden

IT Architektur „von oben" der richtige Weg ist, mag derzeit noch dahingestellt bleiben. Wenn die Ebenen übergreifende Zusammenarbeit in Zeiten zunehmender Cyberattacken der Schlüsselfaktor des gemeinsamen Erfolges ist (sein soll), müssen auch die Kommunalen Dienstleister mit ihrem IT Leistungsportfolio „auf Augenhöhe" und partnerschaftlich einbezogen werden. Schließlich wird niemand im Ernst erwarten können, dass vorhandene Komponenten und Ausrüstungen als Investition unnötig „über Bord geworfen" werden, statt sie im „Geleitzug" miteinander interoperabel und sicher zu machen.

IT Sicherheit als verpflichtende Studieninhalte

Der Fachkräftemangel und -bedarf wird es unumgänglich machen, IT Sicherheit in Aus- und Fortbildung „oben auf der Skala" zu positionieren; Sicherheit im kommenden Digitalen Zeitalter ist an allen Stellen unseres Landes unverzichtbar und erster Punkt sicheren Lebens in der Zukunft:

Glück beginnt mit Sicherheit

Grund und Anlass genug, auch die Diskussion um gemeinsam zu produzierende Sicherheit der IT im föderalen Staat auf der PITS 2020 fortzusetzen und zu schauen, wieweit die Beiträge des Jahres 2019 erfolgreiche Anstöße und Impulse geben konnten.

Die in den ersten Monaten des Jahres 2020 zu erwartenden Debatten um das IT Sicherheitsgesetz 2.0, die damit auch verbundene Ausdehnung des Adressatenkreisen, die notwendige Balance von Kosten und Nutzen, die folgenden und dann notwendigen Investitionen von Unternehmen und öffentlichen Aufgabenträgern, deren Lern- und Einsichtsfähigkeit in Cyberbedrohungen, mögliche Übungsszenarien werden reichlich Diskussionsstoff liefern.

Und vielleicht gibt es auf dem kommenden Kongress in 2020 auch erste Einschätzungen zu dem anlässlich der Chinareise von Bundeskanzlerin ***Angela Merkel*** im September 2019 zwischen China und Deutschland geschlossenen Abkommen zur gemeinsamen und gegenseitigen Bekämpfung von Cyberangriffen, auch mit der Vereinbarung zu kurzfristigen gegenseitigen Informationen in konkreten Fällen.

Auch die zentralen Fragen um die aktive Cyberabwehr, um „Hack Back" nicht nur befreundeten ausländischen Sicherheitsdiensten zu überlassen, werden sich mit Aktualität und steigendem Bedarf angesichts weiter zunehmender Cyberattacken in Menge und Qualität stellen und – endlich – klare Antworten und klares Handeln zur Folge haben müssen:

Wenn bislang Cyberangriffe – anders als die verbrecherischen Terrorangriffe der letzten Jahre in Deutschland – irgendwann in ihren Folgewirkungen einmal zu ersten Todesopfern führen sollten, werden wir spätestens dann eine neue Lage haben. Die Attacken auf die Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz und im Saarland im Sommer 2019 lassen das leider nicht mehr als ausgeschlossen erscheinen.

Schlaglichter für die Digitale Agenda im neuen Jahrzehnt

Ein Blick in die digitale Zukunft am Beginn des neuen – digitalen! Jahrzehnts und zu seinem Start in 2020 sei an dieser Stelle schließlich noch stichwortartig – und auch an mancher Stelle zugespitzt – erlaubt und vielleicht anregend. Dies alles natürlich ohne Anspruch auf Vollständigkeit und mit dem Hinweis, dass der Behörden Spiegel als Herausgeber dieses Almanach, IVM² als inhaltlich Verantwortlicher und Begleiter des Projekts sowie diejenigen Partner, die mit ihrer Präsentation diese Ausgabe unterstützt haben, für Anregungen, Kritik und Ideen zum nächstjährigen Almanach „Deutschland Digital 2021" dankbar sind. Als zentrale Themen werden die nachfolgenden Schlaglichter sicher auch die digitalen Kongresse des nächsten Jahrzehnts, insbesondere schon in den Jahren 2021 und 2022, erreichen – die Fristsetzungen des OZG für Bund, Länder und Kommunen und viele andere „lassen grüßen".

Agilität – das Synonym für die nächste Dekade der digital entwickelten öffentlichen Verwaltung mit ihren Wesens- und Kernbestandteilen „VUCA": Volatilität (häufige, sprunghafte Veränderungen), Uncertainty (Ungewissheit), Complexity (Komplexität) und Ambiguity (Mehrdeutigkeit). Agil heißt dazu und im Einzelnen auf dieser Basis: Flexibel sein, aktiv und anpassungsfähig handeln, initiativ werden, auch den Mut aufbringen, hierarchische „Trampel- und Weisungs- bzw. Empfangsroutinen! zu hinterfragen und neu zu gestalten. Und es heißt auch: Den richtigen Mix zu finden zwischen diesen neuen, chancenreichen Aktionstreibern und der Garantiefunktion einer Rechtsstaatverwaltung mit all ihren geschätzten Qualitäten aus dem analogen Zeitalter.

Blockchain im öffentlichen Sektor ist eines der aktuellen Hype-Themen. Wenn es denn mit ihrer dezentralen, verteilten Technologie und Kettenbildung gelingen sollte, sog. „Intermediäre" als Datenträger und Überbringer zu ersetzen, Prozesse auf solch neuen Wegen rechtssicher abzubilden und dabei Vertrauen zwischen Transaktionspartnern zu garantieren, dann könnte das auch für die öffentliche Verwaltung ein zukunftsträchtiges Feld sein. Bis dahin scheint der Weg aber noch lang und noch mit viel Überzeugungskraft auszustatten zu sein – von der immensen Rechnerleistung und der dafür nötigen Energie und Stromkapazität ganz zu schweigen, wir bauen ja schließlich in Deutschland mit dem Blick auf die Klimaziele konventionelle Kraftwerksstandorte der Grundlastsicherung ab.

Chatbots können als Govbots in der öffentlichen Verwaltung „fleißige Helferlein" sein, die lästige Routinen für Bürger/Innen und Unternehmen automatisiert erledigen oder dabei sinnvoll unterstützen können (müssen). Die Mitarbeiter/innen in der Verwaltung können (und müssen) sich in Zukunft um anspruchsvollere Aufgaben kümmern. Govbots, deren Entwicklung und Implementierung, bieten im Übrigen ein interessantes neues Kooperationsfeld von öffentlicher Verwaltung und Startups. In immer mehr Behörden, auch und vor allem in den Kommunen „breiten sich die Bots" aus und werden mit Hilfe der KI im weiteren Zeitablauf auch immer besser.

Digitallabore: Das ist die neue Zauberformel, mit der die Akteure im IT Planungsrat und seinen zugeordneten Institutionen jetzt (endlich!) verstanden haben, dass die Lebens- und Staatsweisheiten nicht allein den Bundesressorts und den "vertikalen Fachbrüdern" im Gesetzgebungsverfahren gegeben und vorbehalten sind, sondern die praktisch denkenden Kommunen und sogar ganz "normale" Bürger/innen etwas Konkretes und Sachkundiges, frühzeitig ihr Wissen und tägliche Betroffenheit im Sinne von Bürokratiesparen und Nutzerfreundlichkeit beitragen dürfen. Chapeau für die Idee und die Umsetzung – mehr davon in der kommenden digitalan Dekade!

„**E**t hätt noch ewwer jutjejange!" – so lautet der Artikel 3 des „Rheinischen Grundgesetzes", frei nach Konrad Beikircher zitiert. Mit Blick auf die im „digitalen Deutschland" vor uns liegende neue Dekade von 2020 bis 2030 sollte das konkret heißen: Bis zum 31.12.2022 haben wir wirklich alle (!) fast 6000 (Einzel-) Leistungen des OZG und nicht nur die zu oft noch beschränkt betrachteten ca. 580 Leistungsbündel „elektrisiert"! Und in den dann verbleibenden sieben Jahren bis 2030 schaffen wir den Sprung in die weltweite „digitale Spitzenklasse", vor allem für die Unternehmen am Standort Deutschland.

Immer noch in der Startphase, aber jetzt wirklich über den Startpunkt hinaus ist die FITKO in Frankfurt am Main als operative Einheit der IT-Planungsrates. Das gilt insbesondere für das **F**öderale Informationsmanagement (FIM) als Baukasten, mit dem sich Verwaltungsleistungen für Bürger/innen und Unternehmen von Bund, Ländern und Kommunen standardisiert digitalisieren lassen. Der große Vorteil dabei

für die Zukunft: Einmal erstellte Informationen können von allen Behörden genutzt werden. Allerdings müssen dann auch alle – Bund, 16 Bundesländer, ca. 11.000 Kommunen und ihre Kommunalen IT Dienstleister – ihren Beitrag zur Standardisierung erbringen, in dem sie sich offensiv und bereitwillig FIM anschließen.

Digitale **G**esetzeswerkzeuge fordert der Nationale Normenkontrollrat – NKR – in Berlin seit einiger Zeit und hat jetzt offenbar – mit flankierender Hilfe des OZG – den dazu nötigen Eindruck (und Nachdruck) bei den Bundesressorts und deren jahrzehntelangen Praxis der Gesetzes- und Rechtssetzung erreicht. In seiner Stellungnahme zum Jahresbericht der Bundesregierung „bessere Werkzeuge für besseres Recht" sind nach Einschätzung der „professionellen Entbürokratisierer" Fortschritte erkennbar, der zentrale Hinweis zum Bericht ist allerdings vielsagend: „Es wäre viel gewonnen, wenn die Bundesregierung die vorhandenen Werkzeuge besser und vor allem konsequenter anwenden würde". Anregungen zu neuer und Bürokratie sparenden Gesetzestechnik gibt es dazu aus der Vergangenheit auch hier:
http://www.ivmhoch2.de/resources/Entfesselungsimpulse+2006.pdf
Digitale Gesetzeswerkzeuge brauchen „Digitale Vorort-Vollzugsdenke und -Kompetenzen" nicht nur traditionelle und rechtssichere Gesetzgebungsmechanismen. Die könnten man sich „Oben" z.B. auch durch Hospitation „Unten" aneignen und dann sinnvoll einsetzen.

Hoheit über die eigenen Daten behalten – das ist eine zentrale Forderung und Herausforderung für die immer zahlreicher werdenden elektronischen Dienstleistungen auch und gerade der öffentlichen Verwaltung. Das bestehende Vertrauensdefizit in die Erhebung und Nutzung persönlicher Daten durch den Staat ist leider ein Faktum, das bei allen notwendigen Schritten der Digitalisierung im neuen Jahrzehnt aufmerksam bedacht werden muss – auch wenn die Bürger/innen im privaten Datenverkehr den „Online Giganten dieser Welt" in hohem Maße und in vielen Dingen nicht wirklich kontrollierte und kontrollierbare persönliche Daten zur Verfügung stellen.

Intelligenz – und zunehmend eben die "Künstliche" wird Leben, Arbeiten und den Zusammenhalt in der Gesellschaft zunehmend formen, verändern und bestimmen. In den öffentlichen Verwaltungen kann und muss sie helfen, die kommende demografische Lücke die die in der nächsten Dekade anstehenden Pensionierungen unweigerlich reißen werden, auszugleichen. Das schaffen wir nur mit dem Mut zur Veränderung und intelligenter Kommunikation zu den Möglichkeiten, Chancen auch zu den Vorbehalten im zukünftigen Umgang mit der KI und mit dem Ziel und dem Bewußtsein, dass die "natürliche Intelligenz" die künstliche dominiert und nicht umgekehrt.

Das beginnende **J**ahrzehnt wird es „digital entscheidend in sich haben"! Unser Land in der Mitte Europas, vor dem Hintergrund des Klimawandels und unseren Zielen, Schadstoffbelastungen drastisch abzusenken muss auf die gesamtkonzeptionelle und innovative Digitalisierung vieler Lebens-, Arbeits- und Verwaltungsbereiche setzen. Nur so werden wir in der europäischen Gemeinschaft für die kommenden Generationen unserer Verantwortung gerecht. Vor dieser Verantwortung, Digitalisierung besser, schneller und akzeptabler für Nutzer/innen zu machen, muss vorrangige Aufgabe der Akteure in Politik und Verwaltung in allen Ebenen des föderalen Staates werden!

Neue **K**ooperationsformen in einer immer weiter "verschmelzenden" digitalen Welt sind zwangsläufig, Arbeitsteilung und Offenheit der Ideen ist angesagt, Verlassen viel zu enger „Ressort- und Silodenke" zugunsten einer „360° Orientierung" und Haltung wird dazu Voraussetzung sein. Die Ministerien in Bund und Ländern sollten dazu beispielgebend vorangehen, die Digitalisierungslabore sind dazu ein erster und mutiger Schritt – ein Kulturwandel unter Wahrung rechtsstaatlicher und grundgesetzlicher Prinzipien ist dazu notwendig und von Politik und Administration gemeinsam anzugehen.

Leistungsfähige Kommunale IT Dienstleister sind in der kommenden „digitalen Dekade" wichtige Player, wenn es um die Umsetzung des OZG, den Portalbetrieb, Standardisierung und Austauschformate etc. geht. Nachvollziehbare betriebswirtschaftliche Erfolgsbetrachtungen sind das Eine, neue, offene Kooperationsformen und ggf. gemeinsame, arbeitsteilige Strukturen und Aufgabenstellung das Andere. Dazu gehört insbesondere in der NRW Struktur der IT Dienstleister ein neues gemeinsames Denken und Zueinanderkommen – auch abseits der bisherigen Trampelpfade und Befindlichkeiten.

„**M**ade in Germany" als weltweit geschätztes Markenzeichen des Industriestandorts Deutschland und als unsere Wohlstandsgrundlage werden wir in der nächsten „Digitalen Dekade" im schärfer werdenden Globalen Wettbewerb nur erhalten, wenn die Unternehmensservices der öffentlichen

Verwaltung mit gezielter Priorität in den Fokus der Digitalisierung genommen werden. Das Unternehmensservicekonto, multiuserfähig und als zentraler, einmaliger Zugangs- und Ausgangskanal digitaler öffentlicher Services – von welcher Stelle im föderalen Staat sie auch immer zu erbringen ist – ist dazu der entscheidende Schlüssel.

Nachhaltig digital: Die Digitalisierung ist unaufhaltsam, neue Möglichkeiten wie z.B. Echtzeit-Analysen, die Einbindung intelligenter Systeme, Blockchain und Co. lassen die notwendige Rechenleistung und Konnektivität immer deutlicher ansteigen, ebenso den Energieverbrauch, der trotz der Verlagerung vieler Dienste in die Cloud kontinuierlich weiter wachsen wird. Eine neue Kopplung: „Nachhaltigkeit und Digitalisierung" muss sich mit Blick auf Klimaschutz, Energieressourcen und gesellschaftliche Vorbildlichkeit in der öffentlichen Verwaltung der nächsten Dekade innovativ entwickeln: Eine Plattform für Ideen, Services, Produkte, Lösungen, Inspiration und Diskussion – digital und analog, online und offline, virtuell und vor Ort – das sind einige Stichworte dazu. Es braucht den intensiven Dialog mit der Politik, der Wirtschaft, den gesellschaftlichen Gruppen, den Sozialpartner etc. – und: In den Verwaltungen auch selbst, auf den Führungsetagen und in der Mitarbeiterschaft. Die zentrale Frage dazu: Wie kann die Digitalisierung für eine lebenswerte Zukunft genutzt werden – ökologisch, sozial, ethisch, demokratisch und ökonomisch wertvoll und als Wachstums- und Stabilitätsanker – eben nachhaltig?!

Das **O**nlinezugangsgesetz – OZG – NRW-CIO **Harmut Beuß** hat es mit einer Fragestellung auf e-nrw 2019 auf den Punkt gebracht: „Drei Buchstaben für eine Revolution?" Ja, so ist es! Das OZG ist die größte Beweislastumkehr in der Geschichte der Bundesrepublik – nicht die innovativen Digitalisierer müssen im Wege mühseligen Normenscreenings den „Inhabern der Norm" nachweisen, dass es in Zukunft auch digital – ohne Schriftformerfordernis und persönliches Erscheinen – gehen können muss. Mit dem parlamentarischen Kraftakt des Bundestages aus dem August 2017 ist (nach Stein/Hardenberg aus dem 19. Jahrhundert) endlich ein genialer Coup zur Verwaltungsmodernisierung und zu Digitalisierung am Standort Deutschland gelungen! Nach zwei „Schreck(ens)jahren" und theoriebelasteten Diskussionen in der bundesweiten Verwaltungsszene haben wir jetzt wirklich eine konsequente Realisierungsfahrt gemeinsam aufgenommen, die den gelernten und reformbereiten Bürokraten hoffnungsvoll stimmt.

Prozesse in allen Einheiten der öffentlichen Verwaltung, in Bund, Ländern und Kommunen, als Konsequenz aus dem OZG, den E-Government Gesetzen und der demografischen Veränderung zu modernisieren, wird im kommenden Jahrzehnt alle Akteure besonders fordern. Dazu braucht es aktuelle Prozesskompetenzen, eine neue Allianz von IT-lern, Organisatoren und Fachbereichen, eine Wertschätzungs- und Kommunikationskultur und eine ausdrücklich verantwortliche Führung dazu. Auch für die kommunalen IT Dienstleister bietet sich die Chance zur Portfolioerweiterung über den traditionellen Rechenzentrumsbetrieb hinaus zum kompetenten Berater zur digitalen Prozesserneuerung. Die gesamtkonzeptionelle Kooperation könnt sich dazu so darstellen:

Quelle: IVM² Institut für Verwaltungsmanagement, Mittelstandsforschung und Zukunftsplanung - www.ivmhoch2.de

Die **Q**uadratur des Kreises braucht es nicht, um vor den digitalen Herausforderungen der kommenden Dekade im föderalen Staat im Interesse des gesamten Gemeinwesens auch in der öffentlichen Verwaltung besser und ergebnisorientierter zusammen zu arbeiten. Wenn „oben" und „unten" die gegenseitigen Vorbehalte und dogmatischen Sperren in den Köpfen (die „Mentale Transformation 4.0" lässt grüßen) überwunden werden und statt dessen vorurteilsfreie und agile Zusammenarbeit realisiert wird, würde das schon ausreichen. Die Digitalisierung wird die vertikalen „Kästchen" aushöhlen, sie sind ein Auslaufmodell, das zugunsten neuer „360°-Horizontaldenke und -führung" ersetzt werden wird, die Digitallabore sind die Vorläufer dazu.

Registerbereinigung – ein zentrales Thema der kommenden „digitalen Dekade"! Vom Nationalen Normenkontrollrat – NKR – angestoßen und als „Once Only Prinzip" mittlerweile in aller Munde, zeigt das zentrale Projekt den richtigen Weg zur nutzerorientierten Digitalisierung auf. Vom zukünf-

tigen, persönlichen und/oder unternehmensbezogenen Servicekonto mit gestufter Authentizität, Sicherheit und Postfachfunktion muss es deutschlandweit möglich sein, jede (!) Verwaltungsdienstleistung elektronisch anzusteuern und zu erhalten – und nicht für jeden Vorgang die gleichen Daten dazu erst wieder eingeben zu müssen.

Sicherheit in der IT der Zukunft wird in Zeiten zunehmender Bedrohungspotenziale und zunehmender Cyberattacken die entscheidende Rolle spielen, ob die Digitalisierung mit ihren Chancen das Vertrauen der Menschen und der Unternehmen in Deutschland im kommenden Jahrzehnt behält. IT Sicherheit muss im weiteren Denken und Formen Digitaler Lebens- und Arbeitsverhältnisse „ganz nach vorne gestellt" werden, IT-Sicherheit muss in Studiengänge nicht nur der Informatiker, sondern in alle Studiengänge aufgenommen werden. Aktive Cyberabwehr im Sinne von „Hack Back" dürfen wir unter Bedingungen von digitaler Souveränität und Standortschutz nicht mehr länger nur ausländischen Diensten überlassen – Deutschland muss darüber nicht nur diskutieren, sondern pragmatisch und selbst handeln.

Ohne **T**rendumkehr bei der Gesetzgebung und seinen Verfahrensmodalitäten wird die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung in den kommenden Jahren nicht wirklich und nachhaltig gelingen. „Digitale Praxisdenke" und Vorstellungskraft des Gesetzesvollzugs „unten" in den Etagen, „ganz oben" in den Ressorts und die verpflichtende(!) Einbindung kommunaler Praktiker aus IT und betroffenen Fachbereichen, nach Möglichkeit auch Nutzer/innen und „Endkunden", können einen Weg aufzeigen. Hospitationen gegenseitig können dazu auch nicht schaden.

„**U**ser first" – das muss das konsequente und hehre Ziel aller „Bürokraten" im neuen Digitalen Jahrzehnt werden und auf Dauer bleiben. Der IT Planungsrat hat sich das unter dem Vorsitz von Staatsrat Henning Lühr, Bremen, sehr überzeugend „auf die Fahnen geschrieben". Dass nun auf dem Hintergrund seiner persönlichen, auch kommunalnahen Expertise aktuell auch kommunale Vertreter und Bürger/innen sowie Unternehmer, Startups und andere engagierte digitale Player „ganz oben" und nah am Gesetzgeber in Digitallaboren pp. „mitmischen" dürfen, ist eine gute und ihm besonders zu dankende Entwicklung. Die **V**erwaltung 4.0 – als erste Korrespondenzinitiative zu Industrie 4.0 unmittelbar nach der CeBIT 2013 von IVM² ins Leben gerufen, hat sich im „regulären" Sprachgebrauch der Reformer und Akteure nach sechs Jahren als Leitrubrum und zur Definition gesamtkonzeptioneller Verwaltungsmodernisierung im Digitalen Zeitalter durchgesetzt: Und dabei geht es mehr als um Technik und IT, es geht – gleichzeitig und gleichrangig – darum:

Mehr zu Definition, Sichtweisen und Komponenten findet

Quelle: IVM² Institut für Verwaltungsmanagement, Mittelstandsforschung und Zukunftsplanung 2013

sich u.a. hier: *http://www.ivmhoch2.de/Verwaltung40.html*.

Wirtschaftsförderung 4.0 muss im neuen digitalen Jahrzehnt mehr sein als Akquise und Bestandspflege – wie üblich... Die Akteure der Organisationsgrenzen überwindenden Wirtschaftsförderung (4.0) müssen sich proaktiv in die „Digitalen Agenden" in den Kommunen vor Ort „einmischen" und den Fokus kommunaler Dienstleistungen auf die Unternehmen am Standort mit ihren zahlreichen Ansprüchen nutzerorientiert und gezielt ausrichten: Warum gibt es fast nirgends mit dem Blick auf G2B e-Services auf den Homepages der Verwaltungen eigene Unternehmensportale mit separaten unternehmenszentrierten Pfaden, Funktionalitäten, Ansprechpartnern, e-Services pp., müssen Unternehmen als Poweruser auf vielen Homepages auch in der kommenden „digitalen Dekade" immer noch lustlos und frustriert e-Services selbst zusammenklauben???

XY

Für die „Generation **Y**", (erst recht für die noch jüngere „Generation **Z**") wird nicht die „**X**-te Standardlösung" der Personalwerbung und -attraktivität der öffentlichen Verwaltung in der digitalen neue Dekade ausreichen. Flexibilität und neue Offenheit in den Karrierekonditionen,

agile Arbeitsformen, wettbewerbsorientierte Bezahlung, flexible Arbeits- und Kommunikationsformen pp. werden zunehmend an Bedeutung gewinnen und notwendig werden, wollen Staat und Kommunen das notwendige und hochqualifizierte Personal auch in Zukunft für sich gewinnen. Junggebliebenes und attraktives „Employer-Branding" und die Kommunikation, dass Verwaltung nicht nur digital, sondern auch „sexy" sein kann, ist zur Gewinnung des Nachwuchses angesagt!

Zugegeben: Manches in diesem Glossar ist schon sehr pointiert formuliert und mit einem Augenzwinkern adressiert – aber eines soll und muss für die neue „digitale Dekade" klar sein: Langweilige öffentliche Verwaltung, eingefahrene Trampelpfade, stures Kästchen- und Zuständigkeitsdenken, vertikale Silostrukturen und ähnliches waren gestern! Heute und morgen bietet das neue Digitale Jahrzehnt neue Gestaltung, neues Wissen, neuen Spaß an jedem Arbeitsplatz, die Chance für die Führenden, ihre Mannschaft für das Neue zu begeistern und es ihnen vorzuleben. Deshalb der Appell an alle in den öffentlichen Verwaltungen, und das sind immerhin ca. 4.5 Mio. Menschen bundesweit: Auf mit Verve und Mut ins neue Digitale Jahrzehnt: Der Öffentliche Dienst ist schließlich das „Betriebssystem unserer Gesellschaft", das unverzichtbare, zentrale Glied der Wertschöpfungskette am Standort Deutschland!

Unternehmensindex

Unternehmen	Branche	Seite
Ceyoniq Technologie	Hersteller E-Akte	87
Citrix	IT Dienstleister	109
Computacenter	IT-Infrastruktur	74
Datev	Software	19
Fabasoft	E-Government	61
GiroSolution	E-Government	21
Governikus	IT-Dienstleister	32
HiScout	IT Sicherheit	104
ITK-Rheinland	IT-Dienstleister Kommune	111
KVZ	IT Dienstleister	2
Lizenz Direkt	Gebrauchtsoftware	112
msg systems	IT-Dienstleister	62
Oracle	Informationstechnik	24
Procilon	IT Dienstleister	31
RedHat	IT Dienstleister	22
Rehm	IT Dienstleister	25

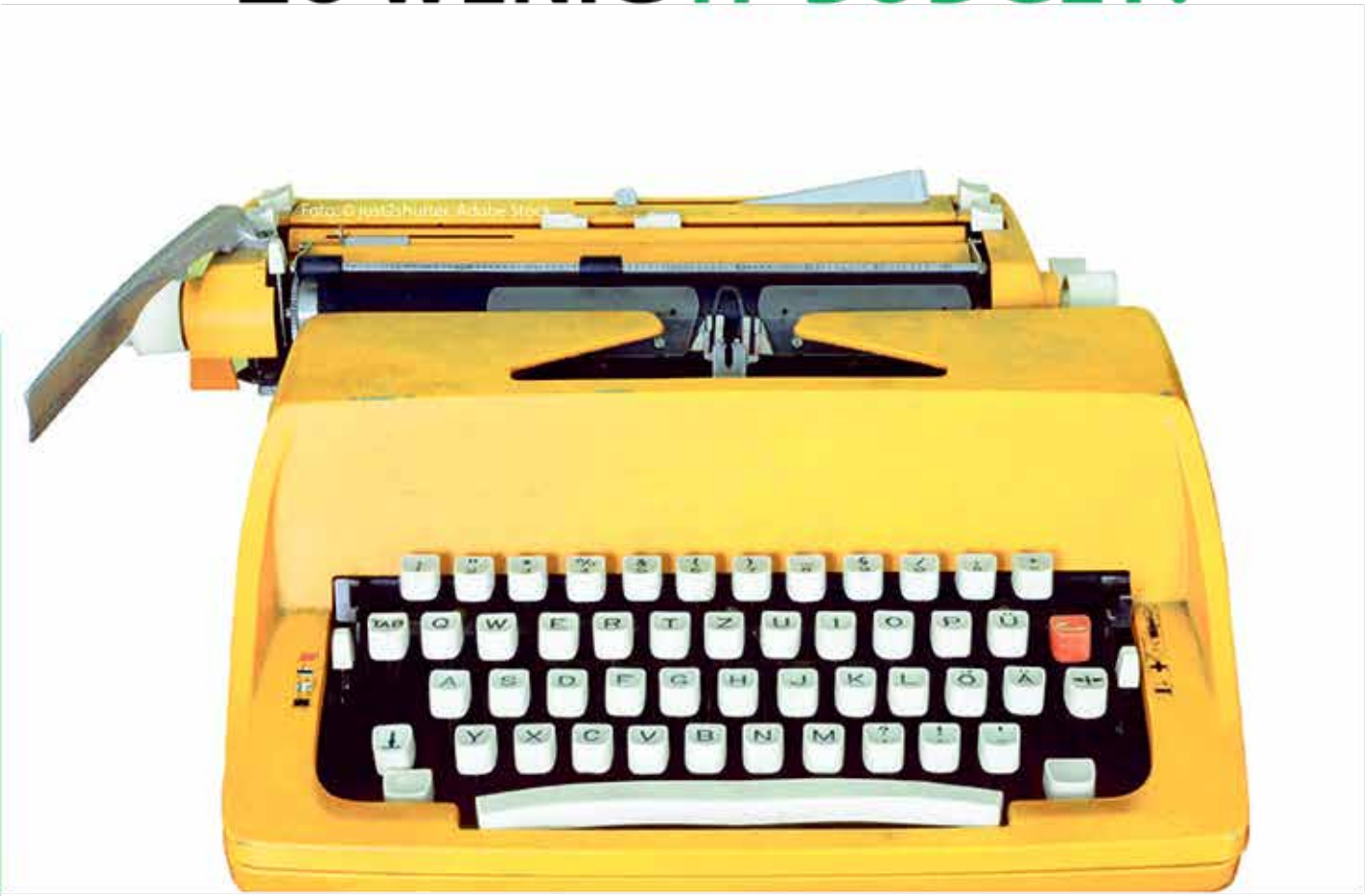
Der Kita-Navigator

Das Online-Tool für Betreuungsplätze und Kindertageseinrichtungen

www.itk-rheinland.de
kitasupport@itk-rheinland.de

ITK RHEINLAND
IT für Kommunen

ZU WENIG IT-BUDGET?



WIR FREUEN UNS AUF IHREN ANRUF +49 5494 9999 000

VIEL FÜR WENIG GIBT ES BEI LIZENZDIREKT.

SPRECHEN SIE DESHALB VOR DER NÄCHSTEN SOFTWARE-BESCHAFFUNG DIREKT MIT UNS.

EXPERTISE DURCH ERFAHRUNG.
LIZENZDIREKT.COM

LizenzDirekt
SOFTWARE FOR YOUR BUSINESS